

MONATSBERICHT

**JUNI
2011**

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

63. Jahrgang
Nr. 6

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
17. Juni 2011, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



Inhalt

Kurzberichte	5
<hr/>	
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte	9
Zahlungsbilanz	11
Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Voraus- schätzungen 2011 und 2012	13
<hr/>	
Renditedifferenzen von Staats- anleihen im Euro-Raum	29
<hr/>	
<i>Komponenten der Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum</i>	34
<i>Der Einfluss des Bankensektors auf Renditedifferenzen im Euro-Raum</i>	38
<i>Zusammenhang von Rendite- aufschlägen und CDS-Prämien</i>	44
Die erweiterte MFI-Zinsstatistik: Methodik und erste Ergebnisse	49
<hr/>	
<i>Änderungen am Stichprobenverfahren der MFI-Zinsstatistik</i>	57
Grundzüge des Restrukturierungs- gesetzes	63
<hr/>	
<i>Bestands- und Systemgefährdung im Sinne des § 48b KWG</i>	69
<i>Eingriffsmöglichkeiten in Drittrechte im Rahmen des Reorganisationsverfahrens</i>	71
<i>Partielle Rückübertragung sowie partielle Übertragung</i>	74

<i>Maßnahmen bei dem Kreditinstitut und bei dem übernehmenden Rechtsträger</i>	76
<i>Berechnung der Bankenabgabe gemäß RStruktFV</i>	78

Statistischer Teil	1*
---------------------------	----

Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Finanzierungsrechnung	52*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	54*
Konjunkturlage in Deutschland	61*
Außenwirtschaft	68*

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
---	-----

Abkürzungen und Zeichen

p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl
s	geschätzte Zahl
ts	teilweise geschätzte Zahl
...	Angabe fällt später an
.	Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Nach dem starken Jahresauftakt hat die deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2011 wie erwartet eine langsamere Gangart eingeschlagen. Zwar wird die wirtschaftliche Lage von den Unternehmen weiterhin als außerordentlich gut eingestuft, die in den Wintermonaten äußerst zuversichtlichen Geschäftserwartungen wurden zuletzt aber etwas zurückgenommen. Ohne den sonstigen Fahrzeugbau, bei dem die meisten Großaufträge anfallen, ist der Zustrom an neuen Aufträgen seit Anfang des Jahres durch eine Seitwärtsbewegung gekennzeichnet. Die industrielle Produktion übertraf im April das Mittel des ersten Vierteljahres saisonbereinigt nur leicht. Die Erzeugung des Bauhauptgewerbes fiel – jahreszeitübliche Schwankungen ausgeblendet – deutlich hinter das durch Nachhol-effekte geprägte erste Vierteljahr zurück. Die Exporte konnten das hohe Niveau des Vorquartals knapp halten. Vom privaten Verbrauch dürften keine neuen Impulse gekommen sein. Die Lage am Arbeitsmarkt verbesserte sich weiter, aber mit nachlassender Geschwindigkeit.

*Nachlassendes
konjunkturelles
Tempo*

Industrie

Die industrielle Erzeugung ist im April saisonbereinigt leicht hinter dem nach oben revidierten Wert für März zurückgeblieben. Gegenüber dem Mittel des Winterquartals stieg die Produktion um $\frac{3}{4}$ %. Nach Ausschaltung von Einflüssen durch Ferientage dürfte

Produktion

Zur Wirtschaftslage in Deutschland*)

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2005 = 100			
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2010 3. Vj.	107,9	103,6	111,6	96,7
4. Vj.	110,9	105,6	115,5	94,1
2011 1. Vj.	113,6	109,2	117,4	102,0
Febr.	115,3	110,9	119,2	104,1
März	112,2	108,0	115,8	106,1
April	115,3	110,3	119,7	...
Produktion; 2005 = 100				
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	
2010 3. Vj.	106,2	109,6	104,8	113,9
4. Vj.	109,4	110,0	112,1	106,7
2011 1. Vj.	112,0	115,1	112,5	123,2
Febr.	112,3	115,5	112,8	122,3
März	113,5	115,9	114,7	129,0
April	112,8	116,0	113,0	121,6
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leistungsbilanzsaldo; Mrd €
Ausfuhr	Einfuhr	Saldo		
2010 3. Vj.	245,97	205,81	40,16	37,51
4. Vj.	248,53	208,10	40,43	38,50
2011 1. Vj.	258,06	219,85	38,21	33,32
Febr.	84,74	73,47	11,27	8,78
März	90,88	75,76	15,12	13,95
April	85,88	73,90	11,98	9,90
Arbeitsmarkt				
	Erwerbstätige	Offene Stellen 1)	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in %
	Anzahl in 1 000			
2010 3. Vj.	40 567	373	3 180	7,5
4. Vj.	40 683	400	3 139	7,5
2011 1. Vj.	40 823	436	3 066	7,3
März	40 861	446	3 015	7,2
April	40 889	459	2 982	7,1
Mai	...	461	2 974	7,0
	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Baupreise 2)	Verbraucherpreise
	2005 = 100			
2010 3. Vj.	108,7	110,3	115,8	108,3
4. Vj.	111,6	111,6	116,1	108,9
2011 1. Vj.	117,1	114,4	117,4	109,8
März	118,1	114,9	.	110,2
April	117,8	116,0	.	110,4
Mai	110,5

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, X, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. — 1 Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. — 2 Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

das Niveau des Vorquartals nicht übertroffen worden sein.

Die Nachfrage nach Industriegütern erhöhte sich im April gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 2 ¾ % und im Vergleich zum Vorquartal um 1 ½ %. Ausschlaggebend hierfür waren einmal mehr Aufträge im sonstigen Fahrzeugbau. Ohne diese Großaufträge, die über einen längeren Zeitraum produktionswirksam werden, wäre es gegenüber dem ersten Vierteljahr zu einem leichten Rückgang gekommen. Die Nachfrage nach Vorleistungen hielt das hohe Niveau des Vorquartals. Hingegen wurden mehr Konsumgüter bestellt. Bei den Investitionsgütern ergab sich insgesamt ein Plus, ohne den sonstigen Fahrzeugbau ein Minus. Regional betrachtet expandierten die Auslandsorders mit 2 % deutlich stärker als die Inlandsnachfrage mit 1%. Dabei erhöhten sich die Bestellungen aus der EWU mit ¾ % nur leicht, während diejenigen aus den Nicht-EWU-Staaten – dank der Großaufträge – um 2 ¾ % zulegen.

Auftragseingang

Während sich der Inlandsabsatz im April sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem Mittel des Vorquartals saisonbereinigt deutlich erhöhte, nahm der Auslandsumsatz etwas ab. Die Warenexporte konnten im April zwar den Durchschnittswert des ersten Quartals saisonbereinigt knapp halten, fielen aber nach dem kräftigen Anstieg im März wieder stark zurück. Der Wert der Einfuhren reduzierte sich ebenfalls.

Inlandsabsatz und Außenhandel

Bauhauptgewerbe

*Produktion
und Auftrags-
eingang*

Das Bauhauptgewerbe hat seine Leistung im April gegenüber dem ersten Quartal, in dem die witterungsbedingten Produktionsrückstände aus dem Dezember weitgehend abgearbeitet worden waren, saisonbereinigt ein gutes Stück zurückgenommen. Ausschlaggebend hierfür war der Hochbau. Im Tiefbau hingegen wurde das erhöhte durchschnittliche Produktionsvolumen der Vormonate aufrechterhalten. Die Aufträge für das Bauhauptgewerbe erhöhten sich im März im Tiefbau sowie im Wohnungsbau deutlich, während sie im übrigen Hochbau spürbar zurückgingen.

Arbeitsmarkt

Beschäftigung

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im Frühjahr 2011 weiter verbessert, wenn auch nicht mehr mit der hohen Geschwindigkeit der ersten Monate des Jahres. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland nahm gemäß vorläufiger Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im April gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 28 000 zu. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Plus von 515 000 oder 1,3 %. Der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse dürfte sich weiter erhöht haben. Der Stellenzuwachs betrug im März binnen Jahresfrist 692 000 oder 2,5 %. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hat dem ifo Beschäftigungsbarometer und dem Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit zufolge im Mai etwas nachgegeben, ist aber weiterhin sehr hoch.

Die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen hat sich im Mai saisonbereinigt nur geringfügig um 8 000 auf 2,97 Millionen ermäßigt. Die Arbeitslosenquote (BA-Konzept) verringerte sich auf saisonbereinigt 7,0 %. Da wegen der verbesserten Beschäftigungssituation die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zurückgefahren werden, ging die Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne deutlich stärker zurück als die registrierte Arbeitslosigkeit (gegenüber dem Vorjahr – 328 000 im Vergleich zu –276 000).

Arbeitslosigkeit

Preise

Nachdem der Preis für ein Fass der Rohölsorte Brent im April auf 123 US-\$ gestiegen war, fiel er im Mai mit 114 ½ US-\$ näherungsweise wieder auf den Stand vom März zurück; er übertraf damit seinen Vorjahrsstand aber immer noch um die Hälfte (und in Euro gerechnet fast um ein Drittel). Infolge von Unsicherheiten über die zukünftige Strategie der OPEC schwankten die Notierungen Mitte Juni relativ stark. Der Spotpreis betrug bei Abschluss dieses Berichts 114 US-\$. Zukünftige Rohöllieferungen notierten im gesamten Fristigkeitsspektrum mit Abschlägen.

*Internationale
Rohölpreise*

Die Preisentwicklung auf den vorgelagerten Absatzstufen verlief zuletzt uneinheitlich. Die Einfuhren verbilligten sich im April im Vergleich zum März aufwertungsbedingt um saisonbereinigt 0,3 %. Die Erzeugnisse aus inländischer Produktion verteuerten sich hingegen im Einklang mit der konjunkturellen Dynamik um 1,0 %. Der Vorjahrsabstand reduzierte sich bei den Einfuhrpreisen auf

*Einfuhr- und
Erzeugerpreise*

9,4 %. Bei den inländischen Erzeugerpreisen erhöhte er sich auf 6,4 %.

Verbraucherpreise

Die Preise auf der Verbraucherstufe sind im Mai gegenüber April trotz teilweise deutlicher Preisreduktionen bei Energie saisonbereinigt weiter gestiegen, wenn auch mit 0,1% deutlich schwächer als in den Vormonaten. Nahrungsmittel verteuerten sich vor allem wegen Preisanhebungen bei Molkereiprodukten gegenüber dem Vormonat um beinahe 1%. Die Preise anderer Waren stiegen in saisonbereinigter Betrachtung ebenfalls an, wozu die Anhebung der Tabaksteuer beitrug. Die Preise von Dienstleistungen blieben im Mittel unverändert. Die Jahresteuersatzrate reduzierte sich nach dem nationalen Verbraucherpreisindex von 2,4% auf 2,3%, in der harmonisierten Abgrenzung waren es 2,4% nach 2,7%.

Öffentliche Finanzen¹⁾

Soziale Pflegeversicherung

*Leichte Defizit-
ausweitung im
ersten Quartal*

Im ersten Quartal des laufenden Jahres verzeichnete die soziale Pflegeversicherung ein leichtes Defizit, worin eine gewisse Verschlechterung der Finanzlage zum Ausdruck kommt. Sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite fiel die Dynamik mit Zuwächsen von gut 1% beziehungsweise 3% spürbar geringer aus als in den Vorquartalen. Zwar stiegen die Beiträge der Beschäftigten mit fast 3 ½% recht kräftig. Allerdings kam es bei den Beiträgen für arbeitslose Bezieher von Lohnersatzleistungen zu deutlichen Rückgängen von 11% gegenüber dem

Vorjahr. Außerdem stagnierten die Beiträge der Rentner nach der Nullanpassung Mitte 2010 und aufgrund der aktuell kaum zunehmenden Rentnerzahl.

Auf der Ausgabenseite setzte sich der Rückgang der Wachstumsraten fort. Für ambulant erbrachte Pflegedienstleistungen wurde zwar fast 4% mehr ausgegeben. Doch wuchsen die Geldleistungen an die Pflegebedürftigen mit 1% deutlich schwächer. Der verlangsamte, gleichwohl immer noch über dem Einnahmenanstieg hinausgehende Ausgabenzuwachs ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass mit Beginn des Jahres 2011 keine weitere Erhöhung der Leistungssätze erfolgte. Die liquiden Rücklagen sind bis Ende März auf knapp 5 Mrd € zurückgegangen.

*Ausgaben-
wachstum
abgeschwächt*

Im Gesamtjahr 2011 könnte durchaus noch einmal ein leichter Überschuss erzielt werden, wenn das konjunkturelle Umfeld weiter günstig bleibt. Spätestens ab dem kommenden Jahr ist jedoch mit Defiziten zu rechnen, weil die Ausgaben infolge steigender Leistungssätze deutlich schneller wachsen dürften²⁾ als die Einnahmen bei unverändertem Beitrags-

*2011 letztmalig
geringer Über-
schuss möglich*

1 In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts. Die Finanzergebnisse der gesetzlichen Krankenversicherung für das erste Quartal 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

2 Die nächste Erhöhungsstufe ist für den 1. Januar 2012 vorgesehen. Im gewichteten Mittel steigen die Leistungssätze dann um rd. 2%. Danach hat die Bundesregierung zum Jahresbeginn 2014 und dann im dreijährigen Turnus über weitere Anpassungen zu entscheiden. Maßstab ist die allgemeine Preisentwicklung. Allerdings dürfen die Pflegesätze nicht stärker steigen als die nominalen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (§ 30 SGB XI).

satz in Höhe von 1,95 % (zzgl. 0,25 % für Kinderlose). Die derzeit mit gut 2 ½ Monatsausgaben noch umfangreichen Rücklagen werden allerdings noch einige Jahre reichen.³⁾ Auf mittlere Sicht ist angesichts der absehbaren demographischen Entwicklung eine Anhebung des Beitragssatzes oder eine Einschränkung des Leistungsniveaus aber nicht zu vermeiden. Mit Hilfe einer stärkeren Kapitaldeckung kann die Abgabenlast zwar anders zwischen den Generationen verteilt, letztlich jedoch nicht verringert werden.

Wertpapiermärkte

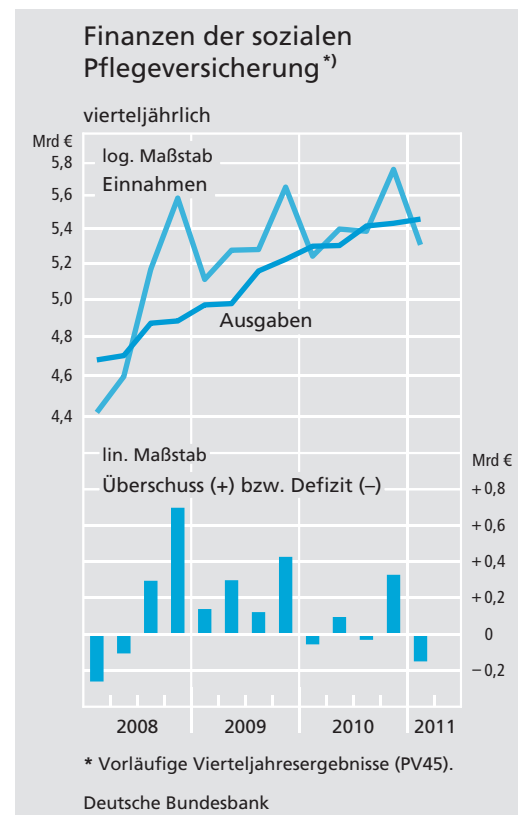
Rentenmarkt

*Absatz von
Rentenpapieren*

Im April 2011 stieg das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt mit einem Bruttoabsatz von 128,0 Mrd € gegenüber dem Vormonat (103,2 Mrd €) deutlich an. Nach Abzug der gesunkenen Tilgungen (112,2 Mrd €) und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden jedoch inländische Schuldverschreibungen für netto 6,3 Mrd € vom Markt genommen. Der Umlauf ausländischer Schuldverschreibungen am deutschen Markt erhöhte sich im Berichtsmonat um 4,2 Mrd €, sodass zusammen genommen der Umlauf von Schuldtiteln am deutschen Markt um 2,1 Mrd € zurückging.

*Bankschuldver-
schreibungen*

Heimische Kreditinstitute führten im Berichtsmonat ihre Kapitalmarktverschuldung um netto 10,5 Mrd € zurück. Vor allem öffentliche Pfandbriefe und Sonstige Bankschuldverschreibungen wurden für per saldo 5,7 Mrd € beziehungsweise 5,5 Mrd € getilgt, in



geringerem Umfang kam es auch bei Hypothekendarlehen zu Tilgungen (0,7 Mrd €). Lediglich die Spezialkreditinstitute, zu denen beispielsweise auch öffentliche Förderbanken zählen, emittierten im Ergebnis Anleihen für 1,5 Mrd €.

Auch die inländischen Unternehmen tilgten im April eigene Anleihen für per saldo 3,5 Mrd €, im Vergleich zu Nettoemissionen von 1,2 Mrd € im Vormonat. Dabei handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um Titel mit Laufzeiten von weniger als einem Jahr.

*Unternehmens-
anleihen*

Die öffentliche Hand begab im Berichtsmonat Schuldverschreibungen in Höhe von netto 7,7 Mrd €, wobei 4,1 Mrd € auf den Bund ent-

*Öffentliche
Anleihen*

³⁾ Die Mindestrücklage beläuft sich auf eine halbe durchschnittliche Monatsausgabe (§ 64 SGB XI).

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2010	2011	
	April	März	April
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	15,9	- 7,7	- 6,3
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	5,2	- 15,8	- 10,5
Anleihen der öffentlichen Hand	5,8	6,9	7,7
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	- 0,8	3,8	4,2
Erwerb			
Inländer	- 9,7	- 4,6	- 21,8
Kreditinstitute ³⁾	- 1,1	- 15,4	- 1,6
Nichtbanken ⁴⁾	- 8,5	10,9	- 20,2
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 7,9	2,2	- 24,2
Ausländer ²⁾	24,7	0,6	19,7
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	15,1	- 4,0	- 2,1

1 Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Transaktionswerte. — 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. — 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

fielen. Während sich der Umlauf zweijähriger Bundesschatzanweisungen (5,1 Mrd €) sowie zehn- und 30-jähriger Bundesanleihen (6,2 Mrd € bzw. 1,6 Mrd €) erhöhte, kam es vor allem bei den fünfjährigen Bundesobligationen (11,2 Mrd €), aber auch bei unverzinslichen Bubills (1,9 Mrd €) per saldo zu Tilgungen. Die Länder nahmen den Kapitalmarkt im Ergebnis mit 3,6 Mrd € in Anspruch.

Auf der Erwerberseite kauften im April lediglich ausländische Investoren heimische Rentenwerte für per saldo 19,7 Mrd €. Hingegen trennten sich vor allem heimische Nichtbanken von zinstragenden Papieren in Höhe von 20,2 Mrd €; dabei handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um heimische Werte. Die Kreditinstitute veräußerten Schuldverschreibungen für netto 1,6 Mrd €; hierunter befanden

den sich im Ergebnis ebenfalls nur inländische Papiere.

Am deutschen Aktienmarkt haben im Berichtsmonat inländische Gesellschaften mit 5,6 Mrd € deutlich mehr junge Aktien begeben als noch im Monat zuvor (0,3 Mrd €). Ausschlaggebend war eine Kapitalerhöhung eines Automobilherstellers. Der Bestand an ausländischen Dividentiteln am deutschen Markt nahm ebenfalls zu, und zwar um 2,4 Mrd €. Bei der Betrachtung der Erwerberseite haben lediglich inländische Investoren Aktien gekauft. Vor allem die heimischen Kreditinstitute nahmen Dividentitel für 22,6 Mrd € in ihre Portfolios auf; dabei handelte es sich weit überwiegend um deutsche Werte. Nichtbanken erwarben Aktien für per saldo 3,1 Mrd €; hier überwogen hingegen die ausländischen Dividentenwerte. Indessen trennten sich gebietsfremde Investoren – wie bereits in der Vergangenheit vor Dividentterminen – von inländischen Aktien für netto 17,7 Mrd €.

Inländische Investmentfonds konnten im April im Vergleich zum Vormonat netto höhere Mittelzuflüsse (2,5 Mrd €) verzeichnen. Hier von profitierten lediglich die den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds (2,7 Mrd €), während inländische Publikumsfonds Mittelabflüsse in Höhe von 0,2 Mrd € verzeichneten. Unter den für alle Anleger zugänglichen Kapitalanlagegesellschaften nahmen vor allem Renten- und Geldmarktfonds Anteilscheine für 0,5 Mrd € beziehungsweise 0,3 Mrd € zurück, aber auch Offene Immobilienfonds verzeichneten leichte Mittelabflüsse (0,1 Mrd €). Hingegen platzierten Aktien-

*Aktienabsatz
und -erwerb*

*Absatz und
Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

*Erwerb von
Schuldver-
schreibungen*

fonds und Gemischte Fonds neue Anteile am Markt (0,4 Mrd € bzw. 0,1 Mrd €). Zusätzlich setzten ausländische Fondsgesellschaften im Berichtsmonat am deutschen Markt Anteilsscheine für 3,2 Mrd € ab. Erworben wurden Investmentanteile im April lediglich von gebietsansässigen Nichtbanken (5,8 Mrd €), welche sich eher in ausländischen Zertifikaten engagierten. Hingegen trennten sich heimische Kreditinstitute von Anteilscheinen für per saldo 0,1 Mrd €. Ausländische Investoren waren im Berichtsmonat im Ergebnis gar nicht am hiesigen Fondsmarkt aktiv.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im April 2011 – gemessen an den Ursprungsdaten – einen Überschuss von 8,8 Mrd € auf. Das Ergebnis lag damit um 10,8 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Dahinter standen sowohl ein geringerer Aktivsaldo in der Handelsbilanz als auch der Umschwung zu einem Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, welcher Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfasst.

Außenhandel

Die „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen verzeichneten im April ein Defizit von 0,7 Mrd €, nach einem Überschuss von 2,8 Mrd € im März. Dies ist vor allem auf den geringeren Überschuss in der Bilanz der grenzüberschreitenden Faktoreinkommen zurückzuführen, der von 5,1 Mrd € im Vormonat auf 2,3 Mrd € im Berichtsmonat sank. Dieser Rückgang ist durch hohe Dividendenzahlungen an das Ausland bedingt. Darüber hinaus über-

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Position	Mrd €		
	2010 April	2011 März ¹⁾ April	
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel ¹⁾			
Ausfuhr (fob)	74,3	98,2	84,3
Einfuhr (cif)	61,2	79,4	73,4
Saldo	+ 13,2	+ 18,8	+ 10,9
nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	73,9	90,9	85,9
Einfuhr (cif)	60,6	75,8	73,9
2. Ergänzungen zum Außenhandel ²⁾	- 0,8	- 2,0	- 1,4
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	14,4	16,1	13,3
Ausgaben	14,0	15,5	14,3
Saldo	+ 0,4	+ 0,6	- 1,0
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 1,5	+ 5,1	+ 2,3
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	1,6	0,8	1,8
Eigene Leistungen	3,9	3,8	3,8
Saldo	- 2,2	- 3,0	- 1,9
Saldo der Leistungsbilanz	+ 12,0	+ 19,6	+ 8,8
II. Vermögensübertragungen (Saldo) ³⁾	- 0,2	- 0,2	- 0,2
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)			
1. Direktinvestitionen	- 1,3	- 4,8	- 1,5
Deutsche Anlagen im Ausland	- 1,3	- 9,5	- 3,1
Ausländische Anlagen im Inland	+ 0,0	+ 4,7	+ 1,6
2. Wertpapiere	- 7,7	- 5,1	- 7,3
Deutsche Anlagen im Ausland	+ 2,0	- 0,3	- 9,1
darunter: Aktien	+ 3,7	+ 1,3	- 1,6
Anleihen ⁴⁾	- 0,1	- 2,1	+ 3,0
Ausländische Anlagen im Inland	- 9,6	- 4,8	+ 1,7
darunter: Aktien	- 34,9	- 5,8	- 18,0
Anleihen ⁴⁾	+ 17,4	- 1,0	+ 13,1
3. Finanzderivate	- 2,8	- 7,1	+ 2,5
4. Übriger Kapitalverkehr ⁵⁾	+ 2,3	- 10,6	- 7,4
Monetäre Finanzinstitute ⁶⁾	+ 15,9	- 10,1	- 19,4
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen	+ 14,4	- 11,7	- 16,4
Staat	- 16,3	+ 0,8	+ 2,2
Bundesbank	+ 6,6	- 0,2	- 2,7
Bundesbank	- 3,9	- 1,1	+ 12,6
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁷⁾	- 0,1	- 1,2	- 0,6
Saldo der Kapitalbilanz	- 9,5	- 28,8	- 14,2
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	- 2,3	+ 9,4	+ 5,6

¹⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — ²⁾ Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — ³⁾ Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — ⁴⁾ Ursprungslaufzeit über ein Jahr. — ⁵⁾ Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. — ⁶⁾ Ohne Bundesbank. — ⁷⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

wogen in der Dienstleistungsbilanz nunmehr die Ausgaben um 1,0 Mrd €, nachdem es im März noch einen Einnahmenüberschuss von 0,6 Mrd € gegeben hatte. Dagegen ging der Fehlbetrag bei den laufenden Übertragungen um 1,0 Mrd € auf 1,9 Mrd € zurück.

*Wertpapier-
verkehr*

Im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr ergaben sich auch im April Netto-Kapitalabflüsse (7,3 Mrd €, nach 5,1 Mrd € im März). Dabei fragten inländische Investoren wieder verstärkt Wertpapiere im Ausland nach (9,1 Mrd €, nach 0,3 Mrd €). Insbesondere Schuldverschreibungen stießen dabei auf ihr Interesse (4,2 Mrd €). Während sie Geldmarktpapiere erwarben (7,2 Mrd €), veräußerten sie Anleihen (3,0 Mrd €). Auch führten sie Investmentzertifikate (3,2 Mrd €) und Aktien (1,6 Mrd €) ihrem Portfolio zu. Ausländische Anleger weiteten nur sehr beschränkt ihr Engagement in Deutschland aus (1,7 Mrd €). Dabei kauften sie hiesige Schuldverschreibungen (19,7 Mrd €), und hier Anleihen (13,1 Mrd €) und Geldmarktpapiere (6,7 Mrd €). Hingegen standen Aktien – wie üblich vor den Dividendenterminen – auf ihrer Verkaufsliste (18,0 Mrd €).

*Direkt-
investitionen*

Im Bereich der Direktinvestitionen waren im April per saldo geringe Kapitalabflüsse zu verzeichnen (1,5 Mrd €, nach 4,8 Mrd €). Ausschlaggebend war, dass hiesige Gesellschaften ihre Niederlassungen im Ausland mit Kapital versorgt haben (3,1 Mrd €). Dies geschah in erster Linie über reinvestierte Gewinne (3,2 Mrd €), aber auch über eine Erhöhung des Beteiligungskapitals (1,7 Mrd €).

Hingegen zogen sie im Rahmen des konzern-internen Kreditverkehrs Mittel aus dem Ausland ab (1,7 Mrd €). Ausländische Firmen engagierten sich – wenn auch in geringerem Maße – in Deutschland (1,6 Mrd €).

Der übrige statistisch erfasste Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (so weit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, wies im April Netto-Kapitalexporte in Höhe von 7,4 Mrd € auf. Dabei traten im Bereich der Nichtbanken nur leichte Kapitalabflüsse auf (0,6 Mrd €). Einerseits führten die Dispositionen staatlicher Stellen zu Kapitalexporten (2,7 Mrd €). Eine große Bedeutung kam dabei der Tilgung kurzfristiger Verbindlichkeiten im Ausland zu. Andererseits kamen bei den Unternehmen und Privatpersonen Gelder in Deutschland auf (2,2 Mrd €), wobei hier die Rückführung ihrer Forderungen gegenüber dem Ausland ausschlaggebend war. Im Bankensystem floss Kapital im Umfang von 6,8 Mrd € ab. Verantwortlich dafür zeichneten die Kapitalabflüsse im Umfang von 19,4 Mrd € bei den Kreditinstituten. Dies geschah vorwiegend durch die Vergabe kurzfristiger Finanzkredite an ausländische Geschäftspartner. Hingegen kamen bei der Bundesbank Mittel im Umfang von 12,6 Mrd € auf. Ausschlaggebend hierfür war ein Forderungsabbau im Rahmen des Großbetragszahlungsverkehrssystems TARGET2.

Die Währungsreserven der Bundesbank sind im April – zu Transaktionswerten gerechnet – gestiegen (0,6 Mrd €).

*Übriger Kapital-
verkehr der
Nichtbanken
und ...*

*... des Banken-
systems*

*Währungs-
reserven*

Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2011 und 2012

Die konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft ist in einen breit angelegten Aufschwung eingemündet. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten sind wieder normal ausgelastet. Die Unternehmen bereiten mit der Aufstockung der Belegschaften, der Beschaffung neuer Ausrüstungen und der Erstellung neuer Bauten eine weitere Expansion ihrer Aktivitäten vor. Der Wohnungsbau erhält neue Impulse. Zudem nehmen die Konsumausgaben der privaten Haushalte zu. Zwar verstärkt sich der Lohnanstieg. Er bleibt aber im stabilitätsgerechten Rahmen. Die strukturelle Arbeitslosigkeit geht weiter zurück, und Deutschland gewinnt an Attraktivität für ausländische Arbeitskräfte. Damit steigen die Aussichten auf eine lang gezogene Expansionsphase der deutschen Wirtschaft. Dies sollte die dringend notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erheblich erleichtern.

Nach einer Zunahme der Wirtschaftsleistung um 3,6 % im Jahr 2010 könnte das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr 3,1 % erreichen. Im Folgejahr könnte es sich dann angesichts überdurchschnittlich ausgelasteter Kapazitäten und des Auslaufens konjunktureller Nachholeffekte bei den Investitionen auf 1,8 % reduzieren. Bereinigt um einen negativen Arbeitstageeffekt entspräche dies einem Plus von 2,0 %. Das Potenzialwachstum würde damit auch im Jahr 2012 deutlich übertroffen. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft könnte sogar noch stärker ausfallen als in diesem Basisszenario. Dies scheinen Umfrageergebnisse anzudeuten. Umgekehrt würden größere Störungen im globalen und im europäischen Umfeld die recht kräftige wirtschaftliche Aufwärtsbewegung empfindlich bremsen.

Diese Prognose geht davon aus, dass die deutschen Unternehmen nur im laufenden Jahr noch Anteilsgewinne auf ihren internationalen Absatzmärkten erzielen. Wegen der hohen Dynamik des Welthandels bleibt der Export trotzdem die wichtigste Stütze der Konjunktur. In deutlichem Kontrast zu der Aufschwungperiode der vergangenen Dekade kommt der Binnenwirtschaft dank der verbesserten Gesamtkonstitution der deutschen Volkswirtschaft diesmal allerdings eine wesentlich größere Bedeutung zu.

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe hat sich zu Beginn des Jahres 2011 im Gefolge der zunächst kräftig gestiegenen Ölnotierungen deutlich verstärkt. Für den Prognosezeitraum wird mit leicht nachgebenden Rohölpreisen gerechnet. Mit der zunehmenden konjunkturellen Belegung werden allerdings die Preise der Waren und Dienstleistungen, die in einem größeren Maße im Inland bestimmt werden, stärker anziehen. Diese Projektion erwartet für das laufende Jahr einen Anstieg der Verbraucherpreise in der Abgrenzung des HVPI um 2,5 % und im Folgejahr um 1,8 %. Ohne Energie gerechnet wären dies 1,5 % beziehungsweise 1,6 %.

Ausgangslage

*Kurzfristiges
Wachstums-
profil geprägt
von Witter-
ungseffekten*

Die deutsche Wirtschaft hat im Winterhalbjahr 2010/2011 die Erwartungen der im vergangenen Dezember veröffentlichten Prognose deutlich übertroffen. Während damals mit einer vorübergehenden, gleichwohl deutlichen Verlangsamung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses gerechnet worden war, dürfte die konjunkturelle Grundtendenz tatsächlich kaum an Schwung verloren haben. Zwar ist das gesamtwirtschaftliche Wachstum im vierten Quartal 2010 mit 0,4 % so niedrig ausgefallen wie erwartet, ein wesentlicher Grund hierfür war aber das besonders kalte Winterwetter, das bereits im November eingesetzt hatte und den gesamten Dezember hindurch anhielt. Ohne die hiermit verbundenen Behinderungen insbesondere der Bauwirtschaft und des Verkehrswesens wäre das Wachstum spürbar stärker gewesen. Bei jahreszeittypischen Witterungsverhältnissen im ersten Vierteljahr 2011 kehrte die gesamtwirtschaftliche Aktivität nicht nur auf ihr Normalniveau zurück, sondern es wurden auch Arbeiten nachgeholt, die im letzten Quartal 2010 unterblieben waren. Wegen dieser Aufhol- und Nachholeffekte überzeichnet die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des ersten Quartals von 1,5 % die konjunkturelle Grundtendenz ganz erheblich. Daneben könnten bei dem hohen Ergebnis für das erste Vierteljahr 2011 statistische Unschärfen eine Rolle gespielt haben.

*Unterschätzte
konjunkturelle
Grundtendenz*

Jenseits dieser Unsicherheiten kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass die Dezember-Prognose die konjunkturelle Grundtendenz unterschätzt hat. Dies gilt gleichermaßen hin-

sichtlich der außen- wie der binnenwirtschaftlichen Impulse. Zunächst fiel der Dämpfer bei der Auslandsnachfrage schwächer aus als erwartet. Infolgedessen stiegen die Exporte im Winterhalbjahr 2010/2011 stärker an als unterstellt. Die damit einhergehende höhere Auslastung der Produktionskapazitäten sowie die weitere Verbesserung des Geschäftsklimas dürften wesentliche Gründe für die unerwartet starke Zunahme der Aufwendungen für neue Ausrüstungen gewesen sein. Die privaten Konsumausgaben profitierten von der außerordentlich vorteilhaften Arbeitsmarktentwicklung und nahmen kräftiger zu als vermutet.

Darüber hinaus übertrafen die Aufwendungen für neue Wohnbauten bei Weitem die Erwartungen. Nachdem in den letzten Jahren Investitionen in den Wohnungsbestand die dominierende Rolle gespielt hatten, kommt nun erstmals seit längerer Zeit dem Neubau größere Bedeutung zu. Nicht nur die Errichtung von Einfamilienhäusern, sondern vor allem auch der Geschosswohnungsbau zeigt sich deutlich erholt. Die Zusatznachfrage entfaltet sich vor allem in Ballungsräumen, was im Einklang mit den dort überdurchschnittlich stark steigenden Immobilienpreisen steht. Treibende Kräfte hinter dieser Entwicklung dürften neben der positiven Ertrags- und Einkommenstendenz und den günstigen Finanzierungskonditionen vor allem optimistische Erwartungen sein. Daneben mögen Zweifel an der Werthaltigkeit alternativer Anlageformen eine gewisse Rolle spielen.

*Neue Impulse
für den
Wohnungsbau*

Insbesondere die Wohnungswirtschaft könnte von einer erhöhten Zuwanderung nach

*Verstärkte
Zuwanderung
nach
Deutschland*

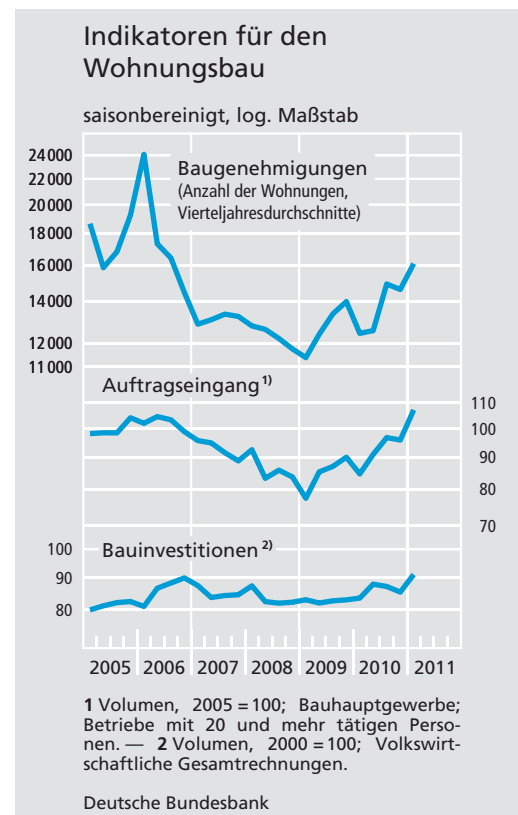
Deutschland profitieren. Bereits im Jahr 2010 sind per saldo beinahe 130 000 Personen nach Deutschland eingewandert, nach zwei Jahren ohne größere Nettozuwanderung.¹⁾ Dies spricht dafür, dass Deutschland für ausländische Arbeitnehmer wieder attraktiver geworden ist. Mit der Gewährung der vollen Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den EU-8-Staaten seit Mai dieses Jahres könnten sich die Wanderungsströme nochmals spürbar verstärken.²⁾ Diese Prognose geht für die Jahre 2011 und 2012 von einem Nettozustrom von 150 000 beziehungsweise 170 000 Personen aus, wovon jeweils rund 100 000 auf die EU-8 entfallen könnten.

*Weiterhin
äußerst günstige
Arbeitsmarkt-
entwicklung*

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die verstärkte Zuwanderung den Arbeitsmarkt negativ tangiert hat. Vielmehr übertrafen sowohl die Zunahme der Beschäftigung um saisonbereinigt 256 000 als auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit um 124 000 im Winterhalbjahr 2010/2011 wiederum die Erwartungen.³⁾ Die nach dem Produktionseinbruch 2009 eingeschränkten Arbeitszeiten haben sich weitgehend normalisiert.

*Steigende
Entgelte, ...*

Die Arbeitnehmer profitierten darüber hinaus mit kräftigen Einkommenssteigerungen von der guten Wirtschaftslage. Obwohl die Tarifverdienste im ersten Vierteljahr 2011 infolge der während der Wirtschaftskrise getätigten Abschlüsse mit 1,7 % im Vorjahresvergleich noch sehr verhalten anstiegen, ergab sich bei den Effektivverdiensten auf Monatsbasis ein Zuwachs von 2,8 %. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die mittlere Arbeitszeit binnen Jahresfrist um 1,7 % zunahm. Auf Stundenbasis erhöhten sich die Effektiventgelte des-



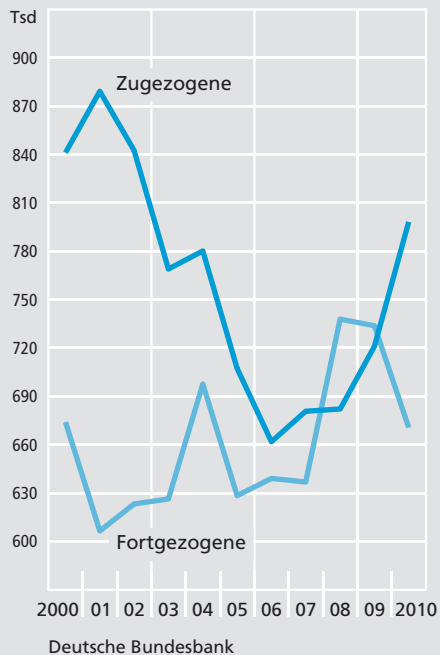
halb mit 1,0 % deutlich weniger stark als die Tariflöhne. Hierbei spielt eine Rolle, dass die Kurzarbeit zurückgeführt und Arbeitszeitkonten wieder aufgefüllt wurden. Die im Winterhalbjahr 2010/2011 neu abgeschlossenen Tarifverträge spiegeln die erheblich verbesserte Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage wider und sehen – bei bemerkenswerter Differenzierung zwischen den Wirtschaftszweigen – im Durchschnitt kräftige Entgeltsteigerungen vor.

1 Das statistische Bild könnte durch die Bereinigung der Melderegister in den Jahren 2008 und 2009 insofern verzerrt sein, als nicht erfasste Fortzüge früherer Jahre diesem Zeitraum zugeordnet wurden.

2 Siehe hierzu: Deutsche Bundesbank, Zu den möglichen Wachstumseffekten einer verstärkten Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern, Monatsbericht, Mai 2011, S. 60–61.

3 Jeweils Durchschnitt des ersten Vierteljahres 2011 verglichen mit dem Durchschnitt des dritten Vierteljahres 2010.

Grenzüberschreitende Wanderungen von und nach Deutschland



... aber auch
deutlich
steigende Preise

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hat sich spürbar verstärkt. Angetrieben durch den Preisschub bei Rohöl verteuerte sich Energie auf der Verbraucherstufe binnen eines halben Jahres um 7,5%. Dies war der wichtigste Faktor für den Anstieg der HVPI-Vorjahrsrate auf 2,2% im ersten Vierteljahr 2011. Die Dezember-Projektion war bei einem deutlich flacheren Pfad der Rohölnotierungen noch von einer Rate von 1,7% ausgegangen. Ohne Energie gerechnet ergab sich eine Teuerungsrate von 1,1% gegenüber 0,9% in der Prognose. Daran zeigt sich, dass auch der konjunkturelle Einfluss auf die Preisentwicklung etwas unterschätzt worden war. Bis April hatte sich die HVPI-Rate auf 2,7% erhöht, bevor sie sich im Mai wieder auf 2,4% ermäßigte.

Rahmenbedingungen⁴⁾

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich nach der zügigen konjunkturellen Erholung im Winterhalbjahr 2009/2010 spürbar verlangsamt. Die Aussichten für eine weitere globale Expansion sind aber intakt. Dabei dürfte sich das Wachstumstempo in einer Reihe von aufstrebenden Volkswirtschaften, die sich bereits in einem konjunkturell weiter fortgeschrittenen Stadium befinden, tendenziell abschwächen. Mitunter zeigen sich dort sogar bereits Überhitzungserscheinungen. Hingegen dürften sich in den Industrieländern die konjunkturellen Auftriebskräfte mehr und mehr gegenüber den späten Nachwirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise durchsetzen. Zudem sollten die für ein nachhaltiges Wachstum notwendigen strukturellen Anpassungen Fortschritte machen. Die tragischen Ereignisse in Japan dürften die Weltkonjunktur nicht nachhaltig beeinträchtigen. Im Ergebnis könnte sich das globale Wirtschaftswachstum in den beiden Jahren des Prognosehorizonts auf jeweils gut 4% belaufen.

Globale
Wirtschafts-
tendenzen

Infolge der zunehmenden Spezialisierung und Arbeitsteilung sollte der Welthandel weiterhin überproportional zunehmen, und zwar mit Raten von beinahe 8% pro Jahr. Ein erheblicher Teil davon entfällt trotz einer dort vermuteten Verlangsamung des Expansions tempos auf die aufstrebenden Volkswirtschaften. Hingegen dürfte der Handel der Indus-

Welthandel
und Absatz-
märkte

⁴ Die Annahmen über die Entwicklung des Welthandels, der Wechselkurse, der internationalen Rohstoffpreise und der Zinssätze wurden von den Prognoseexperten des Eurosystems festgelegt. Sie basieren auf Informationen, die bis zum 18. Mai 2011 verfügbar waren.

trielländer ungeachtet der Stärkung der Auftriebskräfte schwächer expandieren. Die deutschen Exporteure sollten nach wie vor von ihrer Präsenz in den neuen Wachstumsregionen profitieren. Das Volumen der deutschen Absatzmärkte könnte deshalb in diesem Jahr um 7 ½ % und im Jahr 2012 nochmals um 7 % zulegen, nach einer Expansion um 10 ½ % im Jahr 2010.⁵⁾

Wechselkurse

Der Euro hat seit der Prognoserunde im vergangenen Herbst gegenüber dem US-Dollar nochmals an Wert gewonnen. In dem für die Ableitung der Wechselkursannahme relevanten Zeitraum notierte der Euro bei 1,43 US-\$, gegenüber 1,39 US-\$ in der Dezember-Projektion, was einer Aufwertung um knapp 3 % entspricht. Allerdings verlor der Euro gegenüber anderen Währungen etwas an Wert, sodass der für den Außenhandel relevante effektive Wechselkurs des Euro weitgehend unverändert blieb.

Rohstoffpreise

Bereits im Dezember 2010 übertrafen die Rohölnotierungen aufgrund des besonders kalten Winterwetters auf der Nordhalbkugel die aus Terminkursen in den ersten beiden Novemberwochen abgeleiteten Erwartungen. Zeitgleich mit den Unruhen in einer Reihe von arabischen Ländern vergrößerte sich der Abstand. Im Mittel des ersten Vierteljahres 2011 lagen die Marktnotierungen bereits ein Fünftel über der damaligen Prognoseannahme. Auch im April stiegen die Notierungen nochmals kräftig an. Erst im Mai kam es, wohl aufgrund einer Abschwächung der Nachfrage, zu einer Korrektur nach unten. In der gegenwärtigen Prognose wird für das Jahr 2011 ein durchschnittlicher Rohölpreis von 111 US-\$ je

Wichtige Annahmen der Prognose

Position	2009	2010	2011	2012
Wechselkurse für den Euro				
US-Dollar je Euro	1,39	1,33	1,42	1,43
Effektiv 1)	111,7	104,7	105,5	106,0
Zinssätze				
EURIBOR-Dreimonatsgeld	1,2	0,8	1,6	2,3
Umlaufrendite öffentlicher Anleihen 2)	3,2	2,7	3,3	3,6
Rohstoffpreise				
Rohöl 3)	61,9	79,6	111,1	108,0
Sonstige Rohstoffe 4) 5)	-23,0	37,1	20,4	1,2
Absatzmärkte der deutschen Exporteure 5) 6)				
	-11,7	10,4	7,5	6,9

1 Gegenüber den Währungen der 20 wichtigsten Handelspartner des Euro-Raums (EWK-20-Gruppe), 1. Vj. 1999 = 100. — 2 Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von über neun bis zehn Jahren. — 3 US-Dollar je Fass der Sorte Brent. — 4 In US-Dollar. — 5 Veränderung gegenüber Vorjahr in %. — 6 Arbeitstäglich bereinigt.

Deutsche Bundesbank

Barrel Brent und für das Jahr 2012 von 108 US-\$ je Barrel unterstellt. Das sind 25 % beziehungsweise 20 % mehr als in der Dezember-Projektion. Die übrigen Rohstoffpreise, die im Gegensatz zu den Rohölnotierungen bereits im Sommer des vergangenen Jahres – in US-Dollar gerechnet – ihren Vorkrisenstand wieder erreicht hatten, folgten im Winterhalbjahr 2010/2011 weitgehend den aus Terminnotierungen abgeleiteten Erwartungen. Bei den angenommenen Steigerungsraten von 20 % für das Jahr 2011 und leicht über 1% für das Jahr 2012 gibt es jedenfalls nur kleinere Änderungen gegenüber der Dezember-Prognose.

5 Die Absatzmärkte wurden auf Basis aktualisierter Angaben zu Marktanteilen neu berechnet, woraus sich ein erheblicher Teil der Differenzen zu den Angaben in der Dezember-Projektion erklärt.

Die fortschreitende Normalisierung am Geldmarkt und die inzwischen eingeleitete Normalisierung des weiterhin expansiven Leitzinsniveaus sowie die Markterwartung weiterer Leitzinsanpassungen haben die Kurzfristzinssätze etwas schneller steigen lassen als in der Dezember-Projektion zugrunde gelegt. Für die aktuelle Prognoserunde wird ein aus Marktdaten abgeleiteter Kurzfristzinssatz (Dreimonatszinssatz für unbesicherte Geschäfte am Interbankengeldmarkt) von 1,6 % für 2011 (anstelle von 1,4 %) und 2,3 % für 2012 (anstelle von 1,7 %) unterstellt. Angesichts der guten wirtschaftlichen Aussichten sind auch die Langfristzinsen angestiegen. Für den Jahresdurchschnitt 2011 wird nun bei deutschen Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von über neun bis zehn Jahren eine Umlaufrendite von 3,3 % erwartet, verglichen mit 2,9 % in der Dezember-Projektion. Für das Jahr 2012 ergibt sich nunmehr ein Wert von 3,6 % gegenüber 3,3 % im Dezember. Die Finanzierungskosten der deutschen Unternehmen liegen im längerfristigen Bereich höher als in der Dezember-Prognose angenommen, allerdings fällt die Revision geringer aus als bei den Staatsanleihen. Die Kreditvergabepolitik der Banken hat sich dem Bank Lending Survey zufolge im ersten Vierteljahr 2011 spürbar entspannt. Auch der Kredithürden-Indikator des ifo Instituts zeigt eine weitere Verbesserung an. Für den Prognosezeitraum wird davon ausgegangen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt.

Im Bereich der öffentlichen Finanzen werden in die Vorausschätzungen alle Maßnahmen einbezogen, die entweder verabschiedet sind oder die bereits hinreichend spezifiziert wur-

den und mit deren Verabschiedung zu rechnen ist. Einnahmenseitig dominieren die Abgabenerhöhungen zum Jahresbeginn 2011. Bei den Sozialbeiträgen überwiegen die Mehreinnahmen aus den angehobenen Beitragsätzen vor allem der gesetzlichen Krankenversicherung, aber auch der Bundesagentur für Arbeit die Ausfälle insbesondere durch den niedrigeren Umlagesatz für das Insolvenzgeld.⁶⁾ Im Bereich der indirekten Steuern führt im laufenden Jahr das Konsolidierungspaket des Bundes zu Aufkommenszuwächsen.⁷⁾ Auf der Ausgabenseite wird unterstellt, dass im Prognosezeitraum nur in relativ geringem Umfang Vermögenstransfers an Finanzinstitute geleistet werden, während sie im vergangenen Jahr mit rund ½ % des BIP zu Buche schlugen. Darüber hinaus entfallen sukzessive die meisten ausgabenseitigen Konjunkturstützungsmaßnahmen, und mit dem Konsolidierungspaket, der Gesundheitsreform und der ab Mitte 2011 nachgeholten Deckelung der Rentenanpassungen ist bei den Sozialausgaben eine gewisse Dämpfung angelegt. Andererseits wurden insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeitslosengeld II Ausgabensteigerungen beschlossen.

6 Zu Mindereinnahmen führt auch die Streichung der Rentenbeiträge für Empfänger von Arbeitslosengeld II. Diese haben in gesamtstaatlicher Betrachtung aber keinen Einfluss auf das Defizit, da sie gleichzeitig die Ausgaben des Bundes senken.

7 Dieses enthält eine neue Kernbrennstoffsteuer sowie eine Luftverkehrssteuer, eine mehrstufige Tabaksteuererhöhung und eine Einschränkung von Begünstigungen bei Strom- sowie Energiesteuer. Darüber hinaus wurde eine Bankenabgabe (Jahresbeitrag von Kreditinstituten an den Restrukturierungsfonds) eingeführt.

Konjunktureller Ausblick⁸⁾Grund-
tendenzen und
Wachstums-
profil

Nach dem fulminanten Auftakt im ersten Vierteljahr 2011 dürfte das BIP-Wachstum im zweiten Vierteljahr sehr viel verhaltener ausfallen. Dies wäre jedoch nicht als konjunkturelle Abkühlung zu verstehen. Vielmehr würde dies den starken Einfluss von Aufhol- und Nachholeffekten im ersten Vierteljahr reflektieren. Gleichwohl ist angesichts der bereits erreichten Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten mit einem allmählichen Nachlassen des nach wie vor recht hohen konjunkturellen Grundtempos zu rechnen. Für das Gesamtjahr 2011 könnte sich die BIP-Verlaufsrate kalenderbereinigt auf 2,6% belaufen, nach 3,8% im Jahr 2010. Im Jahresdurchschnitt entspräche dies – bei einem erheblichen statistischen Überhang aus dem Vorjahr – einer Zunahme der realen Wirtschaftsleistung von kalenderbereinigt 3,1%, nach 3,5% im Jahr zuvor. Im Folgejahr würde sich gemäß dieser Projektion die Verlaufsrate weiter auf 2,2% reduzieren, sodass sich bei einem Überhang von 0,6% arbeitstäglich bereinigt ein jahresdurchschnittliches BIP-Wachstum von 2,0% ergäbe. Da im Jahr 2012 die Zahl der potenziellen Arbeitstage geringer ausfällt als im Jahr 2011, beliefe sich die unbereinigte jahresdurchschnittliche BIP-Rate auf 1,8%, nach 3,1% beziehungsweise 3,6% in den beiden Vorjahren. Im Vergleich zur Dezember-Prognose entspricht dies Aufwärtsrevisionen der erwarteten Wachstumsraten um 1,1 Prozentpunkte für 2011 und 0,3 Prozentpunkte für 2012.

Technische Komponenten zur
BIP-Wachstumsprognose

in % bzw. Prozentpunkten

Position	2009	2010	2011	2012
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹⁾	-1,9	0,9	1,2	0,6
Jahresverlaufsrate ²⁾	-2,0	3,8	2,6	2,2
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	-4,7	3,5	3,1	2,0
Kalendereffekt ³⁾	-0,1	0,1	-0,1	-0,2
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate ⁴⁾	-4,7	3,6	3,1	1,8

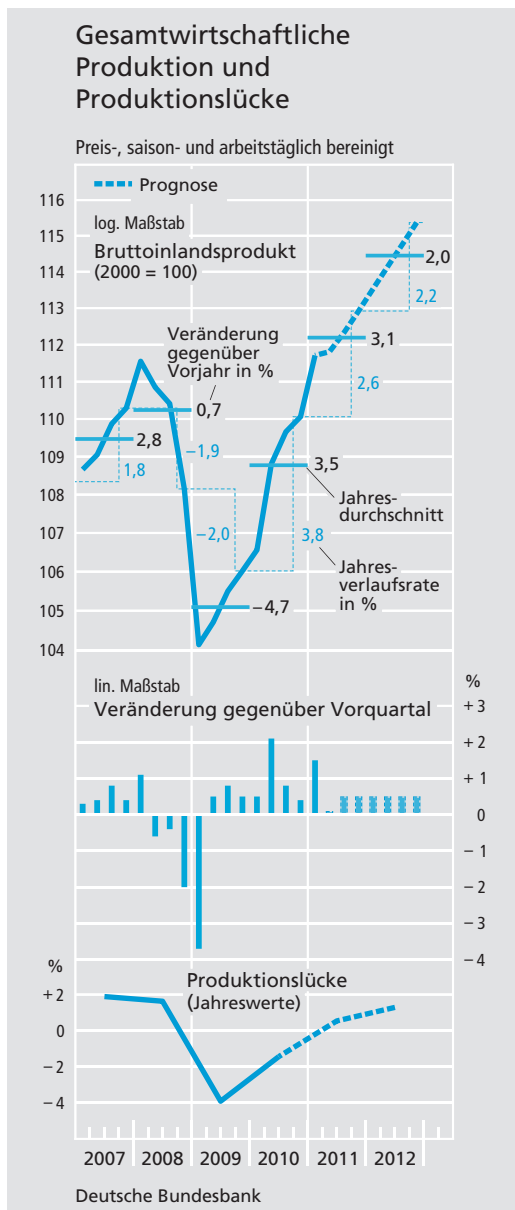
Quelle: Statistisches Bundesamt; 2011 und 2012 eigene Prognosen. — 1 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. — 2 Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, arbeitstäglich bereinigt. — 3 In % des BIP. — 4 Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Deutsche Bundesbank

Nach gegenwärtigem Rechenstand hat die deutsche Wirtschaft im ersten Jahresviertel 2011 wieder den Vorkrisenstand der wirtschaftlichen Erzeugung erreicht. Zudem dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke, die sich in der Krise aufgetan hatte, weitgehend geschlossen haben. Die Auslastung der Kapazitäten in der Industrie und der Geräte im Bauhauptgewerbe übertrifft den langjährigen Durchschnitt, die Beschäftigung ist auf einem neuen Höchststand für das vereinigte Deutschland, die Profitabilität der Unternehmen dürfte wieder nahe am Vorkrisenniveau liegen, und Löhne und Preise ziehen deutlich an. Dieses makroökonomische Gesamtbild ist mit der Diagnose des Fortbestehens einer merklichen gesamtwirt-

Kapazitäts-
auslastung und
Potenzial-
wachstum

⁸⁾ Die hier vorgestellte Prognose wurde am 24. Mai 2011 abgeschlossen.



schaftlichen Unterauslastung nicht zu vereinbaren.

Der Befund spricht auch dafür, dass sich das Potenzialwachstum infolge der Krise vorübergehend auf $\frac{3}{4}$ % abgeschwächt hatte.⁹⁾ Im Jahr 2011 dürfte das Produktionspotenzial um 1,1% und im Jahr 2012 um 1,3% steigen. Hierzu tragen nicht nur die wieder verstärkten Investitionsaktivitäten, sondern auch

die rückläufige strukturelle Arbeitslosigkeit und die steigende Einwanderung bei. Trotz des zunehmenden Potenzialwachstums wird sich die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Prognosezeitraum spürbar erhöhen und am Ende des Prognosehorizonts den langjährigen Durchschnitt deutlich übertreffen.

Der Export dürfte auch im Prognosezeitraum die wichtigste Stütze der Konjunktur bleiben. Die Exportperspektiven der deutschen Unternehmen sind weiterhin aufwärtsgerichtet, wenngleich nicht mehr so große Zuwächse erwartet werden wie im Jahr 2010. Damals hatten die Ausfuhren mit beinahe 15 % erheblich stärker zugelegt als die Absatzmärkte mit etwas mehr als 10 %. Darin kam zum Ausdruck, dass weltweit die Nachfrage nach hochwertigen Kapitalgütern, deren Beschaffung in der Krise zurückgestellt worden war, wegen des Nachholbedarfs kräftig anzog. Es ist damit zu rechnen, dass dieser Sortiments-effekt im Jahr 2011 noch anhält, wenn auch in deutlich abgeschwächter Form. Bei einem Wachstum der Absatzmärkte von $7\frac{1}{2}$ % könnten die Exporte deshalb um etwas mehr als 8 % zunehmen. Im Jahr darauf dürfte der positive Sortimentseffekt weitgehend entfallen. Zudem könnte sich die hohe Auslastung der Sachanlagen bemerkbar machen. Deshalb veranschlagt diese Projektion für 2012 bei einem Marktwachstum von (kalenderbereinigt) 7 % eine ähnlich starke Zunahme der

Weiter stark steigende Ausfuhren

⁹ Siehe dazu: Deutsche Bundesbank, Wie hoch sind die Schäden am Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise? Eine Zwischenbilanz, Monatsbericht, Dezember 2009, S. 26f.

Exporte (in Ursprungswerten 6 ½ %, kalenderbereinigt 7 %).

*Deutliche
Impulse von der
Binnenwirt-
schaft*

In scharfem Kontrast zur Aufschwungperiode der vergangenen Dekade dürfte der Binnenwirtschaft dank der verbesserten Gesamtkonstitution der deutschen Wirtschaft eine wesentlich größere Bedeutung zukommen. Die Ertragslage der Unternehmen hat bereits wieder ein sehr hohes Niveau erreicht, die Finanzierungskonditionen sind weiterhin günstig, und Überschuldungsprobleme spielen bei Unternehmen und Haushalten nur eine vergleichsweise geringe Rolle. Zudem steigt die Beschäftigung deutlich an. Wenn auch der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse und der Leiharbeit zugenommen hat, so hat die Angst vor Arbeitslosigkeit insgesamt doch spürbar nachgelassen. All dies ermuntert Haushalte und Unternehmen zu längerfristigen Dispositionen.

*Stark steigende
Sachkapital-
bildung*

Dies schlägt sich insbesondere in den Investitionsplanungen der Unternehmen nieder. Laut Umfragen beabsichtigen sie für 2011 eine erhebliche Aufstockung ihrer Investitionsbudgets. Dabei steht erstmals seit Längerem das Motiv der Kapazitätserweiterung stärker im Vordergrund. Preisbereinigt könnten die Aufwendungen für neue Ausrüstungen in diesem Jahr um 12 ½ % zunehmen, und im folgenden Jahr von dem dann erreichten hohen Niveau aus nochmals um 7 ½ %. Eine merkliche Ausweitung wird für 2011 mit 6 ½ % auch bei den Wohnungsbauinvestitionen erwartet. Diese hatten sich nicht nur während der Wirtschaftskrise als vergleichsweise robust erwiesen, sondern hatten bereits im Jahr 2010 mit real 4 ¼ % deutlich zu-

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Prognose

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2009	2010	2011	2012
BIP (real)	- 4,7	3,6	3,1	1,8
desgl. arbeitstäglich bereinigt	- 4,7	3,5	3,1	2,0
Verwendung des realen BIP				
Private Konsum- ausgaben	- 0,2	0,5	1,6	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,9	1,9	2,1	1,3
Bruttoanlageinvesti- tionen	- 10,1	6,0	7,9	3,4
Exporte	- 14,3	14,7	8,3	6,3
Importe	- 9,4	13,0	7,3	7,2
Beiträge zum BIP-Wachstum 1)				
Inländische Endnach- frage	- 1,5	1,7	2,7	1,8
Vorratsveränderungen	- 0,3	0,6	- 0,5	0,1
Außenbeitrag	- 2,9	1,3	0,8	- 0,1
Arbeitsmarkt				
Arbeitsvolumen 2)	- 2,5	2,7	1,6	0,5
Erwerbstätige 2)	0,0	0,5	1,2	0,8
Arbeitslose 3)	3,4	3,2	2,9	2,8
Arbeitslosenquote 4)	8,1	7,7	7,0	6,5
Lohnstückkosten 5)	5,2	- 1,0	0,8	1,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	0,2	2,0	2,7	2,7
Reales BIP je Erwerbs- tätigen	- 4,7	3,1	1,8	1,0
Verbraucherpreise 6)	0,2	1,2	2,5	1,8
ohne Energie	1,1	0,8	1,5	1,6
Energiekomponente	- 5,4	3,9	9,6	2,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2011 und 2012 eigene Prognosen. — 1 In Prozentpunkten. — 2 Inlandskonzept. — 3 In Millionen Personen (Definition der Bundesagentur für Arbeit). — 4 In % der zivilen Erwerbspersonen. — 5 Quotient aus dem im Inland entstandenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und dem realen BIP je Erwerbstätigen. — 6 Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Deutsche Bundesbank

gelegt. Für das Jahr 2012 wird mit einer weiteren Steigerung um beinahe 2 % gerechnet. Lediglich bei den öffentlichen Investitionen, die während der Krise von einem bereits hohen Niveau aus vor allem zur Stützung der Bauwirtschaft deutlich aufgestockt worden waren, ist im Jahr 2012 mit einem kräftigen Rückgang zu rechnen. Insgesamt dürfte sich das gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen nach einem Plus von 8 % im laufenden Jahr im Jahr 2012 nur noch um 3 ½ % (kalenderbereinigt 4 %) erhöhen.

*Höhere private
Konsum-
ausgaben*

Angesichts zunehmender Einkommen und einer verbesserten Arbeitsmarktlage sollte sich der private Verbrauch trotz deutlich steigender Preise spürbar beleben. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte könnten in diesem Jahr um 3 ½ % und im kommenden Jahr um 3 % ansteigen. Dahinter steht eine deutliche Zunahme der Nettolöhne und -gehälter – trotz einer höheren effektiven Abgabenlast – sowie der Einkommen aus unternehmerischer Betätigung und Kapitalvermögen. Demgegenüber dürften die empfangenen monetären Sozialleistungen unter anderem wegen der rückläufigen Arbeitslosigkeit kaum zunehmen. Hinsichtlich des Sparverhaltens sind keine größeren Änderungen zu erwarten. Die Sparquote, die nach dem Auslaufen der Prämie für die Verschrottung alter privat genutzter Pkw im Jahr 2010 von 11,1 % auf 11,4 % geklettert war, sollte sich wieder leicht auf 11,2 % reduzieren. Die privaten Konsumausgaben würden dann in den beiden Jahren des Prognosezeitraums jeweils real um 1 ½ % zulegen.

Die Projektion der Einfuhren unterstellt, dass sich der trendhafte Anstieg der Importanteile an den Exporten und den Ausrüstungsinvestitionen in der Tendenz fortsetzt. Im Jahr 2011 könnte das Wachstum der Importe trotzdem hinter dem der Exporte zurückbleiben, weil sich die Nachfrage stärker auf Komponenten mit einer vergleichsweise geringen Importintensität wie den Bauinvestitionen richtet. Wenn diese im Jahr 2012 wie erwartet relativ an Bedeutung verlieren, dann würden die Importe prozentual stärker zunehmen als die Exporte. Deshalb erwartet diese Projektion in den Jahren 2011 und 2012 jeweils eine Zunahme der Einfuhren um 7 ¼ %. Der Handelsbilanzüberschuss (in Prozent des nominalen BIP) würde sich damit in den beiden Jahren des Prognosezeitraums gegenüber 2010 nur wenig verändern.

*Stark steigende
Einfuhren*

Im Einklang mit ihren Investitionsplänen stocken die Unternehmen ihre Belegschaften auf. Teilweise bedienen sie sich für diesen Zweck Leiharbeitsfirmen, die wiederum selbst auf dem Arbeitsmarkt Personal rekrutieren. Umfragen zufolge ist der Einstellungsbedarf der Unternehmen weiterhin ausgesprochen hoch, und die Zahl der offenen Stellen hat sich im ersten Vierteljahr 2011 auf über eine Million erhöht. Die vollständige Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern (mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien), die tendenziell steigende Erwerbsbeteiligung und auch die Aussetzung der Wehrpflicht sollten es den Unternehmen erleichtern, Vakanz zu füllen. Dabei verringern Arbeitnehmerüberlassung sowie die Möglichkeiten der Befristung die Risiken der

*Weiter deutlich
steigende
Beschäftigung ...*

Unternehmen gerade bei Personen mit Arbeitsmarktnachteilen. Diese Prognose geht davon aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr um 1,2 % und im folgenden Jahr um 0,8 % steigen wird. Die mittlere Arbeitszeit wird im laufenden Jahr nochmals leicht zulegen, um sich dann im Jahr 2012 dem längerfristigen, wegen des steigenden Teilzeitanteils leicht negativen Trend anzunähern.

*... und
rückläufige
Arbeitslosigkeit*

Dem positiven Beschäftigungstrend folgend wird sich die Arbeitslosigkeit spürbar verringern. Nachdem die Zahl der registrierten Arbeitslosen bereits im April 2011 saisonbereinigt drei Millionen unterschritten hat, wird mit einem weiteren Rückgang auf 2,75 Millionen im Jahresdurchschnitt 2012 gerechnet. Die Arbeitslosenquote würde sich auf 6,5 % belaufen. Niedrigere Werte wurden zuletzt in Westdeutschland während des Vereinigungsbooms gemessen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte zu einem großen Teil struktureller Natur sein. Dafür sprechen die seit dem Jahr 2006 stark steigenden Übergangsraten von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung, die wiederum mit den Arbeitsmarktreformen der ersten Hälfte der vergangenen Dekade zu erklären sind.

Arbeitskosten und Preisperspektiven

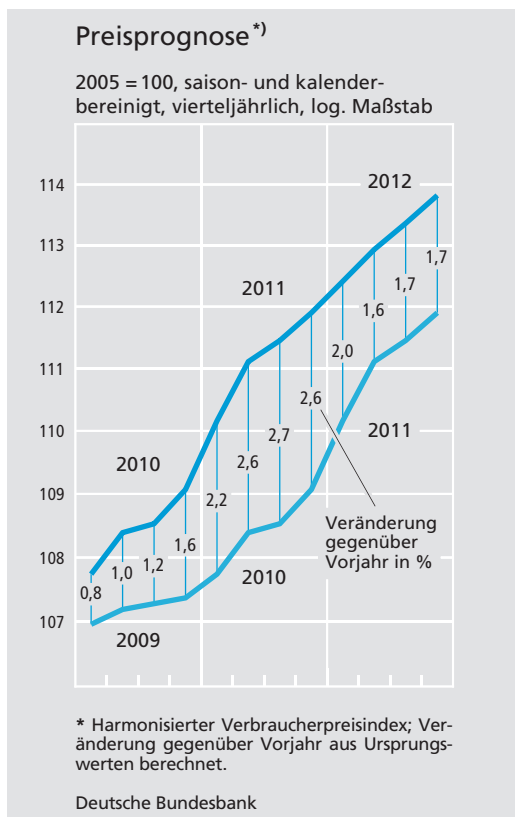
*Verzögerter
Anstieg der
Tarifentgelte*

Die im Winterhalbjahr 2010/2011 neu vereinbarten Tarifverträge sehen Steigerungsraten vor, die zuletzt unmittelbar vor der Krise erreicht worden sind. Damit folgen die Tariflöhne der wirtschaftlichen Erholung. Es ist damit zu rechnen, dass auch die noch

nicht abgeschlossenen sowie die noch ausstehenden Tarifverhandlungen in diesem und im kommenden Jahr zu recht hohen Abschlussätzen führen werden. Dabei dürften die Tarifpartner wie bei den bisherigen Vereinbarungen die Besonderheiten der einzelnen Wirtschaftszweige im Auge behalten. Diese Projektion geht also davon aus, dass die Tarifpolitik auch unter den sehr günstigen Bedingungen am Arbeitsmarkt grundsätzlich beschäftigungsfreundlich bleibt und somit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der international operierenden Unternehmen eine hohe Bedeutung zumisst. Während sich dies in einer Reihe von Jahren der vergangenen Dekade in sehr niedrigen Lohnsteigerungsraten ausdrückte, sind nun bei einem wirtschaftlich vorteilhafteren Umfeld höhere Zuwächse möglich. Die mehr binnenwirtschaftlich geprägten Dienstleistungsbereiche einschließlich des öffentlichen Dienstes sollten der Industrie mit Verzögerung folgen. Aufgrund des Nachwirkens älterer Verträge und der Basiseffekte von Einmalzahlungen dürfte das Wachstum der Tarifentgelte im laufenden Jahr mit knapp 2 % und im Jahr darauf mit 2 ½ % allerdings noch hinter den neuen Abschlüssen zurückbleiben. Diese würden erst 2013 ihre volle Wirkung entfalten.

Die gute wirtschaftliche Lage dürfte viele Unternehmen dazu veranlassen, ihre Mitarbeiter über Prämien an ihrem Erfolg teilhaben zu lassen. Auch dürften in Tarifverträgen eingeräumte Spielräume sich häufiger als in der Vergangenheit in einem früheren oder sogar höheren Lohnplus niederschlagen. Zudem sollten die bezahlten Überstunden weiter zunehmen. Die Effektivverdienste dürften

*Positive Lohn-
drift, deutlich
steigende
Effektiv-
verdienste und
Lohnstück-
kosten*



also stärker als die Tarifentgelte ansteigen. Auf Stundenbasis wirken der positiven Lohn-drift im Jahresvergleich 2011/2010 noch die weitere Rückführung der Kurzarbeit sowie das Auffüllen der in der Krise geleerten Arbeitszeitkonten entgegen. Bei weitgehend unveränderter Belastung durch Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen dürften die Lohnkosten je Arbeitnehmer in diesem Jahr wie im Folgejahr um 2,7% zunehmen. Bei einem Produktivitätsgewinn von 1,8% im Jahr 2011 – auch bedingt durch die im Durchschnitt nochmals steigende Arbeitszeit – und 1,0% im Jahr 2012 ergäbe sich dann ein Anstieg der Lohnstückkosten um 0,8% beziehungsweise 1,7%.

Die in der Krise gedrückten Margen dürften ihre Erholung fortsetzen, allerdings ange-

sichts des bereits wieder erreichten Rendite-niveaus nur noch mit stark reduziertem Tempo. Die inländische Leistungserstellung könnte sich – gemessen am BIP-Deflator – im laufenden Jahr um knapp 1% und im kommenden Jahr um 1¾% verteuern.

Nur noch mäßig zunehmende Margen

Die Budgets der Verbraucher werden im laufenden Jahr vor allem durch die deutlich gestiegenen Energiepreise belastet. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich Energie um knapp 10% verteuern; das entspricht bei einem mittleren Anteil an den Verbraucherbudgets von einem Zehntel einem Beitrag von einem Prozentpunkt zur Preissteigerungsrate. Aufgrund verzögerter Effekte der höheren Rohölnotierungen auf Gaspreise und Umlagen sowie der weiter zunehmenden Kosten für eine umweltfreundlichere Stromerzeugung dürften die Energiepreise auch im Jahr 2012 überproportional steigen, allerdings mit knapp 3% deutlich schwächer als 2011.

Stark steigende Energiepreise

Die Konjunkturbelebung macht sich auch bei den Preisen anderer Waren und Dienstleistungen bemerkbar, wobei außen- und binnenwirtschaftliche Einflüsse nicht immer klar zu trennen sind, zumal sich die deutsche Konjunktur im Gleichklang mit der Weltwirtschaft bewegt. Jedenfalls sind die Import- und die inländischen Erzeugerpreise von Industriewaren gleichermaßen stark gestiegen. Auch bei einigen Agrarnotierungen sind Einflüsse von den Weltmärkten deutlich zu spüren. Zudem dürften sich die steigenden Löhne und die verbesserte Nachfrage in einem etwas stärkeren Anstieg der Preise von Dienstleistungen und der Wohnungsmieten niederschlagen. Insgesamt könnten die Verbrau-

Anziehende Verteuerung anderer Waren und Dienstleistungen

cherpreise gemessen am HVPI im laufenden Jahr um 2,5% und im kommenden Jahr dann um 1,8% steigen.

Öffentliche Finanzen¹⁰⁾

Deutliche Verbesserung der Staatsfinanzen, sofern Kurs gehalten wird

In den vergangenen beiden Jahren hatte sich die Lage der Staatsfinanzen stark verschlechtert. Die gesamtstaatliche Defizitquote lag 2010 bei 3,3%, und die Schuldenquote erreichte mit 83,2% einen neuen Höchststand.¹¹⁾ Nunmehr zeichnet sich eine schrittweise Erholung ab, sofern der finanzpolitische Kurs nicht gelockert wird und sich weitere Belastungen aus der Finanz- und Staatsschuldenkrise in engen Grenzen halten. Erleichtert wird die Konsolidierung durch die sehr günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, von denen die Staatshaushalte nicht nur konjunkturell, sondern auch über eine niedrigere strukturelle Arbeitslosigkeit und wieder steigende Potenzialwachstumsraten profitieren.

Defizitquote könnte 2011 unter 2% sinken ...

Im laufenden Jahr könnte die Defizitquote unter 2% sinken. Hierzu tragen die fortgesetzte Konjunkturerholung sowie eine deutliche strukturelle Verbesserung zu etwa gleichen Teilen bei. Negativ zu Buche schlägt demgegenüber der Wegfall der 2010 verzeichneten Einmaleffekte (Frequenzversteigerungserlöse, höhere Insolvenzgeldumlage). Unter den strukturellen Faktoren sind auf der Einnahmenseite die Abgabenerhöhungen bei den Sozialbeiträgen und indirekten Steuern zu nennen. Der erwartete spürbare Rückgang der strukturellen Ausgabenquote hängt wesentlich damit zusammen, dass nur noch

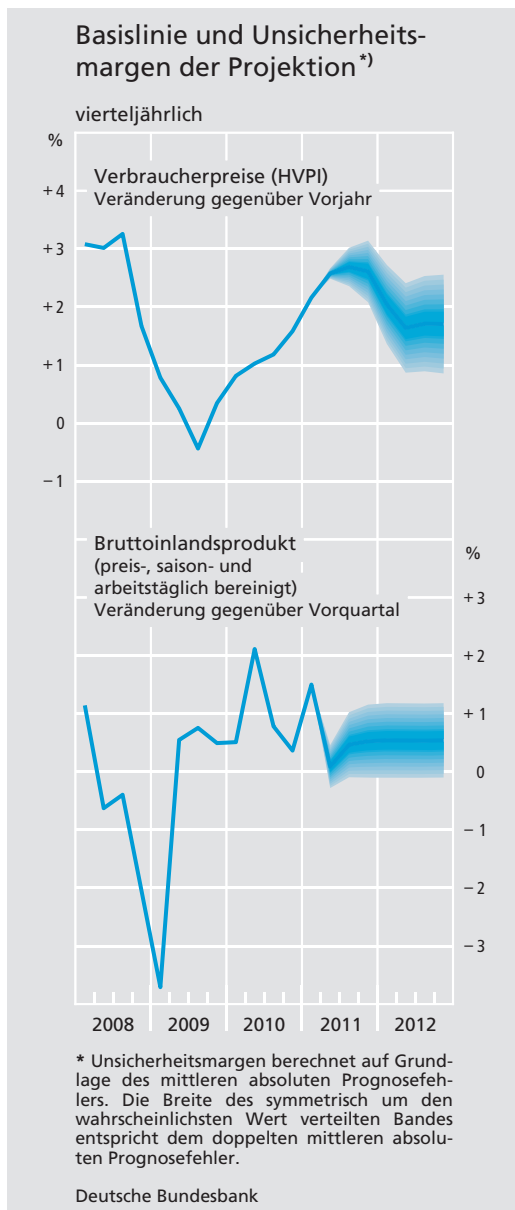
verhältnismäßig geringe Vermögenstransfers an Finanzinstitute unterstellt werden. Darüber hinaus ist die Ausgabenentwicklung auch infolge teilweise auslaufender Konjunkturstimuli (insbesondere Arbeitsmarktstützung) und wegen des Konsolidierungspakets des Bundes leicht restriktiv.

Für 2012 ist momentan ein fortgesetzter Defizitabbau angelegt, wobei anders als im laufenden Jahr die Konjunktur nur noch einen leicht positiven Einfluss haben dürfte. Die (strukturelle) Einnahmenquote könnte weitgehend unverändert bleiben, während die strukturelle Ausgabenquote etwas stärker zurückgeht als 2011. Verantwortlich hierfür sind insbesondere die nach den geltenden Regeln zu erwartende Dämpfung des Rentenanstiegs sowie niedrigere Arbeitsmarktausgaben infolge strukturell sinkender Arbeitslosenzahlen. Außerdem laufen temporäre Konjunkturstützungsmaßnahmen aus. Dies gilt vor allem für die im Rahmen der Konjunkturpakete aufgelegten Investitionsprogramme, bei denen sich einmal mehr eine besonders ausgeprägte zeitliche Wirkungsverzögerung zeigt. Insgesamt wird der Staatshaushalt in einem Umfeld überdurchschnittlicher gesamtwirtschaftlicher Auslastung auch im kommenden Jahr noch ein deutliches struktu-

... und die Verbesserung könnte sich abgeschwächt auch 2012 fortsetzen

¹⁰ Die gesamtstaatliche Entwicklung wird hier in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt, die weitgehend auch den fiskalischen Referenzwerten des AEU-Vertrages zugrunde liegt (sog. Maastricht-Kriterien). Für eine ausführlichere Analyse für den Gesamtstaat sowie die einzelnen Ebenen der Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen vgl.: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Mai 2011, S. 63ff.

¹¹ Darin enthalten sind Schulden im Zusammenhang mit der Stützung von Finanzinstituten seit 2008 von 13 ½% des BIP. Diesen steht zwar zum guten Teil Finanzvermögen gegenüber. Allerdings sind damit erhebliche Risiken verbunden.



relles Defizit aufweisen. Um das mittelfristige Ziel eines (annähernd) ausgeglichenen Haushalts in den Folgejahren zu erreichen und für die absehbaren demographischen Belastungen vorzusorgen, sind mithin weitere Konsolidierungsschritte erforderlich.

Hinsichtlich der Entwicklung der Schuldenquote ist die Unsicherheit weiter hoch. Die niedrigeren Defizite bei gleichzeitig relativ

großen nominalen BIP-Zuwächsen führen für sich genommen zum Rückgang. Erhebliche Risiken bestehen allerdings im Zusammenhang mit den europäischen Hilfsprogrammen für EWU-Staaten und der Stützung deutscher Finanzinstitute.

Risikobeurteilung

Das hier vorgelegte Basisszenario geht von einer störungsfreien weltwirtschaftlichen Entwicklung aus, an der die deutsche Volkswirtschaft aufgrund ihrer Offenheit erfolgreich partizipiert. Gebremst wird das Wachstum durch eine zunehmende Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten. Der erwartete Anstieg der Kurz- und Langfristzinsen beugt Überhitzungserscheinungen vor.

*Realwirtschaftliches
Risikoprofil*

Es wäre durchaus vorstellbar, dass unter diesen Bedingungen die Marktanteilsgewinne deutscher Unternehmen zumindest kurzfristig stärker als im Hauptszenario der Projektion ausfallen. Auch ist es möglich, dass die binnenwirtschaftliche Komponente noch mehr an Schwung gewinnt als hier unterstellt wurde. Dies könnte das schwer zu interpretierende hohe BIP-Ergebnis für das erste Quartal 2011 andeuten.

Mittelfristig könnte über vermehrte Sachkapitalbildung und Zuwanderung das Produktionspotenzial so weit gestärkt werden, dass ein spannungsfreies Wachstum auch bei höherer Gangart möglich wäre. Unterbleibt der erwartete Zinsanstieg, könnte es allerdings insbesondere in der Bauwirtschaft zu einem wenig nachhaltigen Boom kommen.

*Erhebliche
Unsicherheit
hinsichtlich der
Schuldenquote*

Größere Störungen der weltwirtschaftlichen Entwicklung würden sich vermutlich unmittelbar auf die deutsche Konjunktur auswirken. Auch haben sich die Unsicherheiten an den Finanzmärkten angesichts der schwierigen Lage der öffentlichen Finanzen in einer Reihe von Industrieländern wieder erhöht.

*Risiken für die
Preisstabilität*

Hinsichtlich der Preisstabilität gehen die Risiken kurz- bis mittelfristig in erster Linie von den internationalen Rohstoffmärkten aus. Zwar haben die Rohstoffpreise bereits wieder ein hohes Niveau erreicht, und auch die Rohölnotierungen dürften trotz der jüngsten Korrekturen noch eine gewisse Risikoprämie

enthalten. Bei einer nur wenig gebremsten wirtschaftlichen Expansion der aufstrebenden Volkswirtschaften scheint ein stärkerer Anstieg nicht ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere dann, falls sich die Industrieländer insgesamt schneller als erwartet erholen. Sollte das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland bei niedrigen Zinsen deutlich höher ausfallen als hier abgeleitet und sich dies auch über den Prognosehorizont hinaus fortsetzen, drohen im Kontext nur mäßig erhöhter Potenzialraten mittel- bis langfristig Überhitzungserscheinungen, die der Preisstabilität abträglich wären.

Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum

Die Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum haben sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise, insbesondere aber seit Beginn der Staatsschuldenkrise, teilweise erheblich ausgeweitet. Als wichtige Messgrößen für die relativen Finanzierungskonditionen der Staaten sind sie damit in den Blickpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Außerdem haben sie die Frage nach den Gründen für den im Zuge der Krise eingeschränkten Kapitalmarktzugang Griechenlands, Irlands und Portugals sowie nach den wirtschaftspolitischen Implikationen aufgeworfen.

Eine differenzierte Analyse der Renditeaufschläge von Staatsanleihen einzelner Länder gegenüber deutschen Bundesanleihen wird durch die Zerlegung in drei Komponenten erleichtert, die risikoaverse Anleger als Entschädigung dafür verlangen, nicht in die sichere und liquide Benchmark-Anleihe zu investieren. Diese Bestandteile sind der aus dem Kreditrisiko resultierende erwartete Verlust, die Risikoprämie als Kompensation für mögliche unerwartete Verluste beziehungsweise erhöhte Kursschwankungen während der Laufzeit der Anleihe und die Liquiditätsprämie. Eine solche Zerlegung ergibt, dass die kräftige Ausweitung der Renditeaufschläge in einigen Peripherieländern aus Sicht der Investoren vor allem auf ein erhöhtes landesspezifisches Kreditrisiko zurückzuführen ist, worin sich ungünstige Fundamentaldaten wie die Schuldenquote, das Haushaltsdefizit, der Leistungsbilanzsaldo, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Verfassung des Finanzsektors spiegeln. Außerdem haben eine erhöhte allgemeine Risikoaversion und angestiegene Liquiditätsprämien zeitweilig ebenfalls in nennenswertem Umfang zur Ausweitung der Renditespreads beigetragen.

Die zentrale Rolle schwacher Fundamentalfaktoren in der Staatsschuldenkrise einiger EWU-Länder veranschaulicht die Notwendigkeit einer strikten Haushaltsdisziplin im gesamten Euro-Raum. Insbesondere in den Peripherieländern müssen darüber hinaus Strukturreformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Wachstumsperspektiven umgesetzt werden, um die längerfristigen Voraussetzungen für eine tragfähige Staatsverschuldung und eine Wiedererlangung des Kapitalmarktzugangs zu schaffen. Denn es ist davon auszugehen, dass die Anleger auch zukünftig Staatsanleihen einzelner EWU-Länder differenziert bewerten werden. Da eine disziplinierende Rolle des Marktes – die dieser in der Vergangenheit allerdings nicht immer in ausreichendem Maße wahrgenommen hat – einen Anreiz für dauerhaft tragfähige öffentliche Finanzen im Euro-Raum bietet, sollten der Informationsgehalt und die Signal- und Anreizfunktion der Renditedifferenzen nicht durch regulatorische oder andere Maßnahmen beeinträchtigt werden.

Messung und Bedeutung der Renditedifferenzen im Euro-Raum

Renditeunterschiede im Fokus

Während die Renditen von Staatsanleihen der Länder im Euro-Raum die absoluten Finanzierungskosten einer Marktverschuldung der öffentlichen Hand darstellen, sind die Renditeunterschiede zwischen Papieren verschiedener Länder nicht nur eine wichtige Messgröße für die relativen Finanzierungsbedingungen, sondern sie beschreiben auch den Grad der Integration an den Märkten von Staatsanleihen im gemeinsamen Währungsraum. Vor allem seit der Zuspitzung der Staatsschuldenkrise in einigen EWU-Peripherieländern rückten die stark gestiegenen Renditedifferenzen in den Blickpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Messung der Renditeaufschläge

Zur Messung der Renditeaufschläge muss eine geeignete Referenzgröße verwendet werden. Hierfür kann man beispielsweise auf den festen Zinssatz von Overnight Index Swaps (OIS) zurückgreifen. Bei einem solchen Zinsswap werden fixe gegen variable Zinszahlungen getauscht, wobei im Euro-Raum der variable Zins dem Tagesgeldsatz EONIA entspricht. Da die Kontraktpartner hierbei nur die Differenz der Zinszahlungen, nicht aber den zugrunde liegenden Nominalbetrag tauschen, unterliegen OIS nur in geringem Maße einem Adressenausfallrisiko.

Eine andere Möglichkeit besteht in der Verwendung der Rendite einer möglichst sicheren und liquiden Staatsanleihe. Im zehnjährigen Laufzeitbereich, der dieser Untersuchung zugrunde liegt, bieten sich hierfür Bundesanleihen an, die als weitgehend risikofrei gel-

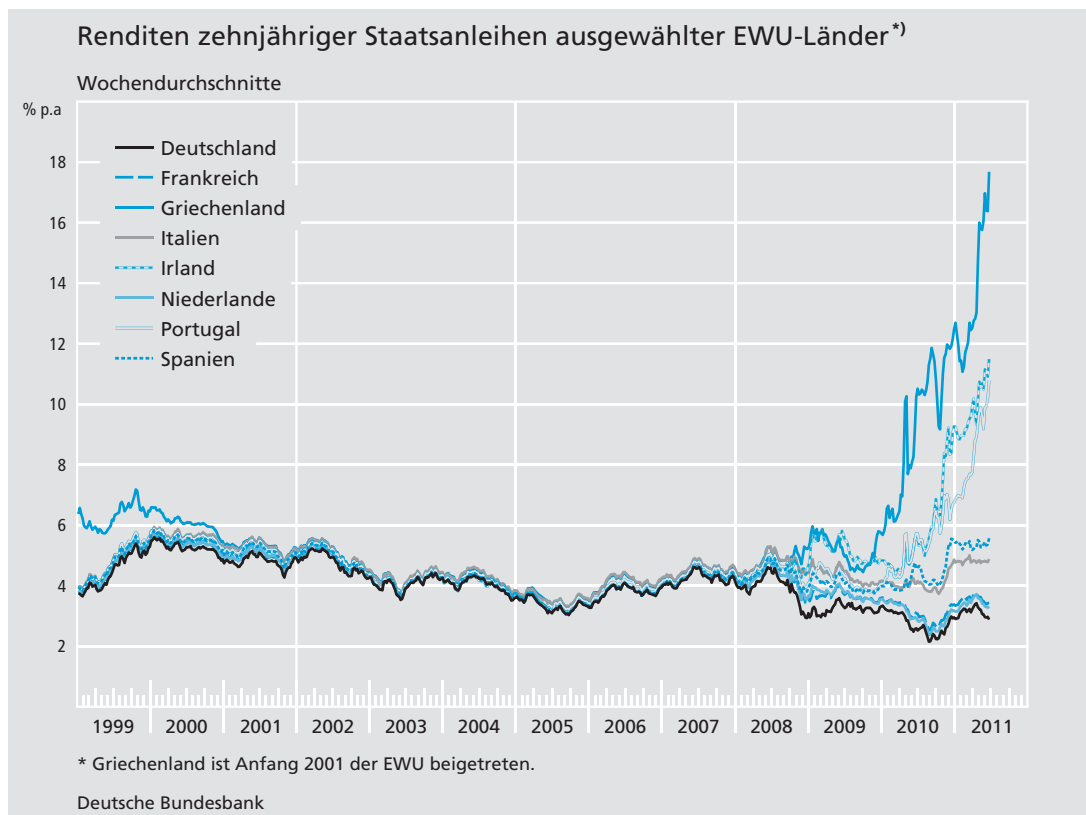
ten.¹⁾ Außerdem hat die hohe Liquidität von Bundesanleihen, die auch durch den besonders liquiden Markt für Euro-Bund-Futures begünstigt wird, wesentlich zum Benchmark-Status der Bundesanleihen beigetragen.

Bereits vor Einführung des Euro Anfang 1999 kam es an den Märkten für europäische Staatsanleihen zu einem Zins-Konvergenzprozess. Darin spiegelte sich die Zuversicht der Märkte, dass die Inflationserwartungen in dem gemeinsamen Währungsraum – bei einheitlicher Geldpolitik – dauerhaft auf niedrigem Niveau verankert werden würden. Zudem nahm im Vorfeld der Währungsunion das Wechselkursrisiko zwischen den Teilnehmerländern sukzessive ab. Lagen die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen der 11 Länder, die 1999 den Euro eingeführt haben, beispielsweise im Durchschnitt des Jahres 1995 noch in einer Spanne zwischen 6,9 % und 12,6 %, so betrug diese im Januar 1999 nur noch 4,5 % bis 4,8 %.

Das Platzen der New-Economy-Blase, das die Marktteilnehmer zeitweilig stark verunsicherte, sorgte danach erstmals wieder für leicht ausgeweitete Renditeunterschiede. Während der anschließenden Marktberuhigung differenzierten die Anleger dann allerdings kaum mehr zwischen den verschiedenen Staatstiteln des Euro-Raums. Seit 2005 verzeichneten EWU-Mitgliedstaaten mit niedrigerem Rating eine mäßige Ausweitung ihrer Renditeaufschläge, während sich die Aufschläge der besser bewerteten Länder auf

Konvergenz der Renditen vor der Finanzkrise

¹ Vgl.: P. Dunne, M. Moore und R. Portes (2007), Benchmark status in fixed-income asset markets, Journal of Business Finance and Accounting 34, S. 1615–1634.

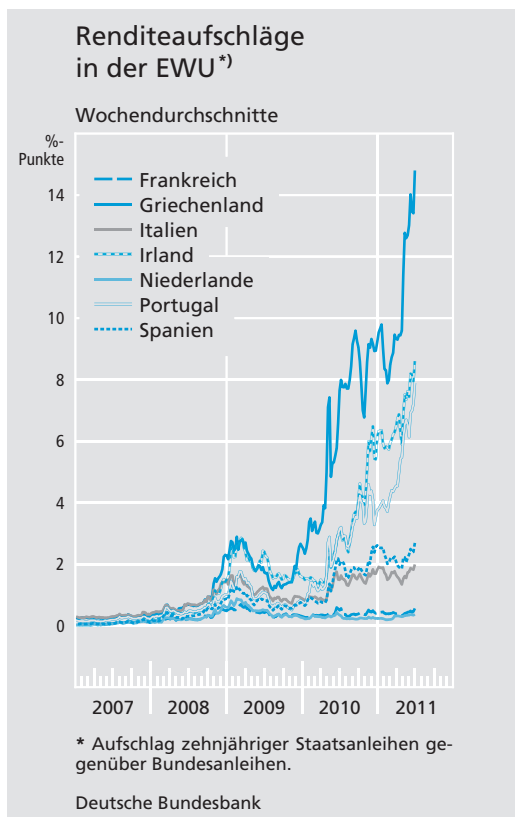


niedrigem Niveau weitgehend stabil entwickelten. Die Mitte 2007 vom US-amerikanischen Immobilienmarkt ausgehende Finanzkrise schlug sich zunächst kaum negativ an den Märkten für europäische Staatsanleihen nieder. Trotz kleinerer Schwankungen blieben die Renditeaufschläge der Teilnehmerstaaten gegenüber deutschen Bundesanleihen bis etwa Ende August 2008, als sie unter 75 Basispunkten lagen, relativ stark eingengt.

Seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 sind die Renditen von EWU-Staatsanleihen dann aber deutlich divergiert. Während die Kurse von als sicher geltenden Staatsanleihen aus dem Kern der EWU durch zum Teil starke Umschichtungen aus anderen Anlageformen

Auftrieb erhielten, gerieten Anfang 2009 zunächst vor allem die Notierungen griechischer und irischer Anleihen merklich unter Druck, wodurch die entsprechenden Spreads auf knapp drei Prozentpunkte anstiegen. Dies ist unter anderem vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Finanzkrise zunehmend die allgemeine Wirtschaftsaktivität und damit die Staatshaushalte belastete. Seit Anfang 2010 verschärfte sich die Schuldenkrise in mehreren Schüben drastisch. Die Marktteilnehmer waren zunehmend weniger bereit, Anleihen der Peripherieländer Griechenland, Irland und Portugal zu halten oder diese zu erwerben, wodurch die entsprechenden Renditeaufschläge trotz internationaler Hilfsmaßnahmen für diese Länder – bei allerdings sehr geringen Umsätzen – auf Rekordwerte von zuletzt 15,4, 8,9 beziehungsweise 8,1 Prozentpunkte

*Nach Lehman-
Insolvenz
Ausweitung
der Rendite-
aufschläge ...*



anstiegen. In diesem Umfeld mussten auch andere EWU-Staatsanleihen wie zum Beispiel spanische und italienische Papiere Kursverluste hinnehmen, die aber – gemessen an den erstgenannten Ländern – erheblich geringer ausfielen.

Die seit Herbst 2008 immer heterogenere Kursentwicklung von EWU-Staatsanleihen kommt auch in einfachen Dispersionsmaßen zum Ausdruck. So stieg die ungewichtete Standardabweichung der EWU-Renditen von knapp 70 Basispunkten Anfang 2010 auf zuletzt etwa 470 Basispunkte. Dass es sich bei den hauptsächlich betroffenen Ländern um vergleichsweise kleine Volkswirtschaften handelt, zeigt die mit dem jeweiligen Bruttoinlandsprodukt gewichtete Standardabweichung. Aber auch sie hat zugenommen,

und zwar von 15 Basispunkten auf zuletzt gut 85 Basispunkte.

Bestimmungsgrößen der Renditeaufschläge

Die Renditeaufschläge spiegeln zahlreiche Einflüsse wider, die nach verschiedenen Kriterien systematisiert werden können. Beispielsweise lassen sich die Bestimmungsgrößen in Angebots- und Nachfragefaktoren an den Märkten für Staatsanleihen unterteilen oder in landesspezifische und global wirkende Faktoren. Im Zuge der Staatsschuldenkrise hat sich gezeigt, dass auch eine Unterscheidung zwischen Einflüssen sinnvoll sein kann, die von privaten Marktteilnehmern ausgehen, und solchen, die auf öffentliche Institutionen zurückzuführen sind wie beispielsweise internationale Hilfsmaßnahmen.

Systematisierung der Einflussgrößen

Eine weitere, analytische Systematisierung stellt auf die von risikoaversen Anlegern geforderte Kompensation dafür ab, dass sie nicht in die sichere und liquide Benchmark-Anleihe investieren. Danach können die Renditeaufschläge in verschiedene Komponenten zerlegt werden. Erstens verlangen die Anleger für den aus dem Kreditrisiko des Emittenten resultierenden erwarteten Verlust eine Entschädigung. Zweitens fordern sie als Gegenleistung für die Unsicherheit, dass die zum Zeitpunkt der Fälligkeit tatsächlich realisierten Verluste den erwarteten Verlust übertreffen könnten, eine Risikoprämie. Anleger, deren Anlagehorizont die Zeitspanne bis zur Fälligkeit unterschreitet, verlangen eine entsprechende Entschädigung für im Vergleich

... und Zunahme der Streuung

mit der Benchmark-Anleihe höhere Kurschwankungen während der Laufzeit. Eine weitere Komponente, die Liquiditätsprämie, ist ein Entgelt dafür, dass ein Anleger die Anleihe gegebenenfalls nur zu relativ ungünstigen Konditionen erwerben und veräußern kann. Wie im Folgenden dargelegt wird, hat sich die Finanz- und Staatsschuldenkrise auf alle genannten Bestandteile der Renditeaufschläge ausgewirkt.

Kreditrisiko

*Aus dem
Kreditrisiko
resultierender
erwarteter
Verlust*

In der Komponente des erwarteten Verlustes spiegelt sich die Bonität des Emittenten der Staatsanleihe. Rechnerisch entspricht diese Komponente der Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls multipliziert mit der Ausfallrate – also dem prozentualen Teil der Forderung, der bei einem eingetretenen Zahlungsausfall unwiederbringlich verloren ist. Bei der Abschätzung dieses Renditebestandteils müssen die Anleger berücksichtigen, dass sich die Gründe für einen Zahlungsausfall eines Staates von denjenigen einer privatwirtschaftlichen Insolvenz unterscheiden. Denn für ein Unternehmen liegt ein Insolvenzgrund vor, wenn es nicht mehr in der Lage ist, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, wenn eine Zahlungsunfähigkeit droht oder wenn es überschuldet ist. Im Unterschied dazu ist der etwaige Zahlungsausfall eines Staates komplexer, weil er beispielsweise wesentlich von politischen Entscheidungen der Regierung oder des Parlaments des betreffenden Landes abhängt. Diese Entscheidungen werden stark von der Zahlungswilligkeit beeinflusst, die in der Regel unterschiedlichen Einflüssen unterliegt.²⁾ Gleiches

gilt im Übrigen auch für die Höhe des Verlustes, den die Anleger im Falle eines Zahlungsausfalls tatsächlich erleiden („loss given default“). Wichtige fundamentale Bestimmungsgrößen der Bonität sind Fiskalgrößen wie der Finanzierungssaldo und die Schuldenquote, die Verfassung des Finanzsektors und der Leistungsbilanzsaldo beziehungsweise die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. In der Praxis stellen für die Anleger außerdem auch Einstufungen der Ratingagenturen eine Richtschnur für das Kreditrisiko dar.

Eine zentrale Bestimmungsgröße des Kreditrisikos und damit des erwarteten Verlustes ist die Einschätzung der Marktteilnehmer, inwieweit die öffentliche Verschuldung eines Landes langfristig tragfähig ist. Vor dem Hintergrund einer im Zuge der Finanzkrise eingetrübten Konjunktur, teilweise hoher Verluste im Finanzsektor und der Kosten konjunkturpolitischer Stabilisierungsmaßnahmen hat diesbezüglich die Skepsis gegenüber einigen EWU-Ländern merklich zugenommen. Dies legt nahe, dass das erwartete Haushaltsdefizit und der Schuldenstand einen positiven Einfluss auf den Renditeaufschlag ausüben. Tatsächlich kann ein solcher Zusammenhang für den Euro-Raum empirisch nachgewiesen

*Fiskalvariablen
als Indikatoren
der Schulden-
tragfähigkeit*

² Duffie et al. (2003) weisen darauf hin, dass Regierungen bei der Entscheidung über einen Zahlungsausfall Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen und dass hierbei politische Erwägungen sowie persönliche Anreize relevant sein können. Zu den Nachteilen eines Zahlungsausfalls zählen sie den daraus resultierenden möglichen Verlust von im Ausland befindlichen Vermögenswerten, den Reputationsverlust und negative Auswirkungen auf den Kapitalmarktzugang und den internationalen Handel. Als Vorteil nennen sie Einsparungen infolge des nicht geleisteten Schuldendienstes. Vgl.: D. Duffie, L.H. Pedersen und K.J. Singleton (2003), Modeling sovereign yield spreads: a case study of Russian debt, Journal of Finance, 58, S. 119–159.

Komponenten der Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum

Die plötzliche Auffächerung der zuvor annähernd gleich hohen Renditen von Staatsanleihen im Euro-Raum ist mit einem Komplex von Ursachen in Zusammenhang gebracht worden, die meist in Verbindung mit der weltweiten Finanzkrise stehen. So wurde frühzeitig deutlich, dass die Finanzkrise in erheblichem Maße die Staatshaushalte belasten würde, was in den Augen der Marktteilnehmer für die Anleihen einiger Staaten mit einem erhöhten Risiko eines Kreditausfalls einherging. Daneben spielten in der Finanzkrise zunehmend Liquiditätsüberlegungen eine Rolle. Schließlich kann die Finanzkrise auch die Risikoneigung der Marktakteure beeinträchtigt haben, was wiederum steigende Risikoprämien zur Folge hätte.

Ein kürzlich erschienenen Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank befasst sich mit der Frage, wie die genannten Komponenten der Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum ermittelt werden können.¹⁾ Die Zerlegung der Renditedifferenzen in die angegebenen drei Komponenten ermöglicht eine Bestimmung der vom Markt erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit unter Ausklammerung der Variationen von Liquiditäts- und Risikoprämie.

Die Studie greift auf einen ökonometrischen Ansatz zurück, der im Rahmen der empirischen Literatur zu Wechselkurszielzonen entwickelt wurde.²⁾ Dies ist insofern möglich, als es in dem Modell für einen Investor unerheblich ist, ob seine Forderungen durch einen Schuldenschnitt oder eine Wechselkursabwertung entwertet werden, je nachdem ob es sich um auf heimische Währungseinheiten lautende Anleihen handelt oder um Fremdwährungsanleihen.³⁾

Die Renditedifferenz zwischen einer Anleihe des Staates j und einer Bundesanleihe (DE) zum Zeitpunkt t wird in der Studie mit einer Schätzgleichung bestimmt, die die beschriebenen drei Komponenten abbildet:

$$i_{jt} - i_{DE,t} = \alpha \pi_{jt} + \gamma \lambda_{jt} + \delta h_{jt} + \varepsilon_{jt}, \quad (1)$$

wobei π die Ausfallwahrscheinlichkeit bezeichnet, λ ein Liquiditätsmaß, h ein Maß für das Risiko unerwarteter Verluste, ε das Residuum der Schätzung und α, γ sowie δ zu schätzende Parameter, von denen α als Ausfallrate interpretiert werden kann. Die Variable h wird als modifizierter „GARCH-in-mean“-Prozess, also als eine bedingte Varianz der Residuen ε , modelliert, denn eine zunehmende bedingte Varianz steigert das Risiko einer Anlage.⁴⁾

Die Liquidität wird durch verschiedene Variablen approximiert. Als geeignetes Maß hat sich unter anderem die Renditedifferenz

zwischen zehnjährigen Bundesanleihen und laufzeitkongruenten staatsgarantierten Papieren der Kreditanstalt für Wiederaufbau herausgestellt, die bei den hier zunächst vorgestellten Ergebnissen verwendet wird. Die Staatsgarantie stellt sicher, dass sich die beiden Anleihen unter Kreditrisikogesichtspunkten nicht voneinander unterscheiden, während gleichzeitig die Liquidität der Bundesanleihen wegen des größeren Marktvolumens merklich höher ist. Dieses weit verbreitete Liquiditätsmaß bezieht sich auf den Anleihemarkt des Euro-Raums als Ganzen, ist also nicht länderspezifisch, $\lambda_{jt} = \lambda_t$, weshalb länderspezifische Parameter γ_j geschätzt werden.

Der Term $\alpha \pi_{jt}$ bildet die vom Markt erwarteten Verluste durch einen möglichen Zahlungsausfall im Sinne eines Erwartungswertes ab. Während die Ausfallrate α als fixer Parameter geschätzt wird, wird die Ausfallwahrscheinlichkeit π_{jt} in Abhängigkeit von einem Vektor exogener Variablen z_{jt} bestimmt. Mithilfe einer Normalverteilungsfunktion Φ werden die Werte von π_{jt} auf das für eine Wahrscheinlichkeit zulässige Intervall von null bis eins transformiert (eine sog. „probit“-Transformation):

$$\pi_{jt} = \Phi(\beta' z_{jt}). \quad (2)$$

Im Vektor der Variablen, die die Ausfallwahrscheinlichkeit von Staatsanleihen beeinflussen, sind mehrere Größen berücksichtigt worden. Erstens wird die Renditedifferenz zwischen Unternehmensanleihen mit der Bonitätseinstufung BBB und Staatsanleihen aus dem Euro-Raum verwendet. Diese Variable gibt an sich die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen wieder; sie wird in der Schätzung jedoch als „Krisenindikator“ verwendet, der die Anspannungen an den europäischen Finanzmärkten anzeigt.⁵⁾ Ähnlich wie das oben beschriebene Liquiditätsmaß ist sie für alle Länder des Euro-Raums einheitlich, sodass länderspezifische Parameter β_{1j} geschätzt werden. Zweitens wurde im Vektor z_{jt} eine Größe berücksichtigt, die die relativen Ertragsaussichten des Finanzsektors reflektiert. Dazu wurde für jedes Land der Aktienindex für Werte seines Finanzsektors ins Verhältnis zum Indexwert aller Sektoren gesetzt (Parameter β_2). Drittens bediente man sich eines Indikators der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, dessen Einfluss durch β_3 wiedergegeben wird. Eine ungünstige preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist gerade seit der Krise mit geringen Wachstumsaussichten in Verbindung gebracht worden.⁶⁾ In der Literatur ist überdies vermutet worden, dass die Anfälligkeit gegenüber der Finanzkrise umso größer gewesen ist, je geringer die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes war.⁷⁾ Deshalb wurde in einigen Spezifikationen mit β_4 viertens der Effekt einer Interaktion des Wettbewerbsindikators mit dem Finanzkrisenindikator auf die Ausfallwahrscheinlichkeit ermittelt.

1 Vgl.: N. Dötz und C. Fischer (2010), What can EMU countries' sovereign bond spreads tell us about market perceptions of default probabilities during the recent financial crisis?, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Reihe 1, Nr. 11/2010. — 2 Vgl.: C. P. Hallwood, R. MacDonald und I. W. Marsh (2000), Realignment expectations and the US dollar, 1890–1897: Was there a „Peso problem“?, Journal of Monetary Economics 46, S. 605–620. — 3 Anders als in dem Modell könnten Marktteilnehmer in der Realität allerdings die fehlenden Optionen einer Wechselkursanpassung und einer eigenständigen Geldpolitik für Länder in einer Währungsunion im Krisenfall als zusätzlichen Belastungsfaktor ansehen. — 4 Vgl.: L. R. Glosten, R. Jagannathan und D. E. Runkle (1993), On the relation between the expected value and the volatility of the nominal excess

return on stocks, Journal of Finance 48, S. 1779–1801. Zu Details der Spezifizierung im vorliegenden Ansatz, vgl.: N. Dötz und C. Fischer (2010), a. a. O. — 5 Alternativ hätte auch der auf S. 40 beschriebene erste Faktor einer Hauptkomponentenanalyse verwendet werden können, der allerdings etwas enger als Indikator für die Risikoneigung zu interpretieren ist. Der hier verwendete Spread von Unternehmensanleihen in Europa unterscheidet sich von dem in den Erläuterungen auf S. 38 als „globaler Risikofaktor“ verwendeten Indikator nur darin, dass dort entsprechende Anleihen aus den USA eingesetzt werden. — 6 Da sich eine geringe Wettbewerbsfähigkeit negativ in der Fähigkeit eines Landes niederschlägt, seine Verschuldung abzubauen, wurde in der hier vorgestellten Spezifikation des Modells

Das Gleichungssystem ist mit Tagesdaten für die Renditedifferenz zehnjähriger Anleihen von zehn Ländern des Euro-Raums gegenüber entsprechenden Bundesanleihen unter anderem für den Zeitraum von der Rettung der amerikanischen Bank Bear Stearns Mitte März 2008 bis Ende April 2009 geschätzt worden.⁹⁾ Die mittlere Spalte der unten stehenden Tabelle zeigt die entsprechenden Schätzergebnisse, denen zufolge alle Variablen die Zinsdifferenz mit dem erwarteten Vorzeichen beeinflussen und statistisch signifikant sind. So resultiert zum Beispiel ein Anstieg der geschätzten bedingten Varianz h gemäß δ in einem zunehmenden Renditevorsprung. Einen ähnlichen Effekt hat eine steigende Liquiditätsprämie (vgl. γ). Die Ausfallrate α ist der vorliegenden Schätzung zufolge mit 16% vergleichsweise gering. Lässt man in der Schätzung beispielsweise den oben erwähnten Interaktionsterm weg, ergibt sich allerdings eine Ausfallrate von 43%.

Schätzergebnisse ⁹⁾

Koeffizient	März 2008 bis April 2009	Juli 2009 bis Mai 2011
α	0,16* (0,01)	
β_0	1,89* (0,66)	4,82* (0,14)
β_1 ¹⁰⁾	25,13	2,02
β_2	-0,81* (0,14)	-1,44* (0,03)
β_3	14,04* (3,80)	3,95* (0,25)
β_4	-2,74* (0,83)	
γ ^{10) 11)}	2,04	
γ ¹²⁾		0,73* (0,13)
δ	10,04* (1,63)	2,58* (0,19)

Sowohl anziehende Spreads auf Unternehmensanleihen als auch zunehmende Schwierigkeiten im Finanzsektor eines Landes rufen eine in der Einschätzung des Marktes steigende Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls hervor (vgl. β_1 und β_2). Ähnliches ergibt sich gemäß β_3 bei einer Verringerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Schließlich ist – wie der Schätzwert für β_4 zeigt – die Sensitivität für die krisenhafte Entwicklung an den Finanzmärkten umso größer je weniger wettbewerbsfähig die betroffene Volkswirtschaft gewesen ist.

Zerlegt man die Renditedifferenzen der einzelnen Länder in die beschriebenen drei Komponenten, stellt sich heraus, dass in dem

auf die zusätzliche Berücksichtigung von Verschuldungsvariablen verzichtet. — **7** Vgl.: A. Mody (2009), From Bear Stearns to Anglo Irish: how eurozone sovereign spreads related to financial sector vulnerability, IMF Working Paper, WP/09/108. — **8** Berücksichtigt wurden Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Die Daten aller Länder wurden für die Schätzung in einem „Pool“ zusammengefasst. Alle exogenen Variablen gingen um eine Periode verzögert in die Schätzung ein, um potenzielle Endogenitätsprobleme zu vermeiden. Als Schätzmethode wurde ein „full information maximum likelihood“-Ansatz verwendet. — **9** Robuste Standardfehler nach Newey und West in Klammern; ein Stern (*) bezeichnet einen auf dem

vom Diskussionspapier erfassten Beobachtungszeitraum des ersten Krisenjahrs der Zinsanstieg gegenüber Bundesanleihen, vor allem in den Ländern mit hohen Zinsspreads, zum größten Teil auf eine Zunahme der vom Markt erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit zurückging. Vor allem in den Niederlanden und in Österreich, deren Renditeaufschläge gegenüber Bundesanleihen in dieser Zeit ebenfalls leicht gestiegen sind, war allerdings auch eine Zunahme der Risikoprämie von hoher Bedeutung. Die Schätzungen könnten damit auf spekulativen Druck in diesen Ländern hindeuten. Schließlich legen die Ergebnisse nahe, dass Liquiditätsüberlegungen für die Kursverluste der Anleihen aus Finnland, Frankreich und Portugal eine vergleichsweise große Rolle gespielt haben.

Eine Anwendung des Ansatzes auf die aktuellen Entwicklungen an den europäischen Staatsanleihemärkten wird durch einige Besonderheiten erschwert. So sind die Renditedifferenzen im Euro-Raum weiter auf außerordentlich hohe Werte angestiegen, und die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich in einigen Mitgliedsländern der EWU um eine Schuldenkrise erweitert. Insbesondere aber ist zu berücksichtigen, dass Renditedifferenzen für einige Länder des Euro-Raums seit Beginn des Anleiheankaufprogramms des Eurosystems nicht mehr allein die Einschätzungen der bisherigen Marktteilnehmer widerspiegeln und dadurch letztlich nach unten verzerrt sein dürften.

Schätzt man den Ansatz trotz der genannten Bedenken für den Zeitraum von Ende Juli 2009 bis Anfang Mai 2011, ergeben sich die in der rechten Spalte der Tabelle aufgeführten Koeffizienten. Weil ein den Euro-Raum als Ganzen betreffendes Liquiditätsmaß wie der zunächst verwendete KfW-Spread vor allem für die von einer Schuldenkrise betroffenen Länder wenig geeignet zu sein scheint, wurde für diese Schätzung auf ein länderspezifisches Liquiditätsmaß, die Geld-Brief-Spannen, übergewechselt.¹³⁾ Erneut erweisen sich die Koeffizienten als signifikant und vom Vorzeichen her plausibel. Der Spread von Unternehmensanleihen hat in jüngerer Zeit allerdings an Erklärungskraft für Renditedifferenzen von Staatsanleihen verloren. Dies liegt daran, dass er mit der günstigen Wirtschaftsentwicklung einiger größerer Länder des Euro-Raums gesunken ist, während die Staatsanleiherenditen gerade von kleineren EWU-Mitgliedern mit Schuldenproblemen weiter angestiegen sind. Den Schätzergebnissen zufolge hat die Bedeutung der Risikoprämie für Länder wie Griechenland und Portugal seit dem Frühjahr 2010 merklich an Bedeutung gewonnen.

5%-Niveau signifikanten Koeffizienten. — **10** Die Koeffizienten sind länderspezifisch geschätzt. Angegeben ist ein länderübergreifender Durchschnittswert, für den die Signifikanz nicht angegeben ist. — **11** Variable: KfW-Maß für eine globale Liquiditätsprämie. — **12** Variable: Geld-Brief-Spanne für eine länderspezifische Liquiditätsprämie. Koeffizient und Standardfehler verundertacht. — **13** Da die entsprechenden Daten erst seit Ende Juli 2009 für alle Länder zur Verfügung standen, determinieren sie den Beginn des Schätzzeitraums. Um eine robuste Schätzung zu gewährleisten, wurde die Ausfallrate in diesem Falle nicht geschätzt, sondern entsprechend historischer Erfahrungen exogen auf 0,6 festgelegt. Der Interaktionsterm bleibt bei dieser Schätzung unberücksichtigt.

werden.³⁾ So lösten beispielsweise im Falle Griechenlands das im Oktober 2009 deutlich nach oben revidierte Haushaltsdefizit für 2009 und die ungünstiger eingeschätzten Fiskalperspektiven merklich steigende Renditeaufschläge aus, die letztlich zur Beantragung des internationalen Hilfspakets im April 2010 führten.

Rückkopplungseffekte steigender Renditen

Der Anstieg der Renditen von Staatsschuldverschreibungen in einigen Peripherieländern dürfte wiederum Rückwirkungen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung dort haben, indem er die Relation zwischen Finanzierungskosten und Wachstumsaussichten verschlechtert.⁴⁾ Denn dieses Verhältnis zeigt an, inwieweit zur Stabilisierung der Schuldenquote Primärüberschüsse – also Überschüsse von Einnahmen über Ausgaben ohne Zinszahlungen – notwendig sind. Länder, deren Staatsanleihen stark unter Druck geraten sind und deren Neuemissionen sich damit verteuerten, müssen in den nächsten Jahren besonders hohe Primärüberschüsse erwirtschaften, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Verschuldung sicherzustellen und so das für den Zugang zum Kapitalmarkt notwendige Vertrauen (zurück) zu erlangen.

Finanzsektor im Blickfeld der Marktakteure

Die Finanzkrise hat zudem deutlich gemacht, dass die öffentlichen Finanzen durch Hilfsmaßnahmen für den Finanzsektor – beispielsweise durch staatliche Beteiligungen, Garantien oder die Errichtung von Bad Banks – erheblich belastet werden können. Daher sind die Solidität und Perspektiven des Finanzsektors zunehmend in das Blickfeld der Anleger gerückt. Als beispielsweise im Mai 2009 der EZB-Rat weitere unkonventionelle geld-

politische Maßnahmen ankündigte und in den USA Ergebnisse eines Banken-Stresstests veröffentlicht wurden, schien dies die Sorgen der Marktteilnehmer um den Bankensektor einzudämmen, was sich zunächst auch in abnehmenden Renditeaufschlägen auf EWU-Staatsanleihen niederschlug. Am Beispiel Irlands zeigt sich hingegen, dass Probleme im Bankensystem unmittelbare drastische Rückwirkungen auf die öffentlichen Haushalte haben können. Als im dritten Quartal 2010 deutlich wurde, dass der angeschlagene irische Bankensektor weitere staatliche Hilfen benötigte und die Staatsfinanzen damit merklich belasten würde, weiteten sich die irischen Renditeaufschläge drastisch aus. Diese Entwicklung setzte sich auch im vierten Quartal 2010 fort und mündete schließlich darin, dass die irische Regierung im November 2010 den EU/IWF-Rettungsschirm in Anspruch nahm. Auch empirische Untersuchungen deuten auf einen Zusammenhang zwischen der Lage im Bankensektor und den Renditedifferenzen im Euro-Raum hin. Danach steigen die Renditeaufschläge in Zeiten hoher globaler Unsicherheit vor allem in den Ländern besonders stark an, deren Bankensektor groß ist und über eine vergleichsweise geringe Eigenkapitalausstattung verfügt (siehe Erläuterungen auf S. 38f.).

Die Finanzkrise hat außerdem die Aufmerksamkeit der Marktteilnehmer auf die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euro-

Leistungsbilanzsaldo und Wettbewerbsfähigkeit

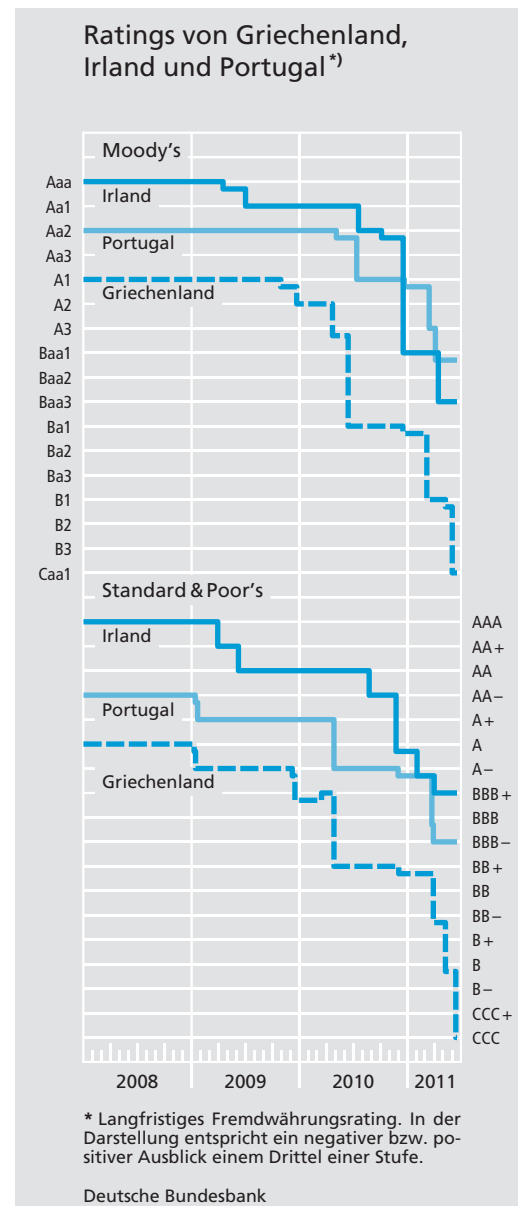
³ Vgl.: S. Gerlach, A. Schulz und G.B. Wolff (2010), Banking and sovereign risk in the euro area, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Reihe 1, Nr. 09/2010.

⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Dynamik von Schuldenquoten, Monatsbericht, April 2010, S. 18f.

Raum und die Gefahr abrupt versiegender ausländischer Kapitalzuflüsse gelenkt. Vor allem EWU-Peripherieländer waren und sind teilweise auf erhebliche Kapitalimporte zur Finanzierung ihrer Leistungsbilanzdefizite angewiesen. In einem Umfeld niedriger Zinsen und somit günstiger Finanzierungsbedingungen hatten sich diese Kapitalimporte vor Ausbruch der Finanzkrise zum Teil deutlich ausgeweitet. Zugleich hat auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in einigen EWU-Mitgliedstaaten abgenommen, was die Sensitivität dieser Länder gegenüber der Finanzkrise verstärkt haben dürfte.⁵⁾ Der Einfluss von Leistungsbilanzdefiziten und schwacher Wettbewerbsfähigkeit auf die Renditeaufschläge im Euro-Raum lässt sich auch empirisch nachweisen (vgl. u. a. die Erläuterungen auf S. 34f.).

*Rolle der
Rating-
agenturen*

Bei der Einschätzung der Bonität von Staatsschuldverschreibungen berücksichtigen viele Marktteilnehmer die Urteile von Ratingagenturen. Einige institutionelle Anleger wie zum Beispiel Pensionskassen oder Versicherungen sind gesetzlich oder durch ihre eigenen Statuten verpflichtet, nur Anleihen mit einem bestimmten Mindestrating zu erwerben beziehungsweise zu halten. Als mindestens erforderliches Rating ist das sogenannte Investmentgrade weit verbreitet (S&P: mindestens BBB-, Moody's: mindestens Baa3). Dies führt dazu, dass von einer (erwarteten) Herabstufung eines Landes unter Investmentgrade beträchtliche Portfolioumschichtungen ausgehen können. Seit 2007 sind etliche EWU-Mitgliedstaaten herabgestuft worden; griechische Anleihen haben ihren Investmentgrade-Status verloren.



Eine Rating-Herabstufung – oder eine erhöhte Wahrscheinlichkeit hierfür, wie sie zum Beispiel im Ratingurteilzusatz „negativer Ausblick“ zum Ausdruck kommt – stellt auch für

5 Z.B. betont Mody (2009), dass der Zusammenhang zwischen der Solidität des Finanzsektors und den Renditeaufschlägen auf Staatsanleihen bei denjenigen Ländern besonders stark ausgeprägt ist, die einen hohen Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verzeichneten. Vgl.: A. Mody (2009), From Bear Stearns to Anglo Irish: how eurozone sovereign spreads related to financial sector vulnerability, IMF Working Paper, WP/09/108.

Der Einfluss des Bankensektors auf Renditedifferenzen im Euro-Raum

Die Tatsache, dass der Bankensektor eine bedeutende Rolle in der Finanzkrise der letzten Jahre gespielt hat, wirft die Frage auf, inwiefern die Lage des Bankensystems eines Landes die Renditen seiner Staatsanleihen beeinflusst. Ein entsprechender Zusammenhang liegt schon aufgrund der Tatsache nahe, dass eine Stützung des Finanzsektors mit staatlichen Mitteln zumindest potenziell merkliche fiskalische Belastungen für die Zukunft darstellen kann, was wiederum auf die staatlichen Finanzierungsbedingungen durchschlagen sollte.

Ein Ansatz zur Untersuchung dieses Zusammenhangs für Länder des Euro-Raums bedient sich der folgenden Schätzgleichung:¹⁾

$$(i_j - i_{DE})_t = \rho_j(i_j - i_{DE})_{t-1} + \gamma\tau_{jt} + \beta_{1j}z_t + \beta_{2j}\lambda_{jt} + \beta_{3j}d_{jt} + \beta_{4j}z_t d_{jt} + u_{jt}$$

Hierbei bezeichnet $(i_j - i_{DE})_t$ die Renditedifferenz zwischen den Anleihen des Landes j und Bundesanleihen zum Zeitpunkt t . Verwendet werden Anleihen mit einer Laufzeit von rund zehn Jahren. Um der Persistenz der Renditedifferenzen Rechnung zu tragen, wird die um eine Periode verzögerte Renditedifferenz $(i_j - i_{DE})_{t-1}$ als erklärende Variable berücksichtigt; der Parameter ρ_j gibt die Autokorrelation an. Die Variable z_t stellt einen globalen Risikofaktor dar, der eine hohe Bedeutung für die Erklärung der Varianz der Renditedifferenzen hat. Als Proxy-Variablen für einen solchen globalen Risikofaktor wird in der Schätzung die Renditedifferenz zwischen amerikanischen Unternehmensanleihen der Bonitätsnote BBB und US-Staatsanleihen verwendet.²⁾ Mit λ_{jt} findet die relative Liquidität von Anleihen des Landes j gegenüber Bundesanleihen Eingang in die Schätzung. Als Liquiditätsmaß für ein gegebenes Land j dient die Geld-Brief-Spanne seiner Anleihen.³⁾

1 Vgl.: S. Gerlach, A. Schulz und G. B. Wolff (2010), Banking and sovereign risk in the euro area, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Reihe 1, Nr. 09/2010. — 2 In der auf S. 34 f. vorgestellten Schätzung wird eine ganz ähnliche Variable eingesetzt, die sich aber auf europäische Anleihen bezieht, weil dort weniger ein globaler als ein spezifisch europäischer Krisenindikator

Die Variable d_{jt} , die in Spezifikation A zunächst unberücksichtigt bleibt, bildet alternative bankensektorspezifische Einflussfaktoren ab. Dabei handelt es sich zum einen um die Bilanzsumme aller Banken aus Land j im Verhältnis zu seinem BIP (Spezifikation B). Zum anderen wird in Spezifikation C die durchschnittliche Eigenkapitalquote der Banken verwendet. Bei beiden Variablen wird analog zur endogenen Variablen der entsprechende Wert für Deutschland subtrahiert. Während β_3 den unmittelbaren Einfluss des Bankensektors auf die Renditedifferenz wiedergibt, misst β_4 den Effekt, der sich aus der Interaktion zwischen dem Bankensektor und dem globalen Risikofaktor ergibt. Der Störterm u_{jt} komplettiert die Schätzgleichung.

Um eine potenzielle statistische Inkonsistenz der Resultate zu vermeiden, wurde das Panelschätzverfahren von Swamy angewandt, bei dem länderspezifische Parameter ermittelt werden, die eine gemeinsame Wahrscheinlichkeitsverteilung aufweisen.⁴⁾ Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die im Rahmen des Swamy-Verfahrens berechneten gewichteten Durchschnitte dieser Parameter.

Gewichtete Durchschnitte⁵⁾

Spezifikation	A	B	C
ρ	0,94* (105,73)	0,96* (58,72)	0,96* (51,70)
γ	0,22 (1,51)	0,18 (1,17)	0,11 (0,93)
β_1	0,01* (5,60)	0,03 (1,65)	0,02* (2,37)
β_2	0,43* (2,81)	0,23 (1,68)	0,32* (2,22)
β_{3B}		-3,51* (-2,60)	
β_{4B}		0,02* (2,37)	
β_{3C}			1,10* (2,51)
β_{4C}			-0,75* (-2,87)

abgebildet werden soll. — 3 Die in der Schätzung eingesetzten Zinsdifferenzen beziehen sich auf einzelne Anleihen, für die dementsprechend auch An- und Verkaufskurse vorliegen. Die Differenz zwischen den tatsächlichen Restlaufzeiten τ_{jt} muss als Korrekturfaktor in die Schätzgleichung aufgenommen werden; der zugehörige Koeffizient wird in der Tabelle als γ aufgeführt. — 4 Vgl.: P. Swamy (1971), Stati-

Positive Autokorrelation spielt bei der Bestimmung von Zinsdifferenzen eine maßgebliche Rolle (vgl. Koeffizient ρ). Auch eine höhere Geld-Brief-Spanne trägt gemäß β_2 signifikant zu einem Anstieg der Renditedifferenz gegenüber Bundesanleihen bei. Dies weist darauf hin, dass Zinsdifferenzen von Staatsanleihen in der EWU auch von Liquiditätseffekten beeinflusst werden. Ökonomisch weit bedeutsamer ist der Schätzung zufolge aber der Einfluss des globalen Risikofaktors: Eine steigende weltweite Unsicherheit – gemessen an den Zinsdifferenzen zwischen Unternehmens- und Staatsanleihen in den USA – schlägt sich in zunehmenden Renditedifferenzen zwischen Staatsanleihen im Euro-Raum nieder.

In Spezifikation B wird zusätzlich die Größe des Bankensektors im Verhältnis zum BIP berücksichtigt. Sein Einfluss stellt sich als ökonomisch und statistisch signifikant heraus. Der unmittelbare Effekt der Größe des Bankensystems auf die Renditedifferenzen bei Staatsanleihen ist negativ (vgl. Koeffizient β_{3B}). Volkswirtschaften mit einem vergleichsweise großen Bankensektor weisen also relativ geringe Renditen auf. Dies ist insofern plausibel, als ein großer Bankensektor eine Quelle staatlicher Einnahmen sein und das Wirtschaftswachstum unterstützen kann. Zudem treten Banken in der Regel auch als Investoren am Markt für Staatsanleihen auf, was deren Renditen drücken könnte.

Der signifikant positive Koeffizient β_{4B} zeigt jedoch, dass dies nur in Zeiten gilt, in denen die Risiken global betrachtet als gering eingeschätzt werden. Nehmen die globalen Risiken zu, verringern sich die Vorteile aus einer vom Bankensystem getragenen Wirtschaft. Ab einem bestimmten Punkt – hier bei einer Zinsdifferenz zwischen Unternehmens- und Staatsanleihen von rund 200 Basispunkten – wird ein größerer Bankensektor insofern zur Belastung, als er die

Renditen von Staatsanleihen nun nach oben treibt, statt sie zu senken. Die betreffenden Länder sind also anfälliger gegenüber Schwankungen des globalen Risikofaktors als andere. Für Irland, das Land mit dem gemessen am BIP größten Bankensektor unter den betrachteten Staaten, hat dieser Faktor der Schätzung zufolge bis zu 80 Basispunkte zu den im Beobachtungszeitraum festgestellten Renditedifferenzen von in der Spitze 270 Basispunkten beigetragen.

Neben der Größe des Bankensektors beeinflusst auch seine Widerstandsfähigkeit die Rendite von Staatsanleihen. Während die erstgenannte der beiden Variablen vor allem Aufschluss über die potenziellen Kosten einer eventuellen staatlichen Rettungsaktion gibt, steht die letztgenannte insbesondere mit der Wahrscheinlichkeit einer solchen Rettungsaktion im Zusammenhang. Dass solche Überlegungen tatsächlich signifikante Auswirkungen auf Renditedifferenzen im Euro-Raum haben, zeigt Spezifikation C: Je höher die Eigenkapitalquote des Bankensektors ist, desto geringer sind in wirtschaftlich unsicheren Zeiten die Renditeaufschläge des betreffenden Landes.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass der Bankensektor den Schätzungen zufolge die Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum signifikant beeinflusst. Dabei spielt die Interaktion mit einem globalen Risikofaktor eine zentrale Rolle: Länder mit großen Bankensektoren und geringeren Eigenkapitalquoten von Banken erfahren eine stärkere Ausweitung der Zinsdifferenzen, wenn das aggregierte Risiko steigt. Dies lässt sich damit erklären, dass eine Zunahme des globalen Risikos die Wahrscheinlichkeit für eine Inanspruchnahme von staatlichen Hilfen in größerem Umfang erhöht, was wiederum die öffentlichen Finanzen belasten könnte.

stical inference in random coefficient regression models, Springer, Berlin. Bei den Ländern, die in der Schätzung berücksichtigt wurden, handelt es sich um Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Der Schätzzeitraum reicht vom Jahresbeginn 1999 bis Ende Februar 2009, wobei eine wöchentliche Datenfrequenz zugrundeliegt. Die Resul-

tate bleiben erhalten, wenn Griechenland oder Irland oder beide Länder in der Schätzung nicht berücksichtigt werden. — 5 Die ausgewiesenen Schätzwerte für die Koeffizienten β_{3B} , β_{4B} und β_{4C} sind ver-hundertfacht; t-Werte in Klammern; ein Stern (*) bezeichnet einen auf dem 5 %-Niveau signifikanten Koeffizienten.

nicht an Ratings gebundene Investoren einen wichtigen Indikator für etwaige Anspannungen am Markt für Staatsanleihen dar. Als die Ratingagenturen zum Beispiel Irland, Portugal, Griechenland und Spanien im ersten Quartal 2011 in unterschiedlichem Umfang herabstufen, dürfte dies für sich genommen sicherlich den Druck auf die Kurse erhöht haben. Allerdings kommen in den Ratingurteilen kurzfristige Einflüsse auf das Kreditrisiko oftmals weniger deutlich zum Ausdruck, sodass diese sich vielfach nicht als zeitnahe Messgrößen des Kreditrisikos eignen.⁶⁾

Risikoprämie

*Risikoprämie als
Kompensation
für risikoaverse
Anleger*

Aus der Sicht risikoaverser Investoren ist die Risikoprämie eine Entschädigung für die Unsicherheit darüber, dass bei Fälligkeit der Anleihe zusätzlich zu den erwarteten Verlusten auch unerwartete Verluste eintreten können, oder – im Falle eines kürzeren Anlagehorizonts – eine Kompensation für im Vergleich mit der Benchmark-Anleihe höhere Kursschwankungen während der Laufzeit. Die Höhe der Risikoprämie wird daher vom Ausmaß der Unsicherheit und der Risikoscheu bestimmt.

*Hauptkomponentenanalyse
zur Messung
der Risikoaversion*

Die Interpretation von einzelnen Indikatoren für die Risikoneigung ist oft schwierig, weil sie auch von anderen, vom Risikoappetit unabhängigen Faktoren beeinflusst werden. Daher werden häufig aggregierte Indikatoren verwendet, die sich aus mehreren Einzelindikatoren zusammensetzen. Dies lässt sich beispielhaft anhand einer Analyse zeigen, in die folgende Einzelindikatoren einbezogen werden: der Volatilitätsindex VDAX, die zeitvaria-

ble Korrelation zwischen den Erträgen deutscher Staatsanleihen und Aktien, die Zinsaufschläge von AAA-Unternehmensanleihen beziehungsweise die Zinsaufschläge von BBB-Unternehmensanleihen gegenüber Bundesanleihen, die Kreditrisikoausfallprämien europäischer Unternehmen mit Investmentgrade (Itraxx Europe) und die Kreditrisikoausfallprämien europäischer Unternehmen ohne Investmentgrade (Itraxx Crossover). Mit der Methode der Hauptkomponentenanalyse kann die Risikoaversion, die sich in allen berücksichtigten Variablen zeigt, von anderen spezifischen Einflüssen besser getrennt werden als mit Blick auf nur jeweils einen Indikator.⁷⁾

Die Ergebnisse zeigen, dass die Turbulenzen im Finanzsektor nach der Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008 von einem sprunghaften Anstieg der allgemeinen Risikoaversion begleitet waren. In einigen Peripherieländern der EWU führte die veränderte Risikoneigung zwar auch zu einer Ausweitung der Renditeaufschläge gegenüber Bundesanleihen. Im Vergleich zur stark gestiegenen Risikoaversion an den Finanzmärkten ins-

*Risikoaversion
nach Lehman-
Insolvenz
abrupt
gestiegen, ...*

⁶ Zur langfristigen Ausrichtung von Ratingagenturen vgl.: E. Altman und H. Rijken (2004), How rating agencies achieve rating stability, *Journal of Banking and Finance* 28, S. 2679–2714; zur Rolle von Ratings für die Bewertung von EWU-Staatsanleihen vgl.: S. Manganelli und G. Wolswijk (2007), Market discipline, financial integration and fiscal rules – what drives spreads in the euro area government bond market?, ECB Working Paper No 745.

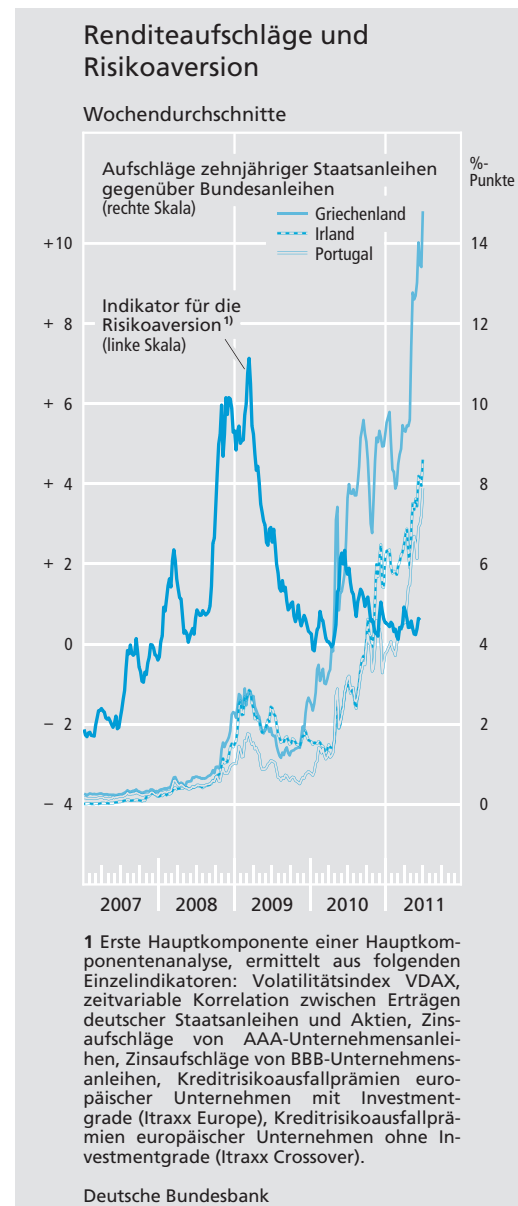
⁷ Der Beobachtungszeitraum der Schätzung reicht vom 2. Juli 2004 bis zum 3. Juni 2011. Die erste Hauptkomponente erklärt mit gut 80 % einen relativ hohen Anteil der gesamten Varianz. Alle berücksichtigten Variablen fließen mit dem erwarteten Vorzeichen in die erste Hauptkomponente ein. Zur Konstruktion des Indikators für die Risikoaversion der Anleger vgl.: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, August 2008, S. 40–41.

... dann aber nach staatlichen Hilfen für den Finanzsektor eingedämmt

gesamt fiel diese Zunahme aber zunächst noch moderat aus.

Vor dem Hintergrund der Sorgen um die Stabilität des Finanzsystems im Herbst 2008 ergriffen viele EWU-Mitgliedstaaten Hilfsmaßnahmen für Banken, die sowohl staatliche Eigenkapitalhilfen als auch Garantien umfassten. Diese Hilfspakete implizierten letztlich einen Risikotransfer vom Finanzsektor zum Staat.⁸⁾ Sie dürften dazu beigetragen haben, dass die allgemeine Risikoaversion, die im April 2009 einen Rekordwert erreicht hatte, allmählich wieder zurückging und zum Jahreswechsel 2009/2010 ein ähnliches Niveau erreichte wie vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers. Im Gegenzug verlagerte sich der Fokus der Marktteilnehmer insbesondere auf die Bonität einiger EWU-Peripherieländer, und Anfang 2010 bewegten sich die Renditeaufschläge von Griechenland, Irland und Portugal trotz einer rückläufigen allgemeinen Risikoaversion stark aufwärts.

Diese Abkoppelung der Renditeaufschläge der betrachteten Länder von der Entwicklung der allgemeinen Risikoneigung deutet auf die Relevanz anderer Determinanten wie das wahrgenommene länderspezifische Ausfallrisiko hin, das in Krisenzeiten einen besonders starken Einfluss auf die Renditeaufschläge ausüben könnte. Nach dem Hilfspaket für Griechenland erhöhte sich die allgemeine Risikoaversion Anfang Mai 2010 erneut. In diesem Umfeld weitete sich der Kreis an Ländern, die von den Anlegern als anfällig gegenüber einer „Ansteckung“ durch den Kursverfall griechischer Anleihen eingeschätzt wurden, deutlich aus. In den Sorgen der



Anleger vor solchen Ansteckungseffekten, die auch zu steigenden Liquiditätsprämien führten, kam die enge Verflechtung der Märkte für EWU-Staatsanleihen zum Ausdruck. Das Aufspannen des EU/IWF-Rettungsschirms hat dann aber wesentlich zur Eindämmung der Ansteckungsgefahr beigetra-

⁸ Vgl. auch: J. Ejsing und W. Lemke (2011), The Janus-headed salvation: sovereign and bank credit risk premia during 2008–2009, *Economics Letters*, 110, S. 28–31.

gen. Zugleich nahm auch die Risikoaversion allmählich wieder ab. Sie dürfte aber zumindest temporär einen nennenswerten Effekt auf die Risikoprämien der Anleihen der EWU-Peripherieländer gehabt haben.

„Safe haven“-Effekte

Die Rendite von zehnjährigen Bundesanleihen, die Mitte 2007 noch 4,7 % betragen hatte, ist im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise deutlich zurückgegangen; sie erreichte Ende August 2010 mit etwas über 2 % einen historischen Tiefstand. Diese Entwicklung kann teilweise mit „Safe haven“-Flüssen erklärt werden, also damit, dass Anleger ihre Mittel von risikoreicheren Anlagen in als sicher geltende und liquide Bundesanleihen umschichteten. Vor allem in Phasen einer stark steigenden allgemeinen Risikoaversion wie im Herbst 2008 und im Mai 2010 haben die Anleger in hohem Umfang Bundesanleihen nachgefragt und deren Renditen damit gedrückt.⁹⁾

Die seit September 2010 wieder um etwa 80 Basispunkte auf zuletzt knapp 3 % gestiegene Rendite von Bundesanleihen weist darauf hin, dass „Safe haven“-Flüsse seitdem an Gewicht verloren haben, wenngleich sie zuletzt im Zusammenhang mit der gestiegenen Unsicherheit über die Bonität Griechenlands wieder etwas zunahmen. Hinzu kommt, dass die kräftige wirtschaftliche Erholung in Deutschland zu höheren Renditen beigetragen hat. Nicht auszuschließen ist zudem, dass der Renditeanstieg auch die gewachsenen finanziellen Belastungen Deutschlands reflektieren könnte.

Liquiditätsprämien

Die Märkte für Staatsanleihen sind seit jeher unterschiedlich liquide. Ein vollständig liquider Markt zeichnet sich dadurch aus, dass die Marktteilnehmer Wertpapiere jederzeit und in großem Umfang zum Gleichgewichtskurs erwerben und veräußern können. Eine hohe Liquidität äußert sich in niedrigen Geld-/Brief-Spannen, in geringen Preisbewegungen auch nach großvolumigen Transaktionen und gegebenenfalls in einer zügigen Rückkehr des Kurses zu seinem Gleichgewichtswert nach potenziellen Abweichungen hiervon.¹⁰⁾ Die gegenwärtige und zukünftig erwartete Liquidität eines Wertpapiers sowie die zeitvariablen Liquiditätspräferenzen der Investoren sind die wesentlichen Einflussgrößen der von ihnen geforderten Liquiditätsprämie.

Mehrere Hinweise legen es nahe, dass sich die Liquiditätsprämien einiger EWU-Staatsanleihen im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise zum Teil deutlich ausgeweitet haben. Während die Geld-/Brief-Spannen der Kurse von Bundesanleihen durchweg niedrige Werte von rund fünf Basispunkten aufweisen und weitgehend konstant blieben, haben die ohnehin höheren Spannen von zum Beispiel portugiesischen und irischen Staatsanleiherenditen seit 2008 merklich angezogen, und zwar auf etwa 85 Basispunkte beziehungsweise 90 Basispunkte im Jahresdurchschnitt 2010. Insbesondere seit Mai 2010 hat sich

*Liquiditäts-
prämien ...*

*... seit der
Finanzkrise
zum Teil
deutlich höher*

⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Oktober 2010, S. 32–33.

¹⁰ Kyle (1985) nennt diese drei Eigenschaften eines liquiden Marktes „Tightness“, Tiefe und Erneuerungskraft; vgl.: A. S. Kyle (1985), Continuous auctions and insider trading, *Econometrica*, S. 1315–1335.

auch die Handelsaktivität bei einigen Staatsanleihen aus der EWU-Peripherie spürbar abgeschwächt. Im Ergebnis haben sich dadurch bereits bestehende Liquiditätsunterschiede weiter verstärkt. Des Weiteren ist die Wertschätzung, die Investoren liquiden Anlagen beimessen, in der Finanzkrise deutlich gewachsen, was sich ebenfalls auf die Liquiditätsprämien ausgewirkt hat.¹¹⁾ Ein Indikator hierfür ist der Renditeaufschlag von Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gegenüber Bundesanleihen, die ein identisches Ausfallrisiko, aber eine unterschiedliche Liquidität aufweisen.¹²⁾ Dieser Spread ist in der Finanzkrise von etwa zehn Basispunkten auf einen Spitzenwert von 110 Basispunkten gestiegen; er lag aber auch zuletzt mit etwa 45 Basispunkten noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Empirische Untersuchungen zeigen, dass die Beiträge der Liquiditätsprämie zur Erklärung der Renditen von EWU-Staatsanleihen recht heterogen ausfallen. Auch wenn sich ihr jeweiliger Umfang nicht exakt ermitteln lässt, dürften sie für die Anleihen einiger Länder eine wichtige Rolle spielen (vgl. die Erläuterungen auf S. 35).

Beurteilung der Bestimmungsgrößen und Perspektiven

*Fundamentalfaktoren
entscheidend*

Ökonometrische Schätzungen auf der Basis der hier vorgestellten Zerlegung der Renditeaufschläge in ihre einzelnen Komponenten zeigen, dass die kräftige Ausweitung der Spreads in einigen EWU-Peripherieländern vor allem auf ein erhöhtes Kreditrisiko zurückzuführen ist, das mit einem höheren erwarteten Verlust eines Engagements in

Staatsanleihen verbunden ist (vgl. die Erläuterungen auf S. 35). Hinter dieser Entwicklung stehen landesspezifische gesamtwirtschaftliche Fundamentalfaktoren wie die Schuldenquote und das Haushaltsdefizit, der Leistungsbilanzsaldo, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Verfassung des Finanzsektors. Der Finanzsektor spielt vor allem in Irland eine wichtige Rolle, wo die umfassenden öffentlichen Hilfen für Finanzinstitute einen massiven Risikotransfer zum Staat implizieren und dessen Bonität erheblich belastet haben.

Im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise haben die Finanzmarktteilnehmer die Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden einiger Länder zunehmend skeptisch beurteilt. Die teilweise abrupten und massiven Neubewertungen können auch damit erklärt werden, dass zwischen dem Kreditrisiko und den genannten Fundamentaldaten ein nichtlinearer Zusammenhang bestehen dürfte. Zum einen könnte bei Fundamentalfaktoren wie beispielsweise der Schuldenquote eine Art Schwellenwert existieren, nach dessen Überschreiten die Marktteilnehmer jede weitere Erhöhung besonders kritisch bewerten.¹³⁾ Zum anderen gibt es auch Anzeichen dafür, dass eine bestimmte Kombination schwacher Fundamentaldaten – wie zum Beispiel eine geringe preisliche Wettbewerbsfähigkeit bei einem zugleich in Bedrängnis geratenen

*Überproportionaler Effekt
schwacher
Fundamentaldaten*

11 Vgl.: S. Sgherri und E. Zoli (2009), Euro area sovereign risk during the crisis, IMF Working Paper, WP/09/222.

12 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Ein Indikator zur Messung der Liquiditätsprämie auf dem Rentenmarkt, Monatsbericht, Februar 2005, S. 31.

13 Vgl.: S. Barrios, P. Iversen, M. Lewandowska und R. Setzer (2009), Determinants of intra-euro area government bond spreads during the financial crisis, Economic Paper 38, European Commission.

Zusammenhang von Renditeaufschlägen und CDS-Prämien

Zwischen dem Renditeniveau von Staatsanleihen und der Prämie für entsprechende Credit-Default-Swap-(CDS-)Kontrakte besteht üblicherweise ein sehr enger Arbitragezusammenhang,¹⁾ da sich in ihnen jeweils – neben anderen Faktoren – das Ausfallrisiko des Emittenten der Anleihe und die Risikoaversion der Marktteilnehmer ausdrücken. Dabei gilt, dass unter sonst gleichen Bedingungen die Rendite eines Papiers umso höher ist, je größer die Marktakteure das Risiko einschätzen, dass ein Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommt. Der preisliche Zusammenhang zwischen Staatsanleihen- und CDS-Markt hat sich in der Finanzkrise und dann noch einmal verstärkt in der Staatsschuldenkrise gelockert. Im Folgenden soll zunächst erläutert werden, wie die Arbitrage unter normalen Marktbedingungen erfolgt; sodann wird auf Gründe eingegangen, die den Zusammenhang gelockert haben. Es zeigt sich, dass die Beziehung zwischen CDS- und Anleihenmärkten vor allem bei den Titeln nicht mehr so eng ist, die sich auf Länder beziehen, die im Fokus der Staatsschuldenkrise stehen. Verantwortlich hierfür zeichnen neben Liquiditätsprämien auch die in Krisenzeiten steigenden Finanzierungskosten von Arbitragepositionen. Die Intervention des Eurosystems am Anleihenmarkt im Rahmen des Securities Markets Programme (SMP) könnte zeitweilig an einigen Märkten zu einer Anomalie geführt haben.

Anleihen und sich auf diese Papiere beziehende CDS-Kontrakte enthalten grundsätzlich das gleiche Kreditrisiko.²⁾ Ein einfaches Arbitragekalkül legt daher nahe, dass zwischen Renditeaufschlägen und CDS-Prämien eine enge Beziehung besteht, denn der Kursabschlag einer mit Ausfallrisiko behafteten Anleihe gegenüber einem ausfallsicheren Papier sollte gerade ausreichen, um die CDS-Versicherungsprämie zu zahlen. Hintergrund hierfür ist, dass die Portfoliokombination aus höher verzinsten Anleihe und CDS-Vertrag risikofrei ist und damit den gleichen Ertrag abwerfen sollte wie ein von vornherein risikofreies Papier. Führen Preisbewegungen dazu, dass Zinsaufschlag und CDS-Prämie deutlich voneinander abweichen, ergeben sich für Händler auf einem vollkommenen Markt Möglichkeiten, risikofreie Gewinne abzuschöpfen. Entsprechende Geschäfte führen dazu, dass die Preise von Staatsanleihen und CDS die Tendenz aufweisen, sich immer wieder in einen als Arbitragegleichgewicht bezeichneten Zustand zu bewegen, in dem es nicht möglich ist, ohne Risiko Gewinne zu erwirtschaften. Die CDS-Märkte haben dabei in dem Anpassungsprozess in der Regel die Preisführerschaft.³⁾

Um kurzzeitig auftretende Arbitragemöglichkeiten „am Rande des Gleichgewichts“ rasch zu erkennen, berechnen Händler in der Praxis die sogenannte Basis. Sie ist die in Basispunkten

ausgedrückte Differenz zwischen laufzeitäquivalenten CDS- und Anleihenspreads. Als Faustregel gilt dabei, dass eine Handelsposition umso lohnender ist, je größer der (positive oder negative) Unterschied zwischen den beiden Größen ist. Auf einem vollkommenen Markt sollte die Basis durch Handeltätigkeit langfristig vollständig eingeebnet werden. Allerdings treiben in der Realität einige Faktoren einen Keil zwischen die enge Beziehung, sodass eine Lücke nicht immer durch Handelsmöglichkeiten geschlossen werden kann.

Dabei spielt eine wichtige Rolle, dass Händler abhängig vom Anwendungszweck die Basis unterschiedlich kalkulieren. So kann sich vor allem die Berechnung der Zinsdifferenz der Anleihen – abhängig vom verwendeten Modell – als aufwendig erweisen.⁴⁾ Einen guten ersten Einblick erhält man aber, wenn der Bondspread überschlägig als Zinsdifferenz zur Benchmarkanleihe berechnet wird. Im Kontext des Euro-Raums enthält deswegen die Basis häufig die im Haupttext erläuterte Differenz der Rendite zehnjähriger Anleihen eines Landes zu der zuletzt begebenen zehnjährigen Bundesanleihe.

Ein weiterer Faktor, der die Höhe der Basis maßgeblich bestimmt, sind die jeweiligen Liquiditätsprämien der Anleihen. Gerade in der oft angespannten Marktverfassung der letzten Jahre hat die relative Liquidität der Instrumente an Bedeutung gewonnen. Da Bundesanleihen das liquideste zinstragende Marktinstrument im Euro-Raum sind, haben die Marktverspannungen der Krisenjahre dazu geführt, dass die Basis der Tendenz nach zunehmend negativ wurde: Die hohe Liquidität der Bundesanleihen beziehungsweise die sinkende Liquidität von Staatsanleihen anderer EWU-Länder haben demnach die Renditespreads nach oben getrieben. Die CDS-Prämien haben diesen Effekt nicht in gleicher Weise nachvollzogen.

Ein anderer Grund, der in die gleiche Richtung wirkt, sind die Finanzierungskosten von Handelsgeschäften. Üblicherweise kalkulieren Geldhäuser auf Grundlage bankspezifischer Finanzierungssätze. In Krisenzeiten mit hohen institutsspezifischen Risikoprämien rechnet es sich für Banken mit einem höheren Kreditrisiko eher, die Rolle des Sicherungsgebers durch einen CDS-Kontrakt einzunehmen, als die vom Kreditrisiko aus betrachtet äquivalente Position, die darin besteht, sich Geld (zu durch Risikoprämien erhöhten Sätzen) zu borgen und eine risikobehaftete Anleihe zu kaufen. Dieser Effekt kann dadurch verstärkt werden, dass in Krisenzeiten die Qualität der risikobehafteten Anleihe als Sicherheit abnimmt und daher an den Repomärkten höhere Abschläge angesetzt werden. Relativ gesehen verbilligt sich deshalb wegen der ausbleibenden Nachfrage am Rentenmarkt das Zinspapier mit höherem Ausfallri-

1 Ein CDS-Kontrakt stellt grundsätzlich eine Versicherung dar. Dabei gleicht der Versicherungsgeber Verluste aus, die eintreten, wenn es zu vorher festgelegten – in Standardverträgen definierten – „Kreditereignissen“, wie z. B. Zahlungsausfällen, kommt. Für die Versicherungsleistung zahlt der Sicherungsnehmer Prämien, die mit der Wahrscheinlichkeit in die Höhe gehen, dass sich ein Kreditrisiko manifestiert. Vgl.:

Deutsche Bundesbank, Entwicklung, Aussagekraft und Regulierung des Marktes für Kreditausfall-Swaps, Monatsbericht, Dezember 2010, S. 47–67. — 2 Das Gegenparteirisiko aus dem CDS-Kontrakt wird unten näher behandelt. — 3 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur empirischen Evidenz der relativen Preisführerschaft auf CDS- und Anleihenmärkten, Monatsbericht, Dezember 2010, S. 58–59. — 4 Bekannte Maße sind

siko, sodass der Anleihsenspread größer wird, während zugleich die CDS-Prämie der Tendenz nach sinkt. Beides trägt dazu bei, dass die Basis ins Negative dreht.

Neben solchen Marktpreisfaktoren beeinflussen aber auch vertragsspezifische Größen die Höhe der Basis. So kann die Basis deswegen unter null fallen, weil der CDS-Sicherungsnehmer bei einem Zahlungsausfall üblicherweise nicht gegen einen Verlust der Kuponzahlungen abgesichert ist. Der Keil wächst mit der Nähe zum Kuponzahlungstermin und der Höhe des dann zu leistenden Kupons.

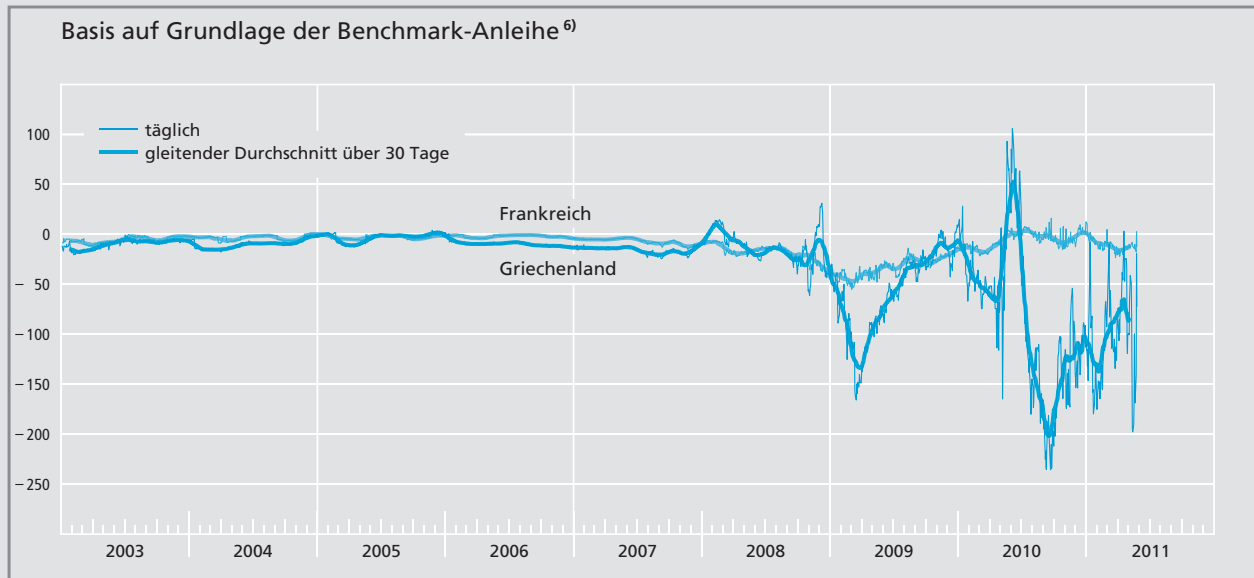
Es gibt aber auch Faktoren, die den Zusammenhang in die andere Richtung lockern und zu einer positiven Basis beitragen. So stattet üblicherweise der Sicherungsgeber CDS-Kontrakte mit einer „cheapest to deliver“-Option aus, die dem Sicherungsnehmer das Recht einräumt, im Falle eines Kreditereignisses dem Sicherungsgeber die für ihn günstigste Anleihe zu liefern. Der Sicherungsgeber verlangt für diese Option eine Prämie, die den CDS-Spread relativ zum Renditeunterschied – der auf spezifischen Anleihen beruht – vergrößert. Daneben gibt es eine Reihe weiterer Details, die beim Handel mit der Basis beachtet werden müssen.⁵⁾

Regulatorische Reaktionen auf die Staatsschuldenkrise und Interventionen des Eurosystems an den Finanzmärkten könnten ebenfalls einen Einfluss auf die Höhe der Basis genommen

haben. Im Verlauf der Krise zeigte sich jedenfalls, dass die in der Regel negative Differenz aus CDS-Prämien und Anleiherenditen beispielsweise im Falle Griechenlands im Zuge der getroffenen Maßnahmen zeitweilig das Vorzeichen wechselte und ungewöhnliche (positive) Größenordnungen annahm. Eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Basis haben möglicherweise die Interventionen durch das Eurosystem im Rahmen des SMP gespielt. Hierbei beschränkten sich die öffentlichen Marktteilnehmer einseitig auf die Ankaufsseite von Anleihen. So könnten die Stützungskäufe den Preis für Anleihen aus einzelnen in Bedrängnis geratenen Ländern auf ein gemessen am markträumenden Preis zu hohes Niveau gebracht haben. Private Akteure wären in diesem Fall nicht bereit gewesen, zu den vom Eurosystem gezahlten Preisen Anleihen zu kaufen beziehungsweise die Gegenposition zu einem Leerverkauf einzugehen. Mögliche private Anbieter wären damit mengenmäßig beschränkt, mit der Wirkung, dass die in den positiven Werten der Basis angelegten risikolosen Gewinne nicht realisiert werden konnten.

Festzuhalten bleibt daher, dass in den Krisenmonaten der sonst sehr enge Arbitragezusammenhang zwischen den beiden Märkten tendenziell lockerer geworden ist. Im Ergebnis führte dies dazu, dass die Basis überwiegend negativ wurde und für die Krisenländer stark schwankte. Dies spricht eher gegen die These, dass von den CDS-Märkten eine eigenständige, destabilisierende Wirkung auf die Anleihemärkte ausging.

Basis auf Grundlage der Benchmark-Anleihe⁶⁾



beispielsweise der „z-spread“, der „par-asset-swap-spread“ (ASW) oder der „par-equivalent-CDS-spread“ (PECS). Letzterer gilt als sehr aussagekräftiger Indikator, da bei seiner Berechnung auch die in den CDS-Marktpreisen enthaltene Information über laufzeitspezifische implizite Ausfallwahrscheinlichkeiten genutzt wird, um CDS-implizierte „faire“ Kurswerte für Anleihen zu berechnen. — 5 Zum Konzept der Basis vgl.

auch: A. Fontana und M. Scheicher (2010), An analysis of euro area sovereign CDS and their relation with government bonds, ECB Working Paper Series, No 1271. — 6 CDS-Spreads abzüglich Anleihsenspreads mit zehnjähriger Restlaufzeit; neben dem von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Griechenland wird zum Vergleich Frankreich gezeigt, das wie Deutschland ein erstklassiges Rating hat.

Finanzsektor oder ein großer Bankensektor in wirtschaftlich unsicheren Zeiten – einen eigenen positiven Einfluss auf die Renditeaufschläge ausübt.

Rolle der Risiko- und Liquiditätspräferenzen

Im Vergleich mit der Finanzkrise, in deren Verlauf Aktien und Unternehmensanleihen durch die stark gestiegene Risikoscheu erheblich unter Druck geraten waren, spielte die Risikoneigung in der Staatsschuldenkrise eine geringere Rolle. Trotzdem hat auch eine erhöhte allgemeine Risikoaversion einen Beitrag zur Ausweitung der Spreads geleistet, und zwar insbesondere im Mai 2010, als die Risikoaversion vorübergehend recht hohe Werte erreichte. Die Liquiditätsprämien leisten je nach betrachtetem Land recht unterschiedliche Erklärungsbeiträge für die Renditeaufschläge. Insgesamt deuten die Ergebnisse aber darauf hin, dass die Renditeunterschiede in der EWU hauptsächlich fundamental begründet sind und nicht auf Übertreibungen hinsichtlich der Risikoaversion oder der Liquiditätsprämien zurückgeführt werden können.

Haushaltsdisziplin und Struktur-reformen erforderlich

Die zentrale Rolle schwacher Fundamentalfaktoren für die hohen Renditeaufschläge im Euro-Raum seit Ausbruch der Staatsschuldenkrise veranschaulicht die Notwendigkeit einer strikten Haushaltsdisziplin im gesamten Euro-Raum. Insbesondere in den Peripherieländern müssen darüber hinaus wichtige Struktur-reformen umgesetzt werden, um die längerfristigen Voraussetzungen für ein höheres Wachstum, eine verbesserte Leistungsbilanz und damit eine verringerte Abhängigkeit von Kapitalimporten, eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit sowie einen soliden Finanzsektor zu

schaffen. Selbst nach Anstoßen dieser notwendigen Reformmaßnahmen ist wohl davon auszugehen, dass sich die Renditeaufschläge von Staatsanleihen einiger EWU-Staaten auf einem höheren Niveau bewegen werden als in den ersten Jahren der Währungsunion. Auch die Streuung zwischen den einzelnen Ländern dürfte erhöht bleiben.

Dies erscheint angemessen, da die mit Finanzanlagen verbundenen Risiken vor der Finanzkrise häufig zu niedrig veranschlagt wurden und die Marktteilnehmer ihr Risikobewusstsein seitdem geschärft haben. Auch die Erfahrung der Marktteilnehmer, dass Liquiditätsrisiken umfassender und abrupter eintreten können, als bislang vermutet wurde, könnte sich in nachhaltig höheren Liquiditätsprämien und in größeren Liquiditätsunterschieden zwischen den EWU-Staatsanleihen niederschlagen.

Gründe für anhaltend erhöhte Spreads und Heterogenität

Von Bedeutung für die zukünftigen Renditeaufschläge ist aber auch die Entwicklung der wirtschaftlichen Fundamentaldaten, die teilweise nur allmählich angepasst werden können. Eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Währungsunion beispielsweise erfordert eine längere Phase niedriger Inflationsraten, die wiederum Lohnzurückhaltung, eine höhere Arbeitsmarktflexibilität und eine steigende Arbeitsproduktivität notwendig macht. Dies könnte sich kurzfristig zwar belastend auf die Konjunktur und die Steuereinnahmen auswirken, ist aber längerfristig erforderlich, um die Wachstumskräfte zu stärken. Hinzu kommt, dass die zukünftigen Belastungen aus den staatlichen

Hilfsmaßnahmen für die Finanzinstitute im Allgemeinen schwer abzuschätzen sind.

*Marktdisziplin
könnte ent-
scheidenden
Beitrag leisten*

Auch wenn die Renditeunterschiede im Euro-Raum künftig über dem (außerordentlich niedrigen) Vorkrisenniveau liegen würden, so ist bei erfolgreicher Anpassung in den derzeit im Fokus stehenden Ländern mit einem deutlichen Rückgang im Vergleich zu den derzeitigen Niveaus zu rechnen. Unterschiedliche

Renditen und die damit verbundene disziplinierende Wirkung auf die Fiskalpolitik sollten nicht durch regulatorische oder geld- und wirtschaftspolitische Maßnahmen beschränkt werden; denn eine Disziplinierung durch den Markt – sofern sie von den Akteuren tatsächlich ausgeübt wird – bietet einen entscheidenden Anreiz, dauerhaft tragfähige öffentliche Finanzen im Euro-Raum zu gewährleisten.

Die erweiterte MFI-Zinsstatistik: Methodik und erste Ergebnisse

Mit der nun abgeschlossenen Überarbeitung der MFI-Zinsstatistik sind zahlreiche neue Untergliederungen des Kreditneugeschäfts verbunden, die die Datenbasis deutlich erweitern und neue Analysemöglichkeiten eröffnen. Die zusätzlich gewonnenen Informationen gestatten nicht nur umfassendere Untersuchungen des monetären Transmissionsmechanismus und der Konvergenz der Finanzmärkte, sondern sie gewähren auch neue Einblicke in Risikoaspekte für die Analyse der Finanzstabilität.

Nachdem die seit Mitte 2010 neu erhobenen Daten einer umfangreichen Qualitätssicherung unterzogen wurden, findet ihre erstmalige Veröffentlichung im Juni 2011 statt. Aus diesem Anlass werden im vorliegenden Beitrag die methodischen Änderungen in der MFI-Zinsstatistik erläutert und der analytische Nutzen der zusätzlichen Kategorien verdeutlicht. Hierbei werden auf Grundlage der neuen Daten auch erste Ergebnisse für den jüngsten Beobachtungszeitraum dargestellt.

Zeitgleich mit der Anpassung der EZB-Verordnung wurden auch das Stichprobenverfahren sowie die Auswahl der Banken überarbeitet, die für die MFI-Zinsstatistik meldepflichtig sind. Um die Meldebelastung für den Bankensektor möglichst gering zu halten, wird die MFI-Zinsstatistik in Deutschland weiterhin nicht auf Basis einer Vollerhebung durchgeführt. Damit die Stichprobe über die Zeit aber repräsentativ bleibt, ist eine regelmäßige Überprüfung notwendig und gegebenenfalls müssen zusätzliche Banken in die Meldepflicht genommen werden. Im Folgenden wird dargelegt, welche Kriterien bei der Überarbeitung herangezogen wurden und welche Änderungen sich hieraus für die Stichprobe ergaben.

Abschließend wird die Nutzung der im Rahmen der MFI-Zinsstatistik erhobenen Daten für die volkswirtschaftliche Analyse am Beispiel des monetären Transmissionsmechanismus demonstriert. In diesem Zusammenhang wird auch darauf eingegangen, welche Aussagen über die Struktur des Kreditgeschäfts in Deutschland auf Basis der neuen Daten getroffen werden können.

Die MFI-Zinsstatistik seit 2003

*Zweck und
Gegenstand
der Erhebung
der MFI-
Zinsstatistik*

Die harmonisierte MFI-Zinsstatistik stellt seit ihrer Einführung im Januar 2003 wertvolle Informationen für das Eurosystem im Rahmen der Analyse der monetären Entwicklungen und des monetären Transmissionsmechanismus sowie der Überwachung der Finanzstabilität bereit.¹⁾ Die nationalen Beiträge zu dieser Statistik werden monatlich von sämtlichen Notenbanken des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) erhoben.²⁾ Gegenstand der Erhebung des deutschen Beitrags zur MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten in Deutschland angewandten Zinssätze für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion gebietsansässigen privaten Haushalten und nicht-finanziellen Unternehmen sowie die dazugehörigen Geschäftsvolumina. Dabei wird zum einen das Neugeschäft im Berichtsmonat und zum anderen der Bestand – das heißt der Wert aller zum Monatsende bestehenden Verträge – erfasst. Die nationalen Beiträge zur MFI-Zinsstatistik bilden die Grundlage für die Berechnung der Zinsaggregate im Euro-Raum, die wiederum eine Kerninformation für den EZB-Rat bei der Entscheidung über die Ausrichtung der Geldpolitik darstellen.

*Notwendigkeit
der regel-
mäßigen
Überarbeitung
der monetären
Statistiken*

Mit der Verabschiedung der Zinsstatistik-Verordnung sowie der Verordnung über die konsolidierte Bilanz des Sektors der monetären Finanzinstitute (MFIs) im Jahr 2001 wurde beschlossen, die Konzepte der monetären Statistiken im ESZB über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren konstant zu halten. Damit sollten zum einen die Umstellungs-

kosten für die meldepflichtigen Institute begrenzt sowie zum anderen Stabilität und Kontinuität der Daten erreicht werden. Um auch künftig eine hohe Aussagekraft der monetären Statistiken zu gewährleisten, wurden die vergangenen Jahre dazu genutzt, weitere Datenanforderungen, die sich zum Beispiel aufgrund neuerer Entwicklungen auf dem Kreditmarkt ergaben, zu konzipieren. Darüber hinaus sollten die Erhebungskonzepte der Statistiken noch stärker angeglichen werden. Um die geforderten Anpassungen zu evaluieren, wurde europaweit eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt. Diejenigen Anforderungen, die sich als dringend notwendig herausstellten, mündeten in einem Gesamtpaket von drei Statistikverordnungen, das schließlich vom EZB-Rat verabschiedet wurde. Neben der Änderungsverordnung zur MFI-Zinsstatistik³⁾ beinhaltet dieses Paket die neugefasste Verordnung der

1 Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Die neue EWU-Zinsstatistik – Methodik zur Erhebung des deutschen Beitrags, Monatsbericht, Januar 2004, S. 47 ff.

2 Die entsprechende Rechtsgrundlage in Form der Verordnung EZB/2001/18 über die Statistik über die von monetären Finanzinstituten angewandten Zinssätze für Einlagen und Kredite gegenüber privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften wurde am 12. Januar 2002 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 10 S. 24) veröffentlicht und ist auf der Homepage der Bundesbank (www.bundesbank.de) unter „Statistik, Meldewesen, Bankenstatistik, Rechtliche Grundlagen“ verfügbar.

3 Die Verordnung EZB/2009/7 zur Änderung der Verordnung EZB/2001/18 wurde am 8. April 2009 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 94, S. 75) veröffentlicht und ist auf der Homepage der Bundesbank (www.bundesbank.de) unter „Statistik, Meldewesen, Bankenstatistik, Rechtliche Grundlagen“ verfügbar.

Bilanzstatistik der MFIs⁴⁾ sowie der Statistik über die Verbriefungszweckgesellschaften.⁵⁾

Nach einer über einjährigen Implementierungsphase standen die neuen Zinsstatistik-Daten erstmals für Juni 2010 für interne Überprüfungen zur Verfügung. Seitdem wurden diese Daten eingehenden Qualitätsanalysen unterzogen und schließlich von den Statistikgremien des ESZB zur Veröffentlichung freigegeben.

Methodische Neuerungen ab 2010

*Zusätzliche
Melde-
positionen in
der Zinsstatistik
ab Juni 2010*

Bei der Überarbeitung ergab sich eine Reihe von Änderungen bei der Erhebung der MFI-Zinsstatistik im Neugeschäft. So wurden neue Kreditarten in die Erhebung aufgenommen, die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen noch stärker nach Volumengrößen und Zinsbindungsfristen unterschieden sowie zusätzliche Positionen für die getrennte Erfassung von besicherten Krediten eingeführt. Diese Neuerungen werden im Folgenden einzeln vorgestellt.

*Separate
Erfassung
von echten
Kreditkarten-
krediten*

Kreditkartenkredite haben in den letzten Jahren im Euro-Raum erheblich an Bedeutung gewonnen und sind im Zuge der Finanzkrise stärker in den Fokus der Analyse geraten. Um diese Kredite nun separat untersuchen zu können, sind hierfür gesonderte Kategorien vorgesehen. Darüber hinaus werden die sogenannten unechten Kreditkartenkredite, für die während der Zahlungsperiode keine Zinsen anfallen, von den „echten Kreditkartenkrediten“ abgegrenzt. Für Letztere sind nach der Fälligkeit der Zahlungen einer Abrech-

nungsperiode üblicherweise Zinsen zu leisten, sofern die aufgelaufenen Zahlungsverpflichtungen des Kunden nicht vorher ausgeglichen wurden. In der MFI-Zinsstatistik werden dabei nur die Zinssätze für echte Kreditkartenkredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen erhoben, während die entsprechenden Geschäftsvolumina für echte und unechte Kreditkartenkredite in der monatlichen Bilanzstatistik erfasst werden.

Die gesonderte Erhebung von Kreditkartenkrediten verbessert die Homogenität der Zinskategorien erheblich. Bislang wurden diese Kredite oft ununterscheidbar zusammen mit den Überziehungskrediten gemeldet, wobei die Zinssätze beider Kreditarten und deren Bedeutung in den einzelnen Ländern der EWU mitunter erheblich voneinander abweichen können. Die neuen Daten ermöglichen es, die Zinssätze für diese Kreditart genauer zu überwachen, um etwa Aussagen über die Verschuldung von privaten Haushalten und damit auch über Aspekte der Finanzstabilität treffen zu können.⁶⁾

Neben der getrennten Erfassung der Kreditkartenkredite wurde die Definition für die Überziehungskredite konkretisiert. Damit ist eine stärkere Harmonisierung dieser Melde-

*Überarbeitung
der Definition
für revolvingende
Kredite und
Überziehungskredite*

⁴ Die Verordnung EZB/2008/32 über die Bilanz des Sektors der monetären Finanzinstitute (Neufassung) wurde am 20. Januar 2009 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 15, S. 14) veröffentlicht.

⁵ Die Verordnung EZB/2008/30 über die Statistik über die Aktiva und Passiva von finanziellen Mantelkapitalgesellschaften, die Verbriefungsgeschäfte betreiben, wurde am 20. Januar 2009 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 15, S. 1) veröffentlicht.

⁶ Echte Kreditkartenkredite an nichtfinanzielle Unternehmen spielen in Deutschland eine eher untergeordnete Rolle und werden daher nicht gesondert abgebildet.



position im Euro-Währungsgebiet möglich.⁷⁾ Demzufolge wird die Kategorie nun „revolvierende Kredite und Überziehungskredite“ genannt.⁸⁾ Die so erhobenen Daten stellen aus finanzstabilitäts- und geldpolitischer Sicht eine wichtige Information dar, da diese Kredite auch dann noch in Anspruch genommen werden können, wenn Bankkunden aufgrund von Liquiditätsverknappungen oder bankseitiger Engpässe keine anderen Kredite mehr erhalten. Eine erhöhte Inanspruchnahme von revolvingenden Krediten und Überziehungskrediten kann somit auf Finanzierungsbeschränkungen des privaten Sektors und/oder bankseitige Restriktionen hinweisen.

Die nun verfügbaren Daten für die revolvingenden Kredite und Überziehungskredite sowie für die echten Kreditkartenkredite ver-

deutlichen die erheblichen Unterschiede in den Zinsniveaus dieser Kategorien. So sind Überziehungskredite an private Haushalte deutlich teurer als an nichtfinanzielle Unternehmen. Im Beobachtungszeitraum von Januar 2003 bis April 2011 betrug diese Differenz durchschnittlich 469 Basispunkte. Eine Ursache dafür könnte darin liegen, dass Unternehmen bestimmten Berichtspflichten unterliegen, während Kreditrisiken von Haushalten weniger transparent sind. Noch teurer sind die echten Kreditkartenkredite an die privaten Haushalte, die erst seit Juni 2010 gesondert erhoben werden. Hier lag der Durchschnittszinssatz bei etwa 15 % pro Jahr.

Unterschiede in den Zinsniveaus bei revolvingenden Krediten und Überziehungskrediten sowie Kreditkartenkrediten

Wirtschaftlich selbständige Privatpersonen⁹⁾ umfassen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit wie zum Beispiel Ärzte, Architekten oder Rechtsanwälte. Bislang wurden sie in der MFI-Zinsstatistik ununterscheidbar im Sektor der privaten Haushalte erfasst, da die Unternehmenseinheit untrennbar mit den natürlichen Personen verbunden ist. Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen werden dabei oftmals den „sonstigen Kredi-

Gesonderter Ausweis von Krediten an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen

7 Bislang wurde die Instrumentenkategorie „Überziehungskredite“ nur in der MFI-Zinsstatistik gesondert ausgewiesen. Um die Konsistenz zur monatlichen Bilanzstatistik zu erhöhen, werden die Volumina nun dort separat erhoben.

8 Überziehungskredite sind laut Verordnung über die Bilanz des Sektors der MFIs EZB/2008/32 definiert als Sollsalen auf laufenden Konten. Demgegenüber versteht man unter revolvingenden Krediten alle Kredite, die die folgenden Eigenschaften besitzen: 1. der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; 2. der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; 3. der Kredit kann wiederholt genutzt werden; 4. es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel.

9 Laut Verordnung auch „Einzelunternehmer und Personengesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit“. Siehe dazu die Verordnung EZB/2008/32, Anhang II, Teil 2.

ten“ zugeschrieben, wenn sie keinem anderen Verwendungszweck eindeutig zuzuordnen sind.¹⁰⁾ Dennoch kann sich das ökonomische Verhalten dieser Marktteilnehmer stark von dem der typischen privaten Haushalte unterscheiden, sodass aus analytischem Interesse eine homogenere Gruppenbildung von Vorteil ist.

Da Informationen über wirtschaftlich selbständige Privatpersonen wichtig für die ökonomische und finanzielle Analyse sind, wurde in der MFI-Zinsstatistik eine Unterposition zu den sonstigen Krediten an private Haushalte im Neugeschäft eingeführt. Aus den so gewonnenen Daten ergibt sich nun die Möglichkeit, die unterschiedlichen Entwicklungen von Kreditaggregaten zwischen Ländern gezielter zu untersuchen. Zudem dienen die Daten über wirtschaftlich selbständige Privatpersonen als ein guter Indikator für die Untersuchung der Finanzierung kleinerer Unternehmen.

In Deutschland machen die Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen mit einem durchschnittlichen Anteil von mehr als 60 % den Großteil des Volumens der sonstigen Kredite an private Haushalte aus. Die deutschen Daten zeigen, dass diese Gruppe nur in geringem Umfang höhere Zinskonditionen zahlen muss als der Gesamtsektor der privaten Haushalte inklusive der wirtschaftlich Selbständigen. So lag der Aufschlag auf die Zinsen im kurzfristigen Zinsbindungsband bei circa fünf Basispunkten und im mittelfristigen Band bei etwas mehr als 14 Basispunkten. Im längerfristigen Band waren die Zinssätze im Durchschnitt nahezu identisch.

Weitere Änderungen in der MFI-Zinsstatistik wurden insbesondere im Bereich der Unternehmenskredite vorgenommen. Durch die Unterteilung der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen in eine weitere Größenkategorie sollen die Analysemöglichkeiten der Finanzierungskonditionen für kleinere Unternehmen verbessert werden. Hierfür wird die Höhe des Kreditvolumens als Indikator für die Größe des Unternehmens gewertet.¹¹⁾ Zudem werden die Unternehmenskredite anhand der anfänglichen Zinsbindungsfrist feingliedriger unterteilt. Dies ermöglicht zum einen detailliertere Untersuchungen der Transmission von Leitzinsänderungen und lässt zum anderen neue Einblicke in die Zinsunterschiede zwischen Ländern zu.¹²⁾

Aus den neuen Daten der feiner untergliederten Größenklasse wird erkennbar, dass die Zinssätze für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen erwartungsgemäß umso höher ausfallen, je kleiner die Volumina sind. So wurden Kredite bis 250 000 € seit Juni 2010 für durchschnittlich etwa 4,5 % pro Jahr vergeben, während die Zinssätze für Kredite über 250 000 € bis 1 Mio € zwischen 3 % und 3,5 % pro Jahr lagen. Die niedrigsten Zins-

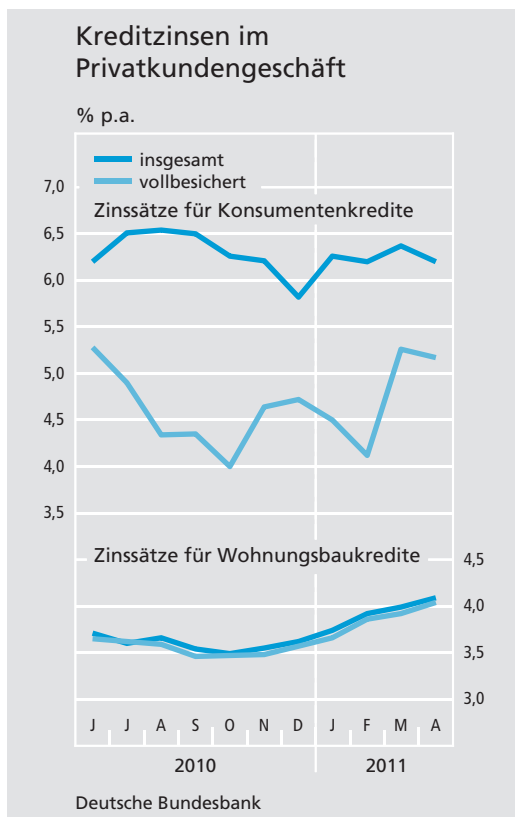
*Abgrenzung
kleinerer
Unternehmens-
kredite und
Aufgliederung
nach
anfänglicher
Zinsbindung*

*Untersuchungen
zu Zinslasten
und Unter-
nehmensgröße*

10 Die sonstigen Kredite an private Haushalte umfassen die Kredite, die nicht dem Verwendungszweck Konsum oder Wohnungsbau sowie den revolving Krediten und Überziehungskrediten oder Kreditkartenkrediten zuzuordnen sind. Sie beinhalten z. B. Kredite für Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung oder für Aus- und Weiterbildung.

11 Für die Kredite im Neugeschäft sind nun die drei Größenkategorien „Kredite bis 250 000 €“, „Kredite über 250 000 € bis 1 Mio €“ und „Kredite über 1 Mio €“ vorgeesehen.

12 Alle Kreditgrößenklassen sind in die folgenden Zinsbindungsfristen unterteilt: „variabel oder bis 3 Monate“, „über 3 Monate bis 1 Jahr“, „über 1 Jahr bis 3 Jahre“, „über 3 Jahre bis 5 Jahre“, „über 5 Jahre bis 10 Jahre“ sowie „über 10 Jahre“.



sätze für die Größenklasse über 1 Mio € lagen bei durchschnittlich 2,7 % pro Jahr. Unter der Annahme, dass kleinvolumige Kredite tendenziell von kleinen und mittelständischen Unternehmen aufgenommen werden, ist als mögliche Erklärung für diese Zinsunterschiede die geringere Transparenz kleinerer Unternehmen im Vergleich zu großen Konzernen anzuführen, die schärferen Veröffentlichungspflichten unterliegen. Damit sind Risiken bei großen Unternehmen deutlich besser erkennbar als beispielsweise bei kleinen Ein-Personengesellschaften.

Die Abbildung von vollbesicherten Krediten an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen im Neugeschäft stellt eine weitere wichtige Neuerung in der MFI-Zinsstatistik dar. Im neuen Berichtssystem werden für

alle Kreditarten mit Ausnahme von Kreditkartenkrediten, revolvingenden Krediten und Überziehungskrediten sowie der sonstigen Kredite separat jene Geschäfte ausgewiesen, die die Definition der Besicherung erfüllen. Für die Zwecke der MFI-Zinsstatistik gilt ein Kredit dann als besichert, wenn der Wert der zugrunde liegenden Sicherheiten und/oder der Garantien beziehungsweise Bürgschaften gleich dem oder größer als der Gesamtbetrag des Kredits ist.¹³⁾ Es werden somit diejenigen Kredite, deren Volumina mindestens in vollem Umfang mit Sicherheiten unterlegt sind, als besichert ausgewiesen. Die Gesamtposition umfasst weiterhin sowohl die vollbesicherten als auch die teil- und die unbesicherten Kredite, wobei letztere nicht separat ausgewiesen werden.

Durch die getrennte Erhebung von besicherten Krediten können die Zinssätze in homogenere Risikogruppen unterteilt werden. Dadurch verbessert sich auch an dieser Stelle der Informationsgehalt der Statistiken und es können zusätzliche Hinweise auf Ursachen von Zinsunterschieden gewonnen werden. Die Daten erlauben darüber hinaus weitergehende Analysen über den Einfluss von Kreditrisiken auf die Konditionengestaltung der Banken, woraus ebenfalls Rückschlüsse auf die Finanzierungskosten von Kreditnehmern gezogen werden können. Zudem finden diese Informationen zukünftig für die regelmäßigen Untersuchungen hinsichtlich der Risiken für die Finanzstabilität Verwendung.

... lassen sich Risikoaspekte untersuchen

Durch die separate Erhebung von vollbesicherten Krediten im Neugeschäft ...

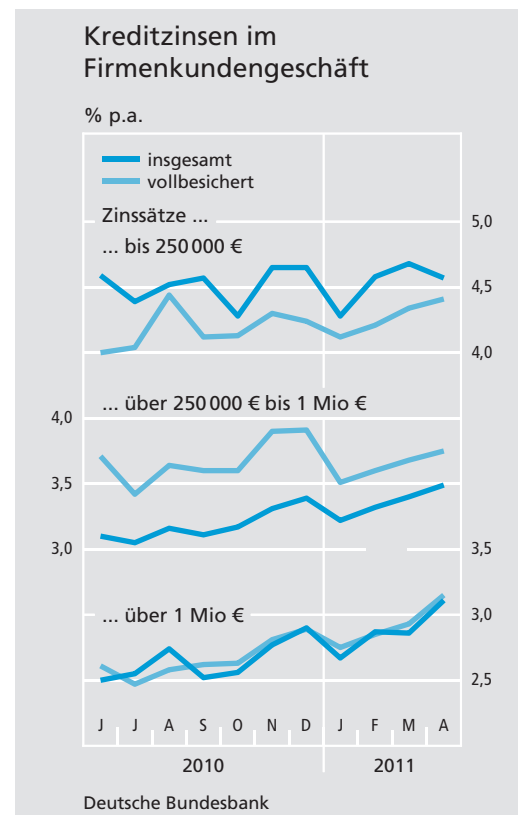
¹³ Der Kreis der zugrunde liegenden Sicherheiten erstreckt sich auf alle Sicherungsinstrumente, die nach den Vorgaben der Solvabilitätsverordnung (SolVV) im Rahmen des jeweils gewählten Ansatzes bankaufsichtlich berücksichtigungsfähig sind.

*Umfang der
Besicherung
von Krediten
für Haushalte ...*

Die Daten zeigen, dass Konsumentenkredite nur zu einem geringen Umfang in voller Kredithöhe besichert sind. Über den Erhebungszeitraum waren im Durchschnitt nur bis zu 10% derartiger Geschäfte vollbesichert. Die Zinssätze für die besicherten Kredite lagen in dieser Zeit stets etwa 100 bis 200 Basispunkte unterhalb des Zinssatzes der gesamten Konsumentenkredite, in die sowohl besicherte als auch unbesicherte Kredite eingehen. Im Gegensatz dazu werden für Wohnungsbaukredite an private Haushalte in deutlich größerem Umfang Sicherheiten hinterlegt. Im Zeitraum von Juni 2010 bis April 2011 waren im Durchschnitt mehr als 50% der Wohnungsbaukredite voll besichert. Lediglich im kürzesten Zinsbindungsband lag ein niedriger Besicherungsgrad vor. Erkennbar ist, dass die Zinsunterschiede zwischen den gesamten Krediten und den besicherten Krediten beim Wohnungsbau weitaus geringer ausfielen als bei den Konsumentenkrediten. Im Durchschnitt lagen die Zinssätze der Wohnungsbaukredite für die besicherten Positionen weniger als zehn Basispunkte unterhalb der Gesamtposition. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass für einen Großteil der teilbesicherten Kredite ebenfalls Sicherheiten in hohem Umfang – aber nicht in voller Kredithöhe – hinterlegt wurden, sodass diese Kredite in der MFI-Zinsstatistik nicht zu den vollbesicherten Geschäften zählen. Da die Risikounterschiede jedoch gering sind, werden sie zu ähnlichen Konditionen vergeben wie die vollbesicherten Kredite.

*... und Unter-
nehmen*

Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen werden in Deutschland zu einem verhältnismäßig geringen Umfang vollständig durch Sicherhei-



ten gedeckt. So wurden in der Größenklasse für Kredite bis 250 000 € nur etwa 13% der Kredite vollbesichert. In den Größenklassen von 250 000 € bis 1 Mio € beziehungsweise über 1 Mio € waren dagegen etwa 20% der Kredite als besichert ausgewiesen. Dabei galt über alle Größenklassen hinweg, dass Kredite mit kürzeren Zinsbindungsfristen tendenziell in einem geringeren Umfang besichert sind als mittel- bis langfristige Kredite. Ein Vergleich der Zinssätze der besicherten Positionen mit denen der Gesamtpositionen bietet ein uneinheitliches Bild. Während die Zinskonditionen für besicherte Kredite in der kleinen Größenklasse bis 250 000 € günstiger waren als die der gesamten Kredite, ergab sich für Kredite über 250 000 € bis 1 Mio € ein umgekehrtes Verhältnis. Dort lag der Zinssatz für besicherte Kredite höher als der der

Gesamtposition. Bei Krediten über 1 Mio € bewegten sich die Zinssätze auf fast gleichem Niveau. Eine eigene Analyse zeigte, dass die Höhe der Zinssätze bei nichtfinanziellen Unternehmen stark von der Bonität des Kreditnehmers abhängt sowie von der bisherigen Dauer und Intensität der Geschäftsbeziehungen (Hausbankenprinzip). So ist es möglich, dass Kunden mit geringerer Kreditwürdigkeit den Kreditbetrag in vollem Umfang mit Sicherheiten hinterlegen und trotzdem oft noch höhere Zinssätze in Kauf nehmen müssen.

Weiterentwicklung des Stichprobenverfahrens und Aktualisierung des Kreises der Meldepflichtigen

Anwendung eines Stichprobenverfahrens zur Erhebung der MFI-Zinsstatistik in Deutschland

Zeitgleich mit der Einführung der neuen Meldeanforderungen zum Juni 2010 wurde auch das in Deutschland angewandte Stichprobenverfahren überarbeitet beziehungsweise der Kreis der Berichtspflichtigen aktualisiert (vgl. hierzu auch die Erläuterungen auf S. 57). Die Angaben für Deutschland basieren seit dem Beginn ihrer Erhebung im Jahr 2003 auf der Basis einer geschichteten Stichprobe; diese ist als Alternative zu einer Vollerhebung vorgesehen. Der Vorteil einer Stichprobe gegenüber einer Vollerhebung besteht darin, dass sie insgesamt zu wesentlich geringeren Kosten für das Bankensystem führt, da lediglich eine eingeschränkte Anzahl von Instituten der Grundgesamtheit meldepflichtig ist. Sofern die Auswahl an Instituten zudem repräsentativ für diese Grundgesamtheit erfolgt und der sogenannte Stichprobenfehler klein genug ausfällt, können sowohl die Zinssätze

als auch die Volumina des Neugeschäfts hinreichend genau geschätzt und zuverlässige Ergebnisse für den deutschen Beitrag am Euro-Aggregat ermittelt werden.

Im Laufe der Zeit kann die Repräsentativität einer Stichprobe jedoch abnehmen; sei es, weil Institute die Stichprobe durch Geschäftsaufgabe verlassen oder weil neue Institute zur Grundgesamtheit hinzukommen. Weiterhin können sich die Merkmale von Berichtspflichtigen ändern oder neuere Entwicklungen im Finanzsektor führen dazu, dass die Stichprobe nicht mehr die Struktur der Grundgesamtheit widerspiegelt. Aus diesem Grund schreibt die Zinsstatistik-Verordnung vor, dass die nationalen Zentralbanken die Stichprobe regelmäßig auf ihre Repräsentativität hin überprüfen und gegebenenfalls das Stichprobenverfahren anpassen beziehungsweise neue Berichtspflichtige in die Erhebung aufnehmen.

Bei der Überarbeitung der Zinsstatistik-Stichprobe wurde sichergestellt, dass die Meldebelastung des Bankensektors in Deutschland auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleibt, gleichzeitig aber auch qualitativ ausreichende Primärdaten für die ermittelten zinsstatistischen Ergebnisse zur Verfügung stehen. Weiterhin gültig ist das Auswahlkriterium, dass nur die – an der relevanten Bilanzsumme gemessen – größten Institute pro Schicht zur Meldepflicht herangezogen werden. Dadurch wird erreicht, dass mit circa 12 % der potenziell Berichtspflichtigen circa 70 % des relevanten Geschäfts erfasst wird, während der Großteil der Banken in Deutschland von der Meldepflicht ausgenom-

Gewährleistung der Repräsentativität der Stichprobe

Abdeckungsgrad der Stichprobe

Änderungen am Stichprobenverfahren der MFI-Zinsstatistik

Die in Deutschland angewandte Stichprobe wurde zunächst darauf hin analysiert, ob die rechtlichen Anforderungen an den nationalen Mindeststichprobenumfang auf Grundlage der aktuellen Daten noch erfüllt sind. Bei der Ermittlung der Stichprobengröße zur Einführung der MFI-Zinsstatistik im Jahr 2003 konnte nur auf Daten der „Erhebung über Soll- und Habenzinsen“ – als konzeptionell erheblich abweichende Vorgängerstatistik – zurückgegriffen werden. Um nun beurteilen zu können, wie viele Meldepflichtige in die Stichprobe aufzunehmen sind, ist vorgeschrieben, dass die im Rahmen der Stichprobe ermittelten und für die Grundgesamtheit geschätzten Zinssätze des Neugeschäfts über alle Instrumentenkategorien im Durchschnitt mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 % nicht mehr als zehn Basispunkte vom tatsächlichen (unbekannten) Wert der Grundgesamtheit abweichen dürfen.¹⁾

Mit der Überprüfung der Stichprobengröße ging eine Kontrolle der Aufteilung der Grundgesamtheit in bestimmte Gruppen (sog. Schichten) einher.²⁾ Bei der Verteilung der Institute auf die Schichten ist grundsätzlich sicherzustellen, dass sich die spezifischen Eigenschaften der Grundgesamtheit der Banken in der Stichprobe widerspiegeln. Die Schichten sollten dabei in sich möglichst homogen sein, das heißt diejenigen MFIs, die einer bestimmten Schicht zugeordnet werden, sollten ein ähnliches Geschäft betreiben.³⁾ Für die deutsche Stichprobe hat sich gezeigt, dass eine Mindestanzahl von zehn Instituten in jeder Schicht eine ausreichend geringe Innenvarianz ermöglicht. Des Weiteren erfolgte bei der Aufteilung der Stichprobe auf die einzelnen Schichten der Übergang von einem „proportionalen“ Ansatz zu einer „optimalen“ Allokation. Mit dem bisherigen proportionalen Verfahren wurde die Zahl der zu ziehenden Institute pro Schicht im Verhältnis zum relevanten Geschäftsvolumen der jeweiligen Schicht festgelegt. Der Vorteil bei der ab Juni 2010 verwendeten optimalen Allokation ist, dass bei einem festen Stichprobenumfang den Schichten, die eine größere Varianz aufweisen, eine höhere Anzahl von berichtspflichtigen Instituten zugeordnet werden, sodass die Varianz minimiert wird und der zu schätzende Wert genauer ermittelt werden kann.

Das Homogenitätskriterium

Summe der Innenvarianzen $\sum_{h=1}^L \sum_{i \in h} \frac{1}{n} (x_i - \bar{x}_h)^2$ soll wesentlich geringer sein als die Außenvarianz $\sum_{i=1}^n \frac{1}{n} (x_i - \bar{x})^2$.

¹ In der Verordnung wird festgelegt, dass der maximale Zufallsfehler für die Zinssätze des Neugeschäfts über alle Instrumentenkategorien im Durchschnitt bei einem Konfidenzniveau von 90 % nicht mehr als zehn Basispunkte beträgt. D. h. mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 % liegt der geschätzte Zinssatz nicht mehr als zehn Basispunkte vom tatsächlichen (unbekannten) Wert entfernt. — ² Für eine ausführliche Darstellung der geschichteten Stichprobe siehe: Deutsche Bundesbank, Die neue EWU-Zinsstatistik –

- n Gesamtzahl der Institute in der Stichprobe
- x_i Zinssatz für Institut i
- \bar{x}_h einfacher Durchschnittzinssatz der Schicht h
- \bar{x} einfacher Durchschnittzinssatz aller Institute in der Stichprobe
- $\sum_{h=1}^L$ Summe über alle L Schichten
- $\sum_{i \in h}$ Summe über alle Institute i in der Schicht h
- $\sum_{i=1}^n$ Summe über alle Institute i in der Grundgesamtheit

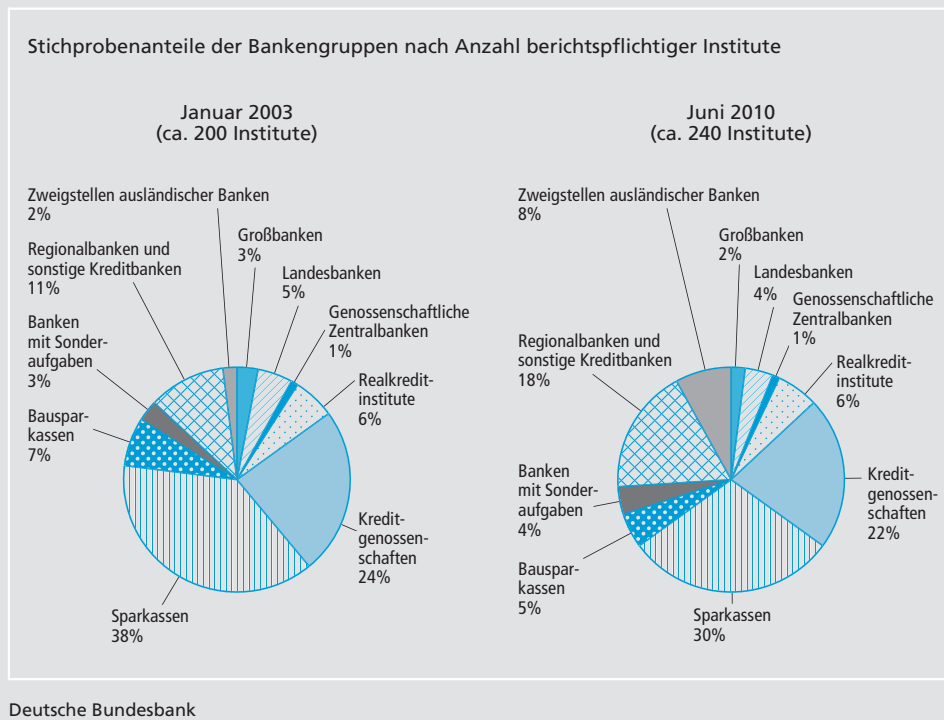
Optimale (Neyman) Allokation

- $n_k = \frac{n N_k \sigma_k}{\sum_{h=1}^L N_h \sigma_h}$
- n_k Anzahl der zu ziehenden Institute aus der Schicht k der Grundgesamtheit
- N_k Größe der Grundgesamtheit in Schicht k
- σ_k Standardabweichung von Schicht k
- $\sum_{h=1}^L$ Summe über alle L Schichten

Der Methodenwechsel führte dazu, dass die angepasste Stichprobe nunmehr aus 17 Schichten besteht, während sich die ursprüngliche Stichprobe im Jahr 2003 auf 15 Schichten verteilte. Damit wurde den Veränderungen einzelner Banken in ihrem Geschäftsmodell Rechnung getragen und gleichzeitig gewährleistet, dass das Homogenitätskriterium erfüllt ist. Basierend auf der aktuellen Datengrundlage der harmonisierten MFI-Zinsstatistik sowie aufgrund der Änderung des Allokationsverfahrens wurde ermittelt, dass die Stichprobe der Meldepflichtigen auf etwa 240 Institute (nach ursprünglich ca. 200) auszuweiten ist, um die nach der neuen Verordnung in Kraft getretenen Qualitätskriterien zu erfüllen.

Methodik zur Erhebung des deutschen Beitrags, Monatsbericht, Januar 2004, S. 47 ff. — ³ Formal ausgedrückt wird dies in der Änderungsverordnung EZB/2009/7 durch eine modifizierte Definition der Homogenität der Schichten, die besagt, dass die Schichten dann homogen sind, wenn die Summe der Innenvarianzen der Stichprobenvariablen wesentlich geringer ist als die Gesamtvarianz im gesamten tatsächlichen Kreis der Berichtspflichtigen.

Änderungen in der Zusammensetzung der Stichprobe der MFI-Zinsstatistik



men bleibt. Die vorgenommenen Veränderungen führen dazu, dass sich die Anteile einzelner Bankengruppen an der Stichprobe verschoben haben. So fällt zum Beispiel auf, dass der Anteil der Sparkassen in der Stichprobe von vormals 38 % auf 30 % sank, während das Gewicht der Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken um sieben Prozentpunkte stieg.

MFI-Zinsstatistik: ausgewählte analytische Ergebnisse

Die in der MFI-Zinsstatistik erhobenen Zinssätze und Volumina der Banken gegenüber privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen stellen grundlegende Informationen für den geldpolitischen Informations-

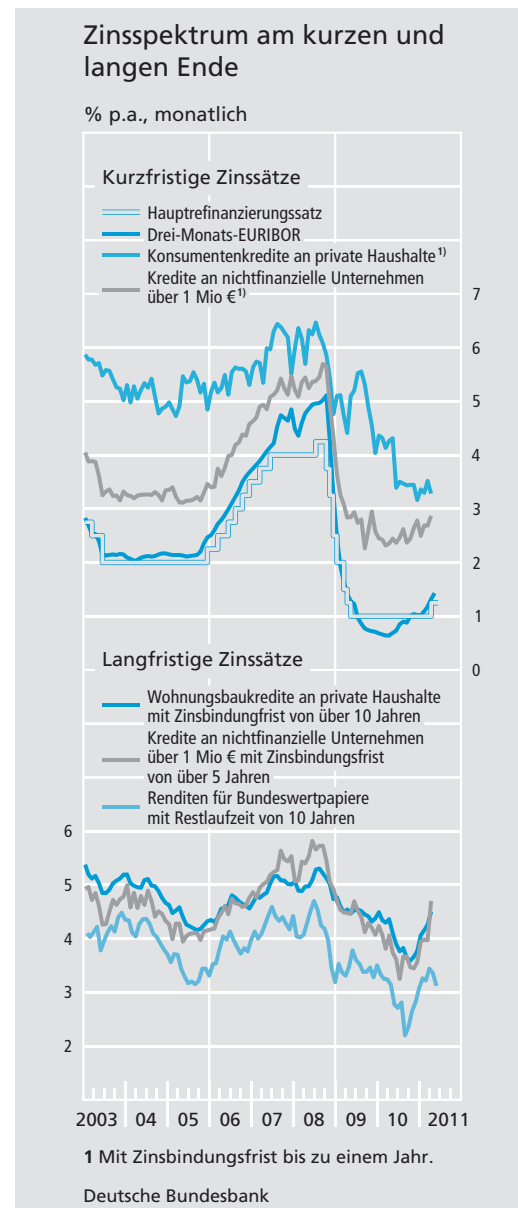
und Entscheidungsprozess des EZB-Rats dar.¹⁴ Insbesondere bei der Analyse des monetären Transmissionsmechanismus, die den Einfluss geldpolitischer Änderungen auf reale und nominale Variablen untersucht, spielen die Daten eine wichtige Rolle. Die Zinssätze verschiedener Einlagenarten werden zudem dafür genutzt, die Rolle von Portfolioumschichtungen für die Entwicklung der Geldmen-genaggregate zu erklären. Diese Vorgänge werden im Rahmen der monetären Analyse untersucht, um mittelfristige Gefahren für die Preisniveaustabilität frühzeitig zu erkennen. Darüber hinaus dienen die Daten der MFI-Zinsstatistik der Überwachung der Finanzstabilität und zeigen strukturelle Veränderungen

¹⁴ Vgl. auch: Europäische Zentralbank, Die Nutzung der harmonisierten MFI-Zinsstatistik, Monatsbericht, Juli 2005, S. 95 ff.

des Bankensystems auf. Schließlich kann auf Grundlage dieser harmonisierten Statistik untersucht werden, inwieweit sich der Zinsbildungsprozess bei Bankkrediten in den einzelnen Ländern unterscheidet und wie stark die Konvergenz der Märkte im Euro-Währungsgebiet fortgeschritten ist.¹⁵⁾ Die Nutzung der MFI-Zinsstatistik wird im Nachfolgenden beispielhaft anhand der Analyse des Transmissionsmechanismus beziehungsweise der Struktur des Einlagen- und Kreditgeschäfts der Banken in Deutschland dargestellt.

*Untersuchung
des monetären
Transmissions-
mechanismus*

Das vorrangige Ziel der EZB ist die Gewährleistung der Preisniveaustabilität im Euro-Währungsgebiet. Da die Zentralbank die Güterpreise nicht direkt steuern kann, nutzt der EZB-Rat bei seinen geldpolitischen Entscheidungen den Hauptrefinanzierungssatz als Steuerungsinstrument. Zu diesem Zinssatz können sich die Geschäftsbanken, die über notenbankfähige Sicherheiten verfügen, Zentralbankgeld leihen. Die Wirkungszusammenhänge, die dafür sorgen, dass sich eine Änderung dieses Zinssatzes – als eine monetäre Variable – auf andere finanzielle und reale Größen und schließlich auf das Preisniveau auswirkt, werden als monetärer Transmissionsmechanismus bezeichnet. Vereinfacht am sogenannten Zinskanal dargestellt, schlägt sich eine Änderung des Hauptrefinanzierungssatzes unmittelbar auf den Geldmarkt nieder, auf dem sich Banken untereinander Liquidität leihen. Verändern sich dort die Konditionen, werden die Banken im Anschluss die Einlagen- und Kreditzinsen anpassen, die sie den privaten Haushalten und den nichtfinanziellen Unternehmen anbieten und die über die MFI-Zinsstatistik erhoben wer-



den. Die Haushalte und Unternehmen werden wiederum aufgrund der Veränderungen der Bankkundenzinsen ihre Konsum-, Spar- und Investitionsentscheidungen anpassen, was sich letztendlich auf das Preisgefüge und das allgemeine Preisniveau auswirkt.

15 Vgl.: Europäische Zentralbank (2006), Differences in MFI Interest Rates across Euro Area Countries.

*Der Zinskanal
als wichtiger
Übertragungs-
weg geldpoliti-
scher Impulse*

Empirische Untersuchungen für das Euro-Währungsgebiet zeigten, dass der Zinskanal üblicherweise die dominierende Rolle bei der Übertragung von geldpolitischen Impulsen in die reale Wirtschaft spielt. Dies scheint im besonderen Maß auch auf Deutschland zuzutreffen.¹⁶⁾ Ursache dafür ist vor allem, dass Banken für das Finanzsystem des Euro-Raums eine zentrale Rolle spielen und dementsprechend einen großen Einfluss auf den Transmissionsmechanismus haben. Aufgrund dessen konzentriert sich ein wesentlicher Teil der empirischen Literatur darauf, die Weitergabe von Leitzinsänderungen auf die Bankkundenzinsen von MFIs zu analysieren. Dabei steht vor allem die Frage im Vordergrund, ob die Zinsweitergabe vollständig ist, das heißt, ob die Bankenzinssätze die Änderungen der Marktzinssätze in vollem Umfang nachvollziehen, und wie schnell diese Weitergabe erfolgt.

*Stilisierte
Fakten zur
Zinsweitergabe*

Die zahlreichen Studien zu diesem Thema zeigen in der Regel, dass die Änderungen der Konditionen auf den Geldmärkten mit einer gewissen Anpassungsverzögerung auf die Kreditzinsen der Banken wirken. Diese Zinsweitergabe verläuft dabei sowohl für die verschiedenen Arten von Bankkrediten als auch in den einzelnen Ländern uneinheitlich. Darüber hinaus scheint es durch die Einführung des Euro zu einem strukturellen Bruch im Zinsweitergabeprozess gekommen zu sein. So zeigen einige Analysen mit den harmonisierten Daten der MFI-Zinsstatistik, dass sich die Stärke der Anpassung der Bankenzinsen für Kunden an die Marktzinsen geändert hat und diese Anpassung nach der Einführung der Gemeinschaftswährung schneller ver-

läuft. Ein Grund für diese Länderunterschiede könnte darin liegen, dass die meisten, älteren Untersuchungen die nicht harmonisierten Zinssätze im Kundengeschäft der Banken heranziehen, die vor der Einführung der MFI-Zinsstatistik erhoben wurden.¹⁷⁾ So kommt eine neuere Studie, die ausschließlich auf die harmonisierten Daten der MFI-Zinsstatistik zurückgreift, zu dem Ergebnis, dass die Zinsweitergabe in Deutschland schneller stattfindet als frühere Untersuchungen bisher ergaben und sich nicht wesentlich von der Zinsweitergabe im Euro-Raum unterscheidet. Dieser Befund stützt die Vermutung, dass mit früheren – nicht harmonisierten Statistiken – die Weitergabegeschwindigkeit tendenziell unterschätzt wurde. Es könnte aber auch Ausdruck für die weiter voranschreitende Konvergenz nach Einführung des Euro sein.¹⁸⁾

Ergänzende Informationen zum Transmissionsmechanismus, aber auch für andere Zwecke, liefern die in der MFI-Zinsstatistik erhobenen Strukturdaten zur Kreditvergabe im deutschen Bankensystem. So kann die Bedeutung der einzelnen Kreditkategorien in Deutschland untersucht werden, indem die Anteile der Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen des Bestandsgeschäfts betrachtet werden. Im Durchschnitt des Jahres 2010 machten die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen mit einem An-

*Nutzung der
Zinsstatistik-
daten zur
Analyse der
Struktur der
deutschen
Kreditbestände*

¹⁶ Vgl. dazu z. B.: I. Angeloni et al. (2003), Monetary Transmission In The Euro Area: Does The Interest Rate Channel Explain All? NBER Arbeitspapier Nr. 9984.

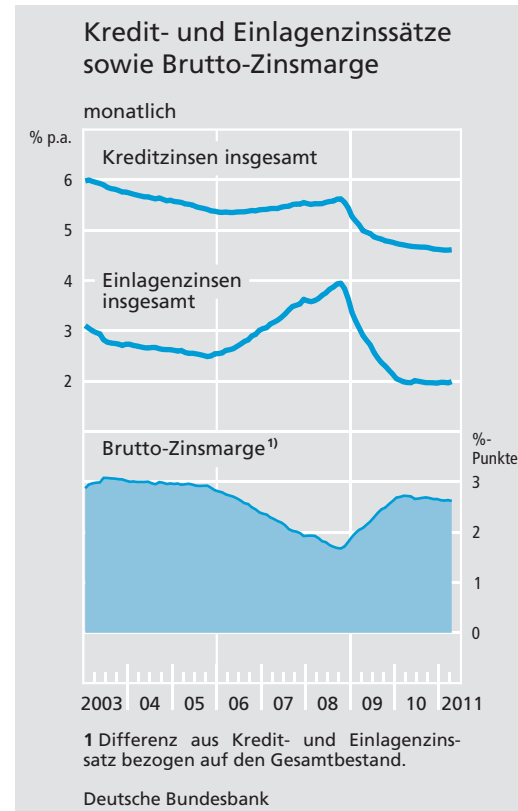
¹⁷ Vgl.: Europäische Zentralbank, Die Durchreichung von Marktzinsänderungen an die Kreditzinsen der MFIs seit Beginn der Dritten Stufe der WWU, Monatsbericht, März 2005, Kasten 5, S. 43.

¹⁸ Vgl.: J. von Borstel (2008), Interest Rate Pass-Through in Germany and the Euro Area, ROME Discussion Paper, Nr. 08–05.

teil von 36,9% am Bestand etwas mehr als ein Drittel der in Deutschland gemeldeten Bankausleihungen aus. Der weitaus größte Teil an bestehenden Krediten wurde jedoch an die privaten Haushalte ausgereicht, die zusammen auf einen Anteil von 63,1% kamen. Dabei bildeten die Wohnungsbaukredite an diesen Sektor mit 42,9% den Schwerpunkt, während die Konsumentenkredite und sonstigen Kredite auf einen Anteil von 20,2% kamen. Werden die unterschiedlichen Kreditarten nach der Ursprungslaufzeit verglichen, so zeigt sich, dass in allen Kategorien der größte Volumenanteil bei den längeren Laufzeiten über fünf Jahren lag. Über den Zeitablauf betrachtet, waren die Anteile der einzelnen Kreditarten bemerkenswert stabil. So nahm der Anteil der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen am Gesamtbestand seit Einführung der MFI-Zinsstatistik im Jahr 2003 leicht um 1,5 Prozentpunkte zu, während der Anteil der Konsumentenkredite um circa 2,4 Prozentpunkte sank. Kaum verändert hat sich die Bedeutung der Wohnungsbaukredite, die lediglich um 0,9 Prozentpunkte anstiegen.

Kreditzinsen für die Bestände und Berechnung von Zinsmargen

Die Kreditzinsen für die Bestände zeigen, dass Kredite an private Haushalte für Konsum und Sonstiges seit 2003 erwartungsgemäß deutlich teurer waren als Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen. Die durchschnittliche Differenz betrug dabei fast 175 Basispunkte. Auffällig ist zudem, dass die Zinssätze für sämtliche Wohnungsbaukredite über den gesamten Beobachtungszeitraum fielen. Dies liegt vor allem daran, dass ältere Kredite mit einer sehr langen Laufzeit in den Beständen enthalten sind, die zu deutlich



höheren Zinssätzen vergeben wurden als dies in den letzten Jahren der Fall war. Insgesamt wiesen die Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen höhere Zinssätze auf als die bestehenden Einlagen, die von diesen Sektoren gehalten werden. Verdeutlichen lässt sich dies ebenfalls anhand von Zinsmargen der Banken, die sich hier als Differenz zwischen den Durchschnittszinssätzen für Kredite und Einlagen im Bestandsgeschäft verstehen. Die so berechneten Margen waren von 2003 bis Oktober 2008 in Deutschland deutlich rückläufig, was neben den fallenden Kreditzinsen im Hypothekarbereich darauf zurückzuführen war, dass die Zinsen für Einlagen im Zeitraum von 2006 bis 2008 stärker stiegen als die Kreditzinsen. Ursache hierfür könnte auch sein, dass bei den Bestandskategorien die Kredite mit einer län-

geren Laufzeit dominieren, sodass sich die Durchschnittszinsen nur langsam den aktuellen Marktkonditionen anpassen. Im Gegensatz dazu stieg der Bestand an höher verzinsten kurzfristigen Einlagen der privaten Haushalte ab Mitte 2006 aufgrund der Anhebung der Leitzinsen der EZB deutlich an, während das Volumen für längerfristige Einlagen relativ konstant blieb. Ein weiterer Grund für den starken Anstieg der Einlagenzinssätze dürften die Turbulenzen auf dem Geldmarkt ab Mitte 2007 gewesen sein, die zu Liquiditätsengpässen bei den Banken führten. Die Institute versuchten, die ausbleibende Interbankenliquidität durch eine stärkere Aufnahme von Depositionen zu ersetzen, die mit höheren Zinssätzen angezogen werden sollten. Als die geldpolitischen Sondermaßnahmen des ESZB die Lage am Geldmarkt wieder beruhigten, gingen die Einlagenzinssätze zunächst leicht zurück. Dauerhaft fielen die Zinssätze für Einlagen erst, nachdem die EZB begann, den Hauptrefinanzierungssatz infolge der Finanzkrise ab Oktober 2008 sukzessive zu senken. Dabei

fielen die Einlagenzinsen stärker als die Kreditzinsen, was zu einer Erhöhung der Zinsmargen führte. Allerdings gibt die Betrachtung der Brutto-Zinsmargen nur einen ersten Hinweis auf die Finanzierungslage von Banken. Daraus unmittelbar auf die Ertragslage der Banken zu schließen ist nicht möglich, weil sich diese unter anderem über Wertpapiere refinanzieren und weitere Ertragsquellen vorweisen können.¹⁹⁾

Die neuen Erhebungskategorien und die damit einhergehende stärkere grenzüberschreitende Harmonisierung der MFI-Zinsstatistik verbessern die Analysemöglichkeiten für länderübergreifende Fragestellungen deutlich. Aufgrund der nun ausreichend großen Datengrundlage werden diese Fragestellungen und die damit verbundenen Analysen in den kommenden Jahren verstärkt in den Vordergrund treten.

¹⁹ Siehe dazu auch: Deutsche Bundesbank, Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2009, Monatsbericht, September 2010, S. 17 ff.

Grundzüge des Restrukturierungsgesetzes

Eine der wesentlichen Lehren aus der jüngsten Krise ist, dass sich die bisherigen gesetzlichen Grundlagen für eine im geordneten Verfahren durchzuführende Sanierung oder Abwicklung eines in Schieflage geratenen systemisch relevanten Kreditinstituts als unzureichend erwiesen haben. Aus diesem Grund werden neben der Stärkung der Eigenkapital- und Liquiditätsbasis systemrelevanter Institute sowie der angestrebten Intensivierung ihrer Beaufsichtigung und damit einer Reduzierung der Gefahr ihres Zusammenbruchs derzeit auf internationaler und europäischer Ebene auch die konkreten Inhalte eines Rahmens für ein verbessertes Krisenmanagement und für eine geordnete Bankenabwicklung diskutiert und entwickelt.

Mit dem Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung (nachfolgend als Restrukturierungsgesetz bezeichnet) ist der deutsche Gesetzgeber auf nationaler Ebene bereits aktiv geworden. Nach dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung (BT-Drucksache 17/3024) ist das angestrebte gesetzgeberische Ziel, die Schieflage einer systemrelevanten Bank ohne Gefahr für die Stabilität des Finanzsystems zu bewältigen. Bereits bei der Konzeption des deutschen Lösungsansatzes wurde allerdings darauf geachtet, dass sich die neuen Instrumente in die bestehenden Überlegungen der Europäischen Kommission für ein EU-Rahmenwerk für das grenzüberschreitende Krisenmanagement im Bankensektor einfügen.

Hintergrund

*Entwicklung
neuer Regulie-
rung zum
Krisenmanage-
ment für
systemrelevante
Institute*

In der jüngsten Finanzkrise haben sich die bis dato bestehenden gesetzlichen Regelungen und bankenaufsichtsrechtlichen Instrumente als unzureichend erwiesen, um systemrelevante Kreditinstitute ohne eine Gefährdung der Stabilität des gesamten Finanzsystems abzuwickeln. Während der Finanzkrise wurden daher staatliche Bankenrettungsmaßnahmen zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf die Stabilität des Finanzsystems infolge einer Bankeninsolvenz durchgeführt. Solche staatlichen Interventionen bergen jedoch das Problem des „moral hazard“ in sich. Damit ist hier das Risiko gemeint, dass staatliche Stützungsmaßnahmen beziehungsweise die Aussicht darauf falsche Anreize setzen können, indem sie nachteilige Konsequenzen von Fehlverhalten zum Beispiel von privaten Unternehmern oder Gläubigern abwenden oder zumindest abmildern und damit zu einem geminderten Risikobewusstsein beitragen können. Letztlich kann dieses Vorgehen also ein risikoreicheres Verhalten einzelner Kreditinstitute und deren Verantwortlichen bewirken, die darauf vertrauen, dass ihnen notfalls von staatlicher Seite geholfen werden muss, insbesondere wenn sie eine kritische Größe erreicht haben („too big to fail“-Problematik). Verbesserungspotenzial offenbarte sich während der Finanzkrise zudem hinsichtlich der Möglichkeiten der Sanierung einer systemrelevanten Bank. Somit liegt eine große Herausforderung – auch zur wirksamen Prävention zukünftiger Krisen – letztlich auch darin, ein international harmonisiertes Sanierungs- und Abwicklungsregime für systemrelevante Institute zu entwickeln.

Neben der konkreten operativen Ausgestaltung ist die Frage der Finanzierung eines solchen Sanierungs- beziehungsweise Abwicklungsregimes von zentraler Bedeutung. Zur Vermeidung von Fehlanreizen sollten die erforderlichen finanziellen Mittel primär durch die Finanzbranche selbst und nicht vorrangig durch den Staat zur Verfügung gestellt werden.

Internationale Empfehlungen und europäischer Regulierungsvorschlag

Bereits im März 2010 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision) einen Bericht mit Empfehlungen zur grenzüberschreitenden Abwicklung und Reduzierung der Komplexität und Vernetzung von grenzüberschreitend tätigen Bankengruppen veröffentlicht¹⁾. Darin werden unter anderem die Entwicklung nationaler Abwicklungsregime sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Koordination verschiedener Aufsichtsbehörden in grenzüberschreitenden Fällen empfohlen. Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben anlässlich ihres Gipfeltreffens im Juni 2010 in Toronto diese Empfehlungen befürwortet und sich zur Implementierung der Kernempfehlungen verpflichtet.

Das Financial Stability Board (FSB) hat die Problematik ebenfalls aufgegriffen und im Oktober 2010 Empfehlungen im Hinblick auf

*Empfehlungen
des Baseler
Ausschusses
für Bankenaufsicht ...*

*... und des
Financial
Stability Boards*

¹ Basel Committee on Banking Supervision „Report and Recommendations of the Cross-border Bank Resolution Group“ (März 2010): <http://www.bis.org/publ/bcbs169.pdf>.

den Umgang mit systemisch wichtigen Finanzinstituten²⁾ veröffentlicht. Auch aus Sicht des FSB muss die Möglichkeit zur geordneten Abwicklung von systemrelevanten Banken – ohne den Einsatz von Steuergeldern – eine praktikable und glaubwürdige Option sein, um der „too big to fail“-Problematik wirksam begegnen zu können. Hierzu empfiehlt das FSB ebenfalls die Einführung von Abwicklungsinstrumenten und -regimen, die grenzüberschreitende Bankenabwicklungen beziehungsweise Kooperationen zwischen den nationalen Abwicklungsbehörden berücksichtigen. Dabei gehen die Empfehlungen des FSB sogar so weit, dass den zuständigen Behörden unter klar definierten Bedingungen die Befugnis eingeräumt werden soll, von Kreditinstituten Änderungen hinsichtlich ihrer rechtlichen und operativen Strukturen und Geschäftspraktiken zu verlangen, um die Implementierung von Sanierungs- und Abwicklungsmaßnahmen zu ermöglichen. Eine grenzüberschreitende Kooperation soll nach Maßgabe des FSB in bankengruppenspezifischen Crisis Management Groups erfolgen, in denen die Aufsichtsbehörden, Notenbanken, aber auch Finanzministerien und Abwicklungsbehörden aus den für die Bankengruppe relevanten Ländern zusammenarbeiten.

Gegenwärtig vertieft das FSB seine Arbeiten zu dem Thema. Hierbei geht es unter anderem um Kriterien für die Bewertung der Durchführbarkeit und Glaubwürdigkeit einer Abwicklung eines systemrelevanten Kreditinstituts und um zentrale Elemente der zur Vorbereitung des Krisenmanagements als erforderlich erachteten firmenspezifischen

Sanierungs- und Abwicklungspläne (Recovery and Resolution Plans: RRP).

In der Europäischen Union hat die Kommission auf der Grundlage ihrer Mitteilung vom 20. Oktober 2010 über einen neuen EU-Rahmen für das Krisenmanagement im Finanzsektor³⁾ eine Konsultation über technische Details zu einer möglichen Rahmenregelung im Bereich Bankensanierung und -abwicklung⁴⁾ durchgeführt. Die eingereichten Stellungnahmen⁵⁾ werden erheblich zur Erstellung eines noch im Jahr 2011 zu verabschiedenden Gesetzgebungsvorschlags beitragen. Im Rahmen des Konsultationspapiers zu den technischen Details und Inhalten eines EU-Rahmenwerks sieht die Kommission neben einer erweiterten Aufsicht, einem Katalog von frühzeitigen behördlichen Eingriffsmaßnahmen (inkl. der Berufung eines Special Managers, der die Geschäftsleitung eines Kreditinstituts ersetzen bzw. dieser assistieren soll) sowie Regelungen für auf freiwilligen Vereinbarungen beruhende Transfers von Vermögenswerten innerhalb einer Institutsgruppe auch eine Sanierungs- und Abwick-

Regulierungspläne der EU-Kommission

2 FSB „Reducing the moral hazard posed by systemically important financial institutions – FSB Recommendations and Time Lines“ (Oktober 2010): http://www.financialstabilityboard.org/publications/r_101111a.pdf.

3 Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die europäische Zentralbank, Ein EU-Rahmen für Krisenmanagement im Finanzsektor (Oktober 2010): <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0579:FIN:DE:PDF>.

4 DG Internal Market and Services Working Document, Technical Details of a possible EU FRAMEWORK for Bank Recovery and Resolution: http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2011/crisis_management/consultation_paper_en.pdf.

5 Overview of the results of the public consultation on technical details of a possible EU framework for bank resolution and recovery (Mai 2011): http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2011/crisis_management/consultation_overview_en.pdf.

lungsplanung in Nicht-Krisenzeiten vor. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen die Institute Sanierungspläne auf Einzel- und Gruppenebene erstellen. Die Erstellung von Abwicklungsplänen soll nach den Ausführungen der Kommission Aufgabe der zuständigen Behörden sein, da diese Pläne auch Informationen über die Anwendung staatlicher Instrumente beinhalten sollen. Darüber hinaus sollen im Rahmen der Planung festgestellte Hindernisse im Zusammenhang mit der Abwicklung schon in Nicht-Krisenzeiten zu Maßnahmen der Behörde führen dürfen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von spezifischen Informationspflichten über die Vorhaltung von „service level agreements“⁶⁾ bis hin zu Eingriffen in die Geschäftsstrukturen der Institute. Des Weiteren enthält das Konsultationspapier Vorschläge für ein europaweit einheitliches Abwicklungsregime unter Berücksichtigung von Abwicklungen auch auf Gruppenebene. Die Kommission plant als weiteren Schritt, die Notwendigkeit einer Harmonisierung der Regelungen über Bankeninsolvenzen in einem Ende 2012 vorzulegenden Bericht zu prüfen und gegebenenfalls hierzu ebenfalls einen Gesetzgebungsvorschlag zu erarbeiten. Schließlich soll in einem letzten Schritt die Schaffung eines integrierten Abwicklungsregimes sowie möglicherweise einer Europäischen Abwicklungsbehörde erwogen werden.

Deutsches Restrukturierungsgesetz

Zum Jahreswechsel ist in Deutschland das Restrukturierungsgesetz in Kraft getreten. Nach dem Gesetzesentwurf der Bundesregie-

rung⁷⁾ ist es das gesetzgeberische Ziel, die Schieflage einer systemrelevanten Bank ohne Gefahr für die Stabilität des Finanzsystems bewältigen zu können. Die neuen Instrumente sollen zudem ein koordiniertes Vorgehen mit anderen zuständigen Stellen auf europäischer Ebene ermöglichen, wenn eine grenzüberschreitend tätige Bankengruppe in Schwierigkeiten gerät. Deshalb wurde bei der Konzeption des Restrukturierungsgesetzes darauf geachtet, dass sich die neuen Instrumente in die bestehenden Überlegungen der Europäischen Kommission für ein EU-Rahmenwerk für das grenzüberschreitende Krisenmanagement im Bankensektor einfügen.

Das Restrukturierungsgesetz ist ein Artikelgesetz, auf dessen Artikel 1 bis 3 näher eingegangen wird. Mit Artikel 1 des Restrukturierungsgesetzes wird das Gesetz zur Reorganisation von Kreditinstituten in Kraft gesetzt, welches ein Verfahren zur Sanierung und Reorganisation von Kreditinstituten vorsieht. Durch Artikel 2 Restrukturierungsgesetz wird das bankenaufsichtsrechtliche Instrumentarium im Kreditwesengesetz (KWG) um neue Maßnahmen zur Krisenbewältigung gestärkt und durch das Instrument der Übertragungsanordnung als behördliche Restrukturierungs- beziehungsweise Abwicklungsmaßnahme ergänzt. Des Weiteren wird im Restrukturierungsfondsgesetz (Art. 3 des Restrukturierungsgesetzes) die Errichtung eines

Artikelgesetz

⁶ Nach dem Vorschlag der EU-Kommission sollen die Behörden von den Kreditinstituten verlangen dürfen, dass diese Verträge innerhalb der Bankengruppe oder mit Dritten schließen, die die Bereitstellung von kritischen wirtschaftlichen Funktionen und Dienstleistungen sicherstellen.

⁷ BT-Drucksache 17/3024 S. 1.

Restrukturierungsfonds als Sondervermögen des Bundes zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei Banken geregelt.

Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz (KredReorgG)

*Sanierungs-
und Reorgani-
sationsver-
fahren*

Das Gesetz zur Reorganisation von Kreditinstituten (KredReorgG) regelt ein zweistufiges Verfahren zur Sanierung und Reorganisation von Kreditinstituten. Dieses von den Instituten zu initiiierende Verfahren bietet einen Rahmen für eine eigenverantwortliche Krisenbewältigung. Mit Hilfe dieses Verfahrens wird der Geschäftsleitung ein Instrumentarium zur eigenen Lösungsfindung und zur Vermeidung bankenaufsichtlicher Maßnahmen unterbreitet.

Die (bankenaufsichtsrechtlichen) Befugnisse der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), einschließlich ihres Insolvenzantragsrechts nach dem KWG, bleiben von dem Sanierungs- und Reorganisationsverfahren unberührt. Dies kommt möglicherweise dann zum Tragen, wenn beispielsweise ein Vorgehen nach dem KredReorgG nicht aussichtsreich erscheint oder während des Verfahrens Insolvenzgründe eintreten.

Die erste Stufe, das Sanierungsverfahren, eröffnet der Geschäftsleitung zusätzliche Handlungsmöglichkeiten zur Bewältigung einer Krise weit im Vorfeld einer Insolvenz. Das als zweite Stufe vorgesehene Reorganisationsverfahren lehnt sich grundsätzlich an das bekannte Insolvenzplanverfahren an. Im Gegensatz zum Sanierungsverfahren können

im Rahmen des Reorganisationsverfahrens Eingriffe in Drittrechte (Rechte der Gläubiger und Anteilsinhaber) vorgesehen werden.

Sanierungsverfahren

Die Einleitung des Sanierungsverfahrens geschieht durch eine institutsseitige Anzeige der Sanierungsbedürftigkeit bei der BaFin (§ 2 Abs. 1 KredReorgG). Der Anzeige ist der erforderliche Sanierungsplan beizufügen; bezüglich der Person des Sanierungsberaters steht dem Kreditinstitut ein Vorschlagsrecht zu. Der Sanierungsplan kann grundsätzlich sämtliche zur Sanierung des Kreditinstituts geeignete Maßnahmen ohne einen Eingriff in Rechte Dritter enthalten. Er kann jedoch bestimmte Sanierungskredite privilegieren, indem Gläubiger von Darlehen- oder sonstigen Kreditforderungen, die das Kreditinstitut in Umsetzung des Sanierungsplanes aufnimmt, im Falle einer möglichen Insolvenz innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren ab Anordnung der Durchführung des Sanierungsverfahrens bevorrechtigt behandelt werden (§ 2 Abs. 2 KredReorgG). Für diese privilegierten Forderungen ist allerdings ein Gesamtbetrag festzulegen, der 10 % der Eigenmittel des Instituts nicht übersteigen darf.

*Institutsseitige
Möglichkeit der
Einleitung des
Sanierungsver-
fahrens durch
eine Anzeige
bei der BaFin*

Das von der Einleitung des Instituts zu unterscheidende Antragsrecht auf Durchführung des Sanierungsverfahrens liegt – wie bei einem Insolvenzverfahren – bei der BaFin, die im Falle der Zweckmäßigkeit einen entsprechenden Antrag bei dem zuständigen Oberlandesgericht Frankfurt am Main stellt (§ 2 Abs. 3 KredReorgG). Die BaFin hat aufgrund

*Antragsrecht
der BaFin*

ihrer Sachkompetenz als zuständige Aufsichtsbehörde zu dem Sanierungsplan Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme soll insbesondere Aussagen zu den Aussichten einer Sanierung sowie zur Eignung des vorgeschlagenen Sanierungsberaters enthalten.

Gerichtliche Anordnung

Das Oberlandesgericht ordnet die Durchführung des Sanierungsverfahrens an und bestellt den vorgeschlagenen Sanierungsberater, sofern keine offensichtliche Ungeeignetheit der vorgeschlagenen Person gegeben ist (§ 3 Abs. 1 KredReorgG). Als die zentrale Person des Sanierungsverfahrens setzt der Sanierungsberater den Sanierungsplan um und ist gegenüber dem Oberlandesgericht und der BaFin zu regelmäßigen Berichten über den Stand der Sanierung verpflichtet (§ 6 KredReorgG). Dem Sanierungsberater stehen dabei kraft Gesetzes umfangreiche Kompetenzen zu (§ 4 KredReorgG), zum Beispiel umfassende Rechte zur Informationsgewinnung und das Recht zum Erlass von Anweisungen an die Geschäftsführung. Durch gerichtlichen Beschluss können dem Sanierungsberater weitere Kompetenzen zugewiesen beziehungsweise weitere Maßnahmen gegenüber dem Kreditinstitut ergriffen werden, wenn dies zur Sanierung erforderlich ist und wenn die Gefahr besteht, dass das Kreditinstitut seine Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern nicht erfüllen kann (§ 5 KredReorgG). Sowohl das Gelingen als auch das Scheitern der Sanierung hat der Sanierungsberater nach vorheriger Unterrichtung der BaFin dem Gericht anzuzeigen, welches sodann die Aufhebung des Sanierungsverfahrens zu beschließen hat. Durch die Anordnung bestimmter Maßnahmen nach dem

Kreditwesengesetz kann zudem die BaFin das Sanierungsverfahren jederzeit beenden (§ 2 Abs. 4 KredReorgG). Insgesamt kann die Einleitung eines Sanierungsverfahrens durch das Instrument der privilegierten Sanierungskredite eine Krisenbewältigung durch die Geschäftsleitung erleichtern. Jedoch bedeutet die Ernennung des Sanierungsberaters eine Einschränkung ihrer Kompetenzen. Zudem sind die Reaktion der Märkte und die Auswirkungen auf die Refinanzierungskosten offen, wenn bekannt wird, dass die Geschäftsleitung ein Sanierungsverfahren für erforderlich hält.

Reorganisationsverfahren

In Fällen, in denen nach einem gescheiterten Sanierungsverfahren ein Reorganisationsverfahren durchgeführt werden soll, erfolgt die hierfür erforderliche Anzeige bei der BaFin durch den Sanierungsberater mit Zustimmung des Kreditinstituts. Der Anzeige ist der Reorganisationsplan beizufügen. Die unmittelbare Einleitung der zweiten Verfahrensstufe ist in Fällen, in denen ein Sanierungsverfahren von vornherein aussichtslos erscheint, durch eine Anzeige bei der BaFin unter Beifügung eines Reorganisationsplanes ebenfalls möglich.

*Zwei
Einleitungs-
möglichkeiten*

Während das Sanierungsverfahren allen Kreditinstituten mit Sitz im Inland zur Krisenbewältigung zur Verfügung steht, ist der Anwendungsbereich des Reorganisationsverfahrens begrenzt. Die BaFin kann beim zuständigen Oberlandesgericht in Frankfurt am Main einen Antrag auf Durchführung eines Reorganisationsverfahrens nur dann stellen,

*Voraussetzungen für ein
Reorganisationsverfahren*

Bestands- und Systemgefährdung im Sinne des § 48b KWG

Bestandsgefährdung (§ 48b Abs. 1 Satz 1 KWG)

„Bestandsgefährdung ist die Gefahr eines insolvenzbedingten Zusammenbruchs des Kreditinstituts für den Fall des Unterbleibens korrigierender Maßnahmen.“

Nach der Gesetzesbegründung zum Regierungsentwurf (BT-Drucksache 17/3024) ist hierfür ein konkreter, unmittelbar bevorstehender Zahlungsausfall oder eine unmittelbar bevorstehende Überschuldung nicht erforderlich. Im Gesetz werden Fälle enumerativ aufgezählt, in denen wegen einer qualifizierten Verletzung aufsichtlicher Eigenmittel- oder Liquiditätsanforderungen eine Bestandsgefährdung vermutet wird; § 48b Abs. 1 Satz 2 KWG:

„Eine Bestandsgefährdung wird vermutet, wenn

1. das verfügbare Kernkapital das nach § 10 Absatz 1 KWG erforderliche Kernkapital zu weniger als 90 vom Hundert deckt;
2. das modifizierte verfügbare Eigenkapital die nach § 10 Absatz 1 KWG erforderlichen Eigenmittel zu weniger als 90 vom Hundert deckt;
3. die Zahlungsmittel, die dem Institut in einem durch die Rechtsverordnung nach § 11 Absatz 1 Satz 2 KWG definierten Laufzeitband zur Verfügung stehen, die in demselben Laufzeitband abrufbaren Zahlungsverpflichtungen zu weniger als 90 vom Hundert decken oder
4. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Unterdeckung nach den Nummern 1, 2 oder 3 eintreten wird, wenn keine korrigierenden Maßnahmen ergriffen werden; dies ist insbesondere der Fall, wenn nach der

Ertragslage des Instituts mit einem Verlust zu rechnen ist, infolgedessen die Voraussetzungen der Nummern 1, 2 oder 3 eintreten würden.“

Systemgefährdung (§ 48b Abs. 2 Satz 1 KWG)

„Eine Systemgefährdung liegt vor, wenn zu besorgen ist, dass sich die Bestandsgefährdung des Kreditinstituts in erheblicher Weise negativ auf andere Unternehmen des Finanzsektors, auf die Finanzmärkte oder auf das allgemeine Vertrauen der Einleger und anderer Marktteilnehmer in die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems auswirkt.“

Durch den Begriff der Systemgefährdung wird ein Zusammenhang zwischen der Bestandsgefährdung des konkreten Kreditinstituts und den Gefahren für die Stabilität des Finanzmarktes hergestellt. Die in § 48b Abs. 2 Satz 2 KWG enthaltene Aufzählung der im Rahmen der Bewertung, ob eine Systemgefährdung gegeben ist, zu berücksichtigenden Faktoren ist nur beispielhaft. Hiernach sind zum Beispiel die Art und der Umfang der Verbindlichkeiten des Instituts gegenüber anderen Instituten und sonstigen Unternehmen des Finanzsektors, die Vernetzung mit anderen Finanzmarktteilnehmern sowie die Verhältnisse auf den Finanzmärkten, insbesondere die von den Marktteilnehmern erwarteten Folgen eines Zusammenbruchs des Instituts auf andere Unternehmen des Finanzsektors, auf den Finanzmarkt und das Vertrauen der Einleger und Marktteilnehmer in die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes, zu berücksichtigen. Die im Gesetz beispielhaft genannten Faktoren bilden – nach der Gesetzesbegründung zum Regierungsentwurf – die nach bisherigem Kenntnisstand gängigen Ansteckungskanäle ab, über die die Krise eines Instituts zur Beeinträchtigung der Stabilität des gesamten Finanzsystems führen kann.

wenn eine Bestandsgefährdung des Kreditinstituts nach § 48b Abs. 1 KWG vorliegt, die zu einer Systemgefährdung nach § 48b Abs. 2 KWG führt (§ 7 Abs. 2 KredReorgG).

Gerichtliche Entscheidung über Antrag sowie Voraussetzungen

Soweit eine Zurückweisung des Antrags auf Durchführung des Reorganisationsverfahrens wegen eines mangelhaften Reorganisationsplanes nicht in Betracht kommt, entscheidet das Oberlandesgericht nach Anhörung der BaFin, der Deutschen Bundesbank und des Kreditinstituts, ob eine Bestands- und Systemgefährdung vorliegt, und zugleich über die Anordnung des Verfahrens (§ 7 Abs. 3 und 4 KredReorgG).

Inhalte des Reorganisationsplanes

Der Reorganisationsplan und der Reorganisationsberater sind – ähnlich wie der Sanierungsberater und -plan in der ersten Verfahrensstufe – von zentraler Bedeutung für das Reorganisationsverfahren. Der Reorganisationsplan besteht aus einem darstellenden und einem gestaltenden Teil. Er kann sowohl die Sanierung als auch die Liquidation des Kreditinstituts vorsehen. Der darstellende Teil des Reorganisationsplanes informiert alle Beteiligten über Grundlagen und Auswirkungen des Reorganisationsplanes, um eine Entscheidung für oder gegen den Plan vorzubereiten. Der gestaltende Teil dient der Festlegung, wie die Rechtsstellung der Beteiligten geändert werden soll (§ 8 Abs. 1 Satz 3 KredReorgG). Wie bereits erwähnt, kann der Reorganisationsplan im Gegensatz zum Sanierungsplan Eingriffe in die Rechte der Gläubiger und in die Stellung der Anteilhaber vorsehen.

Die Vorschrift des § 13 KredReorgG legt fest, dass Schuldverhältnisse mit dem Kreditinstitut

ab dem Tag der Anzeige bei der BaFin zur Einleitung des Reorganisationsverfahrens bis zum Ablauf des folgenden Geschäftstages grundsätzlich nicht beendet werden können. Dies gilt für Kündigungen und sonstige Beendigungstatbestände. § 14 KredReorgG regelt, wie Gläubiger, in deren Rechte nach § 12 KredReorgG eingegriffen wird, ihre Forderungen anzumelden haben. Die Feststellung des Stimmrechts der Gläubiger ist nur unter Angabe des Grundes und des Betrages der Forderung in der Anmeldung möglich.

Kündigungsrechte, sonstige Beendigungstatbestände und Anmeldung von Forderungen

Im Reorganisationsplan sind Gruppen für die Abstimmung gemäß den §§ 17 und 18 KredReorgG zu bilden, sofern in die Rechte von Beteiligten eingegriffen wird (§ 8 Abs. 2 Satz 1 KredReorgG). Die Anteilhaber bilden nach § 8 Abs. 2 Satz 4 KredReorgG nur dann eine eigene Gruppe, wenn im Reorganisationsplan Regelungen enthalten sind, für die nach den gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen ein Beschluss der Hauptversammlung erforderlich oder im KredReorgG vorgesehen ist. Jede Gruppe der stimmberechtigten Gläubiger muss gesondert über den Reorganisationsplan abstimmen (§ 17 Abs. 1 KredReorgG). Die Abstimmung der Anteilhaber über den Reorganisationsplan erfolgt gesondert im Rahmen einer Hauptversammlung, welche durch den Reorganisationsberater einberufen wird (§ 18 KredReorgG). Die Annahme des Reorganisationsplanes erfordert, dass alle Gruppen diesem zustimmen (§ 19 Abs. 1 Satz 1 KredReorgG).

Annahme des Reorganisationsplanes ...

In Bezug auf die einzelnen Gläubigergruppen kommt es bei der Abstimmung auf eine Mehrheit nach der Zahl der abstimmenden

Eingriffsmöglichkeiten in Drittrechte im Rahmen des Reorganisationsverfahrens

Umwandlung von Forderungen in Eigenkapital (§ 9 KredReorgG)

Im gestaltenden Teil des Reorganisationsplanes kann die Umwandlung von Forderungen der Gläubiger in Anteile am Kreditinstitut mittels eines Debt-Equity-Swaps vorgesehen werden. Eine solche Umwandlung setzt jedoch die Zustimmung der Gläubiger voraus. Des Weiteren sind die bisherigen Anteilsinhaber angemessen zu entschädigen. Die Höhe der Entschädigung ist durch einen oder mehrere sachverständige Prüfer festzustellen.

Sonstige gesellschaftsrechtliche Regelungen (§ 10 KredReorgG)

Im gestaltenden Teil des Reorganisationsplanes können zudem alle nach dem Gesellschaftsrecht zulässigen Regelungen getroffen werden und damit neben dem Debt-Equity Swap auch andere Umgestaltungen im Hinblick auf die Strukturen des Kreditinstituts enthalten sein, zum Beispiel Satzungsänderungen oder die Übertragung von Anteils- und Mitgliedschaftsrechten des Kreditinstituts an anderen Gesellschaften, wenn hierdurch die Reorganisation gefördert wird. Eine finanzielle Kompensation für Vermögensseinbußen der alten Anteilsinhaber in Form einer angemessenen Entschädigung ist gesetzlich vorgesehen.

Ausgliederung (§ 11 KredReorgG)

Nach der Gesetzesbegründung zum Regierungsentwurf stellt die Ausgliederung ein weiteres wesentliches Element zur Reorganisation von Kreditinstituten dar. Im Rahmen

des gestaltenden Teils des Reorganisationsplanes kann das Kreditinstitut vorsehen, dass das gesamte Vermögen oder Teile davon auf einen bestehenden oder zu gründenden Rechtsträger gegen Gewährung von Anteilen dieses Rechtsträgers an das Institut übertragen wird. Mittels einer Ausgliederung gehen damit Vermögenswerte des Kreditinstituts im Wege der (partiellen) Gesamtrechtsnachfolge auf einen oder mehrere Rechtsträger über, was die Möglichkeit einer Aufteilung des Geschäfts in schlechte und gesunde beziehungsweise in verschiedene Geschäftsbereiche bietet. Der gestaltende Teil des Reorganisationsplanes muss Festlegungen zu den wesentlichen Grundlagen der Ausgliederung enthalten. Er kann auch festlegen, dass einzelne Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten oder Rechtsverhältnisse auf das übertragende Kreditinstitut zurückübertragen werden (§ 11 Abs. 1 Satz 2 KredReorgG).

Eingriff in Gläubigerrechte (§ 12 KredReorgG)

Nach § 12 KredReorgG kann grundsätzlich im gestaltenden Teil des Reorganisationsplanes auch zum Beispiel die Kürzung beziehungsweise Stundung von Forderungen vorgesehen werden. Ausnahmefälle sind in § 12 Abs. 2 und 3 KredReorgG für Forderungen, für die im Entschädigungsfall dem Gläubiger ein Entschädigungsanspruch gegen eine Sicherungseinrichtung im Sinne des § 23a KWG zusteht beziehungsweise die über eine freiwillige Sicherungseinrichtung abgedeckt sind, sowie für Forderungen von Arbeitnehmern auf Arbeitsentgelt und von Versorgungsberechtigten auf betriebliche Altersversorgung geregelt.

Gläubiger sowie auf eine Summenmehrheit nach der Höhe der Ansprüche an. Allerdings regelt § 19 Abs. 2 bis 4 KredReorgG auch Fälle, in denen trotz fehlender erforderlicher Mehrheiten in einer Gläubigergruppe beziehungsweise Zustimmungsverweigerung der Anteilshaber die Zustimmung als erteilt gelten soll.

... sowie dessen gerichtliche Bestätigung

Nach der Annahme des Reorganisationsplanes durch die Gläubigergruppen und Anteilshaber bedarf dieser des Weiteren der Bestätigung durch das Oberlandesgericht (§ 20 Abs. 1 KredReorgG). Mit der gerichtlichen Bestätigung treten die Wirkungen der im gestaltenden Teil festgelegten Regelungen für und gegen die Planbeteiligten ein (§ 21 Abs. 1 KredReorgG). Das Oberlandesgericht beschließt mit der Bestätigung des Reorganisationsplanes oder deren Versagung die Aufhebung des Reorganisationsverfahrens (§ 22 Abs. 1 KredReorgG). Der Reorganisationsplan kann im gestaltenden Teil jedoch vorsehen, dass der Reorganisationsberater die Erfüllung des Planes auch nach Aufhebung des Reorganisationsverfahrens überwacht (§ 22 Abs. 2 KredReorgG).

Änderungen im Kreditwesengesetz

Stärkung und Erweiterung der behördlichen Handlungsinstrumente

Neben dem freiwilligen zweistufigen Verfahren nach dem KredReorgG, welches auf einen Konsens zwischen Aufsicht, Kreditinstitut und seinen Gläubigern gerichtet ist, werden durch im Restrukturierungsgesetz vorgesehene Änderungen im KWG die hoheitlichen Handlungsinstrumente zum Krisenmanagement gestärkt beziehungsweise erweitert. Zum einen sollen die im Restrukturierungs-

gesetz enthaltenen Maßnahmen der BaFin in besonderen Fällen einer Stärkung der Krisenprävention dienen sowie Anreize für eine frühzeitige eigenverantwortliche Sanierung von Kreditinstituten vor Eintritt der Insolvenz gesetzt werden. Zum anderen werden die Befugnisse der BaFin dahingehend erweitert, dass sie mit der Möglichkeit der Übertragungsanordnung Handlungsinstrumente zur Restrukturierung beziehungsweise geordneten Abwicklung eines gefährdeten Kreditinstituts erhält. Damit bildet die Übertragungsanordnung eine der zentralen Antworten auf die in der Einleitung erwähnte „too big to fail“-Problematik.

Erweiterung der aufsichtlichen Maßnahmen in besonderen Fällen

Nach § 45 Abs. 1 KWG kann die BaFin gegenüber einem Institut Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung und der Liquidität anordnen, wenn die Vermögens-, Finanz- oder Ertragsentwicklung des Instituts die Annahme rechtfertigt, dass die gesetzlichen Anforderungen nicht dauerhaft erfüllt werden können. Der neugefasste § 45 Abs. 1 KWG formuliert die Eingriffsvoraussetzungen so, dass für die BaFin die Möglichkeit eines frühzeitigen Eingreifens zur Verhinderung einer finanziellen Schieflage gegeben ist. Regelbeispiele für die Eingriffsvoraussetzungen, die sich an dem Solvabilitätskoeffizienten nach der Solvabilitätsverordnung und der Liquiditätskennziffer nach der Liquiditätsverordnung orientieren, sollen mehr Rechtsklarheit bieten. Die Eingriffsbefugnisse bei Verstößen gegen gesetzliche Mindestkapital- oder Liquiditätsanforderungen sind nunmehr

Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung und der Liquidität

in § 45 Abs. 2 KWG geregelt. Neu ist die Möglichkeit der BaFin, die Vorlage eines Restrukturierungsplanes anzuordnen. In diesem Plan muss das Institut darlegen, wie und in welchem Zeitraum die Eigenmittelausstattung oder Liquidität des Instituts nachhaltig wiederhergestellt werden soll. Die Anordnung kann vorsehen, dass der BaFin und der Bundesbank regelmäßig über den Fortschritt zu berichten ist. Der Restrukturierungsplan muss transparent, plausibel und begründet sein (§ 45 Abs. 2 Satz 2 KWG). Er muss überprüfbare konkrete Ziele, Zwischenziele und Fristen für die Umsetzung der dargelegten Maßnahmen benennen. Die BaFin hat die Befugnis zur jederzeitigen Einsichtnahme in den Restrukturierungsplan und die zugehörigen Unterlagen. Des Weiteren kann sie gemäß § 45 Abs. 2 Satz 5 KWG Planänderungen verlangen und hierfür Vorgaben machen, wenn sie die angegebenen (Zwischen-) Ziele und Fristen für nicht ausreichend erachtet oder das Institut diese nicht einhält.

Möglichkeit der Bestellung eines Sonderbeauftragten

Im Rahmen des neuen § 45c KWG kann die BaFin als eigenständiges Aufsichtsinstrument mit überwiegend präventivem Charakter einen Sonderbeauftragten bestellen, diesen mit der Wahrnehmung von Aufgaben bei einem Institut betrauen und ihm die hierfür erforderlichen Befugnisse übertragen. Der Sonderbeauftragte muss nicht stets in die Aufgaben und Befugnisse eines Organs oder Organmitglieds des Instituts insgesamt eintreten, sondern kann auch für spezielle, eingegrenzte Aufgaben eingesetzt werden. Das Gesetz verlangt, dass er unabhängig, zuverlässig und zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der ihm übertragenden Aufgaben im

Sinne einer nachhaltigen Geschäftspolitik des Instituts und der Wahrung der Finanzmarktstabilität geeignet ist. Soll er die Aufgaben eines Geschäftsleiters oder eines Organs übernehmen, muss er über die hierzu erforderliche fachliche Eignung verfügen. § 45c Abs. 2 KWG enthält einen nicht abschließenden, umfangreichen Katalog von Aufgaben, die dem Sonderbeauftragten übertragen werden können, wie zum Beispiel die Erstellung des Restrukturierungsplanes. Nach § 45c Abs. 7 Satz 1 KWG haftet der Sonderbeauftragte sowohl für Vorsatz als auch für Fahrlässigkeit. Eine betragsmäßige Haftungsbeschränkung ist gemäß § 45c Abs. 7 Sätze 2 und 3 KWG bei fahrlässigem Handeln vorgesehen.

Einführung von Maßnahmen gegenüber Kreditinstituten bei Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems – Übertragungsanordnung

Die zentrale Änderung im KWG ist die Einführung der Übertragungsanordnung als behördliche Maßnahme gegenüber Kreditinstituten bei Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems. Im Rahmen der Übertragungsanordnung kann die BaFin gemäß der §§ 48a ff. KWG das Vermögen eines Kreditinstituts einschließlich seiner Verbindlichkeiten ganz oder in Teilen auf einen bestehenden Rechtsträger (übernehmenden Rechtsträger) im Wege der Ausgliederung übertragen. Die Übertragungsanordnung bildet eine Möglichkeit, die zur Stabilisierung des Kreditinstituts erforderlichen Maßnahmen ergreifen zu können, auch ohne dass die Anteilshaber diesen Maßnahmen zustimmen. So kön-

Übertragungsanordnung als neue behördliche Maßnahme

Partielle Rückübertragung sowie partielle Übertragung

Innerhalb einer Frist von vier Monaten nach Wirksamwerden der Ausgliederung besteht die Möglichkeit einzelne Ausgliederungsgegenstände auf das ausgliedernde Kreditinstitut mittels einer Rückübertragungsanordnung zurückzuübertragen. Nach der Gesetzesbegründung zum Regierungsentwurf (BT-Drucksache 17/3024 S. 67) kommt eine solche Rückübertragung etwa dann in Betracht, wenn sich herausstellt, dass das angestrebte Ziel der Bewältigung der Bestands- und Systemgefährdung nur die Übertragung bestimmter und nicht aller Unternehmensteile erfordert. Die Auswahl der zurückzuübertragenden Ausgliederungsgegenstände richtet sich nach § 48j Abs. 3 KWG. Neben speziellen Ausnahmefällen, zum Beispiel im Zusammenhang mit Finanzsicherheiten, richtet sich die Auswahl der Ausgliederungsgegenstände im Allgemeinen nach deren Bedeutung für eine effektive und kosteneffiziente Abwehr der von dem Kreditinstitut ausgehenden Systemgefährdung. Die Auswahl von Verbindlichkeiten bei gleichrangiger Bedeutung für die effektive und kosteneffiziente Abwehr richtet sich nach der in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen des Kreditinstituts maßgeblichen Rangfolge.

Gemäß § 48k Abs. 1 KWG kann die Übertragungsanordnung vorsehen, dass nur ein Teil des Vermögens, der Verbindlichkeiten und der Rechtsverhältnisse auf den übernehmenden Rechtsträger übertragen wird (partielle Übertragung). § 48k Abs. 2 KWG enthält Vorgaben in Bezug auf die Auswahl der auszugliedernden Unternehmensteile im Rahmen der partiellen Übertragung. Innerhalb einer Frist von vier Monaten nach Wirksamwerden einer auf einer Übertragungsanordnung beruhenden Ausgliederung hat die BaFin die Befugnis, weitere Folgeanordnungen zu erlassen.

Deutsche Bundesbank

nen also beispielsweise systemrelevante Teile eines Kreditinstituts auf einen übernehmenden Rechtsträger übertragen werden. Eine solche Übertragung von systemrelevanten Geschäftsteilen bietet den Vorteil, dass sich die Stabilisierungsmaßnahmen in der Folge auf den übernehmenden Rechtsträger konzentrieren können. Im Hinblick auf das Kreditinstitut und die in diesem verbleibenden nicht systemrelevanten Teile ist nach Durchführung der Ausgliederung ein Insolvenzverfahren grundsätzlich möglich, da zumindest der Tatbestand der Systemrelevanz und eine daraus resultierende Gefahr für die Finanzstabilität nicht mehr bestehen.

Der Erlass einer Übertragungsanordnung setzt voraus, dass das betroffene Kreditinstitut in seinem Bestand gefährdet ist und hieraus eine Gefährdung der Stabilität des Finanzsystems resultiert. Zur Definition der Begriffe „Bestands- und Systemgefährdung“ wird auf die Ausführungen zum Reorganisationsverfahren verwiesen (vgl. Erläuterungen auf S. 69). Eine weitere zwingende Voraussetzung ist, dass sich die von der Bestandsgefährdung ausgehende Systemgefährdung nicht auf anderem Wege als durch die Übertragungsanordnung in gleich sicherer Weise beseitigen lässt. Dies macht deutlich, dass die Übertragungsanordnung lediglich als „ultima ratio“ Maßnahme anzusehen ist. Schließlich muss eine Balance zwischen den Interessen und Rechten der von der Übertragungsanordnung Betroffenen sowie dem öffentlichen Interesse an der Bewahrung der Systemstabilität gefunden werden. Sollten im Zusammenhang mit der Übertragungsanordnung finanzielle Leistungen des Restrukturierungs-

Voraussetzungen der Übertragungsanordnung

fonds – zum Beispiel zur Stabilisierung des übernehmenden Rechtsträgers oder die Gründung eines Brückeninstituts – erforderlich sein beziehungsweise werden können, hat die Anordnung im Einvernehmen mit dem Lenkungsausschuss nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz zu erfolgen. Maßstab für die Rechtmäßigkeit des Handelns der BaFin, des Lenkungsausschusses und der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung bei Erlass und Vollzug einer Übertragungsanordnung ist, ob diese bei verständiger Würdigung der ihnen zum Zeitpunkt des Handelns erkennbaren Umstände annehmen durften, dass die Voraussetzungen für ihr Handeln vorliegen. Die Beurteilung der Bestands- und Systemgefährdung erfolgt durch die BaFin nach Anhörung der Bundesbank. Die gemeinsame Einschätzung beider Institutionen ist schriftlich zu dokumentieren.

Vor Erlass der Übertragungsanordnung kann die BaFin grundsätzlich dem Kreditinstitut unter Fristsetzung die Möglichkeit einräumen, einen tragfähigen Wiederherstellungsplan vorzulegen, aus dem sich entnehmen lässt, auf welche Weise die Bestandsgefährdung abgewendet werden wird. Die Übertragungsanordnung darf nur mit Zustimmung des übernehmenden Rechtsträgers ergehen (§ 48c Abs. 3 Satz 1 KWG), welche der notariellen Beurkundung bedarf. Falls der übernehmende Rechtsträger nicht über die erforderliche Erlaubnis verfügt, gilt die Übertragungsanordnung – im Umfang der dem Kreditinstitut erteilten Erlaubnis – als Erlaubniserteilung zugunsten des übernehmenden Rechtsträgers (§ 48g Abs. 6 KWG). § 48c Abs. 5 KWG enthält diesbezüglich Kriterien

für einen Ausschluss als übernehmender Rechtsträger, die an die Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankerlaubnis anknüpfen.

Bei einem positiven Wert der Gesamtheit der zu übertragenden Gegenstände ist im Rahmen der Übertragungsanordnung eine Gegenleistung an das Kreditinstitut vorzusehen (§ 48d Abs. 1 Satz 1 KWG). Diese Gegenleistung besteht in der Regel in Anteilen an dem übernehmenden Rechtsträger. In Ausnahmefällen erfolgt die Gegenleistung in Geld, wenn die Anteilsgewährung für den übernehmenden Rechtsträger unzumutbar ist oder den Zweck der Übertragungsanordnung zu vereiteln droht. Es bedarf eines angemessenen Verhältnisses der Gegenleistung zum Wert der übertragenden Gegenstände; maßgeblicher Zeitpunkt ist der Erlass der Übertragungsanordnung. Staatliche Unterstützungsleistungen sowie Leistungen des Restrukturierungsfonds haben unberücksichtigt zu bleiben. Ein vom Gericht auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung bestellter sachverständiger Prüfer beurteilt die Angemessenheit der Gegenleistung. In Fällen, in denen eine abschließende und verlässliche Bewertung der zu übertragenden Gegenstände bis zum Erlass der Übertragungsanordnung nicht möglich ist, reicht auch eine vorläufige Bewertung als Grundlage aus; eine endgültige Bewertung ist nachzuholen. Gleiches gilt bei einer partiellen Rückübertragung oder einer partiellen Übertragung. Das Kreditinstitut hingegen ist gegenüber dem übernehmenden Rechtsträger zum Ausgleich in Geld verpflichtet, wenn der Wert der Gesamtheit der übertragenden Gegenstände negativ ist (§ 48d Abs. 6 Satz 1 KWG).

Gegenleistung an das Kreditinstitut und Ausgleichsverbindlichkeit des übernehmenden Rechtsträgers gegenüber dem Kreditinstitut

Maßnahmen bei dem Kreditinstitut und bei dem übernehmenden Rechtsträger

Wesentliche Maßnahmen bei dem Kreditinstitut (§ 48l KWG)

Nach § 48l Abs. 1 KWG kann die BaFin die Erlaubnis des Kreditinstituts aufheben, wenn nach Wirksamwerden der Übertragungsanordnung das Kreditinstitut nicht in der Lage ist, seine Geschäfte im Einklang mit den Regelungen des Kreditwesengesetzes fortzuführen. Darüber hinaus kann die BaFin gemäß § 48l Abs. 2 KWG, solange die auf den übernehmenden Rechtsträger übertragenen Unternehmensteile in ihrem Bestand gefährdet sind und eine Feststellung des Erreichens des Sanierungszieles nicht erfolgt ist, das Kreditinstitut mit Ausnahme der gesetzlich enumerativ aufgezählten Fälle anweisen, die ihm in der Anteilsinhaberversammlung des übernehmenden Rechtsträgers zustehenden Stimmrechte in bestimmter Weise auszuüben. Des Weiteren darf das Kreditinstitut nicht ohne schriftliche Zustimmung der BaFin über seine Anteile an dem übernehmenden Rechtsträger verfügen, solange eine nachhaltige Abwendung der Bestandsgefährdung übertragener Unternehmensteile nicht erfolgt ist (§ 48l Abs. 3 KWG).

Wesentliche Maßnahmen bei dem übernehmenden Rechtsträger (§ 48m KWG)

Dem übernehmenden Rechtsträger obliegen gegenüber der BaFin umfassende Informationspflichten, die für die Beurteilung der Sanierungsfähigkeit der übertragenen Unternehmensteile von Relevanz sind. Nach § 48m Abs. 1 Satz 2 KWG ist Sanierungsfähigkeit die realisierbare Möglichkeit der Herstellung einer Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, welche die Wettbewerbsfähigkeit des übertragenen Unternehmens nachhaltig gewährleistet (Sanierungsziel). Für den Fall, dass dem übernehmenden Rechtsträger zum Zwecke der Überwindung der Bestandsgefährdung oder zur Erreichung des Sanierungszieles durch den Restrukturierungsfonds oder auf andere Weise Unterstützungsleistungen gewährt worden sind, kann die BaFin bis zur Erreichung des Sanierungszieles nach § 48m Abs. 6 KWG Auszahlungen an die Anteilsinhaber des übernehmenden Rechtsträgers, die Inhaber anderer – näher bestimmter – Eigenmittelbestandteile und die Gläubiger bestimmter Nachrangverbindlichkeiten untersagen. Ist das Sanierungsziel nicht oder nur zu unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Bedingungen zu erreichen und lässt sich das Unternehmen ohne Risiken für die Stabilität des Finanzsystems abwickeln, kann die BaFin in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung von dem übernehmenden Rechtsträger die Erstellung eines Liquidationsplanes verlangen, diesen für verbindlich erklären und die zur Durchsetzung des verbindlichen Planes erforderlichen Maßnahmen ergreifen (§ 48m Abs. 7 bis 9 KWG). Aus dem Liquiditätsplan muss hervorgehen, dass und auf welche Weise das vom übernehmenden Rechtsträger fortgeführte Unternehmen geordnet abgewickelt wird.

Deutsche Bundesbank

Die Übertragungsanordnung bedarf der unverzüglichen Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger. Sie ist gegenüber dem Kreditinstitut (nebst Zuleitung an den zuständigen Betriebsrat) und gegenüber dem übernehmenden Rechtsträger bekanntzugeben. Nach § 48g Abs. 1 KWG wird die Ausgliederung mit der Bekanntgabe der Übertragungsanordnung wirksam. Die zur Durchführung erforderlichen Eintragungen haben damit nur deklaratorische Wirkung. Gemäß § 48g Abs. 2 KWG gehen mit Wirksamwerden die von der Übertragungsanordnung erfassten Ausgliederungsgegenstände auf den übernehmenden Rechtsträger über und es entsteht der Anspruch auf die Gegenleistung oder die Ausgleichsverbindlichkeit.

Veröffentlichung und Bekanntgabe sowie deren Wirkung

Von besonderer Bedeutung ist die Regelung in § 48g Abs. 7 KWG, wonach Kündigungen oder Beendigungen von Schuldverhältnissen, die ausschließlich mit der Übertragung auf den übernehmenden Rechtsträger begründet werden, ausgeschlossen sind. Diese Vorschrift behandelt die sogenannte „event of default“-Problematik. Dabei geht es um das Problem, dass aufgrund von aufsichtlichen Maßnahmen oder Verfahren gegebenenfalls Kündigungsrechte gegenüber dem Kreditinstitut bestehen (könnten) oder automatische Beendigungstatbestände ausgelöst werden können. Eine Gefährdung der Ausgliederung durch automatische Beendigungstatbestände beziehungsweise Kündigungsrechte allein wegen der Übertragungsanordnung und damit einhergehender Liquiditätsabflüsse soll vermieden werden. Andere Kündigungs- und Beendigungsrechte bleiben jedoch unverändert bestehen.

Ausschluss von Kündigungen beziehungsweise Beendigungen von Schuldverhältnissen allein wegen der Übertragungsanordnung

*Verpflichtungen
des Kreditinsti-
tuts bei Sach-
verhalten mit
Auslandsbezug*

Nach § 48i Abs. 1 KWG ist das Kreditinstitut verpflichtet, unverzüglich auf die Übertragung nach den einschlägigen Vorschriften des ausländischen Rechts hinzuwirken, wenn ein Ausgliederungsgegenstand ausländischem Recht unterliegt, nach welchem die Rechtswirkungen der Übertragungsanordnung nicht gelten.

Restrukturierungsfondsgesetz (RStruktFG)

*Errichtung eines
Restrukturie-
rungsfonds zur
Finanzierung
von Restruktu-
rierungs- und
Abwicklungs-
maßnahmen*

Das Restrukturierungsfondsgesetz regelt auf Grundlage des Artikel 3 Restrukturierungsgesetz und mit Geltung ab 31. Dezember 2010 die Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute bei der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung. Beitragspflichtig sind alle Kreditinstitute im Sinne des § 1 Abs. 1 KWG, die die Vorgaben der Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung einhalten müssen. Ausgenommen sind aufgrund ihres spezifischen Geschäftsmodells die Förderbanken. Aus dem als Sondervermögen des Bundes errichteten Restrukturierungsfonds sollen künftige Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen für systemrelevante Banken finanziert werden. Die Abgabe soll das jeweilige systemische Risiko eines Kreditinstituts berücksichtigen und orientiert sich insbesondere an der Größe eines Instituts und dessen Vernetzung auf den Finanzmärkten. Der Restrukturierungsfonds kann unter anderem folgende Maßnahmen ergreifen: Gründung eines Brückeninstituts und Anteils-erwerb, Gewährung von Garantien, Durchführung von Rekapitalisierungsmaßnahmen.

Das Gesetz sieht vor, die für die Maßnahmen des Restrukturierungsfonds notwendigen Finanzmittel durch Jahresbeiträge und gegebenenfalls Sonderbeiträge der beitragspflichtigen Kreditinstitute aufzubringen. Die Zielgröße des Fonds soll sich auf 70 Mrd € belaufen. Auf jährlicher Basis wird ein Aufkommen in Höhe von rund 1 Mrd € erwartet. Aufgrund der Ausgestaltung der Beitragsbemessung ist das Abgabeaufkommen jedoch volatil und von der Ertragslage des jeweiligen Instituts abhängig, sodass das tatsächliche jährliche Aufkommen im Zeitablauf schwer prognostizierbar ist.

Die Beitragsbemessung orientiert sich im Hinblick auf die das systemische Risiko abbildende Größe eines Instituts an der Bilanzsumme sowie am Derivatevolumen. Mit der Ausgestaltung der Bankenabgabe wird das Ziel verfolgt, ein möglichst einfaches und robustes, aber dennoch risikoadjustiertes Berechnungsmaß zu nutzen. Während im RStruktFG der Kreis der beitragspflichtigen Banken und die wesentlichen Eckpunkte für die Beitrags-erhebung bereits festgelegt sind, konkretisiert eine von der Bundesregierung noch zu erlassende Rechtsverordnung (Restrukturierungsfonds-Verordnung: RStruktFV), die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die weiteren gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Abgabesätze, der Definition einer Zumutbarkeitsgrenze und des Erhebungsverfahrens. Die Zustimmung des Bundesrates zum Verordnungsentwurf (Bundestags-Drucksache 17/4977) steht noch aus. Grundlegende Elemente der Beitragserhebung sind in den Erläuterungen auf Seite 78 dargestellt. Die Kreditinstitute sind verpflichtet, der mit der

*Maßnahmen
des Restruktu-
rierungsfonds
durch Beiträge
der Kreditinsti-
tute finanziert*

*Bankenabgabe
orientiert sich
an systemischen
Merkmale des
beitragspflichti-
gen Instituts, ...*

*... Rechtsver-
ordnung
konkretisiert
wesentliche
Elemente der
Beitrags-
erhebung ...*

Berechnung der Bankenabgabe gemäß RStruktFV

Auf Basis von § 12 RStruktFG bestimmt die noch zu erlassende RStruktFV die gesetzlichen Vorgaben für die Erhebung der Bankenabgabe wie folgt:

Jährliche Abgabe

Die beitragsrelevanten Passiva ergeben sich aus der Summe der Passiva des zuletzt festgestellten Jahresabschlusses im Sinne des § 340a HGB

abzüglich der folgenden Passivpositionen aus Formblatt 1 der Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung:

- Passivposition 2 „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ mit Ausnahme der Verbindlichkeiten gegenüber juristischen Personen, an denen das Kreditinstitut eine Beteiligung im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB hält;
- Passivposition 10 „Genussrechtskapital“ mit Ausnahme des Genussrechtskapitals, das vor Ablauf von zwei Jahren fällig wird;
- Passivposten 11 „Fonds für allgemeine Bankrisiken“;
- Passivposition 12 „Eigenkapital“;

zuzüglich

- des Nominalvolumens der Derivate nach § 36 Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung.

Progressionsstaffelung der Abgabe

Der Teil der Bemessungsgrundlage, der sich aus der Passivseite der Bilanz errechnet, wird mit unterschiedlichen Abgabesätzen multipliziert, die in Abhängigkeit von definierten Größenklassen progressiv ausgestaltet sind.

Das Nominalvolumen der Derivate fließt mit einem pauschalen Abgabesatz in die Berechnung des Jahresbeitrags ein.

Sonderbeiträge

Sollte die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung feststellen, dass die Mittel, die sie benötigt, durch reguläre Abgaben nicht gedeckt werden, können Sonderbeiträge erhoben werden. Sie darf einzelne Kreditinstitute auf Antrag davon befreien, falls das Institut selbst durch Leistung des Sonderbeitrags gefährdet werden würde.

Zumutbarkeitsgrenze, Mindestbeitrag, Nacherhebung, Belastungsobergrenze

Der abzuführende Jahresbeitrag soll einen bestimmten Prozentsatz des aus der Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlichen Jahresergebnisses, zuzüglich des Aufwands der aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführten Gewinne, nicht übersteigen (Zumutbarkeitsgrenze). Kreditinstitute haben jedoch mindestens einen Jahresbeitrag in Relation zum errechneten Jahresbeitrag als Mindestbeitrag zu leisten. Der Mindestbeitrag wird unabhängig von der Zumutbarkeitsgrenze in jedem Fall fällig. Gekappte Beiträge müssen nachgezahlt werden, soweit die Zumutbarkeitsgrenze in einem der Folgejahre durch den regulären Jahresbeitrag nicht ausgeschöpft wird (Nacherhebung). Insgesamt darf auch einschließlich einer Nacherhebung die Zumutbarkeitsgrenze des aktuellen Beitragsjahres nicht überschritten werden. Die in einem Beitragsjahr insgesamt erhobenen Beiträge (Jahresbeitrag, ggf. Nacherhebungsbeitrag, ggf. Sonderbeitrag) dürfen einen bestimmten Prozentsatz des Durchschnitts der letzten drei Jahresergebnisse (Belastungsobergrenze) nicht übersteigen.

... sowie Erhebung und Übermittlung der für die Beitragsberechnung erforderlichen Daten

Durchführung der Restrukturierungsmaßnahmen und der Verwaltung des Restrukturierungsfonds beauftragten Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung die für die Ermittlung und Erhebung der Jahres- und Sonderbeiträge erforderlichen Daten zu übermitteln. Die für die Berechnung der Jahresbeiträge maßgeblichen Daten sind der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung vom Abschlussprüfer bestätigt bis zum 15. Juli eines Jahres einzureichen. Die Jahresbeiträge werden jeweils zum 30. September eines Kalenderjahres, erstmals zum 30. September 2011, fällig. Um den organisatorischen Aufwand der Institute möglichst gering zu halten, soll die Erhebung der Daten für die Berechnung der Bankenabgabe im Rahmen der vorhandenen Infrastruktur des bankaufsichtlichen Meldewesens (ExtraNet) bei der Bundesbank erfolgen.

Bewertung und Ausblick

Restrukturierungsgesetz als deutsche Reaktion auf internationale Empfehlungen

Deutschland hat mit dem Restrukturierungsgesetz auf die internationalen Empfehlungen zur Entwicklung von nationalen Abwicklungsregimen reagiert. Das Gesetz enthält umfassende Regelungen, die die Sanierung und die Reorganisation von Banken erleichtern können. Auch werden die Möglichkeiten der BaFin, frühzeitiger einzugreifen, durch zusätzliche aufsichtliche Maßnahmen verbessert. Aufgrund der hohen Komplexität der mit der Übertragungsanordnung zur Verfügung gestellten aufsichtlichen Maßnahme wird sich jedoch erst erweisen müssen, wie aus operativer Sicht der Transfer des Vermögens einschließlich der Verbindlichkeiten des

betroffenen Kreditinstituts im Detail vorzunehmen ist.

Im Rahmen des Krisenmanagements sind zudem grenzüberschreitende Implikationen zu bedenken. Die gerade gemachten Erfahrungen haben mehr als deutlich gezeigt, dass sich krisenhafte Entwicklungen nicht auf den nationalen Raum beschränken lassen. Die Kreditinstitute, deren Bestandsgefährdung zu einer Gefährdung des Finanzsystems führen könnte, sind in den überwiegenden Fällen global aufgestellt. In diesen Fällen erscheint ein ausschließlich nationales Vorgehen zur Behebung einer Krisensituation kaum ausreichend. Vielmehr bedarf es tragfähiger Lösungen, einer kooperativen Zusammenarbeit zwischen den zuständigen nationalen Behörden sowie harmonisierter Abwicklungsregime auf internationaler oder zumindest europäischer Ebene, um der grenzüberschreitenden Dimension der Aktivitäten und Strukturen globaler Kreditinstitute, die unterschiedlichen Rechtsordnungen einschließlich des Insolvenzrechts unterliegen, Rechnung zu tragen. Hinzu kommt, dass die Gestaltungsmöglichkeiten im Hinblick auf ausländische Rechtsverhältnisse im Rahmen des deutschen Gesetzes begrenzt sind, wie beispielsweise die im Restrukturierungsgesetz adressierte sogenannte „event of default“-Problematik zeigt. Eine ausschließlich deutsche Regelung zur Lösung dieses Problems im Fall von international agierenden Kreditinstituten dürfte als nicht ausreichend zu erachten sein, da nationale Regelungen nur für die jeweilige Rechtsunterworfenen gelten, diese ihre Verträge aber auch unter dem Recht anderer Rechtsordnungen und mit Vertragspartnern

Beachtung grenzüberschreitender Aspekte

geschlossen haben könnten, die nicht dem EU-Recht unterliegen. Daher bedarf es zur Lösung der „event of default“-Problematik im Zusammenhang mit Abwicklungsmaßnahmen einer internationalen Regulierung sowie Abstimmung, insbesondere auch unter Einbezug der involvierten internationalen Agenturen, wie beispielsweise der International Swaps and Derivatives Association.

*Möglicher
Änderungs-
bedarf infolge
europäischer
Regulierung
oder aufgrund
internationaler
Empfehlungen*

Abzuwarten bleiben die Ergebnisse und Empfehlungen auf internationaler Ebene sowie die seitens der EU-Kommission angekündigte Regulierung, die gegebenenfalls zu gesetzlichem Anpassungsbedarf führen könnten. Nach den zuletzt geäußerten Vorstellungen der EU-Kommission sollen beispielsweise die Institute Sanierungspläne auf Einzel- und Gruppenebene sowie die zuständigen Behörden Abwicklungspläne bereits in Nicht-Krisenzeiten erstellen. Im Detail bedürfen die Vorschläge der Kommission noch einer vertieften Diskussion, wenngleich im Hinblick auf die Frage des „ob“ sich auf internationaler Ebene ein Einvernehmen für die Erstellung solcher Sanierungs- und Abwicklungspläne als ein wesentlicher Baustein des Krisenmanagements abzeichnet. Inhaltlich entsprechen diese Pläne jedoch nicht den im deutschen Recht genannten Sanierungs-, Reorganisa-

tions-, Restrukturierungs- oder Wiederherstellungsplänen.

Hinsichtlich der Bankenabgabe ist zu berücksichtigen, dass in anderen EU-Ländern vergleichbare Abgaben bestehen oder vor ihrer Einführung stehen. Jedoch weisen diese Abgaben zum Teil unterschiedliche Anwendungsbereiche und unterschiedliche Bemessungsgrundlagen auf. Um Doppelbelastungen, insbesondere für grenzüberschreitend tätige Kreditinstitute zu vermeiden, ist es sinnvoll, zwischen den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene die Erhebungskonzepte abzustimmen beziehungsweise zu harmonisieren. Entsprechende Bemühungen sind im Gange. Deshalb ist es nicht auszuschließen, dass sich durch künftige Harmonisierungsschritte ein Anpassungsbedarf bei der deutschen Bankenabgabe ergeben könnte. Die Harmonisierung prinzipieller Rahmenbedingungen für eine Bankenabgabe verringert die Gefahr von möglichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen EU-Ländern. Wegen der nach wie vor bestehenden Finanzhoheit der Mitgliedstaaten und des notwendigen Zusammenhangs von Sach- und Finanzverantwortung ist die Zeit für einen grenzüberschreitenden Bankenfonds jedoch noch nicht reif.

Bankenabgaben in anderen EU-Ländern sprechen für Harmonisierung prinzipieller Rahmenbedingungen

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 5* |
| 2. Außenwirtschaft | 5* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 6* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarktsätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	44*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	51*

VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren	52*
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren	53*

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“	54*
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	54*
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	55*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	55*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	56*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	56*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	57*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	57*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	58*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	58*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	59*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	59*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	59*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	60*

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	62*
3. Auftragseingang in der Industrie	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	64*
5. Einzelhandelsumsätze	64*
6. Arbeitsmarkt	65*

7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarif- und Effektivverdienste	67*

XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	68*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	69*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	70*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	71*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	71*
6. Vermögensübertragungen	71*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	72*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	73*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	73*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	74*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	75*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU	75*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	76*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2009 Aug.	13,3	4,4	2,4	2,4	3,3	1,6	6,2	0,35	0,86	3,8
Sept.	12,9	3,6	1,8	1,5	3,5	1,4	6,4	0,36	0,77	3,8
Okt.	11,8	2,3	0,3	0,6	3,3	0,9	7,2	0,36	0,74	3,7
Nov.	12,6	1,8	- 0,2	- 0,1	2,8	0,7	7,0	0,36	0,72	3,7
Dez.	12,2	1,5	- 0,4	- 0,2	2,5	0,7	6,7	0,35	0,71	3,7
2010 Jan.	11,5	1,8	0,0	- 0,3	1,8	0,2	6,5	0,34	0,68	3,8
Febr.	10,9	1,6	- 0,4	- 0,1	1,8	0,2	5,7	0,34	0,66	3,8
März	11,0	1,7	- 0,1	- 0,3	1,8	0,2	6,0	0,35	0,64	3,7
April	10,5	1,3	- 0,3	- 0,1	1,8	0,4	6,1	0,35	0,64	3,7
Mai	10,4	1,5	0,0	0,0	1,8	0,1	5,2	0,34	0,69	3,6
Juni	9,4	1,5	0,3	0,2	1,6	0,0	4,0	0,35	0,73	3,6
Juli	8,2	1,5	0,2	0,5	2,0	0,7	4,2	0,48	0,85	3,6
Aug.	7,7	2,0	1,1	0,8	2,3	1,2	3,8	0,43	0,90	3,3
Sept.	6,2	2,0	1,1	1,1	2,3	1,1	3,7	0,45	0,88	3,4
Okt.	4,9	2,1	1,1	1,4	3,2	1,2	3,7	0,70	1,00	3,3
Nov.	4,6	2,3	2,1	1,6	4,0	1,9	4,0	0,59	1,04	3,7
Dez.	4,3	2,2	1,7	1,8	3,5	1,6	3,9	0,50	1,02	4,1
2011 Jan.	3,2	2,3	1,6	1,8	3,8	2,0	3,6	0,66	1,02	4,2
Febr.	2,9	2,4	2,1	2,0	3,8	2,2	4,1	0,71	1,09	4,3
März	3,0	2,7	2,3	2,1	3,2	2,2	3,9	0,66	1,18	4,4
April	1,7	2,4	2,0	...	3,2	2,2	4,0	0,97	1,32	4,5
Mai	1,03	1,43	1,43	4,5

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegen-

über im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)		
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr		Währungsreserven	nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2009 Aug.	- 3 943	- 972	- 1 150	+ 14 279	+ 10 175	- 26 362	+ 757	1,4268	111,6	110,5
Sept.	- 2 179	+ 2 756	+ 4 731	- 34 640	+ 50 364	- 14 282	+ 3 289	1,4562	112,9	111,4
Okt.	+ 591	+ 6 481	- 2 418	+ 4 667	+ 10 335	- 16 765	- 654	1,4816	114,2	112,7
Nov.	+ 185	+ 4 218	+ 4 931	- 7 332	+ 3 497	+ 7 274	+ 1 492	1,4914	114,0	112,4
Dez.	+ 13 154	+ 5 629	- 16 699	+ 9 968	+ 29 409	- 55 245	- 831	1,4614	113,0	111,2
2010 Jan.	- 12 303	- 8 016	+ 11 041	- 10 776	+ 42 418	- 22 132	+ 1 529	1,4272	110,8	109,0
Febr.	- 5 581	+ 4 067	+ 2 337	- 1 721	- 10 490	+ 18 174	- 3 626	1,3686	108,0	106,1
März	- 50	+ 5 568	+ 2 662	- 32 710	- 4 285	+ 42 197	- 2 541	1,3569	107,4	105,8
April	- 4 220	+ 1 439	+ 5 129	- 18 428	+ 37 294	- 13 655	- 81	1,3406	106,1	104,5
Mai	- 15 987	- 1 495	+ 20 315	- 3 763	+ 51 367	- 27 216	- 73	1,2565	102,8	101,4
Juni	+ 1 650	+ 3 348	- 80	- 7 645	+ 6 952	- 508	+ 1 121	1,2209	100,6	99,4
Juli	+ 5 499	+ 7 231	+ 440	- 618	- 26 486	+ 30 676	- 3 132	1,2770	102,5	101,1
Aug.	- 7 096	+ 3 842	+ 2 282	- 26 934	+ 4 997	+ 25 818	- 1 599	1,2894	102,1	100,6
Sept.	- 4 559	+ 4 826	+ 1 160	- 3 220	+ 6 783	- 2 178	- 225	1,3067	102,5	100,8
Okt.	+ 3 990	+ 6 365	- 3 145	- 27 707	+ 8 799	+ 15 999	- 236	1,3898	106,0	104,1
Nov.	+ 3 561	- 115	+ 15 768	+ 45 163	+ 15 791	- 45 186	+ 1	1,3661	104,7	102,7
Dez.	+ 5 564	+ 1 347	- 23 557	+ 9 777	+ 18 039	- 50 055	- 1 318	1,3220	102,6	100,5
2011 Jan.	- 20 789	- 14 128	+ 18 328	+ 6 485	- 20 770	+ 38 337	- 5 724	1,3360	102,4	100,3
Febr.	- 8 872	- 636	+ 7 403	- 22 028	+ 94 988	- 66 590	+ 1 033	1,3649	103,4	101,1
März	- 3 794	+ 2 355	+ 2 582	- 6 646	+ 78 097	- 62 455	- 6 414	1,3999	105,2	103,0
April	1,4442	107,0	104,8
Mai	1,4349	106,0	103,8

* Quelle: EZB. — 1 Siehe auch Tab. XI.12 und 13, S. 75*/ 76* . — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
2008	0,4	1,0	1,0	5,1	0,9	0,1	1,0	3,5	1,3
2009	- 4,2	- 2,7	- 4,7	- 13,9	- 8,2	- 2,7	- 2,0	- 7,6	- 5,2
2010	1,7	2,2	3,6	3,1	3,1	1,5	- 4,5	- 1,0	1,3
2009 4.Vj.	- 2,1	- 0,2	- 1,3	- 8,8	- 5,5	- 0,7	- 1,1	- 5,8	- 2,8
2010 1.Vj.	0,8	1,6	2,5	2,6	- 0,5	1,0	0,7	- 1,3	1,0
2.Vj.	2,0	2,8	4,3	3,1	4,7	1,9	- 4,0	- 1,8	1,8
3.Vj.	2,0	1,9	3,9	5,0	3,1	1,7	- 4,8	- 0,3	1,3
4.Vj.	1,9	2,4	3,8	6,7	5,5	1,3	- 8,8	- 0,7	1,2
2011 1.Vj.	2,5	3,2	5,2	8,5	5,5	2,3	- 7,7	...	1,0
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
2008	- 1,6	3,4	0,0	- 4,8	- 1,0	- 2,8	- 4,2	- 2,1	- 3,5
2009	- 14,8	- 9,3	- 16,3	- 23,8	- 18,0	- 12,6	- 9,2	- 4,5	- 18,8
2010	7,4	11,5	10,9	20,1	5,4	5,2	- 6,6	7,3	6,4
2009 4.Vj.	- 7,2	- 1,1	- 8,8	- 13,0	- 12,4	- 5,6	- 7,2	- 8,7	- 10,0
2010 1.Vj.	5,2	13,1	7,1	5,4	- 1,0	4,9	- 7,2	3,2	4,3
2.Vj.	9,3	14,1	12,8	17,6	6,4	6,6	- 6,4	3,9	9,1
3.Vj.	7,1	9,9	10,6	23,8	6,1	3,9	- 6,7	11,0	7,2
4.Vj.	8,1	9,0	12,7	33,8	10,1	5,4	- 6,3	12,4	5,0
2011 1.Vj.	6,6	9,5	4)p) 12,1	31,7	3,2	4,7	- 6,1	- 1,0	2,1
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾									
2008	83,4	83,2	86,9	70,7	84,7	86,2	76,4	...	76,0
2009	71,2	72,0	72,0	58,1	67,0	73,6	70,7	...	66,1
2010	76,0	77,9	79,7	67,1	75,6	77,2	68,1	...	68,3
2010 1.Vj.	72,4	75,1	74,4	61,6	71,3	74,3	69,0	...	65,5
2.Vj.	76,0	78,2	79,4	66,6	73,6	78,6	69,7	...	67,7
3.Vj.	77,3	79,0	81,9	68,8	78,2	77,5	66,6	...	69,2
4.Vj.	78,2	79,4	83,1	71,2	79,1	78,4	67,1	...	70,9
2011 1.Vj.	80,3	81,2	85,6	73,5	81,8	81,8	69,5	...	72,5
2.Vj.	81,3	82,6	86,8	73,4	83,0	81,9	68,8	...	74,3
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾									
2008	7,6	7,0	7,5	5,5	6,4	7,8	7,7	6,3	6,7
2009	9,6	7,9	7,8	13,8	8,3	9,5	9,5	11,9	7,8
2010	10,1	8,3	7,1	16,9	8,4	9,7	12,6	13,7	8,4
2010 Nov.	10,1	8,0	6,7	...	8,1	9,6	14,1	14,4	8,3
Dez.	10,0	7,9	6,6	14,5	8,1	9,6	14,1	14,8	8,3
2011 Jan.	10,0	7,8	6,6	...	8,1	9,6	...	14,9	8,3
Febr.	9,9	7,7	6,1	...	8,0	9,5	...	14,8	8,2
März	9,9	7,7	6,2	13,8	8,0	9,5	...	14,7	8,3
April	9,9	7,7	5,9	...	8,0	9,4	...	14,7	8,1
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
2008	9) 3,3	4,5	2,8	10,6	3,9	3,2	4,2	3,1	3,5
2009	10) 0,3	0,0	0,2	0,2	1,6	0,1	1,3	- 1,7	0,8
2010	1,6	2,3	1,2	2,7	1,7	1,7	4,7	- 1,6	1,6
2010 Dez.	2,2	3,4	1,9	5,4	2,8	2,0	5,2	- 0,2	2,1
2011 Jan.	11) 2,3	3,7	2,0	5,1	3,1	2,0	4,9	0,2	1,9
Febr.	2,4	3,5	2,2	5,5	3,5	1,8	4,2	0,9	2,1
März	2,7	3,5	2,3	5,1	3,5	2,2	4,3	1,2	2,8
April	2,8	3,3	2,7	5,4	3,4	2,2	3,7	1,5	2,9
Mai	2,7	3,1	2,4	5,5	3,4	2,2	3,1	1,2	3,0
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹²⁾									
2008	- 2,0	- 1,3	0,1	- 2,8	- 4,2	- 3,3	- 9,8	- 7,3	- 2,7
2009	- 6,3	- 5,9	- 3,0	- 1,7	- 2,6	- 7,5	- 15,4	- 14,3	- 5,4
2010	- 6,0	- 4,1	- 3,3	0,1	- 2,5	- 7,0	- 10,5	- 32,4	- 4,6
Staatliche Verschuldung ¹²⁾									
2008	70,0	89,6	66,3	4,6	34,1	67,7	110,7	44,4	106,3
2009	79,5	96,2	73,5	7,2	43,8	78,3	127,1	65,6	116,1
2010	85,3	96,8	83,2	6,6	48,4	81,7	142,8	96,2	119,0

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. — 2 Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. — 3 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich

bereinigt. — 4 Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung. — 5 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. — 6 In Prozent der zivilen

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
1,4	5,4	1,9	2,2	0,0	5,8	3,7	0,9	3,6	2008
- 3,6	- 3,3	- 3,9	- 3,9	- 2,5	- 4,8	- 8,1	- 3,7	- 1,7	2009
3,5	3,1	1,8	2,0	1,3	4,0	1,2	0,1	1,0	2010
1,8	- 1,6	- 2,2	- 0,9	- 1,1	- 3,6	- 5,5	- 2,6	- 2,8	2009 4.Vj.
0,9	3,7	0,5	0,2	1,7	4,7	- 1,1	- 1,4	- 0,8	2010 1.Vj.
5,3	2,9	2,2	2,4	1,6	4,2	1,9	0,2	0,6	2.Vj.
3,3	2,4	1,8	2,6	1,0	3,8	1,8	0,0	1,9	3.Vj.
4,7	3,6	2,5	3,2	1,0	3,5	2,1	0,6	2,5	4.Vj.
...	2,4	3,2	4,2	...	3,5	2,0	0,7	1,8	2011 1.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
- 5,2	-	1,4	1,3	- 4,1	3,3	1,7	- 7,3	4,0	2008
- 15,9	-	7,6	- 11,3	- 8,6	- 3,3	- 17,7	- 15,8	- 8,6	2009
10,6	-	7,1	6,5	1,7	18,9	6,4	0,8	- 1,8	2010
2,8	-	- 1,4	- 4,9	- 4,5	1,3	- 8,4	- 5,6	- 8,7	2009 4.Vj.
15,9	-	7,6	0,6	3,3	19,8	- 0,8	0,3	- 2,4	2010 1.Vj.
14,8	-	10,8	8,1	2,5	24,4	10,2	2,9	- 2,2	2.Vj.
5,7	-	4,2	8,4	- 0,2	15,3	8,1	- 0,2	- 0,3	3.Vj.
6,3	-	5,9	9,1	1,0	16,7	7,9	0,4	- 2,5	4.Vj.
1,7	-	0,3	ρ) 11,2	0,1	11,9	8,9	1,9	ρ) - 3,7	2011 1.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾									
84,7	80,6	83,3	86,6	79,7	72,8	83,9	79,5	72,0	2008
65,4	70,1	76,0	77,4	72,6	54,0	70,9	70,0	66,3	2009
78,5	77,7	78,9	81,9	75,0	58,0	76,0	71,1	62,5	2010
76,4	78,4	77,4	78,7	74,4	58,0	72,7	68,4	61,7	2010 1.Vj.
79,3	76,6	78,8	82,0	75,9	57,2	75,0	70,9	63,1	2.Vj.
80,3	78,7	79,6	83,2	75,0	58,9	77,9	72,6	61,4	3.Vj.
78,1	77,0	79,7	83,7	74,5	57,9	78,2	72,5	63,6	4.Vj.
82,9	80,6	80,7	84,6	73,5	68,0	79,9	73,5	63,3	2011 1.Vj.
87,3	81,1	81,1	86,3	76,4	55,4	82,2	74,7	...	2.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾									
4,9	5,9	3,1	3,8	7,7	9,5	4,4	11,3	3,6	2008
5,1	7,0	3,7	4,8	9,6	12,0	5,9	18,0	5,3	2009
4,5	6,8	4,5	4,4	11,0	14,4	7,3	20,1	6,5	2010
4,5	6,4	4,4	4,2	11,2	14,1	7,7	20,5	6,9	2010 Nov.
4,6	6,5	4,3	4,2	11,2	14,0	8,0	20,4	6,9	Dez.
4,4	6,3	4,3	4,5	8)	14,0	8,0	20,4	7,0	2011 Jan.
4,3	6,4	4,3	4,6	12,5	14,0	8,1	20,5	7,2	Febr.
4,3	6,3	4,2	4,4	12,6	14,0	8,1	20,7	7,3	März
4,5	6,2	4,2	4,2	12,6	13,9	8,2	20,7	7,6	April
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
4,1	4,7	2,2	3,2	2,7	3,9	5,5	4,1	4,4	2008
0,0	1,8	1,0	0,4	- 0,9	0,9	0,9	- 0,2	0,2	2009
2,8	2,0	0,9	1,7	1,4	0,7	2,1	2,0	2,6	2010
3,1	4,0	1,8	2,2	2,4	1,3	2,2	2,9	1,9	2010 Dez.
3,4	3,3	2,0	2,5	3,6	3,2	2,3	3,0	3,0	2011 Jan.
3,9	2,7	2,0	3,1	3,5	3,5	2,0	3,4	3,1	Febr.
4,0	2,8	2,0	3,3	3,9	3,8	2,4	3,3	3,2	März
4,0	2,4	2,2	3,7	4,0	3,9	2,0	3,5	3,5	April
3,8	2,5	2,4	ρ) 3,7	3,7	4,2	...	3,4	4,1	Mai
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹²⁾									
- 3,0	- 4,5	0,6	- 0,9	- 3,5	- 2,1	- 1,8	- 4,2	0,9	2008
- 0,9	- 3,7	- 5,5	- 4,1	- 10,1	- 8,0	- 6,0	- 11,1	- 6,0	2009
- 1,7	- 3,6	- 5,4	- 4,6	- 9,1	- 7,9	- 5,6	- 9,2	- 5,3	2010
Staatliche Verschuldung ¹²⁾									
13,6	61,5	58,2	63,8	71,6	27,8	21,9	39,8	48,3	2008
14,6	67,6	60,8	69,6	83,0	35,4	35,2	53,3	58,0	2009
18,4	68,0	62,7	72,3	93,0	41,0	38,0	60,1	60,8	2010

Erwerbspersonen; saisonbereinigt. — 7 Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. — 8 Neue Erhebungsmethode; daher nicht vergleichbar mit früheren Angaben. — 9 Ab 2008 einschl. Malta und

Zypern. — 10 Ab 2009 einschl. Slowakische Republik. — 11 Ab 2011 einschl. Estland. — 12 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	insgesamt	Forde- rungen an das Nicht-Euro- Währungs- gebiet	Verbind- lichkeiten gegen- über dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein- barter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein- barter Kündi- gungsfrist von mehr als 3 Mo- naten	Schuldver- schreibun- gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rück- lagen ³⁾
	insgesamt	zusammen	darunter Wert- papiere	zusammen									
2009 Sept.	72,4	50,7	5,7	21,8	31,2	- 13,9	- 35,1	- 21,2	22,4	16,3	1,0	- 8,4	13,6
Okt.	- 5,8	- 39,7	- 1,4	33,9	14,0	- 10,1	12,3	2,2	5,3	1,7	2,2	- 0,6	1,9
Nov.	42,5	44,9	13,8	- 2,4	2,4	- 7,1	4,9	11,9	29,0	9,5	0,6	4,6	14,3
Dez.	- 34,8	- 2,2	3,2	- 32,6	- 28,0	48,7	- 51,2	- 99,9	42,3	20,6	- 1,1	- 14,0	36,7
2010 Jan.	- 10,5	- 31,1	- 1,6	20,6	9,2	- 4,9	61,1	56,2	35,8	11,1	1,0	31,6	- 7,9
Febr.	20,5	- 6,7	- 9,6	27,2	32,2	- 15,1	14,6	29,7	- 2,6	6,4	- 0,7	- 7,2	- 1,0
März	63,9	5,7	- 20,7	58,2	33,6	- 16,1	- 24,3	- 8,1	35,8	2,6	- 0,1	23,2	10,1
April	83,6	69,2	40,9	14,4	11,7	- 25,1	71,6	96,6	24,0	17,0	- 2,0	7,9	1,0
Mai	22,0	- 15,9	- 41,6	37,9	23,7	27,1	30,5	3,5	1,6	- 3,1	- 1,8	- 7,9	14,4
Juni	82,8	32,8	- 10,4	50,1	31,9	- 8,1	- 155,8	- 147,7	4,5	- 6,0	- 2,4	- 18,8	31,8
Juli	32,3	45,3	29,1	- 13,0	- 2,1	- 32,4	- 41,3	- 8,9	46,1	28,1	- 2,2	6,1	14,1
Aug.	3,6	3,7	12,6	- 0,1	- 7,3	- 0,7	91,2	91,9	13,6	6,9	- 1,4	- 1,9	10,0
Sept.	62,8	44,6	2,3	18,2	13,1	8,5	- 44,8	- 53,3	12,9	3,6	- 2,7	15,6	- 3,7
Okt.	150,0	- 37,0	- 20,2	187,0	107,5	- 82,9	- 37,7	45,2	9,4	- 7,5	- 1,7	12,0	6,5
Nov.	160,2	143,3	51,5	16,9	- 37,8	8,4	15,5	7,1	53,1	29,4	0,2	1,9	21,7
Dez.	- 113,5	- 48,3	- 28,9	- 65,2	- 69,9	50,5	- 89,0	- 139,5	34,0	19,8	- 0,5	- 2,5	17,2
2011 Jan.	43,6	27,2	2,7	16,4	20,0	10,3	86,9	76,6	20,1	- 1,4	1,5	22,9	- 2,9
Febr.	20,0	23,9	- 0,3	- 3,9	10,3	19,5	31,6	12,0	33,7	- 5,4	0,5	22,8	15,9
März	- 26,8	- 4,7	- 23,2	- 22,1	- 11,5	108,0	- 32,7	- 140,7	25,5	9,6	- 0,2	15,3	0,8
April	77,3	76,4	39,9	0,9	13,0	- 27,9	82,9	110,8	28,7	10,9	- 1,1	18,3	0,6

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	insgesamt	Forde- rungen an das Nicht-Euro- Währungs- gebiet	Verbind- lichkeiten gegen- über dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein- barter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein- barter Kündi- gungsfrist von mehr als 3 Mo- naten	Schuldver- schreibun- gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rück- lagen ³⁾
	insgesamt	zusammen	darunter: Wert- papiere	zusammen									
2009 Sept.	22,3	18,7	0,5	3,6	6,5	- 6,7	- 28,0	- 21,3	- 12,0	2,9	1,2	- 17,1	0,9
Okt.	- 0,1	- 19,2	- 5,1	19,1	7,3	- 9,2	- 0,9	- 10,1	- 0,5	0,9	2,4	- 1,3	- 0,7
Nov.	- 0,4	6,6	2,4	- 7,0	1,3	- 0,4	- 1,2	- 0,8	- 0,9	2,2	0,9	- 10,0	6,0
Dez.	- 37,4	- 30,0	- 9,7	- 7,4	- 1,4	10,6	- 9,3	- 19,9	- 12,5	0,7	- 1,1	- 12,8	0,6
2010 Jan.	16,6	5,4	8,1	11,1	8,1	- 15,1	6,8	21,9	- 6,1	2,4	- 1,6	- 0,3	- 6,7
Febr.	- 12,8	- 15,3	- 11,1	2,5	5,7	- 22,1	- 18,4	3,8	- 6,8	0,5	- 0,7	- 6,3	- 0,4
März	- 2,5	- 8,8	- 5,2	6,2	7,0	- 14,0	2,8	16,8	2,9	1,1	0,1	2,7	- 0,9
April	54,7	50,6	24,7	4,1	2,3	- 13,0	40,5	53,5	- 3,7	0,1	- 1,9	- 0,6	- 1,4
Mai	- 36,4	- 54,5	- 52,2	18,1	7,8	- 35,4	13,5	48,9	- 17,0	- 5,3	- 1,8	1,7	- 11,6
Juni	15,1	- 10,3	- 9,7	25,3	20,4	- 17,8	- 62,2	- 44,4	- 4,9	0,7	- 1,3	- 3,4	- 0,9
Juli	- 2,9	- 1,5	- 4,5	- 1,4	2,9	- 30,9	- 38,5	- 7,5	- 6,5	- 0,2	- 2,2	- 12,2	8,1
Aug.	8,7	6,9	1,6	1,8	1,8	7,2	12,0	4,8	- 3,4	2,4	- 1,8	- 2,4	- 1,7
Sept.	- 16,1	- 24,0	- 5,2	7,9	4,0	- 2,2	- 23,0	- 20,9	- 0,4	- 1,0	- 2,4	2,2	0,7
Okt.	101,0	7,6	1,6	93,4	88,7	5,0	- 3,4	- 8,4	2,3	- 2,1	- 1,4	- 4,4	10,2
Nov.	40,6	33,5	5,2	7,1	- 69,0	- 5,2	6,4	11,6	4,3	- 0,2	0,5	3,1	0,8
Dez.	- 72,0	- 39,6	- 4,2	- 32,4	- 22,5	18,4	- 11,7	- 30,1	- 0,5	- 0,2	- 0,0	- 0,7	0,4
2011 Jan.	30,1	19,0	16,9	11,1	6,2	9,5	6,0	- 3,5	5,8	- 2,5	- 0,5	2,3	6,5
Febr.	- 0,8	13,5	- 7,2	- 14,3	- 2,4	- 4,0	3,6	7,7	2,2	- 1,8	0,0	0,0	3,9
März	- 29,6	- 17,0	- 0,5	- 12,5	- 2,2	26,3	- 26,8	- 53,1	- 3,7	- 1,7	0,2	- 4,7	2,5
April	28,7	36,5	22,6	- 7,7	3,2	18,5	50,0	31,5	2,4	- 1,3	- 0,8	3,0	1,5

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit	
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)		
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)								
20,8	8,7	-	6,6	9,6	62,6	- 0,5	63,1	- 59,6	6,7	24,5	- 19,5	-	8,0	2009 Sept.
22,3	- 9,1	-	14,3	26,1	55,6	4,8	50,8	- 44,1	14,7	- 25,8	- 4,8	-	9,8	Okt.
- 13,6	40,1	-	20,1	7,0	38,5	4,7	33,9	- 49,3	3,8	5,5	- 15,0	-	3,6	Nov.
- 55,4	- 52,4	-	79,3	93,6	80,9	19,9	61,0	- 23,9	36,6	12,5	- 26,3	-	0,5	Dez.
28,8	- 10,4	-	59,8	43,9	- 2,1	- 12,8	10,7	- 70,9	29,1	- 20,5	4,6	-	0,0	2010 Jan.
- 3,6	39,9	-	28,3	29,4	- 17,1	2,4	- 19,5	- 21,4	9,1	15,9	- 8,2	-	6,6	Febr.
- 5,9	8,8	-	9,0	1,9	5,4	9,1	- 3,7	- 16,1	8,8	18,4	- 16,5	-	9,1	März
- 19,6	- 22,7	-	76,9	53,6	80,5	4,0	76,5	- 36,1	9,1	21,0	2,0	-	0,5	April
34,0	0,8	-	12,7	18,6	30,9	6,4	24,5	- 10,9	1,5	4,2	- 4,1	-	6,0	Mai
20,4	16,8	-	32,9	25,0	42,3	6,5	35,7	- 20,7	3,4	39,0	- 24,4	-	6,7	Juni
- 22,5	- 9,0	-	14,8	14,6	- 11,9	8,4	- 20,4	16,4	10,1	- 22,1	- 8,4	-	1,2	Juli
- 20,2	- 8,3	-	17,8	3,9	- 35,0	- 6,0	- 29,0	26,1	12,8	2,7	11,7	-	0,5	Aug.
3,4	36,3	-	18,7	16,1	8,3	- 1,2	9,5	4,4	3,4	22,2	- 18,8	-	1,0	Sept.
78,1	- 8,2	-	12,3	35,6	8,3	2,2	6,0	23,8	3,6	- 27,5	- 14,9	-	5,5	Okt.
17,1	41,9	-	56,4	1,2	10,4	1,2	9,2	- 15,2	3,7	48,1	12,9	-	3,5	Nov.
- 97,1	- 51,0	-	51,1	89,6	65,1	18,4	46,8	3,5	21,0	- 5,2	- 34,0	-	0,8	Dez.
51,9	58,6	-	76,6	41,3	- 44,7	- 12,6	- 32,1	- 14,7	18,1	- 36,1	- 5,2	-	6,0	2011 Jan.
13,4	- 27,5	-	19,8	- 20,5	- 32,6	- 0,0	- 32,6	9,3	2,7	39,7	2,9	-	2,2	Febr.
- 29,1	53,7	-	31,1	26,8	16,2	2,5	13,7	7,6	3,1	- 11,1	- 2,1	-	17,5	März
8,0	- 61,6	-	74,4	49,9	40,5	7,1	33,3	6,3	3,1	19,0	2,2	-	3,4	April

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)								Zeit	
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge					Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)		Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)						
-	2,3	20,1	1,6	0,1	9,6	20,5	- 26,1	3,1	11,9	0,1	-	0,0	2009 Sept.
1,4	11,1	1,5	0,8	- 3,1	27,9	- 30,7	4,2	- 0,4	- 0,1	-	3,9	Okt.	
- 7,8	2,0	0,3	1,5	5,9	24,0	- 16,8	3,0	- 2,3	- 0,2	-	1,7	Nov.	
- 8,9	2,4	0,0	4,3	- 7,8	- 16,6	3,7	10,0	- 0,5	- 0,6	-	3,8	Dez.	
- 6,1	16,4	0,7	- 2,9	- 2,7	29,3	- 27,6	4,7	- 12,3	0,7	-	2,5	2010 Jan.	
- 3,8	- 30,9	2,1	0,6	6,6	0,3	- 11,6	5,9	10,7	- 0,2	-	1,5	Febr.	
- 1,6	- 3,3	0,5	2,9	- 14,6	- 14,7	- 0,0	1,8	1,0	- 0,5	-	2,1	März	
0,2	4,5	0,9	0,6	40,8	40,5	- 21,9	2,0	20,8	- 0,2	-	0,4	April	
1,6	- 65,7	0,6	1,2	9,3	11,8	- 5,3	2,0	0,7	0,4	-	0,3	Mai	
- 1,0	6,5	- 0,8	2,3	- 3,3	1,7	- 0,3	0,7	1,2	- 0,7	-	6,0	Juni	
1,5	- 23,0	0,3	1,7	- 5,9	- 0,2	- 3,0	3,7	- 10,4	0,5	-	3,5	Juli	
7,5	- 14,7	2,0	- 1,3	26,5	4,7	1,5	1,7	11,7	- 0,3	-	7,2	Aug.	
- 8,5	- 11,3	2,6	- 0,4	1,9	1,0	3,6	2,6	- 8,0	- 0,2	-	2,9	Sept.	
20,8	110,6	0,9	0,0	- 27,7	2,5	- 0,2	2,7	- 10,8	- 0,1	-	21,7	Okt.	
3,3	- 18,8	- 0,1	1,1	46,7	26,4	- 5,2	2,1	23,9	0,3	-	0,8	Nov.	
- 6,7	- 29,2	0,5	3,8	- 17,2	- 8,7	8,5	8,6	- 22,2	0,1	-	3,6	Dez.	
5,4	32,5	0,7	- 2,8	- 4,1	14,7	- 6,2	2,7	- 12,2	0,1	-	3,1	2011 Jan.	
1,9	- 17,7	1,1	- 0,2	8,8	- 15,5	5,2	2,1	18,8	- 0,1	-	1,7	Febr.	
- 8,2	16,4	0,6	0,6	- 7,7	3,3	3,8	0,8	- 14,3	0,1	-	1,5	März	
- 4,5	26,4	0,7	1,5	23,0	7,3	10,2	- 1,3	10,4	- 0,2	-	3,4	April	

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder

M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet			sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte							
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)					
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
2009 März	24 158,0	15 752,4	13 037,4	10 818,3	1 451,1	768,0	2 715,0	991,9	1 723,1	5 034,4	3 371,2		
April	24 240,0	15 845,6	13 087,1	10 815,4	1 476,2	795,6	2 758,4	1 003,0	1 755,4	5 094,2	3 300,2		
Mai	23 918,1	15 851,6	13 089,6	10 812,5	1 484,4	792,8	2 762,0	994,7	1 767,3	4 960,9	3 105,7		
Juni	24 086,0	15 956,3	13 122,0	10 839,1	1 500,0	782,9	2 834,4	1 017,6	1 816,7	4 910,8	3 218,9		
Juli	24 038,9	15 924,6	13 081,0	10 802,0	1 499,7	779,3	2 843,6	1 018,3	1 825,3	4 872,3	3 242,0		
Aug.	23 954,5	15 873,5	13 019,7	10 737,8	1 499,6	782,3	2 853,8	1 022,7	1 831,1	4 861,5	3 219,5		
Sept.	23 907,4	15 948,6	13 069,0	10 771,9	1 499,5	797,6	2 879,6	1 013,2	1 866,4	4 779,8	3 179,1		
Okt.	23 853,4	15 934,7	13 022,4	10 725,9	1 497,4	799,1	2 912,3	1 033,0	1 879,3	4 787,1	3 131,6		
Nov.	24 008,8	15 973,4	13 064,7	10 755,2	1 497,9	811,5	2 908,7	1 025,5	1 883,2	4 796,7	3 238,7		
Dez.	23 862,4	15 974,2	13 102,7	10 784,5	1 505,5	812,7	2 871,5	1 021,1	1 850,4	4 809,1	3 079,1		
2010 Jan.	24 084,9	15 985,1	13 092,5	10 774,4	1 501,6	816,5	2 892,6	1 032,8	1 859,8	4 941,3	3 158,5		
Febr.	24 257,0	16 010,6	13 086,0	10 777,2	1 505,9	802,9	2 924,6	1 027,9	1 896,7	5 012,5	3 233,9		
März	24 305,4	16 068,3	13 087,2	10 800,5	1 492,0	794,7	2 981,1	1 052,5	1 928,6	4 998,8	3 238,3		
April	24 624,4	16 139,0	13 145,3	10 820,2	1 499,2	825,9	2 993,8	1 055,5	1 938,3	5 122,6	3 362,8		
Mai	25 230,6	16 179,5	13 145,1	10 865,1	1 478,6	801,3	3 034,4	1 070,2	1 964,2	5 348,8	3 702,4		
Juni	25 240,0	16 379,1	13 288,2	10 988,6	1 516,3	783,4	3 090,9	1 091,5	1 999,4	5 247,1	3 613,8		
Juli	24 950,6	16 395,4	13 314,0	10 981,3	1 548,1	784,7	3 081,4	1 080,3	2 001,1	5 050,7	3 504,5		
Aug.	25 591,2	16 412,5	13 323,5	10 978,8	1 549,6	795,1	3 088,9	1 087,9	2 001,0	5 236,6	3 942,1		
Sept.	25 178,2	16 434,0	13 332,5	10 983,1	1 552,3	797,1	3 101,5	1 092,4	2 009,2	5 034,4	3 709,8		
Okt.	25 148,1	16 575,1	13 288,9	10 959,9	1 524,5	804,5	3 286,2	1 171,9	2 114,2	4 976,3	3 596,7		
Nov.	25 456,9	16 731,2	13 442,7	11 069,4	1 557,1	816,3	3 288,5	1 227,5	2 061,0	5 148,2	3 577,5		
Dez.	25 822,6	16 592,5	13 366,0	11 028,7	1 537,5	799,7	3 226,5	1 238,7	1 987,9	5 004,8	4 225,3		
2011 Jan.	25 698,6	16 652,4	13 407,8	11 066,7	1 526,1	815,1	3 244,6	1 235,2	2 009,4	5 016,0	4 030,2		
Febr.	25 745,7	16 687,7	13 455,5	11 114,2	1 533,8	807,5	3 232,1	1 214,9	2 017,3	5 053,7	4 004,3		
März	25 326,8	16 485,4	13 398,5	11 116,6	1 502,9	779,0	3 086,9	1 205,6	1 881,3	4 946,4	3 895,0		
April	25 459,0	16 553,3	13 468,4	11 141,9	1 502,9	823,6	3 085,0	1 195,2	1 889,8	4 967,1	3 938,6		
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2009 März	5 282,0	3 674,0	3 065,2	2 555,9	235,1	274,3	608,8	368,1	240,7	1 278,5	329,5		
April	5 330,0	3 694,6	3 079,0	2 557,4	234,9	286,8	615,6	369,8	245,8	1 319,6	315,8		
Mai	5 261,9	3 684,9	3 068,7	2 556,8	234,0	277,8	616,2	365,5	250,8	1 292,8	284,3		
Juni	5 220,8	3 698,7	3 082,9	2 566,5	246,0	270,4	615,8	363,7	252,1	1 270,5	251,6		
Juli	5 173,5	3 689,5	3 059,0	2 545,9	245,8	267,3	630,6	376,6	254,0	1 238,5	245,5		
Aug.	5 149,9	3 660,3	3 038,5	2 532,0	242,9	263,6	621,8	371,0	250,7	1 223,4	266,3		
Sept.	5 131,7	3 679,7	3 054,4	2 548,0	242,8	263,6	625,2	368,1	257,1	1 186,5	265,5		
Okt.	5 128,8	3 677,6	3 033,3	2 532,0	240,4	260,9	644,2	379,8	264,4	1 184,0	267,3		
Nov.	5 131,5	3 675,6	3 041,1	2 537,6	240,3	263,2	634,6	368,9	265,7	1 184,3	271,6		
Dez.	5 084,8	3 642,7	3 015,1	2 520,4	235,5	259,1	627,6	363,0	264,6	1 188,8	253,3		
2010 Jan.	5 123,4	3 660,2	3 021,3	2 516,0	239,8	265,5	638,8	366,1	272,7	1 211,6	251,5		
Febr.	5 099,1	3 649,6	3 008,2	2 513,7	237,7	256,8	641,4	362,9	278,5	1 208,0	241,5		
März	5 105,8	3 638,3	2 993,1	2 509,7	233,9	249,6	645,2	362,2	283,0	1 209,3	258,2		
April	5 210,6	3 693,3	3 044,0	2 535,9	231,3	276,8	649,3	364,1	285,2	1 262,7	254,6		
Mai	5 259,6	3 664,4	2 996,6	2 539,6	209,1	247,9	667,8	374,7	293,1	1 324,9	270,3		
Juni	5 236,5	3 680,2	2 988,1	2 540,8	205,5	241,8	692,1	377,7	314,4	1 272,2	284,0		
Juli	5 144,1	3 670,8	2 980,4	2 537,8	200,7	242,0	690,4	373,1	317,3	1 195,0	278,3		
Aug.	5 201,0	3 683,3	2 991,4	2 546,6	199,6	245,1	691,9	373,2	318,7	1 228,9	288,8		
Sept.	5 107,4	3 659,4	2 960,3	2 520,3	198,8	241,2	699,1	376,7	322,3	1 172,2	275,8		
Okt.	5 191,7	3 756,9	2 964,7	2 523,0	197,8	243,9	792,2	381,2	411,0	1 162,4	272,4		
Nov.	5 311,7	3 822,0	3 004,1	2 557,1	195,3	251,8	817,8	457,5	360,3	1 207,0	282,8		
Dez.	6 121,8	3 742,7	2 958,5	2 518,9	192,7	246,9	784,2	447,6	336,6	1 183,6	1 195,5		
2011 Jan.	6 033,2	3 767,9	2 972,6	2 516,5	194,1	262,0	795,3	452,3	342,9	1 170,1	1 095,2		
Febr.	5 986,9	3 764,4	2 983,4	2 535,7	193,4	254,3	781,0	440,8	340,2	1 175,3	1 047,2		
März	5 835,3	3 730,5	2 962,9	2 515,9	190,2	256,8	767,6	430,3	337,3	1 134,9	970,0		
April	5 901,4	3 754,0	2 995,7	2 526,0	189,8	279,9	758,2	419,3	339,0	1 171,1	976,3		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarkt-

papiere von öffentlichen Haushalten. — 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*). Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
719,8	9 817,5	9 163,2	9 201,8	3 203,3	1 962,0	252,2	2 046,6	1 620,0	117,8	2009 März	
729,1	9 880,6	9 242,4	9 279,4	3 254,9	1 945,8	253,8	2 062,3	1 643,9	118,8	April	
731,9	9 886,5	9 258,7	9 291,8	3 276,2	1 900,8	252,5	2 084,2	1 657,9	120,2	Mai	
734,9	9 955,5	9 300,4	9 337,1	3 354,1	1 842,7	242,1	2 107,2	1 669,7	121,3	Juni	
745,3	9 887,2	9 285,1	9 326,9	3 341,9	1 801,2	254,5	2 118,7	1 688,2	122,4	Juli	
741,0	9 857,4	9 281,6	9 320,7	3 350,7	1 759,6	257,8	2 124,5	1 704,9	123,2	Aug.	
740,5	9 895,9	9 303,8	9 338,4	3 407,1	1 701,4	254,6	2 139,3	1 711,5	124,4	Sept.	
745,3	9 941,5	9 322,4	9 365,2	3 460,8	1 654,9	256,7	2 140,0	1 726,0	126,9	Okt.	
750,0	9 922,5	9 324,0	9 357,1	3 485,6	1 605,4	259,9	2 148,6	1 730,0	127,7	Nov.	
769,9	9 984,7	9 437,9	9 492,5	3 556,5	1 590,9	262,2	2 189,1	1 767,0	126,9	Dez.	
757,1	10 011,8	9 430,2	9 485,4	3 576,3	1 521,6	265,1	2 200,1	1 796,9	125,4	2010 Jan.	
759,5	9 994,9	9 421,7	9 469,6	3 556,1	1 502,6	269,0	2 211,1	1 805,9	124,9	Febr.	
768,6	9 982,9	9 412,5	9 466,0	3 558,2	1 485,8	268,3	2 213,8	1 814,7	125,1	März	
772,6	10 030,1	9 475,3	9 534,0	3 635,0	1 449,8	270,3	2 232,7	1 824,1	122,1	April	
779,0	10 089,2	9 480,6	9 551,6	3 660,4	1 442,0	270,3	2 235,5	1 823,1	120,4	Mai	
785,5	10 217,2	9 594,1	9 651,2	3 699,4	1 427,0	269,0	2 318,6	1 817,7	119,5	Juni	
793,9	10 209,1	9 625,3	9 684,9	3 687,3	1 439,3	270,5	2 342,6	1 827,8	117,4	Juli	
788,0	10 207,2	9 631,4	9 699,3	3 661,2	1 458,3	272,6	2 350,3	1 840,8	116,1	Aug.	
786,8	10 206,5	9 644,5	9 690,0	3 665,0	1 459,4	263,9	2 344,0	1 843,9	113,8	Sept.	
789,0	10 308,3	9 671,7	9 717,5	3 670,1	1 477,7	273,7	2 336,0	1 847,6	112,4	Okt.	
790,2	10 390,5	9 719,2	9 777,1	3 674,0	1 466,7	277,9	2 393,8	1 851,8	112,9	Nov.	
808,6	10 371,2	9 808,1	9 871,6	3 726,6	1 473,4	272,8	2 413,1	1 873,0	112,5	Dez.	
796,3	10 407,1	9 792,4	9 848,9	3 703,0	1 454,8	272,2	2 410,6	1 892,0	112,2	2011 Jan.	
796,2	10 415,9	9 789,7	9 842,4	3 668,0	1 460,9	278,9	2 422,4	1 899,3	112,9	Febr.	
798,3	10 424,9	9 834,7	9 884,0	3 681,1	1 456,8	287,4	2 441,4	1 904,3	113,0	März	
805,5	10 477,9	9 882,0	9 931,3	3 709,3	1 459,7	286,6	2 454,2	1 909,5	112,1	April	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
179,0	2 821,3	2 740,2	2 650,6	870,1	418,5	52,7	760,7	437,3	111,3	2009 März	
180,6	2 854,6	2 759,1	2 667,2	880,6	418,0	52,0	764,7	439,8	112,1	April	
180,7	2 860,9	2 753,2	2 661,0	884,4	401,8	51,8	767,2	442,2	113,6	Mai	
182,2	2 856,1	2 755,9	2 666,6	902,2	372,6	50,8	780,8	445,7	114,6	Juni	
185,6	2 840,1	2 747,1	2 663,6	907,2	358,8	50,2	781,5	450,2	115,7	Juli	
184,2	2 832,1	2 748,8	2 667,0	919,1	344,4	49,1	783,3	454,6	116,5	Aug.	
184,3	2 830,8	2 750,2	2 671,8	937,9	324,4	47,9	786,2	457,7	117,7	Sept.	
185,0	2 834,4	2 752,2	2 676,5	966,4	295,8	47,6	784,8	461,8	120,1	Okt.	
186,5	2 839,6	2 767,0	2 687,1	987,8	280,1	46,6	787,0	464,7	120,9	Nov.	
190,8	2 828,4	2 763,3	2 688,5	975,3	283,8	46,9	788,0	474,6	119,8	Dez.	
187,9	2 830,4	2 772,0	2 696,8	1 005,5	261,0	44,4	788,2	479,4	118,3	2010 Jan.	
188,5	2 829,6	2 776,4	2 695,8	1 003,1	253,7	43,7	792,4	485,3	117,6	Febr.	
191,4	2 816,4	2 765,5	2 687,3	992,2	254,0	42,8	793,5	487,1	117,7	März	
192,1	2 836,8	2 782,6	2 710,0	1 035,2	234,4	42,0	793,6	489,0	115,8	April	
193,2	2 841,8	2 783,5	2 706,9	1 043,4	229,2	40,8	788,5	490,9	114,0	Mai	
195,5	2 842,8	2 787,0	2 702,1	1 041,7	229,2	39,0	787,9	491,6	112,7	Juni	
197,2	2 841,1	2 785,3	2 706,3	1 047,6	227,6	37,8	787,4	495,2	110,6	Juli	
195,8	2 857,9	2 794,5	2 710,2	1 050,3	226,9	37,5	789,7	496,9	108,8	Aug.	
195,4	2 851,5	2 797,8	2 709,0	1 049,9	226,9	37,5	788,8	499,4	106,6	Sept.	
195,5	2 873,7	2 798,5	2 717,1	1 055,7	229,3	37,9	786,8	502,1	105,2	Okt.	
196,6	2 925,7	2 845,2	2 764,3	1 078,2	227,8	38,2	810,2	504,1	105,7	Nov.	
200,4	2 926,8	2 855,0	2 772,1	1 069,6	235,1	38,1	811,1	512,4	105,7	Dez.	
197,6	2 939,7	2 862,6	2 782,4	1 084,8	230,8	38,0	808,5	515,1	105,3	2011 Jan.	
197,4	2 931,4	2 853,1	2 769,4	1 066,1	236,0	38,2	806,5	517,1	105,4	Febr.	
198,0	2 928,9	2 858,5	2 771,7	1 066,6	238,1	38,7	804,8	517,9	105,6	März	
199,5	2 937,5	2 871,5	2 786,1	1 074,5	246,3	39,5	803,5	517,6	104,8	April	

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva											Begebene Schuld-		
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet				Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)
	öffentliche Haushalte			sonstige öffentliche Haushalte								insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privat- personen	
	Zentral- staaten	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privat- personen			insgesamt
			bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten							
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
2009 März	351,7	264,1	134,9	89,2	4,6	24,9	2,6	7,9	338,5	335,5	781,1	2 794,1	2 194,4	
April	337,4	263,8	139,9	83,8	4,8	24,9	2,8	7,7	338,2	335,4	782,1	2 807,6	2 193,2	
Mai	331,5	263,1	138,1	84,7	4,9	24,9	3,0	7,5	336,2	333,4	771,9	2 802,4	2 211,0	
Juni	352,3	266,2	146,0	80,3	4,6	25,0	3,1	7,3	347,3	344,5	742,3	2 799,2	2 198,1	
Juli	298,2	262,0	146,0	74,9	4,9	25,5	3,5	7,2	321,3	318,9	758,5	2 802,4	2 203,3	
Aug.	274,5	262,2	148,2	72,3	5,1	25,7	3,8	7,1	310,8	308,8	759,9	2 798,6	2 197,2	
Sept.	295,2	262,2	154,7	65,9	5,2	25,7	3,9	6,8	335,2	333,0	741,1	2 769,7	2 187,1	
Okt.	317,5	258,7	151,6	65,1	5,2	26,0	4,2	6,6	309,4	307,2	735,5	2 756,8	2 176,7	
Nov.	304,0	261,5	158,1	61,8	5,0	26,1	4,1	6,4	314,8	312,7	722,3	2 751,8	2 173,2	
Dez.	248,6	243,5	143,9	58,8	4,8	25,9	4,0	6,2	327,5	324,8	647,5	2 752,9	2 167,6	
2010 Jan.	279,4	247,1	144,4	56,8	4,8	28,2	4,3	8,6	307,0	305,5	652,1	2 799,3	2 183,8	
Febr.	275,7	249,5	146,5	56,8	4,7	28,4	4,7	8,4	323,0	321,4	643,9	2 793,9	2 162,4	
März	269,9	247,0	142,2	58,8	4,6	28,5	4,9	8,1	341,4	339,6	628,3	2 828,4	2 192,1	
April	250,3	245,8	141,0	58,6	4,5	28,6	5,1	7,9	362,4	360,4	634,4	2 842,2	2 192,7	
Mai	284,2	253,3	145,6	61,6	4,4	28,4	5,4	7,8	366,8	364,8	630,3	2 868,5	2 180,5	
Juni	304,7	261,2	149,7	64,6	3,9	30,0	5,5	7,6	405,9	404,4	605,7	2 854,7	2 169,4	
Juli	282,2	242,0	131,7	63,0	3,6	30,5	5,7	7,5	383,6	382,2	596,7	2 835,1	2 169,8	
Aug.	262,1	245,7	131,4	67,0	3,3	30,8	5,9	7,4	386,4	385,1	608,1	2 847,8	2 161,5	
Sept.	265,5	251,0	132,0	72,2	3,3	30,1	6,4	7,0	408,4	406,9	589,4	2 830,8	2 172,5	
Okt.	343,7	247,0	133,2	66,9	3,4	30,3	6,5	6,8	385,0	383,5	574,3	2 830,4	2 172,9	
Nov.	360,8	252,5	141,4	64,3	3,4	30,4	6,6	6,5	433,4	431,8	586,5	2 866,1	2 183,3	
Dez.	264,2	235,4	125,0	64,0	3,4	30,1	6,5	6,3	428,1	426,1	552,4	2 857,8	2 182,3	
2011 Jan.	316,5	241,7	127,6	65,4	3,4	30,1	6,9	8,2	392,0	390,6	570,2	2 882,4	2 216,0	
Febr.	330,0	243,5	126,4	67,7	3,4	30,6	7,4	8,0	431,6	430,0	575,6	2 899,2	2 230,6	
März	296,6	244,3	125,7	69,3	3,4	30,7	7,4	7,8	409,0	407,6	568,2	2 972,3	2 314,6	
April	304,4	242,2	123,8	69,1	3,6	30,7	7,5	7,5	427,8	426,4	570,2	2 977,9	2 322,4	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
2009 März	48,6	122,2	36,3	59,5	3,4	21,4	1,1	0,5	87,7	87,7	11,4	779,4	542,7	
April	62,7	124,6	41,4	56,8	3,5	21,3	1,2	0,5	92,6	92,6	11,2	782,5	531,5	
Mai	74,7	125,1	41,0	57,6	3,5	21,3	1,2	0,5	90,9	90,9	10,9	776,7	538,0	
Juni	65,8	123,7	43,0	54,3	3,2	21,3	1,3	0,6	93,4	93,4	10,7	764,5	521,5	
Juli	60,0	116,5	40,3	49,4	3,3	21,5	1,4	0,6	82,4	82,4	9,6	754,9	510,6	
Aug.	50,2	114,9	41,1	46,6	3,4	21,5	1,6	0,6	71,7	71,7	9,5	755,1	507,7	
Sept.	47,9	111,2	42,4	41,7	3,4	21,5	1,6	0,7	83,7	83,7	9,6	734,0	498,1	
Okt.	49,3	108,5	41,6	39,5	3,4	21,7	1,6	0,7	83,3	83,3	9,5	727,1	492,8	
Nov.	41,6	110,9	44,1	39,3	3,3	21,7	1,7	0,7	81,0	81,0	9,3	713,6	483,0	
Dez.	32,7	107,3	40,7	39,5	3,2	21,4	1,8	0,7	80,5	80,5	8,7	703,3	470,7	
2010 Jan.	26,6	107,0	40,3	37,4	3,1	23,7	1,7	0,7	68,2	68,2	9,4	712,0	466,2	
Febr.	22,7	111,1	43,4	38,4	3,1	23,7	1,7	0,7	78,9	78,9	9,2	711,0	456,3	
März	21,2	107,9	39,6	39,1	3,0	23,7	1,8	0,7	79,8	79,8	8,6	714,4	458,2	
April	21,4	105,4	37,4	38,8	2,9	23,8	1,8	0,7	100,7	100,7	8,4	715,8	451,0	
Mai	23,0	112,0	42,2	40,6	2,8	23,7	2,0	0,7	101,4	101,4	8,8	733,9	451,9	
Juni	21,9	118,8	45,4	43,2	2,4	25,0	2,0	0,7	102,7	102,7	8,1	729,6	450,9	
Juli	23,5	111,3	38,4	42,9	2,1	25,1	2,0	0,7	92,2	92,2	8,6	709,2	437,0	
Aug.	30,9	116,8	41,0	45,7	2,0	25,4	2,1	0,7	104,0	104,0	8,3	720,7	436,1	
Sept.	22,4	120,1	41,2	48,9	2,1	25,1	2,2	0,6	95,9	95,9	8,1	710,8	437,1	
Okt.	43,2	113,3	37,6	45,6	2,1	25,2	2,2	0,6	85,0	85,0	8,0	682,1	408,8	
Nov.	46,5	114,9	41,9	43,0	2,1	25,2	2,2	0,6	109,0	109,0	8,3	716,8	433,9	
Dez.	39,8	114,9	40,6	44,6	2,0	25,0	2,2	0,5	86,7	86,7	8,4	708,5	425,8	
2011 Jan.	45,2	112,1	39,6	42,7	1,9	25,0	2,3	0,5	74,5	74,5	8,4	703,2	426,8	
Febr.	47,1	114,9	39,7	45,6	1,7	25,2	2,3	0,5	93,2	93,2	8,4	698,6	424,5	
März	38,9	118,3	42,0	46,6	1,8	25,2	2,3	0,5	78,9	78,9	8,5	686,0	426,2	
April	34,3	117,2	39,8	47,6	1,8	25,2	2,3	0,5	89,2	89,2	8,4	678,1	420,6	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 In Deutschland nur Spareinlagen. — 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierter Papiere. — 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. — 5 Ohne

Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengengaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). — 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)								Nachrichtlich						Stand am Jahres- bzw. Monatsende
								sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)	Geldkapitalbildung 13)			
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren												
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
65,9	128,5	2 599,8	4 644,2	1 643,7	– 82,8	3 501,8	–	4 130,8	8 094,0	9 407,1	6 440,6	105,5	2009 März	
66,0	139,9	2 601,8	4 671,5	1 645,1	– 83,0	3 468,9	–	4 197,5	8 165,0	9 490,1	6 460,4	106,2	April	
53,5	144,7	2 604,1	4 513,6	1 655,4	– 102,3	3 322,7	–	4 221,1	8 157,4	9 462,8	6 496,3	107,4	Mai	
38,6	143,2	2 617,4	4 437,0	1 689,8	– 62,5	3 442,5	–	4 311,6	8 186,1	9 456,6	6 507,8	108,7	Juni	
25,3	145,5	2 631,6	4 384,7	1 698,1	– 58,5	3 499,8	–	4 311,0	8 170,1	9 420,1	6 603,6	109,7	Juli	
12,1	144,3	2 642,3	4 308,8	1 716,8	– 68,4	3 529,4	–	4 317,6	8 153,0	9 379,3	6 639,7	109,6	Aug.	
7,0	141,1	2 621,6	4 235,4	1 740,1	– 66,9	3 516,4	–	4 379,3	8 153,6	9 377,5	6 657,9	108,7	Sept.	
– 1,6	140,3	2 618,1	4 227,4	1 747,0	– 93,7	3 484,2	–	4 434,6	8 178,4	9 361,4	6 664,5	108,6	Okt.	
– 2,4	136,5	2 617,7	4 213,7	1 780,6	– 58,1	3 611,1	–	4 472,3	8 170,0	9 340,4	6 707,1	110,2	Nov.	
3,6	129,1	2 620,2	4 238,5	1 802,1	– 22,4	3 361,8	–	4 556,2	8 275,1	9 381,5	6 770,3	117,2	Dez.	
2,5	128,9	2 668,0	4 358,9	1 799,2	– 21,3	3 420,8	–	4 554,1	8 234,9	9 325,5	6 829,5	107,8	2010 Jan.	
1,1	123,8	2 669,1	4 422,6	1 815,7	– 4,4	3 507,9	–	4 538,9	8 213,6	9 305,4	6 857,6	107,8	Febr.	
11,7	122,3	2 694,3	4 425,0	1 832,3	– 41,5	3 539,9	–	4 544,3	8 212,2	9 315,9	6 902,2	106,1	März	
15,6	118,8	2 707,7	4 550,9	1 841,2	– 60,9	3 651,5	–	4 625,9	8 269,0	9 399,9	6 940,3	107,8	April	
22,2	106,9	2 739,4	4 704,8	1 877,9	– 41,5	3 955,8	–	4 663,8	8 301,2	9 427,1	7 009,5	109,4	Mai	
22,5	100,7	2 731,6	4 602,9	1 957,2	– 3,8	3 807,1	–	4 714,8	8 332,7	9 467,1	7 164,5	110,4	Juni	
27,7	99,2	2 708,1	4 488,0	1 940,7	– 11,7	3 715,2	–	4 697,7	8 337,5	9 444,5	7 146,9	114,8	Juli	
27,2	99,5	2 721,1	4 636,0	1 981,3	– 13,2	4 123,2	–	4 664,6	8 342,2	9 463,2	7 206,9	113,7	Aug.	
32,4	96,1	2 702,3	4 440,4	1 957,0	– 8,5	3 950,5	–	4 666,2	8 344,7	9 470,9	7 154,2	111,9	Sept.	
25,4	97,3	2 707,7	4 457,3	1 968,5	– 29,1	3 806,3	–	4 672,8	8 377,9	9 459,8	7 161,6	109,8	Okt.	
23,2	96,5	2 746,4	4 584,8	2 002,8	– 25,4	3 777,2	–	4 688,4	8 387,7	9 527,2	7 292,8	111,4	Nov.	
29,7	91,6	2 736,5	4 373,9	2 023,6	– 59,1	4 348,0	–	4 750,2	8 471,3	9 572,9	7 322,1	117,9	Dez.	
33,7	93,7	2 755,0	4 388,1	2 005,0	– 52,8	4 204,7	–	4 708,3	8 434,6	9 523,9	7 321,2	109,0	2011 Jan.	
37,6	88,3	2 773,4	4 385,6	2 035,3	– 63,4	4 142,8	–	4 670,4	8 415,1	9 547,7	7 382,6	106,8	Febr.	
68,6	85,6	2 818,2	4 169,3	2 040,0	– 73,6	3 871,0	–	4 685,0	8 440,1	9 571,1	7 451,0	106,3	März	
70,8	87,2	2 820,0	4 214,5	2 043,4	– 41,8	3 900,0	–	4 719,5	8 481,8	9 637,6	7 467,9	107,4	April	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
19,3	31,4	728,8	751,2	400,0	– 382,6	813,6	140,4	906,4	1 878,9	2 028,6	2 022,7	–	2009 März	
24,5	33,4	724,5	774,4	390,7	– 373,8	797,8	141,8	922,0	1 893,1	2 054,9	2 013,9	–	April	
25,8	32,5	718,4	727,4	389,3	– 361,3	767,1	142,2	925,5	1 883,5	2 043,6	2 010,3	–	Mai	
22,0	26,6	715,9	731,4	407,9	– 390,7	747,5	141,9	945,2	1 873,0	2 025,8	2 041,0	–	Juni	
23,3	25,1	706,4	724,8	408,0	– 397,8	751,5	141,8	947,5	1 860,8	2 001,2	2 033,8	–	Juli	
24,7	24,9	705,6	718,3	408,3	– 407,6	762,6	143,4	960,2	1 859,9	1 990,7	2 035,8	–	Aug.	
26,3	23,2	684,5	690,3	409,6	– 396,2	769,8	144,9	980,3	1 856,9	1 999,7	2 020,1	–	Sept.	
23,7	21,9	681,5	678,5	411,0	– 388,6	773,6	146,5	1 008,0	1 857,8	1 996,2	2 019,8	–	Okt.	
21,5	22,4	669,7	674,6	424,7	– 384,9	773,7	146,8	1 031,9	1 867,7	2 001,8	2 024,8	–	Nov.	
23,1	17,0	663,2	663,8	423,6	– 390,1	766,7	146,8	1 015,9	1 865,7	1 994,9	2 016,8	–	Dez.	
25,4	17,2	669,3	693,8	419,4	– 364,7	755,0	147,6	1 045,8	1 872,9	1 993,1	2 019,7	–	2010 Jan.	
27,4	16,7	666,9	703,0	424,6	– 394,6	737,4	149,6	1 046,5	1 872,4	2 004,6	2 026,0	–	Febr.	
27,3	15,3	671,8	721,0	424,3	– 419,9	761,1	150,2	1 031,8	1 859,6	1 990,6	2 031,8	–	März	
27,5	14,7	673,7	777,7	429,9	– 411,7	753,1	151,1	1 072,5	1 881,6	2 032,7	2 037,4	–	April	
26,7	15,3	692,0	847,8	431,1	– 469,8	764,6	151,7	1 085,6	1 891,9	2 044,0	2 050,0	–	Mai	
23,5	13,1	693,0	807,3	431,2	– 475,4	790,2	150,9	1 087,1	1 894,5	2 041,9	2 050,6	–	Juni	
25,4	14,7	669,1	784,5	426,1	– 483,3	765,7	151,2	1 086,0	1 893,7	2 034,6	2 019,1	–	Juli	
33,6	13,9	673,3	797,3	433,5	– 496,8	776,1	153,2	1 091,3	1 902,4	2 062,0	2 031,3	–	Aug.	
35,2	14,8	660,8	757,5	430,4	– 517,7	770,9	155,8	1 091,1	1 908,0	2 061,9	2 012,4	–	Sept.	
13,0	15,2	653,9	745,2	440,6	– 414,3	771,5	156,7	1 093,3	1 912,7	2 033,8	2 012,2	–	Okt.	
28,0	18,4	670,4	772,9	451,7	– 439,4	766,9	156,6	1 120,1	1 937,4	2 101,1	2 063,8	–	Nov.	
27,4	15,4	665,7	736,5	450,9	– 456,6	1 660,7	157,1	1 110,2	1 944,6	2 082,5	2 058,9	–	Dez.	
24,2	15,5	663,5	727,0	447,6	– 421,8	1 554,6	157,8	1 124,4	1 955,2	2 077,8	2 050,4	–	2011 Jan.	
26,1	11,8	660,6	732,7	455,8	– 446,9	1 513,6	158,9	1 105,8	1 946,8	2 086,4	2 050,0	–	Febr.	
23,7	12,9	649,4	672,7	455,5	– 438,1	1 442,9	159,5	1 108,6	1 954,0	2 078,0	2 040,9	–	März	
19,5	13,5	645,1	695,2	457,3	– 413,2	1 448,8	160,1	1 114,2	1 969,4	2 100,1	2 036,3	–	April	

emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). — 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. — 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungs-

frist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2009 Jan.	581,3	219,2	613,6	2,9	-	238,5	3,3	753,1	99,9	100,6	221,5	1 213,1
Febr.	547,4	224,9	551,4	2,1	-	175,4	6,1	740,2	102,7	79,3	222,1	1 137,7
März	512,7	224,3	472,4	1,6	-	95,5	4,0	741,5	110,1	41,4	218,6	1 055,5
April	508,0	230,5	443,1	1,1	-	57,8	3,7	747,3	139,0	13,3	221,6	1 026,6
Mai	512,4	239,7	426,9	0,7	-	42,7	3,1	757,5	141,9	13,7	220,8	1 021,0
Juni	487,9	238,8	400,6	0,7	-	22,3	2,1	759,8	141,7	- 15,8	217,9	1 000,0
Juli	457,1	221,4	504,9	1,3	-	119,7	9,9	763,1	137,9	- 65,1	219,2	1 102,0
Aug.	433,6	94,1	694,0	0,3	2,8	185,1	22,1	770,8	133,9	- 103,9	216,9	1 172,8
Sept.	427,6	74,8	645,4	0,3	8,4	136,7	18,5	769,1	125,7	- 110,4	216,9	1 122,7
Okt.	421,4	79,1	616,9	0,3	14,3	109,6	12,9	768,8	139,0	- 113,1	214,7	1 093,1
Nov.	413,0	52,3	626,1	0,3	20,1	86,5	12,0	770,7	148,7	- 118,9	212,8	1 070,0
Dez.	407,6	55,8	593,4	0,7	24,6	65,7	9,9	775,2	150,1	- 130,2	211,4	1 052,3
2010 Jan.	413,0	60,6	648,4	0,4	28,4	147,0	8,1	796,8	119,8	- 132,1	211,2	1 155,0
Febr.	425,6	59,7	662,2	0,2	33,5	168,3	13,3	783,6	122,6	- 117,5	210,9	1 162,8
März	426,9	80,5	641,1	0,9	38,0	186,4	10,5	784,6	113,2	- 119,3	211,8	1 182,9
April	439,8	77,7	650,5	0,4	43,6	200,7	8,4	792,9	113,6	- 116,1	212,5	1 206,1
Mai	457,0	76,7	666,4	0,9	49,4	218,2	11,4	796,6	112,1	- 100,3	212,4	1 227,2
Juni	462,4	110,0	706,7	0,3	86,9	288,8	34,1	806,2	123,1	- 98,4	212,5	1 307,5
Juli	500,9	167,5	573,2	0,3	140,2	230,4	54,4	813,0	126,5	- 56,5	214,4	1 257,8
Aug.	543,4	185,4	432,2	0,1	121,4	96,7	67,5	819,3	95,2	- 11,8	215,7	1 131,7
Sept.	543,2	153,1	435,0	0,6	121,8	83,7	66,9	816,0	86,8	- 15,0	215,3	1 115,0
Okt.	531,3	164,5	392,6	0,7	128,3	68,8	64,8	814,1	96,4	- 39,8	213,1	1 096,1
Nov.	511,3	183,0	340,0	0,8	124,5	41,9	68,8	813,5	92,1	- 72,0	215,2	1 070,7
Dez.	511,1	179,5	336,3	1,9	130,4	44,7	70,8	815,9	94,4	- 79,1	212,5	1 073,1
2011 Jan.	527,5	197,0	316,6	0,5	140,9	66,5	73,5	833,9	81,3	- 85,1	212,4	1 112,8
Febr.	549,7	185,4	318,2	0,1	137,2	39,2	81,3	822,0	101,2	- 66,7	213,6	1 074,8
März	550,0	134,4	321,0	7,6	137,9	26,9	80,3	820,9	89,8	- 79,9	212,9	1 060,7
April	544,1	97,3	335,4	0,8	137,6	23,0	79,5	824,4	73,1	- 95,2	210,5	1 057,9
Mai	525,9	109,2	320,5	0,4	136,6	22,8	76,8	833,9	61,3	- 111,6	209,5	1 066,1
Deutsche Bundesbank												
2009 Jan.	141,2	72,4	198,1	2,4	-	91,5	1,2	195,8	4,1	68,5	52,8	340,2
Febr.	132,9	79,4	178,5	1,3	-	77,9	2,2	185,0	2,5	71,4	53,2	316,1
März	135,3	72,9	147,8	1,2	-	51,9	1,7	185,3	9,6	55,7	52,9	290,1
April	142,9	74,7	122,8	0,7	-	38,9	1,6	186,3	14,6	46,2	53,4	278,7
Mai	150,7	87,5	111,9	0,1	-	24,1	1,3	189,1	26,2	56,3	53,3	266,5
Juni	145,7	95,0	103,4	0,7	-	15,4	0,6	189,3	32,3	54,3	52,8	257,4
Juli	138,0	81,0	141,5	0,6	-	49,4	4,5	190,2	23,5	40,4	53,2	292,8
Aug.	128,6	47,6	189,1	0,1	0,8	70,1	4,9	192,0	23,5	23,6	52,2	314,2
Sept.	126,0	40,6	178,0	0,1	2,9	51,8	4,3	192,3	23,6	23,4	52,2	296,4
Okt.	124,2	37,3	175,9	0,2	4,9	49,4	3,0	192,5	23,7	22,4	51,5	293,3
Nov.	120,7	34,6	178,8	0,2	6,2	34,2	4,3	192,5	23,6	34,8	51,0	277,7
Dez.	116,3	33,7	171,1	0,6	7,2	25,7	2,7	193,3	18,8	37,8	50,5	269,5
2010 Jan.	112,1	42,8	168,9	0,1	7,9	44,8	2,3	198,4	10,7	25,3	50,3	293,5
Febr.	112,3	42,2	168,6	0,1	8,9	50,3	5,2	195,6	5,4	25,4	50,2	296,1
März	112,6	51,8	157,9	0,8	10,0	67,8	5,0	196,5	2,1	11,8	50,0	314,3
April	116,2	40,9	164,9	0,2	11,5	69,8	3,4	198,0	0,3	11,9	50,3	318,2
Mai	121,1	40,5	164,7	0,1	12,8	74,9	4,2	199,0	0,7	10,2	50,2	324,1
Juni	122,2	43,0	166,4	0,0	22,1	113,1	17,1	201,5	0,8	- 29,2	50,5	365,0
Juli	133,9	55,2	112,8	0,1	32,7	81,0	22,3	202,5	0,4	- 22,7	51,2	334,7
Aug.	145,8	61,7	52,8	0,1	28,4	32,7	20,7	204,2	0,5	- 21,6	52,3	289,2
Sept.	145,5	52,6	50,3	0,2	28,4	24,8	26,5	204,2	0,5	- 30,9	52,0	280,9
Okt.	142,2	54,4	40,5	0,1	29,3	27,0	32,4	204,0	0,5	- 48,3	51,0	281,9
Nov.	136,7	63,7	28,9	0,0	28,8	21,2	35,7	202,9	0,4	- 53,6	51,5	275,5
Dez.	136,5	60,5	32,5	0,1	29,3	21,2	41,0	203,3	0,2	- 57,7	51,0	275,5
2011 Jan.	141,9	55,2	34,1	0,1	31,2	28,2	42,0	207,7	0,3	- 66,9	51,3	287,2
Febr.	148,1	44,6	44,0	0,0	31,6	19,8	43,0	204,6	0,2	- 51,0	51,8	276,2
März	148,4	31,3	44,7	0,0	31,7	14,6	48,4	204,8	0,2	- 63,7	51,8	271,2
April	146,6	24,1	45,5	0,0	31,9	13,6	38,9	205,2	0,2	- 61,5	51,7	270,4
Mai	142,4	17,9	47,7	0,2	31,9	10,8	38,2	207,6	0,4	- 68,2	51,4	269,8

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. — 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf ge-

deckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. — 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. — 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben- der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindest- erfüllungs- periode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 0,8	-118,1	+ 156,4	+ 0,2	-	+ 37,6	- 1,6	+ 22,0	- 7,9	- 13,7	+ 2,8	+ 62,4	2009 Jan.
- 33,9	+ 5,7	- 62,2	- 0,8	-	- 63,1	+ 2,8	- 12,9	+ 2,8	- 21,3	+ 0,6	- 75,4	Febr.
- 34,7	- 0,6	- 79,0	- 0,5	-	- 79,9	+ 2,1	+ 1,3	+ 7,4	- 37,9	- 3,5	- 82,2	März
- 4,7	+ 6,2	- 29,3	- 0,5	-	- 37,7	- 0,3	+ 5,8	+ 28,9	- 28,1	+ 3,0	- 28,9	April
+ 4,4	+ 9,2	- 16,2	- 0,4	-	- 15,1	- 0,6	+ 10,2	+ 2,9	+ 0,4	- 0,8	- 5,6	Mai
- 24,5	- 0,9	- 26,3	- 0,0	-	- 20,4	- 1,0	+ 2,3	- 0,2	- 29,5	- 2,9	- 21,0	Juni
- 30,8	- 17,4	+ 104,3	+ 0,6	-	+ 97,4	+ 7,8	+ 3,3	- 3,8	- 49,3	+ 1,3	+ 102,0	Juli
- 23,5	-127,3	+ 189,1	- 1,0	+ 2,8	+ 65,4	+ 12,2	+ 7,7	- 4,0	- 38,8	- 2,3	+ 70,8	Aug.
- 6,0	- 19,3	- 48,6	- 0,0	+ 5,6	- 48,4	- 3,6	- 1,7	- 8,2	- 6,5	- 0,0	- 50,1	Sept.
- 6,2	+ 4,3	- 28,5	+ 0,0	+ 5,9	- 27,1	- 5,6	- 0,3	+ 13,3	- 2,7	- 2,2	- 29,6	Okt.
- 8,4	- 26,8	+ 9,2	- 0,0	+ 5,8	- 23,1	- 0,9	+ 1,9	+ 9,7	- 5,8	- 1,9	- 23,1	Nov.
- 5,4	+ 3,5	- 32,7	+ 0,4	+ 4,5	- 20,8	- 2,1	+ 4,5	+ 1,4	- 11,3	- 1,4	- 17,7	Dez.
+ 5,4	+ 4,8	+ 55,0	- 0,3	+ 3,8	+ 81,3	- 1,8	+ 21,6	- 30,3	- 1,9	- 0,2	+ 102,7	2010 Jan.
+ 12,6	- 0,9	+ 13,8	- 0,2	+ 5,1	+ 21,3	+ 5,2	- 13,2	+ 2,8	+ 14,6	- 0,3	+ 7,8	Febr.
+ 1,3	+ 20,8	- 21,1	+ 0,7	+ 4,5	+ 18,1	- 2,8	+ 1,0	- 9,4	- 1,8	+ 0,9	+ 20,1	März
+ 12,9	- 2,8	+ 9,4	- 0,5	+ 5,6	+ 14,3	- 2,1	+ 8,3	+ 0,4	+ 3,2	+ 0,7	+ 23,2	April
+ 17,2	- 1,0	+ 15,9	+ 0,5	+ 5,8	+ 17,5	+ 3,0	+ 3,7	- 1,5	+ 15,8	- 0,1	+ 21,1	Mai
+ 5,4	+ 33,3	+ 40,3	- 0,6	+ 37,5	+ 70,6	+ 22,7	+ 9,6	+ 11,0	+ 1,9	+ 0,1	+ 80,3	Juni
+ 38,5	+ 57,5	- 133,5	- 0,0	+ 53,3	- 58,4	+ 20,3	+ 6,8	+ 3,4	+ 41,9	+ 1,9	- 49,7	Juli
+ 42,5	+ 17,9	- 141,0	- 0,2	+ 18,8	-133,7	+ 13,1	+ 6,3	+ 31,3	+ 44,7	+ 1,3	- 126,1	Aug.
- 0,2	- 32,3	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,4	- 13,0	- 0,6	- 3,3	- 8,4	- 3,2	- 0,4	- 16,7	Sept.
- 11,9	+ 11,4	- 42,4	+ 0,1	+ 6,5	- 14,9	- 2,1	- 1,9	+ 9,6	- 24,8	- 2,2	- 18,9	Okt.
- 20,0	+ 18,5	- 52,6	+ 0,1	- 3,8	- 26,9	+ 4,0	- 0,6	- 4,3	- 32,2	+ 2,1	- 25,4	Nov.
- 0,2	- 3,5	- 3,7	+ 1,1	+ 5,9	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3	- 7,1	- 2,7	+ 2,4	Dez.
+ 16,4	+ 17,5	- 19,7	- 1,4	+ 10,5	+ 21,8	+ 2,7	+ 18,0	- 13,1	- 6,0	- 0,1	+ 39,7	2011 Jan.
+ 22,2	- 11,6	+ 1,6	- 0,4	- 3,7	- 27,3	+ 7,8	- 11,9	+ 19,9	+ 18,4	+ 1,2	- 38,0	Febr.
+ 0,3	- 51,0	+ 2,8	+ 7,5	+ 0,7	- 12,3	- 1,0	- 1,1	+ 11,4	- 13,2	- 0,7	- 14,1	März
- 5,9	- 37,1	+ 14,4	- 6,8	- 0,3	- 3,9	- 0,8	+ 3,5	- 16,7	- 15,3	- 2,4	- 2,8	April
- 18,2	+ 11,9	- 14,9	- 0,4	- 1,0	- 0,2	- 2,7	+ 9,5	- 11,8	- 16,4	- 1,0	+ 8,2	Mai
Deutsche Bundesbank												
- 5,7	- 32,7	+ 39,5	+ 0,4	-	+ 7,3	+ 0,1	- 2,1	+ 4,0	- 8,7	+ 0,9	+ 6,1	2009 Jan.
+ 8,3	+ 7,0	- 19,5	- 1,0	-	- 13,6	+ 0,9	- 10,8	- 1,7	+ 2,9	+ 0,3	- 24,0	Febr.
+ 2,3	- 6,4	- 30,7	- 0,2	-	- 26,1	- 0,4	+ 0,3	+ 7,2	- 15,7	- 0,2	- 26,0	März
+ 7,6	+ 1,8	- 25,1	- 0,5	-	- 12,9	- 0,1	+ 1,0	+ 5,0	- 9,5	+ 0,5	- 11,4	April
+ 7,8	+ 12,8	- 10,9	- 0,6	-	- 14,8	- 0,3	+ 2,7	+ 11,6	+ 10,1	- 0,2	- 12,2	Mai
+ 5,0	+ 7,5	- 8,5	+ 0,5	-	- 8,7	- 0,6	+ 0,2	+ 6,2	- 2,0	- 0,5	- 9,1	Juni
- 7,7	- 13,9	+ 38,1	- 0,0	-	+ 34,1	+ 3,8	+ 0,9	- 8,9	- 13,9	+ 0,4	+ 35,4	Juli
- 9,3	- 33,5	+ 47,6	- 0,5	+ 0,8	+ 20,6	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,0	- 16,8	- 1,0	+ 21,5	Aug.
- 2,6	- 7,0	+ 11,1	+ 0,0	+ 2,1	- 18,2	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 17,9	Sept.
- 1,8	- 3,3	- 2,1	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	- 1,2	+ 0,2	+ 0,1	- 1,0	- 0,8	- 3,1	Okt.
- 3,5	- 2,7	+ 3,0	- 0,0	+ 1,3	- 15,2	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 12,5	- 0,4	- 15,6	Nov.
- 4,4	- 0,9	- 7,7	+ 0,4	+ 1,0	- 8,5	- 1,6	+ 0,7	- 4,8	+ 3,0	- 0,5	- 8,2	Dez.
- 4,2	+ 9,1	- 2,2	- 0,5	+ 0,7	+ 19,1	- 0,4	+ 5,1	- 8,1	- 12,6	- 0,2	+ 24,0	2010 Jan.
+ 0,2	- 0,6	- 0,3	+ 0,0	+ 1,0	+ 5,5	+ 3,0	- 2,8	- 5,2	+ 0,1	- 0,1	+ 2,6	Febr.
+ 0,3	+ 9,6	- 10,6	+ 0,7	+ 1,1	+ 17,4	- 0,3	+ 0,9	- 3,3	- 13,6	- 0,1	+ 18,2	März
+ 3,6	- 10,8	+ 7,0	- 0,7	+ 1,5	+ 2,0	- 1,6	+ 1,6	- 1,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 3,9	April
+ 4,9	- 0,4	- 0,2	- 0,1	+ 1,3	+ 5,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	- 1,7	- 0,1	+ 5,9	Mai
+ 1,1	+ 2,5	+ 1,7	- 0,0	+ 9,3	+ 38,2	+ 12,9	+ 2,5	+ 0,1	- 39,4	+ 0,3	+ 40,9	Juni
+ 11,7	+ 12,2	- 53,6	+ 0,0	+ 10,7	- 32,1	+ 5,1	+ 1,0	- 0,4	+ 6,5	+ 0,8	- 30,3	Juli
+ 11,9	+ 6,6	- 60,0	+ 0,0	- 4,3	- 48,3	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,0	- 45,6	Aug.
- 0,3	- 9,1	- 2,5	+ 0,1	+ 0,0	- 7,9	+ 5,8	+ 0,0	- 0,1	- 9,3	- 0,3	- 8,3	Sept.
- 3,3	+ 1,8	- 9,8	- 0,1	+ 0,9	+ 2,2	+ 5,9	- 0,2	- 0,0	- 17,4	- 1,0	+ 1,0	Okt.
- 5,6	+ 9,3	- 11,6	- 0,1	- 0,5	- 5,8	+ 3,3	- 1,1	- 0,1	- 5,3	+ 0,5	- 6,4	Nov.
- 0,2	- 3,1	+ 3,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,0	+ 5,3	+ 0,5	- 0,2	- 4,1	- 0,5	- 0,0	Dez.
+ 5,5	- 5,4	+ 1,5	- 0,0	+ 1,9	+ 7,0	+ 1,1	+ 4,3	+ 0,0	- 9,2	+ 0,4	+ 11,6	2011 Jan.
+ 6,2	- 10,6	+ 9,9	- 0,1	+ 0,3	- 8,4	+ 0,9	- 3,1	- 0,0	+ 15,9	+ 0,5	- 11,0	Febr.
+ 0,3	- 13,3	+ 0,7	- 0,0	+ 0,2	- 5,2	+ 5,5	+ 0,3	- 0,0	- 12,7	- 0,1	- 5,0	März
- 1,8	- 7,2	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	- 1,0	- 9,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 2,2	- 0,0	- 0,7	April
- 4,2	- 6,2	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,0	- 2,8	- 0,7	+ 2,4	+ 0,1	- 6,7	- 0,3	- 0,7	Mai

Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Um-

lauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. — 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. — 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. — 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwa- rung an Ansässige im Euro-Wäh- rungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wert- papieranlagen, Auslandskre- dite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wert- papieran- lagen und Kredite	Forderungen aus der Kredit- fazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2010 Okt. 1.	3) 1 865,9	3) 334,4	3) 219,6	3) 70,1	3) 149,5	3) 24,9	17,6	17,6	-
8.	1 868,0	334,4	219,9	70,0	149,9	24,3	18,3	18,3	-
15.	1 876,9	334,4	219,9	70,0	149,9	24,2	17,2	17,2	-
22.	1 878,0	334,4	219,8	70,0	149,8	23,8	17,9	17,9	-
29.	1 895,7	334,4	220,8	69,9	151,0	23,7	17,8	17,8	-
Nov. 5.	1 886,4	334,4	220,3	69,8	150,4	23,7	19,0	19,0	-
12.	1 879,0	334,4	219,6	69,7	149,9	23,8	19,4	19,4	-
19.	1 888,4	334,4	220,3	69,7	150,6	23,4	19,7	19,7	-
26.	1 916,0	334,4	220,0	69,5	150,5	24,3	19,9	19,9	-
Dez. 3.	1 924,1	334,4	219,3	69,6	149,6	24,7	19,6	19,6	-
10.	1 951,7	334,4	220,1	69,6	150,5	24,8	20,3	20,3	-
17.	1 945,2	334,4	219,6	69,3	150,3	25,3	19,6	19,6	-
24.	1 926,2	334,4	220,2	70,2	149,9	26,0	19,1	19,1	-
31.	3) 2 004,4	3) 367,4	3) 224,0	3) 71,3	3) 152,7	3) 26,9	22,6	22,6	-
2011 Jan. 7.	1 965,9	367,4	225,0	71,4	153,6	26,8	19,3	19,3	-
14.	1 957,1	367,4	226,6	71,4	155,2	26,0	20,7	20,7	-
21.	1 961,1	367,4	228,3	72,9	155,4	25,5	19,1	19,1	-
28.	1 965,6	367,4	228,3	72,9	155,4	26,1	19,2	19,2	-
2011 Febr. 4.	2 015,6	367,4	229,4	72,6	156,8	26,1	18,4	18,4	-
11.	1 956,1	367,4	229,8	72,6	157,1	26,0	21,8	21,8	-
18.	1 958,5	367,4	227,5	72,6	154,8	26,4	21,3	21,3	-
25.	1 952,3	367,4	226,5	72,6	153,9	26,5	21,9	21,9	-
März 4.	1 939,2	367,4	230,7	75,4	155,3	26,4	22,0	22,0	-
11.	1 953,0	367,4	232,2	75,5	156,7	26,0	18,8	18,8	-
18.	1 940,4	367,4	233,8	76,9	156,9	25,6	20,5	20,5	-
25.	1 928,1	367,4	232,9	76,5	156,4	25,6	20,4	20,4	-
April 1.	3) 1 888,5	3) 350,7	3) 221,9	3) 74,1	3) 147,8	3) 23,9	20,9	20,9	-
8.	1 873,1	350,7	219,6	74,2	145,4	24,2	23,1	23,1	-
15.	1 885,0	350,7	219,3	74,2	145,0	23,6	24,9	24,9	-
22.	1 887,9	350,7	218,1	74,2	143,8	23,5	23,2	23,2	-
29.	1 894,1	350,7	216,8	74,2	142,6	23,3	22,4	22,4	-
Mai 6.	1 901,9	350,7	218,1	74,1	144,0	23,4	21,1	21,1	-
13.	1 898,7	350,7	217,5	74,1	143,3	23,6	19,8	19,8	-
20.	1 895,9	350,7	218,7	74,8	143,9	23,8	18,8	18,8	-
27.	1 900,6	350,7	219,4	74,9	144,5	22,9	19,4	19,4	-
Juni 3.	1 899,0	350,7	219,4	74,9	144,5	23,2	19,0	19,0	-
Deutsche Bundesbank									
2009 Juli	572,3	73,0	31,8	4,7	27,1	25,3	0,3	0,3	-
Aug.	571,2	73,0	41,6	15,1	26,5	24,0	0,3	0,3	-
Sept.	3) 577,7	3) 74,9	3) 41,9	16,3	3) 25,6	3) 21,6	0,3	0,3	-
Okt.	557,2	74,9	42,5	16,6	25,9	16,9	0,3	0,3	-
Nov.	551,7	74,9	41,0	15,9	25,1	13,0	0,3	0,3	-
Dez.	3) 588,2	3) 83,9	41,6	16,0	25,6	4,4	0,3	0,3	-
2010 Jan.	571,8	83,9	41,7	16,0	25,7	-	0,3	0,3	-
Febr.	591,6	83,9	42,4	16,7	25,7	-	-	-	-
März	3) 608,6	3) 90,2	3) 44,7	3) 17,2	3) 27,5	-	-	-	-
April	615,5	90,2	44,8	17,2	27,6	-	-	-	-
Mai	673,4	90,2	45,5	17,9	27,6	0,1	-	-	-
Juni	3) 713,7	3) 110,7	3) 49,9	3) 19,0	3) 30,9	0,2	-	-	-
Juli	625,3	110,6	49,9	19,1	30,8	0,2	-	-	-
Aug.	624,7	110,6	49,8	19,0	30,7	0,0	-	-	-
Sept.	3) 623,2	3) 105,1	3) 45,7	3) 18,2	3) 27,5	-	-	-	-
Okt.	619,1	105,1	45,5	18,1	27,4	-	-	-	-
Nov.	621,0	105,1	45,4	17,9	27,5	-	-	-	-
Dez.	3) 671,2	3) 115,4	46,7	18,7	28,0	-	-	-	-
2011 Jan.	628,7	115,4	46,9	18,9	27,9	-	-	-	-
Febr.	639,5	115,4	46,9	18,9	28,0	-	-	-	-
März	3) 632,2	3) 110,1	3) 45,6	3) 19,3	3) 26,3	-	-	-	-
April	610,1	110,1	46,1	19,3	26,9	-	-	-	-
Mai	611,3	110,1	46,1	19,3	26,9	-	-	-	-

*) Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Euro-
päischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken

der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispo-
sitionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/ Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)				
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteueroptionsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere							
Eurosystem 2)																	
514,1	166,4	316,7	29,4	–	1,6	0,0	26,3	431,3	124,3	307,0	35,0	3)	262,6	2010 Okt.	1.		
514,2	197,0	316,7	–	–	0,4	0,0	29,1	433,3	124,3	309,0	35,0		259,4		8.		
518,5	186,0	331,1	–	–	1,4	0,0	29,9	434,9	124,3	310,5	35,0		263,0		15.		
516,1	184,0	331,1	–	–	0,9	0,0	30,7	435,6	124,3	311,3	35,0		264,7		22.		
534,1	183,4	350,4	–	–	0,3	0,0	30,2	437,3	124,3	313,0	35,0		262,3		29.		
528,9	178,4	350,4	–	–	0,1	0,0	28,4	438,7	125,0	313,6	35,0		258,1	Nov.	5.		
515,8	175,0	326,1	12,6	–	2,1	0,0	28,3	440,7	126,1	314,6	35,0		262,1		12.		
515,5	186,0	326,1	–	–	3,4	0,0	28,8	444,0	126,8	317,3	35,0		267,2		19.		
523,2	177,1	345,2	–	–	0,9	0,0	31,6	446,5	128,1	318,4	35,0		281,2		26.		
525,8	179,7	345,2	–	–	0,9	0,0	33,0	450,6	130,1	320,6	35,0		281,8	Dez.	3.		
547,6	197,3	349,7	–	–	0,6	0,0	33,9	454,2	132,8	321,4	35,0		281,5		10.		
538,8	187,8	349,7	–	–	1,3	0,0	37,5	456,4	133,4	323,0	35,0		278,7		17.		
513,1	193,5	298,2	20,6	–	0,8	0,0	42,0	459,6	134,5	325,1	35,0		276,9		24.		
546,7	227,9	298,2	20,6	–	0,0	0,0	45,7	3)	457,4	134,8	3)	322,6	35,0	3)	278,7		31.
494,0	195,7	298,2	–	–	0,0	0,0	46,8	458,4	134,9	323,5	35,0		293,1	2011 Jan.	7.		
478,4	180,1	298,2	–	–	0,0	0,0	45,0	461,5	137,2	324,3	35,0		296,7		14.		
477,5	176,9	300,5	–	–	0,1	0,0	49,3	463,0	137,2	325,8	35,0		296,0		21.		
494,8	165,6	329,2	–	–	–	0,1	46,9	465,1	137,2	327,9	35,0		282,8		28.		
542,9	213,7	329,2	–	–	0,0	0,0	48,8	466,8	137,2	329,7	34,9		280,9	2011 Febr.	4.		
477,7	156,7	320,3	–	–	0,7	0,0	49,3	467,7	137,2	34,9	34,9		281,5		11.		
471,5	137,0	320,3	–	–	14,2	0,0	51,5	469,1	137,8	331,2	34,9		288,9		18.		
458,4	119,5	321,8	–	–	17,1	0,0	48,5	469,8	138,2	331,6	34,9		298,4		25.		
447,0	124,4	321,8	–	–	0,8	0,0	47,8	471,3	138,2	333,1	34,9		291,7	März	4.		
454,2	111,3	342,9	–	–	0,0	0,0	50,6	471,9	138,2	333,7	34,9		296,8		11.		
443,5	100,5	342,9	–	–	0,1	0,0	48,7	470,4	138,0	332,5	34,9		295,5		18.		
435,7	89,4	342,9	–	–	3,4	0,0	45,5	470,7	137,3	333,3	34,9		294,9		25.		
424,0	100,4	322,9	–	–	0,7	0,0	42,1	3)	471,0	137,6	3)	333,5	34,9	3)	299,1	April	1.
407,7	84,5	322,9	–	–	0,2	0,0	44,6	471,6	137,5	334,1	35,1		296,5		8.		
418,4	94,1	324,0	–	–	0,2	0,0	43,5	470,4	136,6	333,8	35,1		299,2		15.		
421,5	97,4	324,0	–	–	0,0	0,0	44,9	471,9	136,6	335,3	35,1		299,1		22.		
434,3	117,9	316,3	–	–	0,0	0,1	49,6	472,1	136,5	335,5	34,5		290,5		29.		
444,0	127,5	316,3	–	–	0,0	0,1	52,2	471,4	136,5	334,9	34,5		286,4	Mai	6.		
438,2	124,8	313,3	–	–	0,1	0,1	50,4	472,7	136,5	336,2	34,5		291,3		13.		
432,7	119,4	313,3	–	–	0,0	0,0	50,5	471,5	135,3	336,2	34,5		294,7		20.		
437,5	116,1	321,3	–	–	0,1	0,1	47,2	472,7	135,3	337,4	34,5		296,3		27.		
432,1	110,8	321,3	–	–	–	0,1	40,3	477,9	135,3	342,6	34,5		301,8	Juni	3.		
Deutsche Bundesbank																	
231,8	48,8	182,9	–	–	0,1	–	4,5	6,5	1,2	5,3	4,4		194,6	2009 Juli			
220,9	45,9	175,0	–	–	0,1	–	6,0	8,5	3,2	5,3	4,4		192,4	Aug.			
205,6	33,0	168,8	–	–	3,8	–	6,8	10,6	5,3	5,3	4,4		211,6	Sept.			
212,9	35,1	177,7	–	–	0,1	–	6,8	11,6	6,4	5,3	4,4		186,8	Okt.			
206,0	35,3	170,6	–	–	0,0	–	6,9	12,9	7,6	5,3	4,4		192,3	Nov.			
223,6	53,6	170,0	–	–	0,0	–	7,1	13,2	7,9	5,3	4,4		209,6	Dez.			
210,3	41,7	168,5	–	–	0,0	–	7,7	14,1	8,8	5,3	4,4		209,4	2010 Jan.			
209,1	51,6	157,3	–	–	0,1	–	7,2	15,6	10,3	5,3	4,4		228,9	Febr.			
206,1	40,9	164,7	–	–	0,6	–	7,3	17,0	11,8	5,3	4,4		239,0	März			
206,1	41,6	164,5	–	–	0,0	–	7,8	18,1	12,9	5,3	4,4		244,2	April			
210,2	43,3	166,8	–	–	0,1	–	8,4	28,4	23,1	5,3	4,4		286,3	Mai			
225,6	58,6	167,0	–	–	0,0	–	8,8	33,4	28,1	5,3	4,4		280,8	Juni			
115,0	61,7	53,3	–	–	0,0	–	9,3	33,7	28,4	5,3	4,4		302,3	Juli			
103,8	52,9	50,3	–	–	0,6	–	8,7	33,7	28,4	5,3	4,4		313,8	Aug.			
85,3	56,4	24,0	4,1	–	0,8	–	8,9	33,9	28,6	5,3	4,4	3)	339,9	Sept.			
103,0	69,1	33,8	–	–	0,2	–	10,6	34,0	28,7	5,3	4,4		316,5	Okt.			
93,0	59,1	33,8	–	–	0,0	–	9,1	34,7	29,5	5,3	4,4		329,3	Nov.			
103,1	68,4	33,5	1,2	–	–	–	9,6	36,1	30,9	5,2	4,4		355,9	Dez.			
82,5	37,8	44,4	–	–	0,3	–	10,0	36,8	31,6	5,2	4,4		332,7	2011 Jan.			
74,9	29,8	45,1	–	–	0,0	–	10,0	37,1	31,8	5,2	4,4		350,9	Febr.			
71,7	25,5	46,1	–	–	0,1	–	9,6	37,2	31,9	5,2	4,4		353,5	März			
64,8	18,7	46,1	–	–	0,0	–	8,3	37,0	31,9	5,1	4,4		339,3	April			
52,1	10,9	41,3	–	–	0,0	–	7,7	36,8	31,7	5,1	4,4		353,9	Mai			

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Bank- notennum- lauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
Eurosystem 4)													
2010 Okt. 1.	5) 1 865,9	814,8	301,3	190,3	49,5	61,5	-	0,1	1,3	-	104,9	98,1	6,8
8.	1 868,0	815,9	309,7	151,7	94,4	63,5	-	0,1	1,2	-	99,2	93,2	5,9
15.	1 876,9	814,0	328,0	228,7	35,8	63,5	-	0,1	0,7	-	92,2	86,0	6,2
22.	1 878,0	811,2	319,7	230,5	25,7	63,5	-	0,1	0,6	-	101,5	95,2	6,3
29.	1 895,7	815,0	319,1	205,2	50,3	63,5	-	0,0	1,4	-	116,2	109,8	6,4
Nov. 5.	1 886,4	816,3	335,3	190,0	81,7	63,5	-	0,0	3,0	-	87,1	80,9	6,2
12.	1 879,0	814,5	329,3	245,1	20,2	64,0	-	0,1	3,9	-	84,5	78,2	6,4
19.	1 888,4	812,8	316,2	222,2	28,9	65,0	-	0,0	4,0	-	108,0	101,6	6,3
26.	1 916,0	814,0	316,7	196,9	53,8	66,0	-	0,1	5,0	-	118,7	112,5	6,2
Dez. 3.	1 924,1	824,5	337,9	185,8	84,9	67,0	-	0,2	10,1	-	99,5	91,8	7,7
10.	1 951,7	828,5	361,4	268,1	24,1	69,0	-	0,2	3,7	-	104,5	96,6	7,9
17.	1 945,2	833,8	379,2	266,7	40,3	72,0	-	0,2	2,1	-	78,2	70,4	7,8
24.	1 926,2	842,3	334,7	206,1	55,4	72,5	-	0,7	2,5	-	87,7	79,7	7,9
31.	5) 2 004,4	839,7	378,0	212,7	104,5	60,8	-	0,0	2,8	-	79,8	71,7	8,1
2011 Jan. 7.	1 965,9	834,8	332,5	176,9	81,0	73,5	-	1,2	2,3	-	89,3	81,6	7,8
14.	1 957,1	827,8	327,5	145,9	107,2	74,0	-	0,5	2,9	-	88,2	80,4	7,8
21.	1 961,1	823,1	313,3	209,1	27,5	76,5	-	0,2	3,0	-	112,1	103,9	8,2
28.	1 965,6	821,4	312,9	211,9	24,4	76,5	-	0,1	4,3	-	120,0	112,1	7,9
2011 Febr. 4.	2 015,6	823,0	379,1	239,3	71,4	68,2	-	0,1	9,5	-	95,8	88,1	7,8
11.	1 956,1	821,7	332,4	238,8	17,0	76,5	-	0,1	2,9	-	90,2	82,4	7,8
18.	1 958,5	819,5	333,2	222,1	34,5	76,5	-	0,1	2,8	-	91,2	83,5	7,8
25.	1 952,3	819,6	314,1	212,3	24,7	77,0	-	0,1	2,8	-	105,7	97,9	7,8
März 4.	1 939,2	824,9	303,7	182,7	43,2	77,5	-	0,4	3,6	-	99,3	91,6	7,7
11.	1 953,0	824,4	327,1	234,1	15,3	77,5	-	0,3	3,1	-	91,7	84,0	7,7
18.	1 940,4	823,9	321,0	222,4	20,2	77,5	-	1,0	3,9	-	85,0	77,1	7,9
25.	1 928,1	822,2	303,3	206,3	19,4	77,5	-	0,1	4,2	-	90,9	83,0	7,9
April 1.	5) 1 888,5	826,0	308,4	205,8	26,1	76,5	-	0,1	5,0	-	73,0	64,9	8,0
8.	1 873,1	828,5	296,2	188,6	30,5	77,0	-	0,1	5,2	-	68,4	60,6	7,8
15.	1 885,0	830,9	309,6	222,4	10,0	77,0	-	0,1	5,1	-	65,6	57,8	7,8
22.	1 887,9	837,6	293,7	204,5	13,1	76,0	-	0,1	5,3	-	74,6	66,8	7,9
29.	1 894,1	834,4	286,5	187,7	27,3	71,4	-	0,1	5,1	-	92,2	84,4	7,8
Mai 6.	1 901,9	834,7	331,5	215,0	54,2	62,2	-	0,1	4,9	-	53,7	46,1	7,6
13.	1 898,7	833,3	331,8	243,7	12,1	76,0	-	0,1	4,5	-	50,8	43,2	7,6
20.	1 895,9	832,0	311,0	217,2	17,8	76,0	-	0,1	5,8	-	65,4	57,8	7,6
27.	1 900,6	834,1	307,2	212,8	19,4	75,0	-	0,0	5,5	-	72,6	65,0	7,6
Juni 3.	1 899,0	842,7	287,1	191,7	20,4	75,0	-	0,0	6,6	-	80,7	73,1	7,6
Deutsche Bundesbank													
2009 Juli	572,3	192,9	120,7	44,5	76,2	-	-	-	-	-	23,9	23,5	0,4
Aug.	571,2	191,6	107,4	46,2	61,2	-	-	-	-	-	24,0	23,5	0,4
Sept.	5) 577,7	191,5	109,7	76,1	33,6	-	-	-	-	-	24,0	23,6	0,4
Okt.	577,2	192,6	86,5	50,7	35,9	-	-	-	-	-	24,0	23,6	0,4
Nov.	551,7	193,7	87,0	59,0	28,0	-	-	-	-	-	16,0	15,6	0,4
Dez.	5) 588,2	201,3	112,2	76,7	35,5	-	-	-	-	-	10,4	10,0	0,4
2010 Jan.	571,8	195,6	106,3	60,9	45,4	-	-	-	-	-	4,1	3,7	0,4
Febr.	591,6	195,8	127,6	55,2	72,3	-	-	-	-	-	0,7	0,3	0,4
März	5) 608,6	199,0	135,7	82,3	53,4	-	-	-	-	-	0,6	0,2	0,4
April	615,5	199,2	139,1	58,6	80,5	-	-	-	-	-	0,7	0,2	0,5
Mai	673,4	201,0	193,0	52,8	123,9	16,2	-	-	-	-	0,9	0,3	0,6
Juni	5) 713,7	202,7	208,8	108,6	82,9	17,3	-	-	-	-	0,6	0,1	0,4
Juli	625,3	204,8	115,9	61,8	34,7	19,4	-	-	-	-	1,0	0,5	0,5
Aug.	624,7	203,2	115,3	62,4	29,8	23,1	-	-	-	-	1,0	0,6	0,4
Sept.	5) 623,2	203,0	121,3	64,9	28,2	28,2	-	-	-	-	1,0	0,6	0,4
Okt.	619,1	203,5	114,4	62,1	20,8	31,4	-	-	-	-	0,9	0,2	0,7
Nov.	621,0	203,9	116,9	54,8	23,7	38,4	-	-	-	-	0,9	0,2	0,6
Dez.	5) 671,2	209,6	146,4	71,4	38,5	36,5	-	-	-	-	0,9	0,2	0,8
2011 Jan.	628,7	204,5	109,4	50,5	16,6	42,3	-	-	-	-	2,0	0,2	1,8
Febr.	639,5	204,2	120,7	58,2	13,0	49,5	-	-	-	-	0,6	0,2	0,5
März	5) 632,2	205,2	119,9	63,9	17,1	38,9	-	-	-	-	0,6	0,2	0,5
April	610,1	207,8	95,9	47,9	11,7	36,3	-	-	-	-	0,8	0,4	0,4
Mai	611,3	208,6	95,0	54,3	7,7	32,9	-	-	-	-	0,6	0,2	0,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monats-

ultimo. — 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknoten-Umlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichterstattung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes an in Umlauf befind-

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 3)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 2)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)						
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II												
Eurosystem 4)																
41,9	1,1	5)	13,1	5)	13,1	—	5)	53,7	5)	158,8	—	5)	296,7	78,2	2010 Okt.	1.
42,6	1,6		12,4		12,4	—		53,7		156,9	—		296,7	78,2		8.
42,4	0,9		12,8		12,8	—		53,7		157,3	—		296,7	78,2		15.
41,5	2,1		10,9		10,9	—		53,7		161,8	—		296,7	78,2		22.
42,0	0,9		12,9		12,9	—		53,7		159,6	—		296,7	78,2		29.
41,9	1,4		11,7		11,7	—		53,7		161,1	—		296,7	78,2	Nov.	5.
40,8	0,8		12,1		12,1	—		53,7		164,5	—		296,7	78,2		12.
41,0	0,9		12,2		12,2	—		53,7		164,8	—		296,7	78,2		19.
42,6	1,0		13,1		13,1	—		53,7		176,1	—		296,7	78,2		26.
43,8	1,8		11,6		11,6	—		53,7		166,2	—		296,7	78,2	Dez.	3.
43,6	1,1		13,7		13,7	—		53,7		166,6	—		296,7	78,2		10.
43,2	1,3		14,0		14,0	—		53,7		164,7	—		296,7	78,2		17.
44,7	1,7		14,4		14,4	—		53,7		169,7	—		296,7	78,2		24.
47,7	2,0		14,3		14,3	—	5)	54,5	5)	175,9	—	5)	331,5	78,1		31.
43,6	2,2		14,7		14,7	—		54,6		181,9	—		331,5	78,5	2011 Jan.	7.
46,7	2,4		14,7		14,7	—		54,6		182,3	—		331,5	78,5		14.
46,1	3,1		13,8		13,8	—		54,6		181,7	—		331,5	78,7		21.
44,6	2,9		14,7		14,7	—		54,6		180,0	—		331,5	78,7		28.
43,1	2,1		16,7		16,7	—		54,6		181,5	—		331,5	78,8	2011 Febr.	4.
43,5	2,4		16,7		16,7	—		54,6		181,0	—		331,5	79,2		11.
42,4	3,1		14,4		14,4	—		54,6		186,4	—		331,5	79,2		18.
44,3	2,3		14,4		14,4	—		54,6		183,4	—		331,5	79,4		25.
43,4	2,9		14,9		14,9	—		54,6		180,6	—		331,5	79,8	März	4.
42,4	2,4		16,3		16,3	—		54,6		179,6	—		331,5	79,8		11.
41,8	2,0		15,8		15,8	—		54,6		181,0	—		331,5	79,9		18.
43,3	1,6		15,1		15,1	—		54,6		181,2	—		331,5	80,1		25.
42,3	1,3	5)	14,5	5)	14,5	—	5)	52,6	5)	179,1	—	5)	305,9	80,5	April	1.
41,7	1,1		14,0		14,0	—		52,6		178,0	—		305,9	81,4		8.
41,5	1,0		12,7		12,7	—		52,6		178,8	—		305,9	81,4		15.
42,3	1,0		13,0		13,0	—		52,6		180,4	—		305,9	81,4		22.
41,2	0,9		11,8		11,8	—		52,6		182,3	—		305,9	81,2		29.
40,2	1,9		11,9		11,9	—		52,6		183,2	—		305,9	81,2	Mai	6.
40,7	2,4		10,9		10,9	—		52,6		184,5	—		305,9	81,2		13.
40,4	2,4		11,3		11,3	—		52,6		187,9	—		305,9	81,2		20.
41,1	1,7		11,8		11,8	—		52,6		186,9	—		305,9	81,2		27.
40,0	2,4		11,3		11,3	—		52,6		188,5	—		305,9	81,2	Juni	3.
Deutsche Bundesbank																
6,7	0,0		1,2		1,2	—		1,3		12,2	—		66,6	5,0	2009 Juli	
8,1	0,0		0,9		0,9	—		11,9		12,4	—		66,6	5,0	Aug.	
8,6	0,0		0,1		0,1	—		13,0	5)	13,2	—	5)	67,6	5,0	Sept.	
8,5	0,0		0,5		0,5	—		13,0		12,9	—		67,6	5,0	Okt.	
9,3	0,0		0,0		0,0	—		13,0		13,2	—		67,6	5,0	Nov.	
9,1	0,0		—		—	—		13,1		13,5	—		146,8	5,0	Dez.	
9,8	0,0		0,2		0,2	—		13,1		13,2	—		147,6	5,0	2010 Jan.	
9,3	0,0		0,3		0,3	—		13,1		13,4	—		149,6	5,0	Febr.	
9,3	0,0		0,1		0,1	—		13,6		10,3	—	5)	84,8	5,0	März	
11,5	0,0		0,3		0,3	—		13,6		10,2	—		151,1	5,0	April	
12,8	0,0		0,2		0,2	—		13,6		10,4	—		151,7	5,0	Mai	
11,0	0,0		0,2		0,2	—	5)	14,5	5)	11,3	—	5)	150,9	5,0	Juni	
11,2	0,0		0,3		0,3	—		14,5		12,5	—		151,2	5,0	Juli	
10,5	0,0		0,5		0,5	—		14,5		12,8	—		153,2	5,0	Aug.	
10,8	0,0		0,1		0,1	—	5)	13,7	5)	12,4	—	5)	155,8	5,0	Sept.	
12,6	0,0		0,1		0,1	—		13,7		12,3	—		156,7	5,0	Okt.	
11,0	0,0		0,2		0,2	—		13,7		12,8	—		156,6	5,0	Nov.	
14,5	0,0		0,2		0,2	—		14,0		13,1	—	5)	157,1	5,0	Dez.	
12,2	0,0		0,2		0,2	—		14,0		13,1	—		157,8	5,0	2011 Jan.	
12,0	0,0		0,1		0,1	—		14,0		13,5	—		158,9	5,0	Febr.	
13,4	0,0		0,2		0,2	—		13,5		11,7	—	5)	159,5	5,0	März	
11,7	0,0		0,3		0,3	—		13,5		11,7	—		160,1	5,0	April	
11,3	0,0		0,3		0,3	—		13,5		12,1	—		161,6	5,0	Mai	

lichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen

Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 3 Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 4 Quelle: EZB. — 5 Veränderungen überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen	Buch- kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2002	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8	
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2	
2004	6 617,4	15,1	2 174,3	1 750,2	1 122,9	627,3	424,2	306,3	117,9	3 358,7	3 083,4	2 479,7	2 223,8	
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3	
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9	
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8	
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3	
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010	8 304,7	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 302,9	2 669,1	2 354,7	
2009 Juli	7 619,1	14,0	2 558,6	1 890,7	1 277,0	613,7	667,8	448,3	219,5	3 685,1	3 205,7	2 706,7	2 372,4	
Aug.	7 590,2	14,0	2 563,6	1 886,5	1 270,3	616,2	677,2	458,7	218,4	3 655,8	3 183,7	2 691,4	2 361,6	
Sept.	7 519,5	13,9	2 512,5	1 862,6	1 253,1	609,6	649,9	432,3	217,6	3 675,2	3 199,8	2 705,4	2 375,4	
Okt.	7 498,4	14,2	2 496,7	1 824,6	1 219,2	605,4	672,2	456,2	216,0	3 673,1	3 202,2	2 692,0	2 365,5	
Nov.	7 493,5	13,8	2 496,0	1 826,7	1 224,7	602,0	669,4	448,7	220,6	3 671,2	3 201,7	2 700,0	2 372,5	
Dez.	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010 Jan.	7 452,7	14,3	2 465,1	1 806,6	1 220,4	586,2	658,5	440,7	217,8	3 655,8	3 198,2	2 695,9	2 354,2	
Febr.	7 449,5	14,2	2 491,6	1 830,8	1 250,2	580,5	660,8	444,5	216,3	3 645,2	3 184,7	2 682,5	2 350,8	
März	7 454,6	14,4	2 489,7	1 832,0	1 250,3	581,7	657,7	440,2	217,5	3 633,9	3 180,8	2 673,6	2 347,0	
April	7 570,0	14,0	2 507,1	1 843,7	1 263,9	579,8	663,5	448,2	215,3	3 688,9	3 222,8	2 711,0	2 360,2	
Mai	7 681,0	14,7	2 593,2	1 897,6	1 326,4	571,2	695,6	480,6	215,0	3 650,9	3 211,1	2 688,9	2 364,6	
Juni	7 641,3	14,2	2 583,7	1 899,5	1 341,3	558,2	684,2	464,9	219,3	3 664,0	3 228,2	2 685,0	2 368,0	
Juli	7 438,3	14,7	2 457,9	1 777,3	1 234,5	542,8	680,6	473,5	207,1	3 654,1	3 219,4	2 680,5	2 364,5	
Aug.	7 517,6	14,5	2 489,7	1 792,7	1 252,0	540,6	697,1	488,6	208,4	3 667,0	3 229,6	2 688,4	2 373,2	
Sept.	7 387,2	14,9	2 447,4	1 780,3	1 245,4	535,0	667,0	460,9	206,1	3 642,6	3 209,0	2 665,8	2 353,9	
Okt.	7 397,5	15,2	2 353,9	1 759,6	1 246,2	513,4	594,3	389,3	205,0	3 758,9	3 327,9	2 675,0	2 360,5	
Nov.	7 508,4	14,8	2 376,9	1 776,3	1 259,7	516,5	600,7	397,7	203,0	3 804,8	3 368,9	2 704,7	2 389,3	
Dez.	8 304,7	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 302,9	2 669,1	2 354,7	
2011 Jan.	8 183,8	14,1	2 322,8	1 748,8	1 239,7	509,1	573,9	374,7	199,2	3 748,8	3 322,9	2 684,7	2 356,7	
Febr.	8 142,3	14,5	2 332,2	1 751,5	1 243,1	508,4	580,6	380,6	200,1	3 745,3	3 323,0	2 697,7	2 377,4	
März	7 955,1	14,5	2 294,6	1 735,4	1 233,8	501,6	559,2	363,4	195,8	3 711,8	3 292,5	2 680,7	2 358,7	
April	7 998,0	15,6	2 270,7	1 702,2	1 203,3	498,8	568,6	371,7	196,9	3 736,6	3 308,4	2 704,2	2 361,3	
Veränderungen 3)														
2003	90,7	- 0,6	- 12,2	- 44,1	- 42,6	- 1,5	31,9	18,8	13,1	30,0	23,6	- 22,8	26,4	
2004	209,7	- 2,1	71,6	24,0	10,9	13,1	47,6	17,1	30,5	44,0	17,4	- 0,4	- 1,3	
2005	191,4	0,1	96,5	10,3	22,8	- 12,5	86,2	48,1	38,0	59,7	14,1	37,1	15,5	
2006	353,9	1,1	81,2	0,5	28,0	- 27,6	80,8	19,5	61,3	55,9	1,5	32,5	13,2	
2007	515,3	1,5	215,6	135,5	156,2	- 20,8	80,1	44,1	36,0	54,1	- 1,0	38,6	53,2	
2008	314,0	- 0,1	184,4	164,2	127,3	36,9	20,2	34,6	- 14,4	140,2	102,5	130,8	65,4	
2009	- 454,8	- 0,5	- 189,5	- 166,4	- 182,1	15,8	- 23,2	- 2,5	- 20,7	17,3	38,2	16,9	6,5	
2010	- 135,1	- 0,7	- 90,6	3,0	58,3	- 55,3	- 93,6	- 78,5	- 15,1	77,5	107,1	- 13,7	0,6	
2009 Aug.	- 9,7	0,0	6,0	- 3,5	- 6,0	- 2,5	9,5	10,6	- 1,1	- 27,5	- 20,9	- 14,3	- 9,8	
Sept.	- 57,5	- 0,0	- 49,6	- 23,0	- 16,5	- 6,5	- 26,6	- 25,9	- 0,7	22,3	17,5	15,4	15,0	
Okt.	- 16,3	0,3	- 15,2	- 37,5	- 33,4	- 4,2	- 22,4	- 24,1	- 1,7	- 0,1	3,5	- 12,4	- 8,6	
Nov.	2,5	- 0,4	0,4	2,9	6,1	- 3,1	- 2,6	- 7,2	4,6	- 0,4	0,2	6,1	5,1	
Dez.	- 79,7	3,4	- 17,7	- 14,9	- 8,0	- 6,9	- 2,8	0,2	- 3,1	- 37,4	- 16,8	- 9,9	- 17,4	
2010 Jan.	- 8,8	- 2,9	- 17,4	- 8,1	0,8	- 8,9	- 9,3	- 9,4	0,1	16,6	- 11,3	- 3,9	- 1,7	
Febr.	- 7,2	- 0,2	25,8	24,0	29,6	- 5,6	1,8	3,4	- 1,7	- 12,8	- 14,7	- 14,4	- 4,5	
März	4,9	0,3	0,5	2,6	- 0,3	2,9	- 2,1	- 4,4	2,3	- 2,5	1,2	- 4,5	- 3,2	
April	107,9	- 0,5	16,4	11,0	13,1	- 2,1	5,4	7,8	- 2,3	54,7	42,4	37,9	13,2	
Mai	63,7	0,7	80,8	50,4	59,5	- 9,1	30,4	31,0	- 0,6	- 45,6	- 15,4	- 25,6	1,1	
Juni	- 50,5	- 0,6	- 11,2	0,7	13,8	- 13,1	- 11,9	- 16,1	4,2	11,1	15,6	- 5,3	2,0	
Juli	- 166,1	0,6	- 118,1	- 116,0	- 101,0	- 15,0	- 2,1	9,9	- 11,9	- 3,2	- 4,5	- 0,5	0,4	
Aug.	60,6	- 0,3	29,2	13,6	15,9	- 2,4	15,6	14,5	1,1	8,7	7,3	5,2	6,2	
Sept.	- 88,7	0,4	- 36,3	- 8,8	- 3,6	- 5,2	- 27,5	- 26,0	- 1,5	- 16,5	- 15,2	- 17,5	- 14,3	
Okt.	20,7	0,4	- 72,6	- 0,9	1,7	- 2,6	- 71,7	- 70,7	- 0,9	100,9	102,9	11,7	9,2	
Nov.	80,9	- 0,5	25,6	22,0	10,8	11,2	3,5	5,8	- 2,3	39,4	36,9	25,8	25,0	
Dez.	- 152,6	1,7	- 13,1	12,6	18,1	- 5,5	- 25,6	- 24,0	- 1,6	- 73,2	- 60,5	- 30,3	- 32,8	
2011 Jan.	- 106,0	- 2,4	- 35,7	- 37,3	- 36,0	- 1,2	1,5	2,9	- 1,4	29,3	24,2	19,4	5,7	
Febr.	- 39,5	0,3	10,1	3,2	3,7	- 0,5	6,9	6,1	0,9	- 1,1	0,4	14,6	22,0	
März	- 167,6	0,0	- 31,8	- 10,8	- 8,2	- 2,6	- 20,9	- 16,2	- 4,8	- 29,7	- 25,8	- 14,5	- 16,4	
April	42,9	1,1	- 23,9	- 33,3	- 30,5	- 2,8	9,4	8,3	1,0	25,5	15,4	24,0	3,4	

*) Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen)

auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. — 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-	öffentliche Haushalte			zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	2002
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	806,4	645,6	163,6	2003
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,0	2010
334,3	499,0	348,5	150,5	479,4	352,3	173,5	127,1	23,6	103,5	1 132,8	882,1	228,8	2009 Juli
329,8	492,4	342,9	149,5	472,1	347,1	170,4	124,9	23,7	101,2	1 107,4	856,8	249,5	Aug.
330,0	494,3	340,0	154,3	475,4	349,0	172,6	126,4	23,6	102,8	1 069,0	822,5	248,8	Sept.
326,5	510,2	351,7	158,5	470,9	341,3	166,5	129,6	23,7	105,9	1 063,7	822,7	250,7	Okt.
327,5	501,7	340,9	160,8	469,5	341,0	165,1	128,4	23,5	105,0	1 057,5	818,6	255,0	Nov.
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	Dez.
341,7	502,3	338,0	164,4	457,5	325,5	161,9	132,1	23,7	108,3	1 081,5	838,8	236,0	2010 Jan.
331,7	502,2	334,8	167,4	460,5	325,7	162,9	134,8	23,7	111,1	1 072,7	832,8	225,9	Febr.
326,6	507,3	335,5	171,8	453,1	319,6	162,7	133,5	22,3	111,2	1 073,9	833,9	242,6	März
350,8	511,8	337,7	174,1	466,1	332,9	175,7	133,1	22,0	111,2	1 120,2	879,4	239,8	April
324,3	522,2	343,8	178,4	439,8	307,7	175,0	132,1	26,4	105,7	1 167,0	923,7	255,2	Mai
317,0	543,2	349,1	194,1	435,8	303,1	172,8	132,7	24,2	108,5	1 111,1	865,0	268,4	Juni
316,0	538,9	344,7	194,2	434,7	299,9	173,2	134,8	23,9	110,9	1 048,9	810,6	262,7	Juli
315,2	541,2	344,9	196,3	437,4	303,0	173,4	134,4	23,8	110,5	1 073,1	834,1	273,3	Aug.
312,0	543,1	346,6	196,5	433,7	294,4	166,4	139,2	25,7	113,5	1 020,8	787,3	261,6	Sept.
314,6	652,9	350,9	302,0	431,0	289,7	162,6	141,3	25,8	115,5	1 011,3	781,3	258,2	Okt.
315,4	664,2	427,3	237,0	435,9	299,5	167,8	136,4	25,8	110,6	1 043,4	810,3	268,5	Nov.
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,0	Dez.
328,0	638,2	421,7	216,5	425,9	287,9	159,8	138,0	26,2	111,8	1 017,1	786,3	1 081,0	2011 Jan.
320,2	624,3	410,1	214,2	423,3	285,7	158,2	137,6	26,3	111,3	1 017,4	790,0	1 033,0	Febr.
322,1	612,8	399,4	213,4	418,3	282,2	157,2	136,2	26,4	109,7	978,6	748,1	955,6	März
342,9	604,1	388,4	215,7	428,3	291,5	164,7	136,8	26,4	110,4	1 013,2	787,6	961,8	April
Veränderungen 3)													
- 3,6	0,8	- 8,7	9,6	6,4	13,1	2,6	- 6,8	- 0,8	- 6,0	115,4	97,7	- 42,0	2003
0,9	17,8	- 17,0	34,9	26,6	8,2	3,1	18,4	0,0	18,4	111,0	100,2	- 14,7	2004
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,2	18,2	4,6	13,5	57,2	31,3	- 22,2	2005
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,2	- 1,3	- 3,8	205,8	165,7	9,8	2006
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,7	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	223,0	136,7	21,1	2007
65,4	- 28,3	- 16,9	- 11,5	37,7	42,2	40,3	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,1	- 7,5	29,7	2008
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,2	- 162,2	- 99,8	2009
- 14,2	120,8	83,3	37,4	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,0	3,7	- 74,9	- 61,9	- 46,4	2010
- 4,4	- 6,7	- 5,6	- 1,0	- 6,6	- 4,5	- 2,6	- 2,1	0,1	- 2,2	- 9,6	- 9,8	21,5	2009 Aug.
0,5	2,0	- 2,8	4,9	4,8	3,2	3,2	1,6	- 0,0	1,6	- 28,4	- 25,3	- 1,8	Sept.
- 3,8	15,9	- 11,7	4,2	- 3,6	- 6,8	- 5,5	3,2	0,0	3,1	- 1,8	3,2	0,5	Okt.
1,0	- 5,9	- 8,2	2,3	- 0,6	0,5	- 0,9	- 1,1	- 0,1	- 0,9	- 0,7	0,9	3,6	Nov.
7,5	- 6,9	- 5,9	- 1,0	- 20,6	- 20,1	- 2,9	- 0,4	- 0,1	- 0,4	- 9,0	- 10,7	- 18,9	Dez.
5,6	7,3	2,8	4,5	5,3	1,5	- 1,0	3,8	0,2	3,6	6,1	6,4	- 11,2	2010 Jan.
- 10,0	- 0,2	- 3,2	3,0	1,8	- 0,9	0,3	2,7	- 0,0	2,7	- 17,3	- 13,8	- 2,7	Febr.
- 1,3	5,7	0,7	5,0	- 3,7	- 4,2	- 0,4	0,5	- 1,4	2,0	3,1	- 1,2	3,7	März
24,7	4,5	2,2	2,3	12,3	12,7	12,7	- 0,4	- 0,4	0,0	40,7	40,7	- 3,4	April
- 26,7	10,2	6,0	4,2	- 30,2	- 28,9	- 3,3	- 1,4	4,4	- 5,7	13,9	15,0	13,9	Mai
- 7,3	20,9	5,2	15,7	- 4,4	- 4,9	- 2,5	0,5	- 0,3	0,8	- 62,1	- 64,3	12,3	Juni
- 0,9	- 4,0	- 4,1	0,1	1,3	- 1,0	2,5	2,3	- 0,2	2,5	- 39,1	- 33,6	- 6,1	Juli
- 1,0	2,1	0,0	2,0	1,4	1,7	- 0,8	- 0,3	- 0,1	0,2	12,4	13,0	10,6	Aug.
- 3,1	2,2	1,9	0,4	- 1,3	- 6,6	- 4,5	5,3	2,0	3,3	- 24,0	- 21,2	- 12,3	Sept.
2,5	91,2	4,6	86,6	- 2,0	- 4,2	- 3,3	2,1	0,1	2,0	- 3,4	- 0,5	- 4,6	Okt.
0,7	11,1	76,1	- 65,0	2,6	7,7	3,2	- 5,1	- 0,1	- 5,0	7,5	6,7	8,9	Nov.
2,5	- 30,2	- 8,8	- 21,4	- 12,7	- 9,3	- 2,6	- 3,4	- 1,0	- 2,4	- 12,7	- 9,0	- 55,5	Dez.
- 13,7	- 4,8	- 3,5	1,3	5,1	- 0,4	- 3,6	5,5	1,4	4,0	5,2	2,4	- 102,4	2011 Jan.
- 7,4	- 14,2	- 12,0	- 2,2	- 1,5	- 1,1	- 1,3	- 0,4	0,1	- 0,5	3,0	6,1	- 51,9	Febr.
1,9	- 11,3	- 10,5	- 0,8	- 3,9	- 2,6	- 0,1	- 1,3	0,2	- 1,5	- 27,9	- 32,3	- 78,2	März
20,6	- 8,6	- 11,0	2,4	10,1	9,4	7,6	0,7	- 0,0	0,7	34,4	39,6	5,8	April

von Ausgleichsforderungen. — 3 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
	Bilanzsumme 1)	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland			mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		Einlagen von Nicht-	
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitglieds-ländern		zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen	täglich fällig	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2002	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1	
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3	
2004	6 617,4	1 528,4	1 270,8	257,6	2 264,2	2 148,5	646,2	898,9	239,9	603,5	515,5	71,9	8,8	
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6	
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9	
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6	
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4	
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010	8 304,7	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 090,0	1 109,4	303,7	618,2	512,5	68,4	19,3	
2009 Juli	7 619,1	1 641,3	1 417,8	223,4	2 816,2	2 706,5	922,3	1 218,7	442,0	565,5	449,7	73,2	24,7	
Aug.	7 590,2	1 635,5	1 414,6	220,8	2 808,1	2 707,6	933,8	1 203,1	424,4	570,8	454,3	73,7	25,8	
Sept.	7 519,5	1 603,4	1 381,3	222,1	2 806,8	2 706,2	953,3	1 177,9	398,2	575,1	457,4	76,2	26,5	
Okt.	7 498,4	1 602,0	1 373,6	228,4	2 797,5	2 696,7	981,3	1 133,7	367,5	581,7	461,5	74,9	26,2	
Nov.	7 493,5	1 599,1	1 375,7	223,4	2 823,6	2 724,5	1 005,5	1 133,4	353,0	585,6	464,5	73,0	25,9	
Dez.	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010 Jan.	7 452,7	1 596,8	1 348,9	247,9	2 826,3	2 736,7	1 025,2	1 113,9	330,5	597,6	479,2	66,6	20,1	
Febr.	7 449,5	1 597,3	1 361,7	235,6	2 828,9	2 736,7	1 025,5	1 108,4	323,8	602,9	485,1	69,6	20,4	
März	7 454,6	1 566,6	1 328,7	237,9	2 815,8	2 725,0	1 009,4	1 110,9	325,3	604,7	486,8	69,7	21,9	
April	7 570,0	1 599,7	1 340,9	258,7	2 836,1	2 737,0	1 044,7	1 087,5	301,4	604,8	488,8	77,9	27,3	
Mai	7 681,0	1 629,3	1 356,0	273,3	2 840,9	2 749,1	1 063,1	1 081,1	299,5	605,0	490,8	69,1	21,9	
Juni	7 641,3	1 616,8	1 365,8	251,0	2 842,3	2 750,9	1 064,3	1 082,1	299,7	604,4	491,5	69,5	22,3	
Juli	7 438,3	1 515,4	1 244,1	271,3	2 840,1	2 745,2	1 061,3	1 078,1	297,4	605,9	495,1	71,8	24,2	
Aug.	7 517,6	1 534,6	1 253,2	281,4	2 856,9	2 756,0	1 068,3	1 081,9	298,3	605,8	496,8	70,4	22,5	
Sept.	7 387,2	1 482,4	1 218,3	264,1	2 850,5	2 758,9	1 069,7	1 083,1	300,6	606,1	499,4	69,7	20,9	
Okt.	7 397,5	1 517,9	1 247,9	270,0	2 872,8	2 759,8	1 071,3	1 081,1	300,4	607,4	502,2	69,9	21,2	
Nov.	7 508,4	1 513,5	1 245,8	267,7	2 924,8	2 802,1	1 093,6	1 098,6	295,5	609,9	504,2	76,3	25,7	
Dez.	8 304,7	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 090,0	1 109,4	303,7	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011 Jan.	8 183,8	1 489,1	1 221,1	268,0	2 937,6	2 823,6	1 099,8	1 103,4	299,7	620,4	515,1	69,0	22,7	
Febr.	8 142,3	1 472,6	1 208,0	264,6	2 930,8	2 817,3	1 083,9	1 110,9	307,2	622,5	517,2	66,5	21,4	
März	7 955,1	1 454,6	1 191,7	262,9	2 928,3	2 820,7	1 085,9	1 111,3	308,8	623,5	518,0	68,7	22,1	
April	7 998,0	1 459,0	1 183,7	275,3	2 936,7	2 830,9	1 088,0	1 120,7	319,2	622,3	517,6	71,9	25,7	
Veränderungen 4)														
2003	90,7	3,8	- 3,3	7,1	44,7	50,3	48,8	- 13,6	- 31,6	15,1	28,0	- 3,8	1,4	
2004	209,7	62,3	42,8	19,6	53,5	64,9	26,3	25,5	- 8,3	13,1	14,7	- 9,3	0,4	
2005	191,4	32,8	26,9	5,8	65,0	75,5	69,4	7,3	- 6,9	- 1,2	2,9	- 8,0	0,5	
2006	353,9	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,5	4,4	
2007	515,3	148,3	134,8	13,5	185,1	177,3	24,6	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6	
2008	314,0	65,8	121,5	- 55,8	162,4	173,1	38,8	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,4	0,1	
2009	- 454,8	- 235,3	- 224,5	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	4,1	
2010	- 135,1	- 75,5	- 99,6	24,0	72,4	59,8	92,2	- 56,5	- 55,7	24,0	38,3	- 4,4	2,1	
2009 Aug.	- 9,7	- 5,1	- 2,6	- 2,4	3,6	1,3	11,6	- 15,6	- 17,6	5,3	4,5	0,6	1,1	
Sept.	- 57,5	- 31,3	- 33,0	1,7	- 0,7	- 1,0	19,8	- 25,1	- 26,1	4,3	3,1	2,8	0,8	
Okt.	- 16,3	- 1,0	- 7,3	6,3	4,3	3,8	28,1	- 31,0	- 30,6	6,6	4,2	- 1,0	0,3	
Nov.	2,5	- 2,1	2,8	- 4,9	13,5	15,1	24,4	- 13,1	- 14,4	3,8	3,0	- 1,8	0,3	
Dez.	- 79,7	- 11,8	- 21,8	10,0	- 6,5	6,1	- 8,3	5,5	3,2	8,9	9,9	- 9,3	8,3	
2010 Jan.	- 8,8	5,3	- 7,9	13,2	7,4	4,8	26,9	- 25,3	- 26,0	3,2	4,7	2,4	2,3	
Febr.	- 7,2	3,6	12,0	- 8,3	- 5,9	- 0,4	- 0,1	- 5,6	- 6,8	5,2	5,9	- 5,1	0,3	
März	4,9	- 15,7	- 17,8	2,1	- 13,3	- 11,8	- 16,1	2,4	1,5	1,8	1,8	0,1	1,4	
April	107,9	33,5	12,9	20,6	18,9	10,6	35,1	- 24,5	- 25,0	0,1	2,0	8,2	5,4	
Mai	63,7	25,0	11,9	13,0	2,9	10,7	17,3	- 6,8	- 2,1	0,2	2,0	- 9,4	5,6	
Juni	- 50,5	- 14,0	8,7	- 22,7	0,8	1,5	1,6	0,5	- 0,3	- 0,6	0,6	0,2	0,3	
Juli	- 166,1	- 94,4	- 116,0	21,6	- 0,8	- 4,6	- 2,2	- 3,8	- 2,2	1,5	3,6	2,6	2,0	
Aug.	60,6	16,9	7,6	9,2	16,0	10,2	6,6	3,7	0,8	- 0,1	1,7	- 1,6	1,8	
Sept.	- 88,7	- 47,4	- 31,8	- 15,6	- 4,6	4,3	2,5	1,5	2,5	0,3	2,6	- 0,4	1,5	
Okt.	20,7	36,7	30,4	6,3	22,5	1,0	1,8	- 2,2	- 0,1	1,3	2,7	0,3	0,4	
Nov.	80,9	- 8,9	- 4,9	- 4,0	26,9	17,6	22,1	- 7,0	- 6,0	2,6	2,0	6,1	4,4	
Dez.	- 152,6	- 16,1	- 4,6	- 11,5	1,6	15,9	- 3,2	10,6	8,0	8,5	8,6	- 7,8	5,6	
2011 Jan.	- 106,0	- 4,9	- 17,9	13,0	12,4	6,5	10,2	- 5,9	- 3,9	2,2	2,7	0,7	3,5	
Febr.	- 39,5	- 16,2	- 13,1	- 3,0	- 6,7	- 6,1	- 12,8	4,6	4,6	2,1	2,1	- 2,5	1,4	
März	- 167,6	- 16,1	- 15,2	- 0,9	- 1,8	4,0	2,5	0,6	1,7	1,0	0,8	2,4	0,8	
April	42,9	4,4	- 8,0	12,4	8,4	10,0	2,9	9,2	10,2	- 2,1	- 1,3	3,1	3,7	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen)

auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. — 2 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. — 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentralstaaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten										
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	2002
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,8	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,8	1 289,9	2010
46,0	19,7	2,5	1,9	36,6	34,6	82,4	12,4	1 565,9	181,1	647,3	441,5	412,0	2009 Juli
45,3	19,2	2,5	1,9	26,8	25,0	71,7	12,2	1 570,3	177,8	626,3	443,6	422,6	2009 Aug.
47,1	19,2	2,5	1,9	24,4	22,7	83,7	12,4	1 543,3	171,9	599,7	442,8	427,3	2009 Sept.
46,2	18,8	2,5	1,9	25,9	23,2	83,3	12,3	1 530,6	161,7	591,4	439,4	442,0	2009 Okt.
44,6	16,3	2,5	1,9	26,1	24,2	81,0	12,0	1 518,8	158,0	589,4	440,6	429,1	2009 Nov.
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009 Dez.
44,0	15,5	2,5	2,0	23,0	21,3	68,2	12,2	1 503,2	142,7	598,0	441,8	406,3	2010 Jan.
46,6	15,1	2,5	2,0	22,6	20,7	78,9	12,0	1 456,5	140,1	608,5	441,6	385,9	2010 Febr.
45,2	13,6	2,6	2,0	21,1	20,4	79,8	11,6	1 503,2	138,0	622,6	445,8	409,3	2010 März
48,0	16,8	2,6	2,0	21,2	19,8	100,7	11,3	1 501,9	132,1	672,6	448,0	399,8	2010 April
44,5	13,9	2,6	2,1	22,7	20,6	101,4	11,3	1 503,4	127,7	738,4	447,0	409,4	2010 Mai
44,6	14,1	2,7	2,1	21,9	20,8	102,7	11,0	1 487,2	111,3	705,4	443,4	432,6	2010 Juni
44,9	13,1	2,7	2,1	23,0	19,6	92,2	10,7	1 448,5	106,8	686,7	439,9	404,9	2010 Juli
45,3	13,9	2,7	2,1	30,4	20,4	104,0	10,3	1 457,6	111,1	701,7	438,1	414,3	2010 Aug.
46,2	14,8	2,7	2,1	21,9	20,7	95,9	10,2	1 440,3	108,5	667,1	433,6	407,3	2010 Sept.
46,0	14,6	2,7	2,1	43,1	34,1	85,0	9,8	1 407,4	87,7	657,4	440,1	407,1	2010 Okt.
47,8	15,5	2,7	2,2	46,3	41,3	109,0	9,8	1 423,6	87,7	674,0	452,8	401,0	2010 Nov.
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,8	1 289,9	2010 Dez.
43,5	13,7	2,8	2,2	45,0	37,1	74,5	9,9	1 400,8	80,6	631,5	454,3	1 186,1	2011 Jan.
42,3	14,3	2,8	2,2	47,0	37,8	93,2	9,8	1 396,0	83,0	634,1	460,2	1 145,7	2011 Febr.
43,8	16,3	2,9	2,3	38,9	36,2	78,9	10,0	1 373,4	78,2	575,5	460,7	1 073,7	2011 März
43,3	16,0	2,9	2,3	34,0	33,8	89,2	9,7	1 363,7	75,9	605,0	457,2	1 077,5	2011 April
Veränderungen 4)													
- 4,4	- 2,0	- 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,4	10,7	- 0,5	49,6	- 2,2	4,9	- 3,3	- 19,4	2003
- 8,3	- 1,4	- 0,6	- 0,4	- 2,1	- 2,8	0,8	- 5,2	73,2	- 14,8	21,7	- 10,5	- 14,0	2004
- 7,7	- 0,4	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	4,7	0,2	39,1	- 9,5	22,0	14,4	13,3	2005
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 3,9	- 3,1	3,3	0,3	34,4	- 21,7	32,4	27,9	33,7	2006
8,0	13,0	0,0	0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,3	48,7	48,8	42,9	65,1	2007
- 7,4	0,7	0,1	0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,8	50,4	- 0,0	39,2	56,6	2008
- 5,6	- 7,6	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,9	- 87,3	- 95,5	- 0,1	- 65,2	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 105,8	- 62,4	54,3	- 8,0	- 76,9	2010
- 0,5	- 0,4	0,0	0,0	1,7	1,9	- 10,6	- 0,3	6,1	- 3,3	- 18,2	2,5	12,4	2009 Aug.
2,0	0,0	0,0	0,0	- 2,5	- 2,3	11,9	0,2	- 22,7	- 5,9	- 21,3	0,2	6,1	2009 Sept.
- 0,7	- 0,1	0,0	0,0	1,5	0,5	- 0,4	- 0,1	- 11,0	- 10,2	- 7,1	- 3,1	2,1	2009 Okt.
- 1,5	- 2,4	0,0	0,0	0,2	0,9	- 2,3	- 0,2	- 10,1	- 3,7	0,8	1,5	1,4	2009 Nov.
- 1,1	0,6	0,0	0,0	- 3,3	- 1,9	- 0,5	- 0,6	- 24,6	- 11,8	- 31,4	12,8	- 17,1	2009 Dez.
0,1	- 1,6	0,0	0,0	0,2	- 0,9	- 12,3	0,8	- 4,4	- 3,5	26,4	- 14,7	- 17,2	2010 Jan.
- 5,5	- 4,8	0,0	0,0	- 0,4	- 0,6	10,7	- 0,1	- 11,0	- 2,7	6,2	- 1,2	- 9,5	2010 Febr.
- 1,4	- 1,5	0,0	0,0	- 1,5	- 0,4	1,0	- 0,4	6,0	- 2,0	13,0	4,0	10,3	2010 März
2,7	3,1	0,0	0,0	0,1	- 0,5	20,8	- 0,3	- 4,0	- 6,0	47,5	1,6	- 10,1	2010 April
- 3,8	- 3,2	0,0	0,0	1,5	0,8	0,7	- 0,0	- 16,1	- 4,5	49,5	- 5,2	7,0	2010 Mai
- 0,1	0,0	0,0	0,0	- 0,9	0,2	1,2	- 0,3	- 20,7	- 16,4	- 35,6	- 4,7	22,7	2010 Juni
0,6	- 0,8	0,0	0,0	1,1	- 1,2	- 10,4	- 0,2	- 26,3	- 4,4	- 6,6	- 0,9	- 26,4	2010 Juli
0,2	0,6	0,0	0,0	7,4	0,7	11,7	- 0,4	1,5	4,2	8,9	- 3,3	9,3	2010 Aug.
1,2	1,1	- 0,0	- 0,0	- 8,6	0,3	- 8,0	- 0,1	- 0,8	- 2,3	- 19,4	- 1,4	- 6,9	2010 Sept.
- 0,1	- 0,1	0,0	0,0	21,3	13,4	- 10,8	- 0,4	- 29,8	- 20,7	- 6,5	7,1	1,9	2010 Okt.
1,6	0,8	0,0	0,0	3,2	7,1	23,9	- 0,0	10,7	1,2	3,9	9,9	14,6	2010 Nov.
- 2,2	0,6	0,1	0,1	- 6,5	- 2,5	- 22,2	0,1	- 11,1	- 5,3	- 33,1	0,8	- 72,7	2010 Dez.
- 2,8	- 2,3	0,0	0,0	5,2	- 1,6	- 12,2	0,0	- 1,2	- 1,6	0,2	2,9	- 103,1	2011 Jan.
- 1,1	0,6	0,0	0,0	1,9	0,7	18,8	- 0,1	- 1,6	2,4	4,1	6,2	- 44,1	2011 Febr.
1,6	2,1	0,0	0,0	- 8,1	- 1,6	- 14,3	0,2	- 12,4	- 3,7	- 53,4	2,3	- 72,1	2011 März
- 0,5	- 0,2	0,0	0,0	- 4,7	- 2,3	10,3	- 0,3	- 11,2	- 3,9	29,5	- 2,0	3,7	2011 April

Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. —

4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2010 Nov.	1 917	7 583,6	72,4	2 874,2	2 113,6	749,8	4 100,7	573,3	2 730,5	0,8	758,4	147,7	388,5
Dez.	1 919	8 352,3	96,1	2 840,4	2 088,1	742,8	3 994,7	511,7	2 719,9	1,0	724,1	145,6	1 275,4
2011 Jan.	1 921	8 233,0	68,1	2 824,2	2 072,7	740,9	4 016,0	524,9	2 710,6	0,9	736,5	149,4	1 175,2
Febr.	1 921	8 191,6	76,2	2 826,1	2 073,8	740,8	4 013,6	534,4	2 712,6	0,9	723,4	148,3	1 127,6
März	1 921	8 003,0	81,5	2 755,4	2 012,7	732,9	3 969,0	500,4	2 703,7	0,8	725,9	148,5	1 048,6
April	1 922	8 045,9	64,8	2 781,5	2 043,0	728,6	3 996,7	513,3	2 695,1	0,8	746,8	148,4	1 054,5
Kreditbanken 6)													
2011 März	283	2 822,2	41,0	907,2	801,5	103,1	1 061,9	220,6	625,2	0,3	190,6	76,5	735,7
April	284	2 889,1	19,4	947,5	843,5	103,3	1 105,8	246,2	623,1	0,4	209,1	76,5	740,0
Großbanken 7)													
2011 März	4	1 875,6	30,9	547,2	490,9	54,1	520,1	131,4	255,9	0,3	108,5	69,1	708,4
April	4	1 932,4	9,3	591,0	534,9	55,7	552,3	155,7	253,9	0,3	116,2	69,1	710,7
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2011 März	168	736,1	8,2	227,3	179,1	48,0	470,8	66,2	324,2	0,1	79,6	6,5	23,3
April	169	747,2	8,3	228,8	182,0	46,5	479,0	65,5	325,3	0,1	87,4	6,5	24,7
Zweigstellen ausländischer Banken													
2011 März	111	210,5	1,9	132,7	131,6	1,1	71,0	23,1	45,2	0,0	2,6	0,9	4,1
April	111	209,5	1,7	127,7	126,6	1,1	74,5	25,0	44,0	0,0	5,4	0,9	4,7
Landesbanken													
2011 März	10	1 398,6	5,4	537,2	398,4	135,2	665,1	102,9	417,8	0,1	136,4	19,7	171,2
April	10	1 382,8	5,3	528,0	387,7	135,0	662,0	104,3	410,4	0,1	139,0	19,6	167,8
Sparkassen													
2011 März	429	1 067,9	19,2	244,9	82,5	160,8	769,4	61,0	602,2	0,2	105,9	16,8	17,7
April	429	1 072,7	22,7	245,7	85,2	159,1	770,0	59,9	604,0	0,2	105,9	16,9	17,5
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2011 März	2	261,2	0,1	155,4	118,7	36,6	61,3	15,8	18,9	0,0	25,9	14,8	29,6
April	2	264,4	0,3	157,9	121,4	36,4	60,2	12,1	19,0	0,0	28,1	14,8	31,3
Kreditgenossenschaften													
2011 März	1 138	702,0	14,0	183,7	66,2	116,4	474,8	32,5	376,0	0,1	66,2	11,6	18,0
April	1 138	704,4	15,3	184,0	66,7	116,0	475,7	31,9	377,8	0,1	65,9	11,6	17,9
Realkreditinstitute													
2011 März	18	672,1	0,7	181,7	103,8	77,4	468,7	43,9	320,7	-	100,6	1,2	19,9
April	18	649,6	0,6	171,2	94,0	76,9	457,0	36,1	318,1	-	99,4	1,2	19,6
Bausparkassen													
2011 März	23	198,0	0,1	60,6	41,8	18,8	129,0	1,6	112,7	.	14,8	0,4	8,0
April	23	197,5	0,1	60,1	42,0	18,0	129,0	1,6	112,7	.	14,8	0,4	7,9
Banken mit Sonderaufgaben													
2011 März	18	880,9	1,0	484,7	399,8	84,6	339,0	22,1	230,3	-	85,5	7,6	48,5
April	18	885,4	1,1	487,3	402,4	83,9	337,0	21,3	230,0	-	84,7	7,6	52,5
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2011 März	152	880,6	8,0	343,5	291,2	52,3	432,5	68,8	270,7	0,1	89,5	6,2	90,3
April	152	884,5	6,0	332,4	280,7	51,7	445,3	69,7	268,8	0,1	103,0	6,2	94,6
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2011 März	41	670,0	6,1	210,8	159,6	51,2	361,5	45,7	225,5	0,1	86,9	5,3	86,2
April	41	674,9	4,2	204,7	154,1	50,6	370,7	44,8	224,9	0,1	97,6	5,3	89,9

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung

des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beifheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. — 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. — 3 In

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)									
Alle Bankengruppen														
2 003,9	464,2	1 539,6	3 217,6	1 243,9	402,8	838,1	187,0	619,8	511,7	113,0	1 496,3	379,4	486,5	2010 Nov.
1 979,6	394,0	1 585,6	3 163,1	1 189,2	398,2	834,1	131,9	628,2	520,2	113,5	1 479,1	380,8	1 349,7	Dez.
1 959,4	432,0	1 527,5	3 173,5	1 236,5	366,8	826,3	130,8	630,4	522,9	113,6	1 469,4	385,0	1 245,7	2011 Jan.
1 943,7	418,1	1 525,6	3 187,3	1 231,7	384,9	823,7	160,4	632,5	525,0	114,5	1 468,0	387,4	1 205,3	Febr.
1 887,2	380,5	1 506,7	3 150,3	1 202,4	378,5	821,2	128,6	633,5	525,8	114,6	1 442,8	390,6	1 132,1	März
1 909,1	397,8	1 511,3	3 181,0	1 232,8	383,4	816,6	151,7	632,4	525,5	115,7	1 428,0	392,2	1 135,6	April
Kreditbanken 6)														
720,8	254,3	466,4	1 051,3	541,1	155,3	196,9	58,5	130,2	103,4	27,8	199,5	133,2	717,4	2011 März
757,0	272,4	484,6	1 079,1	562,4	163,6	195,1	83,1	129,4	102,1	28,6	200,2	133,4	719,4	April
Großbanken 7)														
441,1	185,6	255,5	512,5	251,5	83,1	91,3	54,1	77,0	73,0	9,6	164,9	84,0	673,0	2011 März
475,7	202,0	273,6	535,2	272,1	87,8	89,0	77,5	76,4	72,3	10,0	164,7	84,0	672,8	April
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
141,6	39,3	102,4	480,5	256,4	63,6	90,0	4,4	53,1	30,4	17,4	34,6	41,7	37,7	2011 März
147,4	44,1	103,3	483,4	255,3	67,0	90,4	5,7	52,9	29,8	17,8	35,5	41,8	39,1	April
Zweigstellen ausländischer Banken														
138,0	29,5	108,6	58,3	33,2	8,6	15,6	-	0,0	0,0	0,8	-	7,5	6,7	2011 März
133,9	26,2	107,7	60,4	35,1	8,8	15,6	-	0,0	0,0	0,9	-	7,6	7,6	April
Landesbanken														
381,6	58,0	323,6	381,5	88,0	104,9	173,0	63,3	14,3	11,0	1,2	381,7	65,5	188,3	2011 März
378,7	60,1	318,6	377,3	88,2	102,2	171,4	59,9	14,3	10,9	1,3	379,8	65,8	181,2	April
Sparkassen														
183,3	21,1	162,2	745,0	323,1	42,4	15,4	-	300,9	248,1	63,1	24,2	61,5	53,9	2011 März
183,3	15,8	167,6	749,3	326,9	42,8	15,5	-	300,8	248,9	63,3	23,8	61,7	54,5	April
Genossenschaftliche Zentralbanken														
126,4	25,4	101,1	34,0	8,1	10,1	13,4	2,2	-	-	2,3	58,6	12,3	29,9	2011 März
127,7	29,6	98,1	35,2	10,4	9,2	13,4	2,4	-	-	2,3	58,3	12,3	30,9	April
Kreditgenossenschaften														
98,8	5,4	93,4	505,1	222,2	46,9	29,5	-	187,4	162,7	19,2	21,7	42,8	33,5	2011 März
99,4	4,5	94,8	506,9	224,1	46,5	29,6	-	187,3	162,9	19,4	21,7	43,0	33,4	April
Realkreditinstitute														
194,7	4,5	190,2	200,4	11,6	10,4	178,1	1,8	0,3	0,3	-	232,6	19,0	25,4	2011 März
182,2	3,8	178,4	198,5	10,6	10,6	177,0	2,4	0,3	0,3	-	224,9	19,2	24,8	April
Bausparkassen														
27,9	2,0	25,9	139,3	0,5	0,9	136,5	-	0,4	0,4	0,9	5,7	7,6	17,5	2011 März
27,4	1,7	25,7	139,3	0,6	0,9	136,5	-	0,4	0,4	0,9	5,6	8,1	17,2	April
Banken mit Sonderaufgaben														
153,7	9,8	143,9	93,7	7,7	7,5	78,5	2,8	-	-	-	518,8	48,6	66,0	2011 März
153,5	10,0	143,6	95,3	9,6	7,7	78,0	3,9	-	-	-	513,7	48,6	74,2	April
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)														
265,4	78,6	186,8	399,5	211,3	65,2	89,8	21,6	20,2	20,0	13,0	68,1	44,3	103,2	2011 März
265,4	83,7	181,7	401,2	210,6	67,2	90,0	22,6	20,1	19,9	13,3	65,5	44,5	107,9	April
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)														
127,4	49,2	78,2	341,2	178,1	56,6	74,2	21,6	20,1	19,9	12,2	68,1	36,8	96,5	2011 März
131,4	57,4	74,0	340,8	175,5	58,3	74,3	22,6	20,1	19,9	12,5	65,5	36,9	100,3	April

den Termineinlagen enthalten. — 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. — 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. — 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals

Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. — 8 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbstständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen 1)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) 2) 3)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 6)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel 4)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 5)	insgesamt	Buchkredite	Wechsel 4)	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 7)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2001	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2009 Nov.	13,5	73,8	1 729,6	1 149,1	0,0	13,6	566,9	1,9	3 117,3	2 712,8	0,7	5,4	398,4
2009 Dez.	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010 Jan.	13,9	60,9	1 723,0	1 157,7	0,0	29,8	535,5	2,0	3 111,5	2 691,3	0,8	4,0	415,3
2010 Febr.	13,6	59,2	1 748,8	1 188,8	0,0	28,2	531,8	2,0	3 103,1	2 684,8	0,7	3,2	414,4
2010 März	13,9	89,5	1 720,0	1 158,7	–	27,2	534,1	1,9	3 098,8	2 681,7	0,8	3,1	413,3
2010 April	13,6	66,4	1 754,8	1 195,3	–	26,5	533,0	1,9	3 140,8	2 697,2	0,7	2,0	440,9
2010 Mai	14,2	57,5	1 817,8	1 267,0	–	26,5	524,3	1,9	3 130,1	2 707,8	0,6	2,5	419,2
2010 Juni	13,7	116,1	1 761,1	1 223,2	0,0	26,5	511,4	1,9	3 147,5	2 716,5	0,6	8,1	422,4
2010 Juli	14,3	66,8	1 688,7	1 165,6	–	26,4	496,7	1,8	3 139,7	2 708,6	0,6	9,9	420,6
2010 Aug.	13,9	66,8	1 704,5	1 183,5	–	27,1	493,9	1,8	3 150,2	2 717,5	0,6	9,2	423,0
2010 Sept.	14,2	74,1	1 685,0	1 169,5	–	24,5	491,1	1,9	3 129,7	2 699,9	0,6	8,9	420,3
2010 Okt.	14,7	64,4	1 674,2	1 180,2	–	6,9	487,1	1,8	3 249,0	2 710,7	0,6	28,2	509,4
2010 Nov.	14,0	57,6	1 697,3	1 200,6	–	8,6	488,1	1,8	3 290,2	2 815,9	0,6	26,1	447,6
2010 Dez.	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011 Jan.	13,6	54,0	1 673,1	1 183,9	–	7,9	481,3	1,7	3 241,2	2 777,7	0,7	29,2	433,6
2011 Febr.	13,6	61,7	1 668,2	1 179,5	–	9,4	479,3	1,7	3 240,3	2 786,9	0,7	29,4	423,4
2011 März	14,0	67,0	1 646,6	1 164,7	–	7,7	474,2	1,7	3 211,7	2 757,5	0,6	24,6	429,0
2011 April	15,1	49,1	1 630,9	1 152,3	–	5,4	473,2	1,7	3 226,9	2 749,1	0,6	25,6	451,6
Veränderungen *)													
2002	+ 3,3	– 10,7	+ 15,0	+ 33,1	+ 0,0	+ 2,3	– 20,3	– 0,2	– 19,2	– 18,0	– 0,8	– 1,1	+ 1,7
2003	– 0,5	+ 1,1	– 47,2	– 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 8,0	– 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2004	– 2,1	– 5,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 0,0	– 1,4	+ 22,1	– 0,2	+ 3,3	– 35,0	– 1,0	+ 1,1	+ 39,2
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	– 0,0	– 0,8	– 11,9	– 0,0	– 6,7	– 11,8	– 0,3	– 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	– 3,6	+ 24,5	– 0,0	+ 2,6	– 30,6	– 0,2	– 12,4	– 20,3	– 0,5	– 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2009 Nov.	– 0,3	+ 12,6	– 10,2	– 7,1	+ 0,0	– 2,3	– 0,9	+ 0,0	+ 0,4	– 3,7	– 0,0	+ 0,1	+ 4,0
2009 Dez.	+ 3,4	+ 5,1	– 17,9	– 11,1	– 0,0	+ 18,1	– 24,8	+ 0,3	– 20,2	– 23,8	+ 0,1	– 1,4	+ 4,9
2010 Jan.	– 3,0	– 18,1	+ 11,5	+ 19,7	+ 0,0	– 1,8	– 6,4	– 0,2	+ 11,2	– 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 11,8
2010 Febr.	– 0,4	– 1,7	+ 26,3	+ 31,7	– 0,0	– 1,6	– 3,7	– 0,0	– 8,9	– 7,0	– 0,1	– 0,9	– 1,0
2010 März	+ 0,4	+ 30,3	– 27,0	– 30,1	– 0,0	– 0,5	+ 3,6	– 0,0	+ 0,2	– 3,2	+ 0,0	– 0,1	+ 3,4
2010 April	– 0,4	– 23,1	+ 34,8	+ 36,5	–	– 0,7	– 1,1	– 0,0	+ 42,1	+ 15,5	– 0,1	– 1,1	+ 27,7
2010 Mai	+ 0,7	– 8,9	+ 63,0	+ 71,7	–	– 0,0	– 8,7	– 0,0	– 10,7	+ 10,5	– 0,0	+ 0,5	– 21,8
2010 Juni	– 0,5	+ 58,6	– 56,7	– 43,7	+ 0,0	– 0,4	– 12,6	+ 0,0	+ 17,5	+ 8,7	– 0,0	+ 5,5	+ 3,3
2010 Juli	+ 0,5	– 49,3	– 69,2	– 54,4	– 0,0	– 0,1	– 14,7	– 0,1	– 7,8	– 7,8	+ 0,1	+ 1,6	– 1,7
2010 Aug.	– 0,3	– 0,0	+ 15,8	+ 17,9	–	+ 0,7	– 2,8	–	+ 10,5	+ 8,8	– 0,0	– 0,7	+ 2,4
2010 Sept.	+ 0,3	+ 7,4	– 19,5	– 14,0	–	– 2,7	– 2,8	+ 0,0	– 20,6	– 17,6	– 0,1	– 0,2	– 2,7
2010 Okt.	+ 0,4	– 9,8	– 10,8	+ 10,7	–	– 17,5	– 4,0	– 0,0	+ 120,1	+ 11,7	+ 0,1	+ 19,3	+ 89,1
2010 Nov.	– 0,6	– 6,8	+ 23,1	+ 20,4	–	+ 1,7	+ 1,1	– 0,0	+ 41,1	+ 105,0	– 0,0	– 2,1	– 61,8
2010 Dez.	+ 2,0	+ 22,0	– 10,7	– 4,9	–	– 1,1	– 4,6	+ 0,0	– 64,1	– 45,4	+ 0,2	+ 1,8	– 20,7
2011 Jan.	– 2,4	– 25,6	– 13,2	– 11,4	–	+ 0,5	– 2,2	– 0,1	+ 20,3	+ 7,3	– 0,1	+ 1,3	+ 11,8
2011 Febr.	– 0,1	+ 7,7	– 4,9	– 4,4	–	+ 1,5	– 2,0	–	– 0,9	+ 9,2	– 0,0	+ 0,2	– 10,2
2011 März	+ 0,4	+ 5,3	– 21,6	– 14,8	–	– 1,7	– 5,1	+ 0,0	– 28,6	– 29,4	– 0,1	– 4,7	+ 5,6
2011 April	+ 1,1	– 17,8	– 15,7	– 12,4	–	– 2,3	– 0,9	+ 0,0	+ 15,2	– 8,4	+ 0,0	+ 0,9	+ 22,7

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998: inländische Noten und Münzen. — 2 Bis Dezember 1998 ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; siehe auch Anm. 5. — 4 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossaments-

verbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 5 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; siehe auch Anm. 3. — 6 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 7 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 8. — 8 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. — 9 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 8)	Nachrichtlich: Treuhand- kredite 5)	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3) 9) 10)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 15)					Nachrichtlich: Treuhand- kredite 5)	Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 11) 12)	Termin- ein- lagen 12) 13)	weiter- gegebene Wechsel 14)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)	insgesamt	Sicht- ein- lagen 11)	Termin- ein- lagen 13) 16)	Spar- ein- lagen 17)	Spar- briefe 18)		
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	2001
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 237,9	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 936,6	1 104,4	1 117,1	618,2	96,9	37,5	2010
-	42,8	102,7	1 375,3	150,5	1 224,8	0,0	35,5	2 825,5	1 037,6	1 098,1	585,6	104,2	42,2	2009 Nov.
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	Dez.
-	43,4	104,3	1 348,2	142,4	1 205,8	0,0	35,7	2 820,3	1 051,3	1 070,0	597,7	101,3	43,0	2010 Jan.
-	43,3	98,9	1 360,7	150,4	1 210,3	0,0	36,0	2 830,1	1 055,9	1 070,5	602,9	100,8	43,0	Febr.
-	42,9	98,7	1 327,9	129,4	1 198,5	0,0	36,1	2 819,0	1 040,0	1 073,7	604,7	100,5	42,8	März
-	42,8	98,6	1 340,4	140,3	1 200,1	0,0	36,1	2 852,0	1 070,3	1 077,0	604,8	99,9	42,7	April
-	42,8	97,8	1 355,5	139,6	1 215,9	0,0	37,1	2 867,5	1 089,6	1 073,1	605,1	99,7	42,7	Mai
-	42,5	97,6	1 365,2	140,1	1 225,0	0,0	36,8	2 867,5	1 090,5	1 073,1	604,4	99,5	42,4	Juni
-	42,3	96,1	1 243,3	134,7	1 108,6	0,0	35,6	2 851,1	1 084,9	1 061,3	605,9	98,9	42,2	Juli
-	42,3	95,6	1 252,5	138,9	1 113,7	0,0	35,9	2 873,4	1 094,7	1 074,2	605,9	98,7	42,2	Aug.
-	42,1	95,3	1 217,8	138,6	1 079,1	0,0	35,1	2 867,2	1 083,3	1 079,4	606,1	98,4	42,1	Sept.
-	42,0	95,1	1 247,7	137,0	1 110,7	0,0	34,9	2 872,3	1 091,1	1 075,1	607,4	98,6	42,0	Okt.
-	41,7	95,3	1 245,6	150,1	1 095,5	0,0	35,1	2 946,1	1 129,6	1 110,2	610,0	96,3	42,0	Nov.
-	33,7	96,8	1 237,9	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 936,6	1 104,4	1 117,1	618,2	96,9	37,5	Dez.
-	33,5	98,4	1 220,9	148,0	1 072,9	0,0	13,7	2 928,6	1 125,9	1 085,0	620,4	97,2	37,3	2011 Jan.
-	33,5	98,2	1 207,7	135,8	1 071,9	0,0	13,7	2 942,8	1 121,6	1 100,7	622,5	98,0	37,4	Febr.
-	33,3	98,3	1 191,5	126,6	1 064,8	0,0	13,7	2 930,5	1 112,1	1 096,6	623,5	98,3	37,2	März
-	33,1	98,2	1 183,6	132,1	1 051,5	0,0	13,5	2 948,4	1 127,1	1 099,2	622,3	99,8	37,0	April
Veränderungen *)														
- 1,0	- 2,1	+ 24,2	+ 37,9	+ 1,7	+ 36,3	- 0,1	- 1,5	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	2002
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	+ 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003
- 1,1	+ 3,0	- 9,6	+ 41,3	+ 2,9	+ 38,5	- 0,1	+ 2,4	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	2004
- 1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,8	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,4	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,7	- 1,7	2010
-	- 0,1	- 0,9	+ 2,5	+ 24,4	- 21,9	- 0,0	- 0,3	+ 13,5	+ 23,6	- 12,3	+ 3,8	- 1,7	+ 0,0	2009 Nov.
-	+ 0,0	+ 3,3	- 20,2	- 21,7	+ 1,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 4,3	- 8,1	+ 4,5	+ 8,9	- 1,0	+ 0,1	Dez.
-	- 0,5	- 1,7	- 6,9	+ 13,6	- 20,4	- 0,0	- 0,0	- 9,5	+ 21,9	- 32,6	+ 3,2	- 1,9	- 0,5	2010 Jan.
-	- 0,1	- 5,4	+ 12,4	+ 7,9	+ 4,5	+ 0,0	+ 0,3	+ 9,9	+ 4,6	+ 0,5	+ 5,2	- 0,5	- 0,0	Febr.
-	- 0,4	- 0,2	- 17,2	- 5,4	- 11,8	- 0,0	+ 0,0	- 11,2	- 15,9	+ 3,2	+ 1,8	- 0,4	- 0,2	März
-	- 0,1	- 0,1	+ 13,6	+ 10,9	+ 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 32,0	+ 30,3	+ 2,2	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	April
-	- 0,0	- 0,9	+ 15,1	- 0,7	+ 15,8	- 0,0	+ 1,0	+ 15,4	+ 19,3	- 3,9	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	Mai
-	- 0,3	- 0,2	+ 9,7	+ 0,5	+ 9,1	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	+ 1,4	- 0,5	- 0,6	- 0,3	- 0,3	Juni
-	- 0,1	- 1,4	- 118,6	- 5,1	- 113,5	+ 0,0	- 1,2	- 16,4	- 5,6	- 11,8	+ 1,5	- 0,5	- 0,2	Juli
-	- 0,1	- 0,5	+ 9,2	+ 4,1	+ 5,1	- 0,0	+ 0,3	+ 17,6	+ 9,8	+ 8,2	- 0,1	- 0,3	- 0,0	Aug.
-	- 0,2	- 0,3	- 34,7	- 0,2	- 34,5	- 0,0	- 0,8	- 6,2	- 11,4	+ 5,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	Sept.
-	- 0,1	- 0,2	+ 29,9	- 1,7	+ 31,5	+ 0,0	- 0,2	+ 4,9	+ 7,9	- 4,5	+ 1,3	+ 0,2	- 0,1	Okt.
-	- 0,1	+ 0,2	- 2,1	+ 13,1	- 15,2	- 0,0	+ 0,4	+ 50,3	+ 39,3	+ 8,2	+ 2,6	+ 0,3	- 0,0	Nov.
-	- 0,1	+ 1,6	- 7,2	- 14,8	+ 7,6	+ 0,0	+ 0,2	- 9,4	- 25,5	+ 6,9	+ 8,5	+ 0,6	- 0,3	Dez.
-	- 0,2	+ 1,6	- 17,0	+ 12,7	- 29,8	- 0,0	- 0,1	- 8,1	+ 21,6	- 32,1	+ 2,2	+ 0,3	- 0,2	2011 Jan.
-	+ 0,0	- 0,2	- 13,4	- 12,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 14,2	- 4,4	+ 15,7	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,0	Febr.
-	- 0,2	+ 0,1	- 16,3	- 9,2	- 7,0	- 0,0	- 0,0	- 12,3	- 9,5	- 4,3	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2	März
-	- 0,2	- 0,1	- 7,9	+ 5,4	- 13,3	- 0,0	- 0,1	+ 17,8	+ 15,9	+ 3,0	- 2,1	+ 1,1	- 0,1	April

Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 10 Bis Dezember 1998 ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 11 Bis Dezember 1998 einschl. Termingelder bis unter 1 Monat. — 12 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. — 13 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 14 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf und bis Dezember 1998 zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten

aus rediskontierten Wechseln. — 15 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 16 Seit Einbeziehung der Bausparkassen Januar 1999 einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. — 17 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 16. — 18 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen 1)	Kredite an ausländische Banken (MFIs) 2)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel 3)			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Buchkredite, Wechsel 3)			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2001	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2009 Nov.	0,3	1 274,1	981,6	637,6	344,1	9,0	283,5	3,0	828,7	473,2	124,5	348,8	13,2	342,3
Dez.	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010 Jan.	0,4	1 278,4	986,8	647,2	339,6	5,3	286,2	2,9	829,2	477,1	121,1	356,0	12,1	340,1
Febr.	0,6	1 269,6	980,1	640,5	339,5	4,5	285,0	2,9	835,3	483,0	122,5	360,5	10,5	341,8
März	0,5	1 272,2	980,1	640,2	339,8	4,8	287,3	3,0	822,5	478,7	119,5	359,2	11,1	332,7
April	0,4	1 307,0	1 019,7	681,4	338,3	4,6	282,8	3,0	852,3	505,3	143,7	361,7	11,4	335,6
Mai	0,5	1 356,5	1 073,9	725,7	348,3	6,6	276,0	3,0	854,4	531,2	156,2	375,0	10,6	312,7
Juni	0,4	1 301,1	1 019,9	678,6	341,2	6,1	275,1	3,0	832,7	506,4	134,6	371,8	11,5	314,9
Juli	0,4	1 259,9	988,7	678,4	310,3	3,5	267,6	2,9	813,6	492,1	130,7	361,4	12,3	309,2
Aug.	0,5	1 293,4	1 020,2	708,5	311,7	3,8	269,5	2,8	821,9	499,5	135,0	364,5	11,0	311,5
Sept.	0,6	1 234,3	965,4	666,0	299,4	2,6	266,3	2,7	796,0	474,6	119,2	355,4	12,9	308,4
Okt.	0,6	1 159,1	892,5	604,4	288,1	3,1	263,4	2,7	786,3	466,0	115,9	350,1	15,3	304,9
Nov.	0,8	1 176,9	913,0	619,6	293,5	2,2	261,7	2,7	810,4	488,1	129,5	358,6	11,5	310,8
Dez.	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011 Jan.	0,5	1 151,1	888,7	609,2	279,5	2,8	259,6	1,8	774,8	458,0	114,9	343,2	13,9	302,9
Febr.	0,9	1 157,9	894,3	612,9	281,5	2,0	261,5	1,8	773,2	460,3	118,3	342,1	12,9	300,0
März	0,5	1 108,8	848,0	571,0	277,0	2,0	258,7	1,8	757,3	446,7	110,0	336,7	13,7	296,9
April	0,5	1 150,6	890,7	615,6	275,1	4,5	255,3	1,8	769,8	459,4	129,8	329,7	15,2	295,1
Veränderungen *)														
2002	- 0,1	+ 120,3	+ 118,0	+ 99,4	+ 18,6	+ 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 21,2	+ 12,7	- 0,4	+ 13,2	+ 4,6	+ 3,9
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9
2004	- 0,1	+ 128,3	+ 89,4	+ 95,3	- 5,9	+ 1,3	+ 37,6	- 0,1	+ 65,8	+ 29,5	+ 31,7	- 2,2	+ 5,1	+ 31,1
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2009 Nov.	- 0,0	- 1,3	- 2,8	+ 2,2	- 5,1	+ 1,2	+ 0,3	- 0,0	- 4,3	- 4,6	- 2,1	- 2,5	+ 0,0	+ 0,2
Dez.	+ 0,0	- 6,4	- 4,8	+ 0,8	- 5,6	- 2,8	+ 1,1	- 0,1	- 22,6	- 11,2	- 9,2	- 2,0	- 3,4	- 8,1
2010 Jan.	+ 0,1	- 7,4	- 7,5	- 1,0	- 6,5	- 0,9	+ 1,0	+ 0,0	+ 5,4	+ 2,5	+ 2,8	- 0,3	+ 2,3	+ 0,5
Febr.	+ 0,2	+ 14,1	- 11,8	- 9,2	- 2,6	- 0,9	- 1,5	- 0,0	- 0,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	- 1,6	+ 0,4
März	- 0,1	+ 2,5	- 1,5	- 1,1	- 0,4	+ 0,3	+ 3,7	+ 0,1	- 6,7	- 5,8	- 3,3	- 2,5	+ 0,7	- 1,6
April	- 0,1	+ 34,9	+ 36,3	+ 39,4	- 3,1	- 0,3	- 1,1	- 0,0	+ 23,0	+ 24,0	+ 23,5	+ 0,5	+ 0,3	- 1,3
Mai	+ 0,1	+ 30,6	+ 35,8	+ 34,5	+ 1,2	+ 2,0	- 7,1	+ 0,0	- 18,3	+ 10,2	+ 8,8	+ 1,4	- 0,8	- 27,7
Juni	- 0,1	- 59,9	- 58,1	- 49,0	- 9,2	- 1,1	- 0,6	- 0,0	- 24,8	- 27,2	- 24,5	- 2,7	+ 0,9	+ 1,5
Juli	+ 0,0	- 26,9	- 17,5	+ 6,9	- 24,5	- 2,5	- 6,8	- 0,1	- 5,0	- 2,6	- 1,0	- 1,6	+ 0,9	- 3,3
Aug.	+ 0,1	+ 25,8	+ 24,1	+ 26,3	- 2,2	+ 0,2	+ 1,5	- 0,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,9	- 1,4	+ 1,0
Sept.	+ 0,1	- 40,8	- 37,6	- 33,1	- 4,5	- 1,0	- 2,8	- 0,0	- 9,1	- 10,7	- 12,5	+ 1,8	+ 2,0	- 0,4
Okt.	- 0,1	- 71,3	- 69,1	- 59,6	- 9,5	+ 0,5	- 2,7	- 0,0	- 6,0	- 5,5	- 2,6	- 2,9	+ 2,4	- 2,9
Nov.	+ 0,2	+ 2,5	+ 5,9	+ 7,6	- 1,7	- 1,0	- 2,4	+ 0,0	+ 9,9	+ 10,1	+ 11,0	- 0,9	- 3,8	+ 3,5
Dez.	- 0,3	- 17,5	- 15,1	- 9,1	- 5,9	- 0,2	- 2,2	- 0,0	- 31,4	- 22,3	- 16,2	- 6,1	- 1,4	- 7,7
2011 Jan.	+ 0,0	+ 2,9	+ 1,6	+ 4,5	- 2,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,0	+ 6,3	+ 1,0	+ 3,2	- 2,2	+ 3,8	+ 1,5
Febr.	+ 0,4	+ 8,2	+ 7,0	+ 4,4	+ 2,6	- 0,8	+ 2,0	- 0,0	- 0,1	+ 3,5	+ 3,7	- 0,2	- 1,0	- 2,6
März	- 0,4	- 42,7	- 39,6	- 38,3	- 1,4	+ 0,0	- 3,2	- 0,0	- 9,6	- 8,5	- 7,1	- 1,4	+ 0,9	- 2,0
April	+ 0,0	+ 50,1	+ 50,6	+ 48,9	+ 1,7	+ 2,5	- 3,0	- 0,0	+ 20,4	+ 19,3	+ 21,2	- 1,9	+ 1,5	- 0,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Bis Dezember 1998: Noten und Münzen in Fremdwährung. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; siehe auch Anm. 4. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 5)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)							Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)							Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparinlagen und Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)			
				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristige				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristige				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001		
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002		
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003		
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004		
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005		
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006		
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007		
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008		
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	226,5	84,8	141,7	76,7	64,9	1,5	2010		
32,1	51,1	651,3	235,9	415,4	281,6	133,7	0,2	241,0	93,2	147,8	82,1	65,7	1,9	2009 Nov.		
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	Dez.		
32,4	48,0	683,5	253,9	429,6	299,0	130,6	0,2	237,2	96,1	141,0	74,7	66,4	1,9	2010 Jan.		
32,8	47,7	678,1	253,6	424,5	293,3	131,2	0,2	244,5	92,6	152,0	82,3	69,7	1,9	Febr.		
32,8	49,2	701,7	278,4	423,3	289,7	133,6	0,1	236,2	92,4	143,8	76,8	67,0	1,8	März		
32,9	49,9	750,2	270,8	479,3	345,4	134,0	0,1	266,4	111,4	155,0	88,8	66,2	1,8	April		
33,9	49,9	815,8	311,0	504,8	367,4	137,4	0,1	271,2	116,0	155,2	88,7	66,5	1,7	Mai		
33,6	55,9	780,1	331,9	448,2	310,4	137,8	0,1	254,3	110,3	144,1	77,7	66,4	1,7	Juni		
32,4	49,9	779,1	311,8	467,3	336,6	130,7	0,1	260,8	112,2	148,6	82,4	66,2	1,7	Juli		
32,9	51,5	803,7	324,2	479,5	347,2	132,3	0,1	267,5	114,7	152,8	87,3	65,6	1,8	Aug.		
32,2	51,2	756,4	293,5	462,9	330,4	132,5	0,1	254,5	104,3	150,1	85,6	64,6	1,7	Sept.		
32,1	51,5	749,1	301,7	447,5	316,9	130,6	0,1	264,2	108,4	155,8	87,5	68,4	1,7	Okt.		
32,5	52,5	758,3	314,2	444,1	311,8	132,3	0,1	271,5	114,3	157,1	86,9	70,2	1,7	Nov.		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	226,5	84,8	141,7	76,7	64,9	1,5	Dez.		
15,6	51,0	738,6	284,0	454,6	321,6	133,0	0,1	245,0	110,5	134,5	70,3	64,2	1,5	2011 Jan.		
15,6	50,0	735,9	282,3	453,7	321,0	132,7	0,1	244,5	110,1	134,3	72,2	62,1	1,5	Febr.		
15,6	50,2	695,8	253,9	441,9	310,5	131,4	0,1	219,8	90,3	129,4	68,6	60,8	1,5	März		
15,5	50,2	725,6	265,7	459,8	329,8	130,0	0,1	232,6	105,7	126,9	68,0	58,9	1,5	April		
Veränderungen *)																
+ 1,7	+ 1,6	+ 22,7	+ 14,6	+ 8,1	- 1,3	+ 9,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,8	- 4,6	+ 8,4	- 0,9	2002		
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003		
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004		
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005		
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006		
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007		
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008		
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	+ 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009		
+ 0,2	+ 1,4	+ 79,6	+ 42,0	+ 37,5	+ 38,1	- 0,6	- 0,1	- 2,7	+ 6,0	- 8,7	- 3,3	- 5,5	- 0,4	2010		
- 0,2	+ 2,0	- 3,6	+ 10,2	- 13,9	- 8,8	- 5,1	-	- 3,3	- 10,4	+ 7,1	+ 6,9	+ 0,2	- 0,0	2009 Nov.		
- 0,0	- 6,1	- 5,4	- 24,4	+ 19,0	+ 22,5	- 3,5	- 0,0	- 26,4	- 15,6	- 10,8	- 9,1	- 1,7	- 0,0	Dez.		
+ 0,3	+ 2,2	+ 25,6	+ 39,0	- 13,3	- 11,3	- 2,0	- 0,0	+ 19,4	+ 17,7	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,1	2010 Jan.		
+ 0,4	- 0,5	- 5,0	- 1,5	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 0,0	- 1,4	- 3,9	+ 2,5	+ 3,0	- 0,5	- 0,0	Febr.		
+ 0,0	+ 1,4	+ 22,4	+ 24,4	- 2,0	- 4,2	+ 2,2	- 0,0	- 8,6	- 0,2	- 8,4	- 5,6	- 2,8	- 0,1	März		
+ 0,1	+ 0,5	+ 46,4	- 8,3	+ 54,6	+ 54,8	- 0,1	-	+ 29,5	+ 18,8	+ 10,7	+ 11,7	- 1,0	- 0,0	April		
+ 1,0	- 1,0	+ 52,5	+ 36,3	+ 16,2	+ 15,1	+ 1,1	- 0,0	+ 0,2	+ 2,8	- 2,6	- 1,9	- 0,8	- 0,0	Mai		
- 0,3	+ 5,7	- 37,8	+ 20,5	- 58,3	- 58,1	- 0,1	- 0,0	- 17,8	- 6,0	- 11,8	- 11,4	- 0,4	- 0,0	Juni		
- 1,1	- 5,8	+ 9,2	- 16,6	+ 25,7	+ 31,1	- 5,4	- 0,0	+ 9,9	+ 3,3	+ 6,6	+ 6,0	+ 0,6	+ 0,0	Juli		
+ 0,5	+ 1,5	+ 19,4	+ 10,6	+ 8,7	+ 8,0	+ 0,7	- 0,0	+ 4,9	+ 1,9	+ 3,0	+ 4,1	- 1,1	+ 0,0	Aug.		
- 0,8	- 0,1	- 34,1	- 26,2	- 7,9	- 10,3	+ 2,4	- 0,0	- 9,1	- 9,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	Sept.		
- 0,0	+ 0,3	- 4,5	+ 9,1	- 13,6	- 12,1	- 1,5	-	+ 10,6	+ 4,3	+ 6,3	+ 2,4	+ 4,0	+ 0,1	Okt.		
+ 0,4	+ 0,8	- 2,3	+ 8,5	- 10,8	- 10,6	- 0,2	- 0,0	+ 3,3	+ 4,7	- 1,4	- 2,2	+ 0,8	- 0,0	Nov.		
- 0,2	- 3,6	- 12,3	- 53,8	+ 41,6	+ 39,4	+ 2,1	- 0,0	- 43,6	- 28,2	- 15,3	- 9,7	- 5,6	- 0,2	Dez.		
- 0,1	+ 2,3	+ 1,0	+ 26,4	- 25,5	- 25,6	+ 0,1	- 0,0	+ 19,7	+ 26,0	- 6,4	- 5,9	- 0,5	- 0,0	2011 Jan.		
+ 0,0	- 1,0	- 1,1	- 1,2	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 2,0	- 1,9	+ 0,0	Febr.		
- 0,0	+ 0,2	- 35,5	- 26,7	- 8,8	- 8,4	- 0,3	- 0,0	- 23,2	- 19,2	- 4,0	- 3,1	- 0,9	- 0,0	März		
- 0,0	+ 0,1	+ 35,9	+ 14,0	+ 21,8	+ 23,5	- 1,7	-	+ 14,6	+ 16,1	- 1,5	- 0,0	- 1,4	+ 0,0	April		

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; siehe auch Anm. 2. — 5 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebs-

kapital. — 6 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 7 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt ^{1) 2)}		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige		
			an Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-	
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel ^{3) 4)}	insgesamt	zu-	Buch-	Schatz-			
mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel ^{3) 4)}	börsenfähige Geldmarktpapiere	insgesamt	zu-	Buch-	Schatz-	insgesamt	insgesamt	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2	
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7	
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1	
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2	
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3	
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8	
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3	
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8	
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7	
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6	
2009 Nov.	3 117,3	2 713,4	374,5	327,2	327,0	0,2	47,4	42,1	5,2	2 742,7	2 289,4	
Dez.	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7	
2010 Jan.	3 111,5	2 692,1	349,7	305,0	304,8	0,2	44,7	40,9	3,8	2 761,8	2 305,2	
Febr.	3 103,1	2 685,6	343,5	299,8	299,6	0,2	43,7	40,8	2,9	2 759,6	2 302,2	
März	3 098,8	2 682,4	348,9	302,9	302,6	0,3	46,1	43,2	2,8	2 749,9	2 290,3	
April	3 140,8	2 697,9	358,7	311,7	311,5	0,3	46,9	45,2	1,7	2 782,2	2 318,9	
Mai	3 130,1	2 708,4	361,7	310,6	310,3	0,2	51,1	48,8	2,3	2 768,4	2 298,8	
Juni	3 147,5	2 717,1	376,1	313,2	312,9	0,3	63,0	55,2	7,8	2 771,4	2 292,6	
Juli	3 139,7	2 709,3	366,0	305,7	305,4	0,3	60,4	50,8	9,6	2 773,7	2 296,5	
Aug.	3 150,2	2 718,1	367,2	309,8	309,6	0,2	57,3	48,4	9,0	2 783,1	2 300,7	
Sept.	3 129,7	2 700,4	351,1	293,4	293,2	0,2	57,8	49,0	8,8	2 778,5	2 294,8	
Okt.	3 249,0	2 711,4	378,0	297,5	297,2	0,3	80,5	52,5	28,0	2 871,0	2 300,2	
Nov.	3 290,2	2 816,5	470,8	318,0	317,7	0,3	152,8	126,9	25,9	2 819,5	2 309,5	
Dez.	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6	
2011 Jan.	3 241,2	2 778,4	440,2	290,4	290,2	0,2	149,8	120,8	29,0	2 801,1	2 314,1	
Febr.	3 240,3	2 787,6	446,4	308,5	308,2	0,3	137,9	108,8	29,1	2 794,0	2 309,0	
März	3 211,7	2 758,1	415,7	292,7	292,4	0,3	123,1	98,7	24,4	2 796,0	2 307,8	
April	3 226,9	2 749,7	409,8	295,8	295,5	0,4	114,0	88,8	25,2	2 817,1	2 328,5	
Veränderungen ^{*)}												
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3	+ 7,6	
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0	
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	- 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6	
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8	
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6	
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1	
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4	
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6	
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9	
2009 Nov.	+ 0,4	- 3,7	- 7,0	+ 0,9	+ 1,1	- 0,2	- 7,9	- 8,2	+ 0,3	+ 7,4	+ 5,4	
Dez.	- 20,2	- 23,7	- 27,2	- 20,8	- 20,8	- 0,0	- 6,4	- 5,0	+ 1,4	+ 7,1	+ 7,5	
2010 Jan.	+ 11,2	- 0,6	+ 2,3	- 1,5	- 1,6	+ 0,1	+ 3,8	+ 3,8	- 0,1	+ 9,0	+ 5,5	
Febr.	- 8,9	- 7,1	- 6,2	- 5,1	- 5,2	+ 0,0	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 2,8	- 3,5	
März	+ 0,2	- 3,1	+ 5,4	+ 3,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 2,4	+ 2,5	- 0,1	- 5,2	- 8,1	
April	+ 42,1	+ 15,5	+ 9,7	+ 8,9	+ 8,9	- 0,0	+ 0,9	+ 2,0	- 1,1	+ 32,3	+ 28,6	
Mai	- 10,7	+ 10,5	+ 3,0	- 1,2	- 1,1	- 0,0	+ 4,2	+ 3,6	+ 0,6	- 13,7	- 20,0	
Juni	+ 17,5	+ 8,7	+ 12,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 11,8	+ 6,3	+ 5,5	+ 5,0	- 4,3	
Juli	- 7,8	- 7,8	- 10,3	- 7,5	- 7,5	+ 0,0	- 2,8	- 4,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 3,9	
Aug.	+ 10,5	+ 8,8	+ 0,6	+ 3,6	+ 3,7	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 0,6	+ 9,9	+ 4,8	
Sept.	- 20,6	- 17,7	- 13,4	- 13,8	- 13,8	- 0,0	+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	- 7,2	- 8,6	
Okt.	+ 120,1	+ 11,7	+ 26,9	+ 4,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 22,7	+ 3,5	+ 19,2	+ 93,3	+ 6,0	
Nov.	+ 41,1	+ 105,0	+ 92,7	+ 20,3	+ 20,3	- 0,0	+ 72,3	+ 74,4	- 2,1	+ 51,5	+ 9,3	
Dez.	- 64,1	- 45,2	- 42,8	- 34,9	- 34,8	- 0,1	- 7,9	- 9,7	+ 1,8	- 21,3	+ 1,3	
2011 Jan.	+ 20,3	+ 7,2	+ 12,2	+ 7,3	+ 7,3	+ 0,0	+ 4,8	+ 3,5	+ 1,3	+ 8,1	+ 8,5	
Febr.	- 0,9	+ 9,1	+ 6,2	+ 18,6	+ 18,6	+ 0,1	- 12,4	- 12,5	+ 0,1	- 7,1	- 5,1	
März	- 28,6	- 29,5	- 30,7	- 15,9	- 15,9	+ 0,0	- 14,8	- 10,1	- 4,8	+ 2,1	- 1,2	
April	+ 15,2	- 8,4	- 5,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,1	- 9,1	- 9,9	+ 0,8	+ 21,1	+ 20,7	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; siehe auch Anm. 8. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzugs versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab 1999

IV. Banken

Kredite 2) 5)													Zeit
nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)								
Buchkredite			Wert- papiere 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 8)	zu- sammen	Buchkredite			Wertpa- piere 5) 9)	Aus- gleichs- forde- rungen 10)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 8)		
zu- sammen	mittel- fristig 6)	lang- fristig 7)				zu- sammen	mittel- fristig 6)	lang- fristig 7)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001	
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	-	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	-	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	-	3,1	2010	
2 045,5	236,9	1 808,6	243,9	38,5	453,4	298,8	32,6	266,2	154,6	-	4,3	2009 Nov.	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	-	4,3	Dez.	
2 049,4	241,4	1 808,0	255,8	39,2	456,6	297,0	31,5	265,5	159,5	-	4,2	2010 Jan.	
2 051,2	241,9	1 809,4	251,0	39,1	457,3	294,0	30,8	263,2	163,4	-	4,2	Febr.	
2 044,4	237,5	1 806,9	245,9	38,7	459,6	292,2	30,5	261,8	167,4	-	4,1	März	
2 048,7	237,7	1 811,0	270,1	38,7	463,3	292,5	30,9	261,6	170,8	-	4,1	April	
2 054,3	237,6	1 816,7	244,6	38,6	469,6	295,0	31,4	263,6	174,6	-	4,1	Mai	
2 055,1	237,2	1 817,9	237,5	38,4	478,8	293,9	31,3	262,6	184,9	-	4,1	Juni	
2 059,1	237,2	1 821,9	237,3	38,3	477,2	294,0	31,9	262,1	183,3	-	4,1	Juli	
2 063,6	236,7	1 826,9	237,2	38,3	482,3	296,5	33,9	262,6	185,8	-	4,0	Aug.	
2 060,7	236,2	1 824,5	234,2	38,1	483,7	297,6	34,0	263,6	186,1	-	4,0	Sept.	
2 063,2	236,9	1 826,3	237,0	38,0	570,8	298,4	34,7	263,7	272,4	-	4,0	Okt.	
2 071,6	238,5	1 833,1	237,9	37,8	510,0	300,3	35,7	264,6	209,6	-	3,9	Nov.	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	-	3,1	Dez.	
2 066,5	237,0	1 829,6	247,6	30,5	486,9	301,0	37,2	263,8	186,0	-	3,0	2011 Jan.	
2 069,2	236,8	1 832,5	239,8	30,5	485,0	301,3	37,9	263,4	183,6	-	3,0	Febr.	
2 066,3	238,6	1 827,6	241,5	30,3	488,2	300,7	38,2	262,5	187,5	-	3,0	März	
2 065,8	236,2	1 829,6	262,7	30,1	488,6	299,6	38,6	261,1	189,0	-	3,0	April	
Veränderungen *)													
+ 26,6	- 2,1	+ 28,7	- 19,0	- 1,6	- 3,4	- 23,1	+ 1,0	- 24,1	+ 20,7	- 1,0	- 0,5	2002	
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	- 1,9	+ 2,6	- 5,9	- 16,1	+ 4,9	- 21,0	+ 11,2	- 1,0	- 0,5	2003	
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	- 13,8	- 0,9	- 12,9	+ 34,3	- 1,1	- 0,6	2004	
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	- 3,0	- 22,1	- 13,4	+ 0,9	- 14,2	- 7,7	- 1,0	- 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	- 3,9	- 28,8	- 16,4	- 1,4	- 15,0	- 12,4	-	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	- 0,6	- 16,7	- 2,2	- 36,3	- 25,8	+ 0,1	- 26,0	- 10,5	-	- 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	- 5,3	- 34,5	- 23,2	- 2,3	- 20,8	- 11,4	-	- 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	- 3,9	+ 15,2	- 7,6	+ 2,5	- 10,2	+ 22,8	-	- 0,2	2009	
+ 18,6	- 4,0	+ 22,6	- 3,8	- 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	- 0,0	+ 31,7	-	- 0,3	2010	
+ 3,3	+ 0,0	+ 3,3	+ 2,1	- 0,2	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,0	-	+ 0,0	2009 Nov.	
+ 3,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 4,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,8	- 0,4	- 0,4	+ 0,4	-	- 0,0	Dez.	
- 1,9	- 1,3	- 0,6	+ 7,4	- 0,4	+ 3,4	- 0,9	- 0,7	- 0,3	+ 4,4	-	- 0,1	2010 Jan.	
+ 1,3	- 0,1	+ 1,4	- 4,8	- 0,1	+ 0,8	- 3,1	- 0,7	- 2,4	+ 3,8	-	- 0,0	Febr.	
- 6,8	- 4,4	- 2,5	- 1,2	- 0,4	+ 2,8	- 1,8	- 0,4	- 1,4	+ 4,6	-	- 0,0	März	
+ 4,4	+ 0,2	+ 4,2	+ 24,2	- 0,1	+ 3,7	+ 0,3	+ 0,5	- 0,2	+ 3,5	-	- 0,0	April	
+ 5,5	- 0,1	+ 5,6	- 25,6	- 0,0	+ 6,3	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,8	-	- 0,0	Mai	
+ 2,7	+ 0,6	+ 2,1	- 7,0	- 0,3	+ 9,3	- 1,0	- 0,4	- 0,6	+ 10,3	-	- 0,0	Juni	
+ 4,1	+ 0,0	+ 4,1	- 0,2	- 0,1	- 1,4	+ 0,0	+ 0,6	- 0,6	- 1,5	-	- 0,0	Juli	
+ 5,0	- 0,3	+ 5,3	- 0,2	- 0,0	+ 5,1	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,5	-	- 0,0	Aug.	
- 5,6	- 0,5	- 5,1	- 3,0	- 0,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,3	-	- 0,0	Sept.	
+ 3,2	+ 0,7	+ 2,5	+ 2,8	- 0,1	+ 87,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 86,3	-	- 0,0	Okt.	
+ 8,3	+ 1,6	+ 6,8	+ 1,0	- 0,0	- 60,8	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,0	- 62,8	-	- 0,0	Nov.	
- 1,5	- 0,3	- 1,2	+ 2,8	- 0,0	- 22,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5	- 23,5	-	- 0,0	Dez.	
- 3,5	- 1,2	- 2,3	+ 12,0	- 0,2	- 0,4	- 0,3	+ 1,1	- 1,3	- 0,2	-	- 0,0	2011 Jan.	
+ 2,7	- 0,2	+ 2,9	- 7,8	+ 0,0	- 2,0	+ 0,4	+ 0,7	- 0,4	- 2,3	-	- 0,0	Febr.	
- 2,9	+ 1,2	- 4,2	+ 1,7	- 0,2	+ 3,2	- 0,6	+ 0,3	- 0,9	+ 3,8	-	- 0,0	März	
- 0,4	- 2,4	+ 1,9	+ 21,2	- 0,2	+ 0,4	- 1,1	+ 0,3	- 1,5	+ 1,5	-	- 0,0	April	

Aufgliederung der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 6 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber,

ab 1999: von über 5 Jahren. — 8 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; siehe auch Anm. 2. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)

Zeit	Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
	darunter:				Kredite an Unternehmen und Selbständige										
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige					Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung
Kredite insgesamt															
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)															
2009	2 357,6	1 155,1	1 094,7	905,0	189,7	1 327,1	301,4	145,8	68,5	63,2	122,1	36,4	74,7	165,2	
2010 März	2 347,1	1 151,5	1 090,4	902,0	188,5	1 320,8	299,6	143,9	69,5	63,7	122,2	37,6	77,2	162,7	
2010 Juni	2 368,1	1 157,6	1 091,0	901,8	189,2	1 339,2	299,0	143,5	72,3	64,2	120,6	39,6	81,5	171,8	
2010 Sept.	2 353,9	1 151,9	1 096,6	905,8	190,8	1 320,0	300,2	138,1	73,0	63,4	120,1	40,5	78,1	160,6	
2010 Dez.	2 352,9	1 153,8	1 101,6	907,8	193,8	1 317,2	302,4	134,1	75,5	61,7	120,3	40,3	78,8	157,5	
2011 März	2 358,7	1 150,4	1 098,9	906,8	192,1	1 325,0	300,5	138,0	76,9	61,8	121,8	40,5	77,3	161,1	
Kurzfristige Kredite															
2009	306,3	-	8,4	-	8,4	266,9	4,5	36,3	6,0	14,2	39,7	3,0	7,1	90,7	
2010 März	302,7	-	8,1	-	8,1	264,2	4,3	36,6	6,1	15,1	39,7	3,5	7,7	87,3	
2010 Juni	313,0	-	7,4	-	7,4	272,6	3,8	36,4	6,4	14,9	38,8	3,9	7,9	95,6	
2010 Sept.	293,3	-	8,1	-	8,1	252,6	4,0	34,8	5,2	14,6	39,0	3,7	7,3	82,7	
2010 Dez.	282,9	-	7,7	-	7,7	243,2	3,8	32,2	5,2	13,2	39,4	3,0	6,6	78,9	
2011 März	292,5	-	7,7	-	7,7	253,3	3,9	36,8	5,3	13,7	41,2	3,3	7,1	81,8	
Mittelfristige Kredite															
2009	242,7	-	32,4	-	32,4	173,9	11,8	32,6	4,8	9,0	13,9	3,7	13,6	25,5	
2010 März	237,5	-	32,2	-	32,2	168,9	11,6	30,4	5,1	8,9	14,6	3,7	13,2	26,1	
2010 Juni	237,2	-	32,4	-	32,4	169,3	11,8	30,3	5,2	9,3	13,6	3,8	13,5	26,9	
2010 Sept.	236,2	-	33,0	-	33,0	167,8	11,9	28,2	5,0	9,3	13,3	4,1	13,1	27,7	
2010 Dez.	238,1	-	32,8	-	32,8	169,1	11,4	27,5	5,2	9,2	13,4	3,9	12,9	29,0	
2011 März	238,6	-	32,6	-	32,6	169,9	11,1	27,7	5,3	9,0	13,7	3,8	12,3	30,3	
Langfristige Kredite															
2009	1 808,6	1 155,1	1 053,9	905,0	148,9	886,4	285,1	76,9	57,7	40,0	68,5	29,8	54,0	49,0	
2010 März	1 806,9	1 151,5	1 050,1	902,0	148,1	887,7	283,6	77,0	58,3	39,8	67,9	30,3	56,3	49,3	
2010 Juni	1 817,9	1 157,6	1 051,1	901,8	149,3	897,2	283,4	76,8	60,7	40,0	68,2	32,0	60,2	49,2	
2010 Sept.	1 824,5	1 151,9	1 055,6	905,8	149,8	899,7	284,3	75,1	62,8	39,5	67,7	32,7	57,7	50,2	
2010 Dez.	1 831,8	1 153,8	1 061,1	907,8	153,4	904,9	287,1	74,5	65,1	39,3	67,6	33,4	59,3	49,6	
2011 März	1 827,6	1 150,4	1 058,7	906,8	151,9	901,8	285,4	73,6	66,3	39,0	66,9	33,4	57,9	49,0	
Kredite insgesamt															
Veränderungen im Vierteljahr *)															
2010 1.Vj.	- 11,2	- 3,4	- 4,7	- 3,0	- 1,7	- 6,3	- 1,4	- 1,9	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 2,5	- 4,5	
2010 2.Vj.	+ 21,0	+ 2,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,1	+ 18,2	- 0,6	- 0,4	+ 2,7	+ 0,4	- 1,6	+ 2,1	+ 4,4	+ 8,7	
2010 3.Vj.	- 14,1	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,6	+ 1,5	- 19,5	+ 1,1	- 4,2	+ 0,7	- 0,8	- 0,5	+ 0,9	- 3,4	- 11,2	
2010 4.Vj.	- 0,4	+ 3,6	+ 4,2	+ 3,6	+ 0,5	- 2,8	+ 0,7	- 3,9	+ 2,4	- 1,7	+ 0,3	- 0,3	+ 0,7	- 3,1	
2011 1.Vj.	+ 6,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	- 1,7	+ 8,2	- 0,9	+ 3,9	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	- 1,5	+ 3,8	
Kurzfristige Kredite															
2010 1.Vj.	- 3,8	-	- 0,3	-	- 0,3	- 2,9	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,8	- 0,0	+ 0,4	+ 0,6	- 3,5	
2010 2.Vj.	+ 8,4	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 7,9	- 0,6	- 0,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 8,1	
2010 3.Vj.	- 17,7	-	+ 0,2	-	+ 0,2	- 17,8	+ 0,1	- 1,7	- 1,2	- 0,4	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 10,4	
2010 4.Vj.	- 10,5	-	- 0,4	-	- 0,4	- 9,4	- 0,2	- 2,6	+ 0,0	- 1,4	+ 0,3	- 0,7	- 0,7	- 3,8	
2011 1.Vj.	+ 10,0	-	- 0,0	-	- 0,0	+ 10,6	+ 0,1	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,5	+ 3,6	
Mittelfristige Kredite															
2010 1.Vj.	- 5,8	-	- 0,2	-	- 0,2	- 5,6	- 0,2	- 2,3	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	- 0,1	- 0,3	- 1,6	
2010 2.Vj.	+ 0,7	-	+ 0,5	-	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	- 1,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7	
2010 3.Vj.	- 0,8	-	+ 0,5	-	+ 0,5	- 1,7	+ 0,1	- 0,9	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 0,4	+ 0,9	
2010 4.Vj.	+ 1,9	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 1,4	- 0,5	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 1,3	
2011 1.Vj.	- 0,1	-	- 0,3	-	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 0,7	
Langfristige Kredite															
2010 1.Vj.	- 1,7	- 3,4	- 4,2	- 3,0	- 1,2	+ 2,1	- 1,1	+ 0,1	+ 0,6	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	+ 2,3	+ 0,6	
2010 2.Vj.	+ 11,9	+ 2,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 10,4	- 0,2	+ 0,2	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,6	+ 4,3	- 0,1	
2010 3.Vj.	+ 4,4	+ 2,3	+ 4,3	+ 3,6	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,0	- 1,7	+ 2,1	- 0,5	- 0,4	+ 0,8	- 2,5	- 1,6	
2010 4.Vj.	+ 8,1	+ 3,6	+ 4,7	+ 3,6	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,4	- 0,7	+ 2,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,6	+ 1,5	- 0,6	
2011 1.Vj.	- 3,6	- 1,9	- 1,5	- 0,1	- 1,4	- 2,5	- 0,7	- 0,9	+ 1,2	- 0,3	- 0,7	+ 0,0	- 1,3	- 0,4	

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in

den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nach-

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten			
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													
651,2	181,2	46,5	170,5	378,9	54,3	1 017,5	790,0	227,5	142,0	15,8	13,0	3,3	2009
643,9	179,5	44,9	171,7	378,1	54,4	1 013,4	787,5	225,8	141,8	15,0	13,0	3,3	2010 März
645,7	177,3	44,1	175,0	381,1	55,0	1 016,0	788,7	227,4	143,8	14,2	12,9	3,4	Juni
646,2	176,8	46,8	176,4	381,2	54,4	1 020,8	792,9	228,0	154,0	14,7	13,1	3,5	Sept.
649,0	178,5	46,8	175,8	380,4	53,5	1 022,4	795,7	226,7	155,0	13,9	13,3	3,5	Dez.
647,6	175,8	47,0	178,7	378,2	53,9	1 020,3	794,9	225,4	155,1	13,7	13,5	3,5	2011 März
Kredite insgesamt													
Kurzfristige Kredite													
69,9	11,1	12,1	14,6	33,3	8,3	38,7	4,0	34,7	3,0	15,8	0,7	0,0	2009
68,2	10,6	11,7	14,8	33,8	8,9	37,8	3,8	34,0	3,0	15,0	0,7	0,0	2010 März
68,7	10,5	11,7	14,5	34,1	8,8	39,6	3,7	35,9	2,8	14,2	0,8	0,0	Juni
65,3	9,9	11,6	14,3	33,1	8,5	40,0	4,0	36,0	2,6	14,7	0,7	0,0	Sept.
64,7	9,6	11,7	13,9	32,2	7,7	38,9	3,9	35,1	2,6	13,9	0,9	0,0	Dez.
64,2	9,4	12,3	13,5	31,9	8,4	38,2	3,7	34,5	2,6	13,7	0,9	0,0	2011 März
Mittelfristige Kredite													
70,8	8,5	11,0	21,7	27,6	4,0	68,2	20,5	47,7	40,9	-	0,6	0,0	2009
66,9	8,4	9,5	21,7	27,4	3,9	68,1	20,5	47,6	40,9	-	0,6	0,0	2010 März
66,8	8,5	8,8	21,8	27,8	3,8	67,4	20,6	46,8	41,5	-	0,5	0,0	Juni
67,1	8,7	9,8	21,3	28,0	3,7	67,9	21,0	46,9	41,7	-	0,5	0,0	Sept.
68,1	8,8	10,1	21,3	28,1	3,8	68,5	21,3	47,1	42,0	-	0,5	0,0	Dez.
67,8	8,6	10,0	22,1	28,0	3,9	68,2	21,4	46,8	41,7	-	0,5	0,0	2011 März
Langfristige Kredite													
510,4	161,6	23,5	134,1	318,0	42,0	910,6	765,5	145,0	98,0	-	11,7	3,3	2009
508,8	160,5	23,7	135,1	316,9	41,6	907,5	763,2	144,3	97,9	-	11,7	3,3	2010 März
510,2	158,3	23,6	138,7	319,1	42,3	909,1	764,4	144,7	99,5	-	11,6	3,3	Juni
513,8	158,1	25,4	140,8	320,0	42,2	913,0	767,8	145,1	109,6	-	11,9	3,5	Sept.
516,2	160,2	25,0	140,6	320,1	42,0	915,0	770,5	144,5	110,4	-	11,9	3,5	Dez.
515,7	157,9	24,7	143,1	318,3	41,6	913,9	769,8	144,1	110,8	-	12,0	3,5	2011 März
Veränderungen im Vierteljahr *)													
Kredite insgesamt													
- 4,6	- 1,8	- 1,6	+ 0,9	- 0,8	+ 0,2	- 4,9	- 3,3	- 1,6	- 0,2	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	2010 1.Vj.
+ 2,1	- 2,0	- 0,9	+ 3,2	+ 2,7	+ 0,1	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,9	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	2.Vj.
- 1,0	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,6	+ 5,2	+ 3,8	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	3.Vj.
+ 2,9	+ 1,4	+ 0,2	- 0,4	- 0,8	- 0,9	+ 2,1	+ 3,4	- 1,3	+ 0,7	- 0,8	+ 0,2	+ 0,0	4.Vj.
- 1,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 2,2	+ 0,4	- 2,1	- 0,8	- 1,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	2011 1.Vj.
Kurzfristige Kredite													
- 1,5	- 0,5	- 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,8	-	+ 0,0	2010 1.Vj.
+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,5	- 0,1	+ 0,6	- 0,2	- 0,7	+ 0,0	- 0,0	2.Vj.
- 3,6	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1,2	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,0	3.Vj.
- 0,6	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	- 0,8	- 1,2	- 0,2	- 1,0	- 0,0	- 0,8	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.
- 0,8	- 0,1	+ 0,4	- 0,6	- 0,3	+ 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	2011 1.Vj.
Mittelfristige Kredite													
- 2,1	- 0,1	- 1,5	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-	- 0,0	- 0,0	2010 1.Vj.
+ 0,0	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	-	- 0,1	+ 0,0	2.Vj.
- 1,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	+ 0,2	- 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	3.Vj.
+ 1,0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.
- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	-	+ 0,0	- 0,0	2011 1.Vj.
Langfristige Kredite													
- 1,0	- 1,2	+ 0,2	+ 0,7	- 1,1	- 0,4	- 3,9	- 3,1	- 0,7	- 0,1	-	+ 0,0	+ 0,0	2010 1.Vj.
+ 1,9	- 1,8	- 0,4	+ 3,7	+ 2,3	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,5	-	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.
+ 3,8	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,1	- 0,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 0,9	+ 0,7	-	+ 0,2	+ 0,1	3.Vj.
+ 2,4	+ 1,8	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2	+ 2,8	+ 3,3	- 0,5	+ 0,4	-	+ 0,1	+ 0,0	4.Vj.
- 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 1,7	- 0,3	- 1,1	- 0,7	- 0,4	+ 0,3	-	+ 0,1	- 0,0	2011 1.Vj.

trägliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Treuhandkredite. — 2 Einschl. Einzel-

kaufleute. — 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von
inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2008	2 781,4	834,6	1 276,1	530,6	745,6	32,6	713,0	535,2	135,4	32,3	34,4	59,3		
2009	2 829,7	1 029,5	1 102,6	339,5	763,1	32,1	731,0	594,5	103,2	43,4	35,6	76,8		
2010	2 936,6	1 104,4	1 117,1	329,3	787,8	25,1	762,7	618,2	96,9	37,5	37,2	80,9		
2010 Mai	2 867,5	1 089,6	1 073,1	321,6	751,5	27,3	724,2	605,1	99,7	42,7	38,0	97,8		
Juni	2 867,5	1 090,5	1 073,1	323,1	750,0	25,8	724,2	604,4	99,5	42,4	37,8	96,1		
Juli	2 851,1	1 084,9	1 061,3	314,4	746,9	24,7	722,2	605,9	98,9	42,2	37,8	86,4		
Aug.	2 873,4	1 094,7	1 074,2	324,6	749,6	24,3	725,2	605,9	98,7	42,2	37,6	97,5		
Sept.	2 867,2	1 083,3	1 079,4	331,4	748,0	24,2	723,9	606,1	98,4	42,1	37,6	89,1		
Okt.	2 872,3	1 091,1	1 075,1	316,3	758,9	24,6	734,2	607,4	98,6	42,0	37,4	78,6		
Nov.	2 946,1	1 129,6	1 110,2	323,6	786,6	24,7	762,0	610,0	96,3	42,0	37,4	103,7		
Dez.	2 936,6	1 104,4	1 117,1	329,3	787,8	25,1	762,7	618,2	96,9	37,5	37,2	80,9		
2011 Jan.	2 928,6	1 125,9	1 085,0	304,4	780,6	25,0	755,6	620,4	97,2	37,3	37,0	68,0		
Febr.	2 942,8	1 121,6	1 100,7	320,6	780,0	24,9	755,1	622,5	98,0	37,4	37,1	90,9		
März	2 930,5	1 112,1	1 096,6	317,9	778,7	25,4	753,3	623,5	98,3	37,2	36,8	75,0		
April	2 948,4	1 127,1	1 099,2	323,6	775,6	26,0	749,6	622,3	99,8	37,0	36,7	84,7		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2008	164,7	34,2	127,8	75,4	52,5	3,6	48,8	1,2	1,5	24,2	3,9	-		
2009	129,3	41,8	83,4	43,0	40,4	3,6	36,8	2,6	1,5	35,7	3,9	0,5		
2010	153,4	46,1	103,0	47,7	55,3	2,6	52,7	2,8	1,5	34,7	6,2	0,4		
2010 Mai	131,9	43,8	83,9	42,6	41,3	3,1	38,3	2,8	1,5	35,4	6,2	-		
Juni	139,0	47,1	87,5	45,4	42,1	2,5	39,6	2,8	1,6	35,3	6,2	0,2		
Juli	130,5	40,5	85,7	43,9	41,8	2,1	39,7	2,8	1,6	35,2	6,2	0,1		
Aug.	137,0	43,0	89,6	47,5	42,0	2,0	40,0	2,8	1,6	35,1	6,2	0,4		
Sept.	140,6	43,4	93,0	51,6	41,3	1,9	39,4	2,8	1,5	35,1	6,2	1,4		
Okt.	147,3	41,7	101,3	47,3	54,0	2,2	51,8	2,8	1,5	35,0	6,2	0,1		
Nov.	156,0	49,1	102,6	45,8	56,7	2,1	54,7	2,8	1,5	35,0	6,2	1,0		
Dez.	153,4	46,1	103,0	47,7	55,3	2,6	52,7	2,8	1,5	34,7	6,2	0,4		
2011 Jan.	149,0	49,6	95,1	44,8	50,3	2,5	47,8	2,8	1,5	34,5	6,2	0,0		
Febr.	152,7	48,7	99,6	49,4	50,2	2,3	47,9	2,9	1,5	34,5	6,2	3,2		
März	154,4	50,2	99,9	50,1	49,7	2,4	47,3	2,9	1,5	34,4	6,1	1,4		
April	150,8	46,8	99,6	51,3	48,3	2,5	45,9	2,9	1,5	34,4	6,1	0,9		
Veränderungen *)														
2009	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	- 207,5	+ 28,2	- 0,5	+ 28,7	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	+ 1,4	+ 17,5		
2010	+ 77,4	+ 76,0	- 18,9	- 12,6	- 6,3	- 7,0	+ 0,7	+ 24,0	- 3,7	- 1,7	+ 1,6	+ 4,1		
2010 Mai	+ 15,4	+ 19,3	- 3,9	+ 2,7	- 6,6	- 1,2	- 5,3	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 2,5		
Juni	+ 0,0	+ 1,4	- 0,5	+ 1,1	- 1,6	- 1,6	+ 0,0	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 1,7		
Juli	- 16,4	- 5,6	- 11,8	- 8,7	- 3,1	- 1,1	- 2,1	+ 1,5	- 0,5	- 0,2	+ 0,0	- 9,7		
Aug.	+ 17,6	+ 9,8	+ 8,2	+ 10,2	- 2,0	- 0,4	- 1,6	- 0,1	- 0,3	- 0,0	- 0,2	+ 11,1		
Sept.	- 6,2	- 11,4	+ 5,2	+ 6,7	- 1,5	- 0,2	- 1,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	-	- 8,5		
Okt.	+ 4,9	+ 7,9	- 4,5	- 15,1	+ 10,6	+ 0,5	+ 10,1	+ 1,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 10,5		
Nov.	+ 50,3	+ 39,3	+ 8,2	+ 6,4	+ 1,7	+ 0,0	+ 1,7	+ 2,6	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 25,2		
Dez.	- 9,4	- 25,5	+ 6,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 8,5	+ 0,6	- 0,3	- 0,2	- 22,8		
2011 Jan.	- 8,1	+ 21,6	- 32,1	- 24,9	- 7,2	- 0,1	- 7,1	+ 2,2	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	- 12,9		
Febr.	+ 14,2	- 4,4	+ 15,7	+ 16,3	- 0,6	- 0,1	- 0,5	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 22,9		
März	- 12,3	- 9,5	- 4,3	- 2,7	- 1,6	+ 0,5	- 2,1	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2	- 0,2	- 15,9		
April	+ 17,8	+ 15,9	+ 3,0	+ 5,6	- 2,6	+ 0,6	- 3,2	- 2,1	+ 1,1	- 0,1	- 0,1	+ 9,7		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2008	2 616,7	800,5	1 148,3	455,2	693,1	29,0	664,1	534,0	133,9	8,1	30,5	59,3		
2009	2 700,4	987,6	1 019,2	296,5	722,7	28,5	694,2	591,9	101,6	7,7	31,7	76,3		
2010	2 783,2	1 058,3	1 014,1	281,6	732,5	22,5	710,0	615,4	95,4	2,9	31,0	80,5		
2010 Mai	2 735,5	1 045,8	989,2	279,0	710,2	24,3	685,9	602,3	98,2	7,3	31,7	97,8		
Juni	2 728,5	1 043,4	985,6	277,7	707,9	23,3	684,6	601,7	97,9	7,1	31,6	95,9		
Juli	2 720,6	1 044,5	975,7	270,5	705,1	22,6	682,5	603,1	97,4	7,1	31,6	86,3		
Aug.	2 736,4	1 051,7	984,6	277,1	707,5	22,3	685,2	603,0	97,1	7,1	31,4	97,1		
Sept.	2 726,6	1 039,9	986,4	279,7	706,7	22,2	684,5	603,3	96,9	7,0	31,4	87,7		
Okt.	2 725,0	1 049,4	973,8	268,9	704,9	22,5	682,4	604,6	97,2	7,0	31,2	78,5		
Nov.	2 790,1	1 080,4	1 007,6	277,7	729,9	22,6	707,3	607,2	94,8	7,0	31,2	102,8		
Dez.	2 783,2	1 058,3	1 014,1	281,6	732,5	22,5	710,0	615,4	95,4	2,9	31,0	80,5		
2011 Jan.	2 779,6	1 076,4	989,9	259,6	730,3	22,5	707,8	617,6	95,7	2,8	30,9	68,0		
Febr.	2 790,1	1 072,9	1 001,1	271,3	729,8	22,6	707,2	619,7	96,5	2,9	30,9	87,7		
März	2 776,1	1 061,9	996,7	267,8	728,9	23,0	706,0	620,7	96,8	2,7	30,7	73,6		
April	2 797,5	1 080,3	999,6	272,3	727,3	23,5	703,8	619,5	98,3	2,6	30,6	83,7		
Veränderungen *)														
2009	+ 83,6	+ 203,8	- 146,4	- 175,3	+ 28,9	- 0,5	+ 29,4	+ 57,9	- 31,7	- 0,4	+ 1,4	+ 17,0		
2010	+ 53,5	+ 71,9	- 38,6	- 17,3	- 21,3	- 6,0	- 15,3	+ 23,8	- 3,6	- 0,7	- 0,7	+ 4,2		
2010 Mai	+ 8,1	+ 14,9	- 6,6	- 0,3	- 6,3	- 1,0	- 5,3	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	+ 2,5		
Juni	- 7,0	- 1,9	- 4,1	- 1,8	- 2,3	- 1,1	- 1,3	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 1,9		
Juli	- 7,9	+ 1,1	- 10,0	- 7,2	- 2,8	- 0,6	- 2,1	+ 1,5	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 9,6		
Aug.	+ 11,1	+ 7,2	+ 4,3	+ 6,6	- 2,3	- 0,3	- 2,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 10,8		
Sept.	- 9,8	- 11,8	+ 1,8	+ 2,6	- 0,8	- 0,1	- 0,7	+ 0,2	- 0,2	- 0,1	-	- 9,4		
Okt.	- 1,8	+ 9,5	- 12,9	- 10,8	- 2,1	+ 0,2	- 2,3	+ 1,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	- 9,2		
Nov.	+ 41,7	+ 31,9	+ 6,9	+ 7,9	- 1,0	+ 0,1	- 1,1	+ 2,5	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 24,3		
Dez.	- 6,9	- 22,4	+ 6,4	+ 3,9	+ 2,6	- 0,1	+ 2,7	+ 8,6	+ 0,6	- 0,0	- 0,2	- 22,3		
2011 Jan.	- 3,7	+ 18,1	- 24,2	- 22,0	- 2,2	- 0,1	- 2,1	+ 2,2	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	- 12,5		
Febr.	+ 10,6	- 3,5	+ 11,2	+ 11,7	- 0,5	+ 0,1	- 0,6	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 19,8		
März	- 14,0	- 10,9	- 4,6	- 3,4	- 1,2	+ 0,4	- 1,6	+ 1,0	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	- 14,1		
April	+ 21,8	+ 19,2	+ 3,7	+ 4,9	- 1,2	+ 0,6	- 1,8	- 2,1	+ 1,1	- 0,1	- 0,1	+ 10,1		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2008	1 073,5	292,6	757,7	223,7	534,0	7,7	526,3	3,8	19,3	7,8	22,0	59,3		
2009	1 105,6	336,4	743,6	187,5	556,1	9,1	547,0	5,5	20,2	7,6	21,8	76,3		
2010	1 124,3	344,6	755,5	196,0	559,5	7,5	552,0	6,3	17,9	2,8	21,3	80,5		
2010 Mai	1 115,0	357,5	731,0	188,7	542,3	8,2	534,1	6,3	20,2	7,2	21,7	97,8		
Juni	1 105,6	351,6	727,4	187,5	539,9	7,6	532,3	6,4	20,1	7,0	21,8	95,9		
Juli	1 092,2	346,8	718,4	181,3	537,2	7,5	529,7	6,5	20,5	7,0	21,8	86,3		
Aug.	1 110,5	356,3	727,2	187,9	539,3	7,5	531,8	6,5	20,5	7,0	21,5	97,1		
Sept.	1 101,8	343,1	731,8	194,0	537,9	7,4	530,4	6,5	20,4	6,9	21,6	87,7		
Okt.	1 092,1	346,2	719,0	183,6	535,4	7,5	527,9	6,5	20,4	6,9	21,4	78,5		
Nov.	1 145,3	369,3	751,8	192,1	559,7	7,4	552,3	6,4	17,9	6,9	21,4	102,8		
Dez.	1 124,3	344,6	755,5	196,0	559,5	7,5	552,0	6,3	17,9	2,8	21,3	80,5		
2011 Jan.	1 119,8	364,2	731,6	174,9	556,6	7,5	549,1	6,3	17,7	2,7	21,2	68,0		
Febr.	1 124,8	358,7	742,0	186,9	555,1	7,4	547,6	6,4	17,8	2,8	21,2	87,7		
März	1 108,5	347,3	737,5	184,1	553,4	7,9	545,4	6,4	17,4	2,6	21,1	73,6		
April	1 121,5	359,3	738,5	186,6	551,8	8,3	543,5	6,4	17,3	2,6	21,0	83,7		
Veränderungen *)														
2009	+ 32,6	+ 61,6	- 31,5	- 53,1	+ 21,6	+ 1,4	+ 20,3	+ 1,6	+ 0,9	- 0,4	- 0,3	+ 17,0		
2010	- 10,6	+ 9,8	- 21,6	+ 6,1	- 27,6	- 1,6	- 26,0	+ 0,9	+ 0,3	- 0,7	- 0,5	+ 4,2		
2010 Mai	+ 4,8	+ 8,4	- 3,6	+ 2,3	- 6,0	- 0,2	- 5,7	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 2,5		
Juni	- 9,4	- 5,4	- 4,0	- 1,6	- 2,4	- 0,7	- 1,8	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 1,9		
Juli	- 13,4	- 4,8	- 9,0	- 6,2	- 2,8	- 0,1	- 2,7	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	- 9,6		
Aug.	+ 13,6	+ 9,5	+ 4,1	+ 6,6	- 2,5	+ 0,0	- 2,6	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	+ 10,8		
Sept.	- 8,7	- 13,2	+ 4,6	+ 6,1	- 1,4	- 0,1	- 1,4	- 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 9,4		
Okt.	- 10,0	+ 3,1	- 13,1	- 10,4	- 2,7	+ 0,1	- 2,8	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 9,2		
Nov.	+ 29,8	+ 23,9	+ 6,0	+ 7,7	- 1,7	- 0,1	- 1,6	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 24,3		
Dez.	- 21,0	- 24,6	+ 3,6	+ 3,8	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 22,3		
2011 Jan.	- 4,5	+ 19,6	- 23,9	- 21,0	- 2,9	- 0,0	- 2,9	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 12,5		
Febr.	+ 5,1	- 5,5	+ 10,4	+ 12,0	- 1,6	- 0,1	- 1,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 19,8		
März	- 16,3	- 11,5	- 4,8	- 2,8	- 2,0	+ 0,5	- 2,5	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 14,1		
April	+ 13,3	+ 12,0	+ 1,3	+ 3,0	- 1,7	+ 0,4	- 2,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 10,1		

aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. —

4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zu-sammen	Selbst-ständige	wirt-schaftlich Unselbst-ständige	sonstige Privat-personen			zu-sammen	Selbst-ständige	wirt-schaftlich Unselbst-ständige	sonstige Privat-personen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2008	1 543,2	507,8	491,8	85,1	336,5	70,3	16,0	390,6	367,2	50,4	281,0	35,8	
2009	1 594,9	651,3	631,3	112,5	424,6	94,3	19,9	275,6	258,5	24,5	213,2	20,7	
2010	1 658,9	713,7	692,4	123,8	471,2	97,4	21,3	258,6	241,4	21,2	203,7	16,4	
2010 Nov.	1 644,7	711,2	689,6	122,3	471,0	96,4	21,5	255,8	239,6	22,0	201,1	16,4	
Dez.	1 658,9	713,7	692,4	123,8	471,2	97,4	21,3	258,6	241,4	21,2	203,7	16,4	
2011 Jan.	1 659,8	712,2	690,0	124,7	467,7	97,6	22,1	258,3	241,4	21,2	204,0	16,2	
Febr.	1 665,3	714,1	691,8	123,6	470,2	97,9	22,4	259,1	242,3	22,0	203,9	16,4	
März	1 667,6	714,7	692,1	121,5	472,2	98,4	22,5	259,3	242,6	22,1	204,2	16,3	
April	1 676,1	721,0	698,2	125,3	474,5	98,4	22,8	261,1	244,2	22,7	204,8	16,6	
Veränderungen *)													
2009	+ 51,0	+ 142,2	+ 138,3	+ 27,4	+ 88,3	+ 22,6	+ 4,0	- 115,0	- 108,7	- 25,8	- 67,7	- 15,2	
2010	+ 64,0	+ 62,1	+ 60,8	+ 11,3	+ 40,4	+ 9,1	+ 1,4	- 17,0	- 17,1	- 3,3	- 9,7	- 4,1	
2010 Nov.	+ 11,8	+ 8,0	+ 9,3	+ 0,4	+ 7,5	+ 1,4	- 1,3	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,0	- 0,1	
Dez.	+ 14,2	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,7	- 0,2	+ 2,8	+ 1,8	+ 0,8	+ 2,6	- 0,0	
2011 Jan.	+ 0,9	- 1,5	- 2,4	+ 0,9	- 3,4	+ 0,2	+ 0,9	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	
Febr.	+ 5,5	+ 2,0	+ 1,8	- 1,1	+ 2,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	
März	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,4	- 2,1	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	
April	+ 8,5	+ 7,2	+ 7,0	+ 3,9	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,4	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2008	164,7	34,8	2,3	3,7	28,9	0,0	6,6	28,2	6,9	9,9	11,3	0,1	17,3		
2009	129,3	22,2	1,3	3,7	17,1	0,1	17,3	23,1	7,1	5,8	10,1	0,1	18,0		
2010	153,4	38,7	5,7	3,3	29,6	0,1	17,0	28,2	8,5	6,7	12,9	0,2	17,2		
2010 Nov.	156,0	41,3	7,4	3,0	30,8	0,1	17,2	28,9	8,1	7,5	13,1	0,2	17,3		
Dez.	153,4	38,7	5,7	3,3	29,6	0,1	17,0	28,2	8,5	6,7	12,9	0,2	17,2		
2011 Jan.	149,0	37,1	10,0	2,3	24,7	0,1	17,0	28,6	8,7	6,9	12,9	0,2	17,1		
Febr.	152,7	37,8	9,1	4,0	24,6	0,1	17,0	29,6	7,1	9,7	12,7	0,2	17,1		
März	154,4	36,2	8,3	3,8	24,1	0,1	17,0	35,1	12,2	10,2	12,6	0,2	17,1		
April	150,8	33,8	7,2	3,9	22,7	0,1	17,0	33,3	9,7	11,0	12,4	0,2	17,0		
Veränderungen *)															
2009	- 23,9	- 0,8	- 1,0	+ 0,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	- 5,1	+ 0,2	- 4,1	- 1,1	+ 0,0	- 0,4		
2010	+ 23,9	+ 16,5	+ 4,4	- 0,4	+ 12,5	+ 0,0	- 0,2	+ 5,2	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,0	- 0,7		
2010 Nov.	+ 8,7	+ 7,1	+ 3,2	+ 1,2	+ 2,8	- 0,0	+ 0,0	- 5,6	- 0,5	- 5,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0		
Dez.	- 2,6	- 2,5	- 1,7	+ 0,3	- 1,1	-	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 0,8	- 0,2	- 0,0	- 0,1		
2011 Jan.	- 4,4	- 1,6	+ 4,3	- 1,0	- 5,0	-	- 0,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Febr.	+ 3,7	+ 0,7	- 0,9	+ 1,7	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 1,0	- 1,6	+ 2,8	- 0,2	+ 0,0	- 0,0		
März	+ 1,7	- 1,6	- 0,8	- 0,3	- 0,5	- 0,0	- 0,0	+ 5,5	+ 5,1	+ 0,5	- 0,1	-	- 0,0		
April	- 4,0	- 2,3	- 1,1	+ 0,3	- 1,4	+ 0,0	+ 0,0	- 1,8	- 2,4	+ 0,8	- 0,2	- 0,0	- 0,0		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
23,4	231,5	159,2	21,3	137,9	530,2	523,1	7,1	114,6	0,3	8,5	-	2008	
17,2	109,0	166,6	19,4	147,2	586,5	577,5	9,0	81,5	0,1	9,8	-	2009	
17,3	85,7	173,0	15,0	158,0	609,1	599,2	9,9	77,5	0,1	9,7	-	2010	
16,3	85,6	170,2	15,2	155,0	600,8	590,9	9,8	77,0	0,1	9,8	-	2010 Nov.	
17,3	85,7	173,0	15,0	158,0	609,1	599,2	9,9	77,5	0,1	9,7	-	Dez.	
16,9	84,7	173,7	15,0	158,7	611,3	601,3	9,9	78,0	0,1	9,7	-	2011 Jan.	
16,9	84,4	174,8	15,1	159,6	613,3	603,3	10,0	78,8	0,1	9,7	-	Febr.	
16,7	83,7	175,5	15,0	160,5	614,3	604,3	10,0	79,4	0,1	9,7	-	März	
16,9	85,6	175,5	15,2	160,3	613,0	603,0	10,0	81,0	0,1	9,7	-	April	
Veränderungen *)													
- 6,2	- 122,2	+ 7,2	- 1,9	+ 9,1	+ 56,3	+ 54,4	+ 1,9	- 32,6	+ 0,0	+ 1,7	-	2009	
+ 0,1	- 23,3	+ 6,4	- 4,4	+ 10,8	+ 22,8	+ 22,0	+ 0,9	- 4,0	- 0,0	- 0,2	± 0,0	2010	
- 0,3	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 2,6	+ 2,9	- 0,3	+ 0,2	-	- 0,0	-	2010 Nov.	
+ 1,0	+ 0,0	+ 2,8	- 0,2	+ 3,0	+ 8,6	+ 8,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	- 0,1	-	Dez.	
- 0,3	- 1,0	+ 0,7	- 0,0	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 0,0	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	-	2011 Jan.	
- 0,1	- 0,3	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,8	- 0,0	+ 0,1	-	Febr.	
- 0,2	- 0,6	+ 0,8	- 0,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,0	- 0,0	-	März	
+ 0,2	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	- 2,2	- 2,1	- 0,0	+ 1,1	- 0,1	- 0,0	-	April	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. — 4 Einschl.

Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung					Zeit		
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
42,5	14,3	22,0	3,9	2,2	0,2	59,2	10,7	39,8	8,4	0,3	0,0	2008
38,0	20,2	10,3	4,2	3,3	0,4	46,0	13,3	23,1	8,9	0,6	0,0	2009
37,4	19,5	9,9	4,5	3,5	0,4	49,1	12,3	27,9	8,3	0,6	0,0	2010
36,0	18,1	9,9	4,5	3,5	0,4	49,9	15,5	25,5	8,3	0,6	0,0	2010 Nov.
37,4	19,5	9,9	4,5	3,5	0,4	49,1	12,3	27,9	8,3	0,6	0,0	Dez.
33,6	16,3	9,3	4,5	3,5	0,4	49,7	14,6	26,3	8,3	0,6	0,0	2011 Jan.
36,0	17,7	10,1	4,6	3,5	0,4	49,3	14,8	25,6	8,3	0,6	0,0	Febr.
35,0	16,6	10,2	4,6	3,6	0,4	48,1	13,1	26,0	8,5	0,6	0,0	März
35,2	16,8	10,2	4,7	3,5	0,4	48,5	13,1	26,3	8,6	0,6	0,0	April
Veränderungen *)												
- 4,4	+ 5,9	- 11,7	+ 0,3	+ 1,1	- 0,0	- 13,6	+ 2,5	- 16,8	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	2009
- 0,6	- 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 2,9	- 1,2	+ 4,7	- 0,6	- 0,1	- 0,0	2010
+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,0	-	+ 5,2	+ 3,7	+ 1,6	- 0,1	- 0,0	-	2010 Nov.
+ 1,4	+ 1,5	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,9	- 3,2	+ 2,4	- 0,0	- 0,0	-	Dez.
- 3,8	- 3,2	- 0,6	+ 0,0	- 0,0	-	+ 0,6	+ 2,2	- 1,6	+ 0,0	+ 0,0	-	2011 Jan.
+ 2,4	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,4	+ 0,3	- 0,7	+ 0,0	- 0,0	-	Febr.
- 1,0	- 1,1	+ 0,0	-	+ 0,0	- 0,0	- 1,2	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	März
+ 0,0	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	-	April

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgut- schriften auf Spar- einlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
	von Inländern				von Ausländern					Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		auslän- dische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2008	544,1	535,2	424,8	344,0	110,4	103,2	8,9	6,3	14,9	150,8	135,4	59,6	15,4
2009	604,1	594,5	474,5	379,4	120,0	112,1	9,6	7,0	13,8	118,8	103,2	68,3	15,6
2010	628,2	618,2	512,5	412,3	105,7	96,6	9,9	7,7	10,9	113,5	96,9	72,0	16,6
2010 Dez.	628,2	618,2	512,5	412,3	105,7	96,6	9,9	7,7	6,9	113,5	96,9	72,0	16,6
2011 Jan.	630,4	620,4	515,2	414,0	105,3	96,4	9,9	7,7	0,4	113,6	97,2	72,0	16,4
Febr.	632,5	622,5	517,2	415,6	105,3	96,4	9,9	7,7	0,3	114,5	98,0	72,4	16,5
März	633,5	623,5	518,0	417,0	105,5	96,4	10,0	7,8	0,3	114,6	98,3	72,5	16,3
April	632,4	622,3	517,6	415,8	104,7	95,6	10,1	7,9	0,3	115,7	99,8	73,6	16,0
Veränderungen *)													
2009	+ 60,0	+ 59,3	+ 50,3	+ 35,8	+ 8,9	+ 7,8	+ 0,7	+ 0,8	.	- 30,6	- 31,6	+ 9,5	+ 1,0
2010	+ 24,3	+ 24,0	+ 38,3	+ 33,1	- 14,3	- 15,5	+ 0,3	+ 0,6	.	- 2,7	- 3,7	+ 6,3	+ 1,0
2010 Dez.	+ 8,7	+ 8,5	+ 8,6	+ 7,6	- 0,0	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	.	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	- 0,1
2011 Jan.	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,7	- 0,5	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1	.	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	- 0,1
Febr.	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 0,0	.	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,0
März	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	.	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1
April	- 2,1	- 2,1	- 1,3	- 1,2	- 0,8	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	.	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,7	- 0,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 5)			Nachrangig begebene		
	ins- gesamt	darunter:				mit Laufzeit:			ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:		börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.			über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2008	1 640,1	395,9	50,7	314,1	64,0	162,6	153,3	1 324,2	2,3	0,2	1,3	0,8	52,5	1,6
2009	1 529,8	380,6	43,9	317,4	70,4	115,9	105,8	1 308,2	0,9	0,0	0,3	0,6	46,1	1,8
2010	1 536,2	342,0	40,7	366,5	89,0	97,0	56,8	1 376,7	0,7	0,0	0,0	0,6	44,1	1,5
2010 Dez.	1 435,1	287,2	27,8	359,2	82,8	94,0	54,1	1 281,4	0,7	0,0	0,0	0,6	43,9	1,5
2011 Jan.	1 425,6	286,2	25,9	349,4	77,8	86,5	55,7	1 276,1	0,7	0,0	0,0	0,6	43,8	1,5
Febr.	1 424,4	287,1	25,5	349,2	81,5	91,8	54,6	1 269,1	0,7	0,0	0,1	0,6	43,6	1,5
März	1 397,9	295,0	27,0	333,1	76,4	87,1	53,0	1 250,0	0,6	0,0	0,1	0,6	44,9	1,5
April	1 383,0	299,1	24,5	324,8	68,5	78,4	54,9	1 242,6	0,7	0,0	0,1	0,6	45,0	1,5
Veränderungen *)														
2009	- 110,1	- 15,3	- 6,8	+ 4,7	+ 6,4	- 46,7	- 47,8	- 15,6	- 1,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	- 6,4	+ 0,5
2010	+ 15,4	- 37,5	+ 3,2	+ 49,1	+ 18,6	- 18,8	- 48,9	+ 76,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	- 2,0	- 0,3
2010 Dez.	- 17,0	- 8,6	+ 2,5	- 0,7	- 3,2	- 4,7	+ 0,8	- 10,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0
2011 Jan.	- 9,5	- 0,9	- 1,9	- 9,8	- 5,0	- 7,5	+ 1,6	- 5,2	- 0,0	-	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0
Febr.	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 3,7	+ 5,3	- 1,1	- 5,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0
März	- 26,5	+ 0,3	+ 0,1	- 16,4	- 5,1	- 5,5	- 2,0	- 19,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 1,3	- 0,0
April	- 14,9	+ 4,0	- 2,4	- 8,3	- 7,9	- 8,8	+ 1,9	- 7,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 2 Emissionswert bei Auflegung. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 5 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- sum- me 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2010	24	198,9	42,8	0,0	18,9	27,8	72,0	14,3	14,4	0,6	29,7	130,9	7,3	5,5	7,5	92,7
2011 Febr.	24	201,7	45,0	0,0	19,7	27,4	72,0	14,5	14,7	0,6	30,1	131,9	7,0	7,2	7,7	7,6
März	23	198,0	41,8	0,0	18,9	27,3	72,4	14,5	14,8	0,6	27,3	132,4	6,9	5,7	7,6	8,6
April	23	197,5	42,1	0,0	18,1	27,5	72,1	14,7	14,8	0,6	26,7	132,4	6,9	5,6	8,1	8,3
Private Bausparkassen																
2011 Febr.	14	147,3	28,7	0,0	13,9	17,7	57,5	12,9	8,7	0,4	26,8	87,0	6,8	7,2	5,0	4,8
März	13	143,3	25,4	0,0	13,1	17,7	57,8	12,9	8,8	0,4	23,9	87,4	6,7	5,7	4,9	5,5
April	13	142,7	25,7	0,0	12,2	17,9	57,5	13,0	8,8	0,4	23,4	87,3	6,7	5,6	5,4	5,4
Öffentliche Bausparkassen																
2011 Febr.	10	54,5	16,3	0,0	5,7	9,7	14,5	1,6	5,9	0,2	3,3	44,9	0,2	-	2,7	2,8
März	10	54,7	16,4	0,0	5,8	9,6	14,6	1,6	6,0	0,2	3,4	45,0	0,2	-	2,7	3,1
April	10	54,8	16,4	0,0	5,9	9,6	14,6	1,6	6,0	0,2	3,4	45,1	0,2	-	2,7	3,0

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- bau- prä- mien 12)	
	eingezahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lun- gen 11)	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Tilg- ungen im Quartal			
						Bauspareinlagen		Bauspardarlehen 9)								
						zu- sammen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungskrediten	zu- sammen						darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungskrediten		
Alle Bausparkassen																
2010	27,8	2,6	5,5	43,6	29,3	37,9	17,0	4,3	7,8	4,0	13,2	11,8	7,5	11,8	9,6	0,5
2011 Febr.	2,3	0,0	0,5	3,9	2,5	3,0	1,4	0,3	0,6	0,3	1,0	12,5	7,7	0,9		0,0
März	2,6	0,0	0,6	3,9	2,6	3,6	1,6	0,4	0,7	0,3	1,3	12,4	7,6	1,0	2,3	0,1
April	2,2	0,0	0,5	4,6	3,2	3,7	1,7	0,5	0,9	0,5	1,1	12,7	7,7	0,8		0,1
Private Bausparkassen																
2011 Febr.	1,5	0,0	0,2	2,5	1,5	2,1	0,9	0,2	0,4	0,2	0,8	7,6	3,9	0,6		0,0
März	1,8	0,0	0,3	2,8	1,7	2,6	1,1	0,3	0,5	0,3	1,0	7,6	3,8	0,7	1,6	0,0
April	1,5	0,0	0,3	3,3	2,3	2,8	1,3	0,5	0,7	0,5	0,9	7,8	3,9	0,6		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2011 Febr.	0,8	-	0,2	1,3	1,0	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,9	3,9	0,3		0,0
März	0,9	0,0	0,3	1,2	0,9	1,0	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,8	3,8	0,3	0,8	0,0
April	0,8	0,0	0,2	1,2	0,9	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,9	3,8	0,3		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialien. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zuteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. — 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanz- summe 7)	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)	
	deut- schen Banken (MFIs) mit Auslands- filialen bzw. -töchtern	Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchter		ins- gesamt	Guthaben und Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2) 3)	ins- gesamt	Buchkredite			ins- gesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands	
					zu- sammen	deutsche Banken	auslän- dische Banken			zu- sammen	an deutsche Nicht- banken	an auslän- dische Nicht- banken			Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2)
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2007	52	218	2 042,4	813,8	743,1	238,6	504,5	70,7	1 066,8	811,4	21,6	789,8	255,3	161,8	-
2008	56	226	1 715,5	730,7	669,1	244,9	424,2	61,6	825,3	630,4	20,2	610,3	194,9	159,5	-
2009	51	211	1 461,6	579,2	539,1	210,1	328,9	40,2	691,5	534,7	20,7	514,0	156,7	190,9	-
2010 Juni	55	215	1 674,3	679,4	647,8	226,8	421,0	31,6	777,5	598,0	22,5	575,5	179,5	217,4	-
Juli	56	216	1 584,2	633,6	603,0	230,7	372,3	30,6	742,3	564,5	23,4	541,1	177,8	208,3	-
Aug.	56	217	1 596,6	663,4	633,2	235,7	397,4	30,2	736,2	570,9	22,7	548,1	165,4	197,0	-
Sept.	56	217	1 548,3	634,3	605,5	228,8	376,7	28,8	721,1	560,7	21,3	539,4	160,4	192,9	-
Okt.	56	217	1 582,8	640,1	612,1	225,7	386,4	28,1	706,1	547,4	21,6	525,8	158,8	236,5	-
Nov.	56	215	1 636,3	648,0	620,2	232,1	388,1	27,8	725,7	557,5	24,0	533,6	168,2	262,6	-
Dez.	55	212	2 226,3	591,4	564,8	232,0	332,8	26,6	696,7	532,5	27,5	505,0	164,2	938,2	633,9
2011 Jan.	55	211	2 072,1	583,8	558,1	221,8	336,3	25,8	712,9	550,9	27,1	523,8	162,0	775,4	614,1
Febr.	55	211	2 041,4	570,4	545,7	210,6	335,1	24,8	697,6	542,8	26,6	516,2	154,8	773,4	585,7
März	55	211	1 980,5	546,9	523,0	199,5	323,5	24,0	678,2	523,5	26,1	497,4	154,7	755,4	585,1
Veränderungen *)															
2008	+ 4	+ 8	- 359,4	- 98,5	- 89,3	+ 6,3	- 95,5	- 9,2	- 256,8	- 190,7	- 1,5	- 189,3	- 66,1	- 4,1	-
2009	- 5	- 15	- 247,9	- 148,8	- 127,3	- 34,7	- 92,6	- 21,5	- 131,7	- 94,6	+ 0,5	- 95,1	- 37,1	+ 32,6	-
2010 Juli	+ 1	+ 1	- 49,0	- 28,3	- 27,6	+ 3,8	- 31,4	- 0,7	- 12,7	- 15,7	+ 1,0	- 16,7	+ 3,0	- 8,0	-
Aug.	-	+ 1	- 7,1	+ 21,7	+ 22,3	+ 5,1	+ 17,2	- 0,6	- 16,8	- 1,9	- 0,7	- 1,2	- 14,9	- 12,1	-
Sept.	-	-	- 1,3	- 10,3	- 9,5	- 6,9	- 2,5	- 0,8	+ 11,4	+ 10,4	- 1,4	+ 11,8	+ 0,9	- 2,4	-
Okt.	-	-	+ 42,3	+ 8,5	+ 9,1	- 3,1	+ 12,2	- 0,6	- 10,1	- 9,5	+ 0,3	- 9,8	- 0,6	+ 43,9	-
Nov.	-	- 2	+ 12,4	- 9,5	- 8,8	+ 6,4	- 15,3	- 0,7	- 2,0	- 6,9	+ 2,3	- 9,2	+ 4,9	+ 23,9	-
Dez.	- 1	- 3	+ 606,6	- 50,2	- 49,3	- 0,1	- 49,2	- 1,0	- 19,7	- 17,8	+ 3,5	- 21,3	- 2,0	+ 676,6	-
2011 Jan.	-	- 1	- 139,5	- 0,7	+ 0,0	- 10,2	+ 10,3	- 0,7	+ 23,5	+ 23,9	- 0,4	+ 24,3	- 0,4	- 162,2	- 19,8
Febr.	-	-	- 26,8	- 11,6	- 10,6	- 11,2	+ 0,6	- 1,0	- 13,3	- 6,6	- 0,5	- 6,2	- 6,7	- 1,9	- 28,4
März	-	-	- 42,2	- 16,8	- 16,1	- 11,1	- 5,0	- 0,6	- 8,9	- 11,0	- 0,5	- 10,5	+ 2,1	- 16,6	- 0,6
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2007	39	120	590,8	267,8	202,4	104,8	97,5	65,5	263,9	176,0	37,8	138,1	87,9	59,0	-
2008	38	116	594,9	244,9	183,1	85,5	97,6	61,8	267,8	196,5	42,2	154,3	71,3	82,2	-
2009	36	97	474,1	205,4	157,0	87,4	69,6	48,4	217,0	154,7	38,7	115,9	62,4	51,7	-
2010 Juni	37	99	494,4	215,4	167,6	95,8	71,9	47,8	224,7	168,6	38,7	129,9	56,1	54,3	-
Juli	38	99	495,0	212,9	168,2	88,6	79,6	44,7	227,0	173,1	39,8	133,3	53,9	55,1	-
Aug.	38	99	495,8	218,4	172,6	86,8	85,9	45,8	224,4	171,7	39,4	132,2	52,7	53,0	-
Sept.	37	96	489,4	214,8	170,7	88,8	81,8	44,1	220,1	168,8	38,2	130,6	51,4	54,5	-
Okt.	37	96	500,7	221,7	178,4	96,0	82,4	43,4	216,6	164,9	36,9	128,1	51,7	62,4	-
Nov.	37	95	498,2	223,0	180,4	95,6	84,8	42,6	218,4	167,2	37,8	129,4	51,1	56,8	-
Dez.	37	93	495,1	220,9	178,7	98,8	79,9	42,1	218,3	168,8	37,7	131,2	49,5	55,9	-
2011 Jan.	37	94	492,5	222,7	180,6	99,6	81,0	42,0	217,6	167,2	38,1	129,1	50,4	52,3	-
Febr.	37	94	490,1	221,5	182,1	100,5	81,6	39,4	215,9	165,3	37,4	127,9	50,6	52,7	-
März	37	94	484,4	219,4	180,3	100,2	80,1	39,1	214,5	164,5	36,3	128,3	49,9	50,5	-
Veränderungen *)															
2008	- 1	- 4	- 0,2	- 24,2	- 19,8	- 19,3	- 0,5	- 4,4	+ 1,1	+ 17,5	+ 4,4	+ 13,2	- 16,4	+ 22,9	-
2009	- 2	- 19	- 120,2	- 39,8	- 26,9	+ 1,9	- 28,8	- 12,9	- 50,0	- 41,1	- 3,5	- 37,6	- 8,9	- 30,4	-
2010 Juli	+ 1	-	+ 5,9	+ 0,1	+ 1,9	- 7,1	+ 9,1	- 1,8	+ 4,7	+ 6,8	+ 1,0	+ 5,8	- 2,2	+ 1,1	-
Aug.	-	-	- 2,4	+ 4,1	+ 3,6	- 1,9	+ 5,5	+ 0,4	- 4,2	- 3,0	- 0,3	- 2,7	- 1,2	- 2,2	-
Sept.	- 1	- 3	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 2,1	- 2,2	- 0,4	- 1,4	- 0,1	- 1,3	+ 1,2	- 1,3	+ 1,8	-
Okt.	-	-	+ 12,9	+ 7,7	+ 8,2	+ 7,1	+ 1,0	- 0,5	- 2,7	- 3,0	- 1,3	- 1,7	+ 0,3	+ 7,9	-
Nov.	-	- 1	- 8,9	- 2,1	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 1,9	- 1,0	- 0,5	+ 0,9	- 1,4	- 0,5	- 5,8	-
Dez.	-	- 2	- 1,5	- 1,1	- 1,0	+ 3,2	- 4,2	- 0,1	+ 0,4	+ 2,1	- 0,1	+ 2,2	- 1,7	- 0,8	-
2011 Jan.	-	+ 1	- 0,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	- 0,9	+ 0,9	- 3,6	-
Febr.	-	-	- 1,9	- 0,9	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,7	- 2,6	- 1,5	- 1,7	- 0,7	- 1,0	+ 0,2	+ 0,5	-
März	-	-	- 3,3	- 0,8	- 1,0	- 0,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,3	+ 0,3	- 1,2	+ 1,5	- 0,7	- 2,1	-

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandsstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichts-
kreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Verände-

rungerwerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	ins-gesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands			
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)							auslän-dische Nicht-banken		
					zu-sammen	kurz-fristig	mittel-und lang-fristig							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												Auslandsfilialen		
1 723,7	1 191,0	547,7	643,3	532,7	55,3	51,2	4,1	477,4	186,0	29,2	103,5	-	2007	
1 446,1	1 070,4	554,3	516,1	375,7	45,0	36,5	8,5	330,7	126,6	35,6	107,2	-	2008	
1 125,9	798,0	449,6	348,4	327,9	37,4	33,8	3,5	290,5	157,5	33,9	144,4	-	2009	
1 298,9	867,0	425,3	441,7	431,9	39,7	36,1	3,6	392,2	181,1	35,2	159,1	-	2010 Juni	
1 211,4	801,7	404,5	397,2	409,7	41,9	38,1	3,7	367,9	185,3	34,7	152,8	-	Juli	
1 229,0	829,5	407,0	422,6	399,4	42,9	39,0	3,8	356,6	178,6	34,9	154,1	-	Aug.	
1 177,7	772,3	392,5	379,9	405,4	42,6	38,8	3,8	362,8	183,1	34,4	153,1	-	Sept.	
1 208,9	804,6	390,1	414,5	404,3	45,4	39,6	5,8	358,9	186,7	34,1	153,1	-	Okt.	
1 240,7	815,2	395,9	419,2	425,6	47,0	41,1	5,9	378,6	193,0	34,2	168,3	-	Nov.	
1 131,3	751,9	398,2	353,7	379,4	44,9	39,2	5,7	334,5	187,1	34,7	187,3	648,7	Dez.	
1 155,7	759,6	400,8	358,8	396,1	44,2	38,9	5,4	351,9	187,8	35,0	693,6	610,9	2011 Jan.	
1 150,3	752,8	387,7	365,0	397,5	45,1	39,8	5,3	352,4	188,4	35,0	667,8	582,3	Febr.	
1 092,3	719,1	379,7	339,4	373,2	41,2	36,0	5,3	331,9	183,0	34,5	670,8	581,5	März	
Veränderungen *)												Auslandstöchter		
- 304,0	- 139,7	+ 6,5	- 146,3	- 164,3	- 10,3	- 14,7	+ 4,4	-153,9	- 59,4	+ 6,5	- 2,4	-	2008	
- 312,0	- 267,8	- 104,7	- 163,1	- 44,2	- 7,6	- 2,6	- 5,0	-36,6	+ 30,9	- 1,7	+ 34,9	-	2009	
- 57,3	- 48,4	- 20,8	- 27,6	- 8,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,1	-11,1	+ 4,2	- 0,6	+ 4,7	-	2010 Juli	
+ 3,7	+ 20,0	+ 2,5	+ 17,5	- 16,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	-17,3	- 6,7	+ 0,3	- 4,4	-	Aug.	
- 17,7	- 37,9	- 14,5	- 23,4	+ 20,2	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+20,5	+ 4,6	- 0,6	+ 12,4	-	Sept.	
+ 36,8	+ 35,2	- 2,3	+ 37,5	+ 1,6	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,9	- 1,2	+ 3,6	- 0,3	+ 2,1	-	Okt.	
+ 1,5	- 6,8	+ 5,8	- 12,6	+ 8,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,1	+ 6,7	+ 6,3	+ 0,1	+ 4,5	-	Nov.	
- 96,5	- 56,3	+ 2,2	- 58,5	- 40,2	- 2,1	- 1,9	- 0,2	-38,1	- 5,9	+ 0,5	+ 708,5	-	Dez.	
+ 34,6	+ 13,3	+ 2,7	+ 10,7	+ 21,3	- 0,7	- 0,4	- 0,3	+21,9	+ 0,8	+ 0,3	- 175,1	-	2011 Jan.	
- 2,2	- 5,0	- 13,1	+ 8,1	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,0	- 25,2	-	Febr.	
- 44,6	- 26,7	- 8,0	- 18,7	- 17,9	- 3,9	- 3,8	- 0,1	-14,0	- 5,3	- 0,5	+ 8,2	-	März	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												Auslandstöchter		
437,3	270,1	118,2	151,9	167,2	37,1	30,3	6,8	130,1	69,5	28,6	55,4	-	2007	
453,7	277,7	145,1	132,7	176,0	32,8	24,1	8,7	143,2	57,7	30,5	52,9	-	2008	
377,6	218,5	125,4	93,1	159,1	37,0	29,6	7,4	122,1	33,3	24,3	38,9	-	2009	
386,2	219,2	127,1	92,1	167,0	30,3	23,0	7,3	136,8	31,1	27,9	49,1	-	2010 Juni	
387,1	218,3	127,5	90,9	168,8	31,1	23,7	7,3	137,7	30,7	32,7	44,5	-	Juli	
387,5	219,2	128,4	90,8	168,3	31,7	24,3	7,4	136,7	31,2	32,9	44,2	-	Aug.	
380,6	214,8	129,3	85,5	165,8	30,6	23,3	7,3	135,2	30,3	31,6	46,8	-	Sept.	
390,8	224,6	135,1	89,5	166,2	31,1	23,7	7,5	135,1	30,2	31,7	48,1	-	Okt.	
387,1	221,2	137,6	83,6	165,9	30,0	22,4	7,5	136,0	29,6	31,8	49,7	-	Nov.	
387,4	221,1	136,4	84,7	166,3	31,0	23,6	7,3	135,3	28,9	31,8	46,9	-	Dez.	
387,2	221,2	135,5	85,7	166,0	32,5	25,0	7,4	133,5	27,7	30,2	47,5	-	2011 Jan.	
386,1	218,4	131,5	86,8	167,7	31,3	23,9	7,4	136,4	26,7	30,4	47,0	-	Febr.	
384,9	218,8	132,0	86,8	166,1	31,1	23,9	7,2	135,0	24,7	30,1	44,7	-	März	
Veränderungen *)												Auslandstöchter		
+ 12,1	+ 4,8	+ 26,9	- 22,1	+ 7,3	- 4,3	- 6,3	+ 2,0	+ 11,6	- 11,8	+ 1,9	- 2,4	-	2008	
- 76,0	- 59,1	- 19,7	- 39,5	- 16,9	+ 4,2	+ 5,5	- 1,4	- 21,1	- 24,3	- 6,2	- 13,6	-	2009	
+ 4,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5	+ 4,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 3,2	- 0,3	+ 4,7	- 3,3	-	2010 Juli	
- 1,9	- 0,3	+ 0,9	- 1,2	- 1,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	- 2,2	+ 0,5	+ 0,2	- 1,1	-	Aug.	
- 2,1	- 2,1	+ 0,9	- 3,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,9	- 0,1	+ 1,1	- 0,9	- 1,2	+ 4,2	-	Sept.	
+ 11,3	+ 10,2	+ 5,8	+ 4,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	- 0,1	+ 0,0	+ 1,7	-	Okt.	
- 8,7	- 5,7	+ 2,5	- 8,2	- 3,0	- 1,2	- 1,2	+ 0,1	- 1,9	- 0,6	+ 0,1	+ 0,3	-	Nov.	
+ 1,7	+ 0,5	- 1,1	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	- 0,2	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 2,7	-	Dez.	
+ 1,6	+ 0,9	- 0,9	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,1	- 0,8	- 1,3	- 1,6	+ 1,1	-	2011 Jan.	
- 0,6	- 2,6	- 4,0	+ 1,4	+ 2,0	- 1,2	- 1,1	- 0,1	+ 3,2	- 1,0	+ 0,2	- 0,5	-	Febr.	
+ 0,7	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,4	- 2,0	- 0,3	- 1,7	-	März	

als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige

und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auf-
erlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die
gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998 – gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unter- schreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindest-
reserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die
reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der
Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion – ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs- periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2010 Okt.	10 726,7	214,5	0,5	214,0	215,2	1,2	0,0
Nov.	10 614,2	212,3	0,5	211,8	212,5	0,7	0,5
Dez. 8)	10 559,5	211,2	0,5	210,7	212,4	1,7	0,0
2011 Jan.	10 640,0	212,8	0,5	212,3	213,6	1,3	0,0
Febr.	10 606,9	212,1	0,5	211,6	212,9	1,3	0,0
März	10 491,8	209,8	0,5	209,3	210,5	1,1	0,0
April	10 438,7	208,8	0,5	208,3	209,5	1,2	0,0
Mai p)	10 372,3	207,4	0,5	206,9
Juni p)
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2010 Okt.	2 565 552	51 311	186	51 125	51 499	374	1
Nov.	2 541 821	50 836	186	50 651	50 982	331	0
Dez.	2 530 997	50 620	185	50 435	51 336	901	0
2011 Jan.	2 578 387	51 568	185	51 382	51 834	452	1
Febr.	2 580 325	51 606	186	51 421	51 756	335	0
März	2 576 678	51 534	186	51 348	51 711	363	1
April	2 563 152	51 263	186	51 077	51 437	360	0
Mai p)	2 524 058	50 481	186	50 296
Juni p)	2 540 817	50 816	185	50 631

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des
Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt,
in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. — 2 Art. 3
der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer
Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs.
1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reserve-
sätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Euro-

päischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht. —
5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zen-
tralbanken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Ab-
zug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Re-
serve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Est-
land in Höhe von 0,223 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Wäh-
rungsunion bis zum 31. Dezember 2010 betrug 210,5 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refinanzie- rungsfazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refinanzie- rungsfazilität
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
2002 6. Dez.	1,75	–	2,75	3,75	2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25
					8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75
2003 7. März	1,50	–	2,50	3,50	9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25
6. Juni	1,00	–	2,00	3,00	12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75
					10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	11. März	0,50	1,50	–	2,50
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	8. April	0,25	1,25	–	2,25
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50					
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75					
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00					

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2007 1. Jan.	2,70
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	1,22	1. Juli	3,19
2004 1. Jan.	1,14	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,13	1. Juli 2)	0,12
2005 1. Jan.	1,21		
1. Juli	1,17		
2006 1. Jan.	1,37		
1. Juli	1,95		

1 Gemäß § 247 BGB. — 2 Seit 1. Juli 2009 unverändert.

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
	Mio €		% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2011 11. Mai	124 754	124 754	1,25	–	–	–	7
18. Mai	119 398	119 398	1,25	–	–	–	7
25. Mai	116 102	116 102	1,25	–	–	–	7
1. Juni	110 762	110 762	1,25	–	–	–	7
8. Juni	102 442	102 442	1,25	–	–	–	7
15. Juni	135 585	135 585	1,25	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2011 13. April	83 687	83 687	1,25	–	–	–	28
28. April	63 411	63 411	2) ...	–	–	–	91
11. Mai	80 653	80 653	1,25	–	–	–	35
26. Mai	48 131	48 131	2) ...	–	–	–	98
15. Juni	69 403	69 403	1,25	–	–	–	28

Quelle: EZB. — * Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2011 um Estland. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. — 2 Berechnung am Ende

der Laufzeit; Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				EONIA 2)	EURIBOR 3)					
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld			Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze		Monatsdurchschnitte					
2010 Nov.	0,53	0,25 – 0,80	1,01	0,93 – 1,10	0,59	0,73	0,83	1,04	1,27	1,41	1,54
Dez.	0,45	4) 0,25 – 1,00	1,00	0,92 – 1,05	0,50	0,66	0,81	1,02	1,25	1,39	1,53
2011 Jan.	0,61	0,25 – 1,60	0,98	0,90 – 1,09	0,66	0,69	0,79	1,02	1,25	1,41	1,55
Febr.	0,66	0,25 – 1,25	1,05	0,97 – 1,13	0,71	0,83	0,89	1,09	1,35	1,54	1,71
März	0,60	0,25 – 0,85	1,12	0,98 – 1,25	0,66	0,81	0,90	1,18	1,48	1,72	1,92
April	0,94	0,43 – 1,50	1,28	1,14 – 1,40	0,97	1,07	1,13	1,32	1,62	1,86	2,09
Mai	1,00	0,50 – 1,35	1,39	1,29 – 1,45	1,03	1,19	1,24	1,43	1,71	1,93	2,15

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. — 4 Ultimogeld 0,30%-1,00%.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2010 April	1,74	135 398	2,37	204 546	0,83	87 161	4,05	24 331
Mai	1,70	130 925	2,37	205 790	0,83	85 444	4,06	24 284
Juni	1,70	129 294	2,47	207 028	0,85	83 947	3,92	22 642
Juli	1,65	126 987	2,46	207 585	0,89	86 081	3,90	22 755
Aug.	1,62	126 748	2,46	208 128	0,91	88 667	3,90	22 595
Sept.	1,59	123 619	2,45	208 722	0,92	90 432	3,90	22 520
Okt.	1,59	123 550	2,44	209 255	0,97	93 815	3,86	22 535
Nov.	1,59	123 828	2,42	209 940	1,00	93 412	3,85	22 646
Dez.	1,57	123 875	2,41	213 208	1,02	96 284	3,83	22 637
2011 Jan.	1,58	123 263	2,40	213 962	1,08	93 539	3,80	22 856
Febr.	1,58	123 712	2,40	215 243	1,10	94 028	3,80	22 983
März	1,58	123 032	2,37	216 569	1,14	98 952	3,79	23 106
April	1,61	125 585	2,36	217 665	1,25	100 520	3,76	23 816

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2010 April	4,19	5 308	4,20	25 751	4,81	920 311	8,31	65 798	5,21	69 811	5,82	311 285
Mai	4,16	5 432	4,17	25 886	4,80	920 455	8,34	65 888	5,18	69 992	5,79	311 983
Juni	4,07	5 042	4,17	25 736	4,74	920 866	8,36	69 258	6,00	69 419	5,79	312 492
Juli	3,92	5 045	4,14	25 877	4,73	922 884	8,26	66 947	5,97	69 924	5,78	313 416
Aug.	4,05	5 504	4,10	26 087	4,72	923 541	8,27	66 989	5,95	69 869	5,77	313 830
Sept.	4,18	5 496	4,07	26 301	4,69	925 117	8,42	68 206	5,93	69 703	5,75	313 591
Okt.	4,14	5 455	4,05	26 375	4,68	926 841	8,26	66 398	5,89	69 962	5,74	313 936
Nov.	4,06	5 394	4,01	26 558	4,66	927 903	8,06	66 324	5,78	70 098	5,73	314 010
Dez.	3,99	5 369	3,97	26 563	4,64	927 171	8,14	68 321	5,73	70 042	5,70	312 604
2011 Jan.	3,91	5 251	3,95	26 421	4,63	926 224	8,20	65 462	5,72	69 810	5,70	311 915
Febr.	3,82	5 036	3,92	26 475	4,62	926 667	8,20	64 486	5,70	69 108	5,69	312 164
März	3,88	5 244	3,89	26 702	4,60	926 845	8,25	65 739	5,66	69 606	5,68	311 059
April	3,95	5 202	3,88	26 839	4,59	927 168	8,22	63 985	5,64	69 778	5,68	312 376

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2010 April	3,77	135 797	3,45	138 677	3,92	546 900
Mai	3,76	136 914	3,44	137 604	3,91	547 945
Juni	3,71	137 411	3,52	136 207	3,85	549 949
Juli	3,71	132 479	3,56	134 907	3,86	552 591
Aug.	3,74	130 788	3,59	133 990	3,86	553 853
Sept.	3,83	132 925	3,57	134 337	3,87	551 283
Okt.	3,88	131 772	3,63	133 816	3,85	551 206
Nov.	3,82	132 041	3,65	134 424	3,85	555 004
Dez.	3,82	128 142	3,66	133 617	3,86	555 314
2011 Jan.	3,89	130 003	3,67	132 483	3,85	555 165
Febr.	3,88	133 863	3,68	133 024	3,86	557 886
März	3,90	135 214	3,70	133 748	3,87	556 255
April	3,96	134 351	3,75	130 874	3,90	558 073

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankentatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. — ^o Die Bestände werden zeitpunkt-

bezogen zum Monatsultimo erhoben. — 1 Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — 6 Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2010 April	0,69	681 563	1,07	15 049	1,83	935	2,36	1 946	1,31	488 783	1,98	115 665
Mai	0,69	688 068	0,96	13 756	1,78	701	3,16	2 319	1,31	490 706	1,95	113 839
Juni	0,76	691 840	0,94	12 881	1,46	545	3,18	2 388	1,36	491 359	1,95	112 572
Juli	0,73	698 095	1,10	14 993	2,21	1 171	2,22	1 514	1,32	495 008	1,91	110 429
Aug.	0,74	695 737	1,03	13 926	2,35	1 245	2,13	1 253	1,32	496 668	1,90	108 681
Sept.	0,74	697 415	1,04	13 929	2,26	1 354	2,12	1 477	1,40	499 188	1,83	106 394
Okt.	0,75	703 734	1,13	13 062	2,04	1 166	2,23	1 691	1,37	501 900	1,80	105 025
Nov.	0,74	711 278	1,16	13 413	1,80	1 342	2,16	1 756	1,36	503 907	1,81	105 590
Dez.	0,71	714 112	1,06	13 862	1,99	1 075	2,13	2 300	1,39	512 222	1,82	105 583
2011 Jan.	0,72	712 891	1,29	17 554	2,14	1 570	2,49	2 259	1,34	514 833	1,83	105 207
Febr.	0,74	714 176	1,24	15 659	2,21	1 621	2,67	2 278	1,36	516 856	1,84	105 268
März	0,75	714 781	1,18	13 674	2,20	1 980	2,42	2 293	1,37	517 707	1,85	105 429
April	0,74	720 877	1,36	15 283	2,28	1 988	2,78	2 473	1,40	517 337	1,87	104 640

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2010 April	0,45	248 053	0,44	34 914	1,79	334	3,29	281
Mai	0,44	249 328	0,43	32 850	1,79	185	2,89	193
Juni	0,43	247 746	0,51	29 165	1,76	331	2,29	172
Juli	0,44	246 466	0,60	38 656	1,68	479	2,56	183
Aug.	0,44	250 809	0,59	32 128	1,59	353	2,32	243
Sept.	0,45	250 770	0,59	35 618	1,72	475	2,81	139
Okt.	0,50	251 184	0,75	35 976	1,69	376	2,28	248
Nov.	0,47	257 369	0,73	38 509	1,86	288	2,70	381
Dez.	0,46	260 801	0,68	51 978	2,60	452	2,81	811
2011 Jan.	0,53	255 910	0,77	43 391	1,72	383	2,63	388
Febr.	0,47	244 336	0,87	31 168	1,90	706	3,02	783
März	0,48	245 287	0,90	35 003	2,03	430	2,48	448
April	0,58	243 324	1,12	33 097	2,09	625	2,55	845

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
		Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2010 April	2,26	6 504	4,12	1 307	4,42	2 110
Mai	2,17	5 191	4,26	1 082	4,32	2 021
Juni	2,21	5 611	4,10	1 925	4,05	2 456	2,27	2 717	4,46	1 554	4,07	1 362
Juli	2,37	5 072	4,18	1 701	4,01	2 740	2,46	3 338	4,35	962	4,00	1 529
Aug.	2,39	4 240	4,47	857	3,92	2 206	2,43	2 517	4,64	635	3,89	1 250
Sept.	2,40	4 582	4,15	1 061	3,88	2 581	2,39	2 871	4,27	798	3,84	1 387
Okt.	2,53	4 941	4,33	1 025	4,00	2 246	2,56	3 235	4,37	763	3,98	1 249
Nov.	2,57	4 301	4,31	1 519	3,93	2 536	2,58	2 861	4,44	737	3,88	1 456
Dez.	2,58	5 582	4,15	1 326	3,98	3 534	2,67	3 302	4,29	889	3,96	1 781
2011 Jan.	2,58	5 362	4,13	1 387	4,15	2 234	2,62	3 557	4,22	1 007	4,16	1 295
Febr.	2,53	4 860	4,56	1 039	4,27	2 456	2,62	2 727	4,68	676	4,28	1 411
März	2,63	5 036	4,56	1 328	4,45	2 882	2,70	3 273	4,67	988	4,44	1 711
April	2,80	4 744	4,56	1 175	4,61	2 360	2,86	3 116	4,66	844	4,56	1 342

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neu-

geschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittssätze einbezogen werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Ohne Überziehungskredite. — 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte									
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)									
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt									
2010 April	6,74	5,77	6 523	4,27	2 297	5,14	2 247	8,24	1 979
Mai	6,61	5,68	5 834	4,31	2 041	5,04	2 074	8,09	1 719
Juni	6,83	6,20	5 530	3,39	1 032	5,50	2 324	8,28	2 174
Juli	7,10	6,51	5 283	3,50	775	5,63	2 285	8,46	2 223
Aug.	7,18	6,54	4 850	3,47	734	5,76	2 080	8,46	2 036
Sept.	7,09	6,50	4 957	3,43	731	5,67	2 142	8,43	2 084
Okt.	6,89	6,26	5 170	3,45	908	5,49	2 170	8,28	2 092
Nov.	6,75	6,21	4 945	3,45	729	5,42	2 175	8,03	2 041
Dez.	6,34	5,82	4 400	3,16	771	5,27	1 943	7,66	1 686
2011 Jan.	6,99	6,26	5 179	3,36	1 042	5,51	2 029	8,43	2 108
Febr.	6,93	6,20	5 233	3,30	958	5,43	2 167	8,30	2 108
März	6,99	6,37	6 134	3,52	945	5,57	2 652	8,28	2 537
April	6,86	6,20	5 700	3,28	1 029	5,55	2 417	8,23	2 254
darunter: besicherte Kredite 12)									
2010 Juni	.	5,28	291	3,18	54	7,15	129	4,10	108
Juli	.	4,90	416	3,08	95	6,54	171	4,19	150
Aug.	.	4,34	425	2,19	133	6,41	156	4,07	136
Sept.	.	4,35	433	2,09	110	6,30	164	3,91	159
Okt.	.	4,00	536	2,29	210	6,16	173	3,91	153
Nov.	.	4,64	456	2,49	94	6,40	187	3,92	175
Dez.	.	4,72	475	2,78	104	6,42	198	3,95	173
2011 Jan.	.	4,50	430	2,67	119	5,92	176	4,25	135
Febr.	.	4,12	449	2,48	181	5,82	152	4,44	116
März	.	5,26	458	2,73	105	6,33	190	5,65	163
April	.	5,17	456	2,85	116	6,25	205	5,53	135

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2010 April	3,97	3,88	14 797	3,08	2 723	3,56	2 485	4,07	5 485	4,36	4 104
Mai	3,89	3,80	13 846	3,16	2 233	3,42	2 271	4,01	5 238	4,10	4 104
Juni	3,78	3,71	14 899	3,19	2 215	3,36	2 323	3,89	5 495	3,90	4 866
Juli	3,68	3,60	18 095	3,11	3 092	3,35	2 843	3,79	6 802	3,76	5 358
Aug.	3,73	3,66	15 163	3,27	2 125	3,31	2 330	3,80	5 932	3,82	4 776
Sept.	3,62	3,54	16 328	3,28	2 039	3,25	2 340	3,65	6 342	3,64	5 607
Okt.	3,61	3,49	16 995	3,21	2 797	3,34	2 407	3,58	6 464	3,59	5 327
Nov.	3,65	3,55	16 236	3,42	1 977	3,25	2 378	3,61	6 393	3,66	5 488
Dez.	3,76	3,62	17 749	3,38	2 524	3,31	2 659	3,70	7 049	3,77	5 517
2011 Jan.	3,82	3,74	17 098	3,38	3 444	3,43	2 803	3,85	6 692	4,06	4 159
Febr.	3,99	3,92	14 711	3,56	2 101	3,60	2 470	4,02	5 832	4,15	4 308
März	4,07	3,99	17 526	3,49	2 777	3,70	2 793	4,10	6 742	4,26	5 214
April	4,18	4,09	16 705	3,51	2 760	3,73	2 601	4,18	6 626	4,50	4 718
darunter: besicherte Kredite 12)											
2010 Juni	.	3,65	6 586	3,25	707	3,26	1 026	3,77	2 364	3,80	2 489
Juli	.	3,62	8 542	3,04	1 009	3,37	1 429	3,74	3 385	3,82	2 719
Aug.	.	3,59	7 930	3,07	840	3,25	1 267	3,70	3 147	3,77	2 676
Sept.	.	3,46	8 500	3,10	786	3,18	1 265	3,57	3 395	3,56	3 054
Okt.	.	3,47	9 197	3,02	1 241	3,40	1 389	3,51	3 540	3,63	3 027
Nov.	.	3,48	8 496	3,19	844	3,15	1 280	3,52	3 452	3,66	2 920
Dez.	.	3,57	8 982	3,28	1 055	3,29	1 401	3,62	3 753	3,76	2 773
2011 Jan.	.	3,66	8 664	3,22	1 431	3,36	1 477	3,76	3 560	3,98	2 196
Febr.	.	3,86	7 820	3,43	916	3,58	1 366	3,96	3 235	4,07	2 303
März	.	3,92	8 747	3,34	1 080	3,64	1 440	4,02	3 547	4,17	2 680
April	.	4,04	8 768	3,34	1 332	3,69	1 324	4,09	3 441	4,49	2 671

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*;
Anmerkung 12 s. S. 47*. — 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden

sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter	
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite					
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €
2010 April	10,34	41 655	10,34	41 655	.	.	5,06	64 035	5,06	64 035
Mai	10,38	41 645	10,38	41 645	.	.	5,09	63 191	5,09	63 191
Juni	10,16	44 263	10,18	39 362	15,07	3 108	4,74	70 717	4,75	70 537
Juli	9,98	45 246	10,02	40 207	14,88	3 158	4,72	66 293	4,72	66 073
Aug.	10,02	45 747	10,09	40 545	14,89	3 236	4,74	64 516	4,75	64 337
Sept.	10,12	46 795	10,17	41 644	14,90	3 233	4,82	66 162	4,83	65 969
Okt.	9,92	45 605	9,97	40 404	14,82	3 254	4,90	64 296	4,91	64 108
Nov.	9,82	44 999	9,92	39 670	14,84	3 241	4,86	64 101	4,87	63 904
Dez.	9,95	46 527	10,04	41 264	14,85	3 266	4,86	62 512	4,87	62 342
2011 Jan.	9,99	44 746	10,11	39 415	14,94	3 263	4,91	64 520	4,92	64 347
Febr.	10,09	43 724	10,19	38 548	14,88	3 250	4,91	67 762	4,92	67 580
März	10,08	44 548	10,19	39 295	14,88	3 251	4,87	68 034	4,89	67 799
April	10,08	42 907	10,20	37 543	14,94	3 281	4,95	66 106	4,96	65 901

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2010 April	3,28	9 965	4,52	1 147	4,08	1 180	2,35	50 433	3,92	1 730	4,06	3 542
Mai	3,45	10 055	4,52	897	3,94	1 304	2,45	42 240	3,59	1 102	3,74	3 990
Juni	3,52	7 084	4,45	1 318	3,82	1 458	2,37	49 115	3,29	1 939	3,62	4 607
Juli	3,30	7 084	4,35	1 381	3,79	1 508	2,46	47 412	2,97	2 312	3,25	4 474
Aug.	3,51	5 640	4,35	1 113	3,72	1 313	2,62	37 588	3,39	1 401	3,66	3 808
Sept.	3,49	7 124	4,40	1 227	3,67	1 438	2,37	43 643	3,40	1 725	3,66	4 437
Okt.	3,42	7 024	4,25	1 296	3,73	1 496	2,44	45 964	3,33	1 851	3,47	4 341
Nov.	3,84	6 989	4,27	1 329	3,66	1 505	2,64	38 043	3,47	2 006	3,44	4 998
Dez.	3,77	7 119	4,24	1 472	3,81	1 798	2,78	52 023	3,26	3 889	3,56	7 562
2011 Jan.	3,36	6 823	4,25	1 315	3,96	1 288	2,50	44 418	3,34	2 283	3,95	4 794
Febr.	3,59	5 971	4,51	1 247	4,08	1 211	2,69	34 963	4,05	1 522	3,98	3 950
März	3,69	7 429	4,54	1 537	4,28	1 427	2,69	46 728	3,84	2 216	3,97	5 171
April	3,63	6 876	4,63	1 303	4,37	1 254	2,87	45 404	3,82	2 177	4,70	5 871
darunter: besicherte Kredite 12)												
2010 Juni	3,81	1 071	3,94	125	3,64	394	2,45	7 467	2,66	545	3,64	1 073
Juli	3,53	1 436	3,90	203	3,57	395	2,32	9 176	2,91	918	3,21	1 236
Aug.	3,99	1 025	3,79	162	3,49	387	2,34	6 046	3,97	303	3,62	1 016
Sept.	3,75	1 258	3,99	149	3,53	465	2,37	8 203	3,23	443	3,99	1 246
Okt.	3,77	1 439	3,75	191	3,58	532	2,43	8 896	3,18	746	3,68	1 251
Nov.	4,25	1 179	3,60	190	3,47	404	2,65	6 985	3,45	592	3,32	1 543
Dez.	4,15	1 477	3,72	196	3,57	503	2,82	9 561	2,74	1 206	3,41	1 665
2011 Jan.	3,59	1 605	3,70	209	3,86	386	2,51	9 039	3,38	950	4,09	1 135
Febr.	3,65	1 231	4,19	146	3,86	311	2,53	6 812	4,26	624	4,06	1 070
März	3,70	1 428	4,25	194	4,11	388	2,75	9 342	3,70	743	4,09	976
April	3,76	1 476	4,37	199	4,20	337	2,77	9 359	3,88	922	4,60	2 009

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. — 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. — 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. — 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskre-

diten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. — 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. — 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere												
Zeit	Absatz						Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	Inländer				Aus- länder 8)	
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anlei- hen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anlei- hen der öffent- lichen Hand 3)		zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Nicht- banken 7)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 6)		
	Mio DM											
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	-	173 038	
	Mio €											
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	-	136 898	
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	60 121	-	74 825	
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	12 624	93 571	111 281	35 848	75 433	-	68 946	
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	46 940	-	114 920	
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	69 809	-	79 122	
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	-	13 723	125 772	
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	32 978	-	157 940	
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	56 530	-	116 583	
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	-	26 762	96 476	-	244 560	
2008	72 574	66 139	-	45 712	86 527	25 322	6 435	2 798	68 049	-	69 776	
2009	67 560	-	538	-	114 902	22 709	91 655	68 098	88 871	-	21 311	
2010	148 535	-	1 212	-	7 621	24 044	-	17 635	149 747	100 463	-	48 072
2011 Febr.	47 298	38 334	17 372	8 095	12 867	8 964	15 401	-	3 185	18 586	-	31 897
März	3 970	7 740	15 811	1 204	6 867	3 770	4 591	-	15 442	10 852	-	621
April	2 053	6 295	10 472	3 518	7 695	4 242	21 798	-	1 559	20 239	-	19 745

Aktien							
Zeit	Absatz			Erwerb			
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	Inländer			Ausländer 13)
				zu- sammen 11)	Kredit- institute 6) 12)	Nicht- banken 7)	
	Mio DM						
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 353
	Mio €						
1999	150 013	36 010	114 003	103 136	18 637	84 499	46 877
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	24 194
2001	82 665	17 575	65 091	2 252	-	14 714	84 918
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	-	23 236	20 941
2003	11 896	16 838	4 946	15 121	-	7 056	27 016
2004	3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	5 009	10 053	15 062	62 308	-	6 702	57 299
2008	28 613	11 326	39 939	1 542	23 079	24 621	30 153
2009	37 903	23 962	13 940	32 176	8 335	40 511	5 725
2010	35 469	20 049	15 422	37 798	7 340	30 458	2 329
2011 Febr.	3 376	429	3 805	7 439	9 946	2 507	4 063
März	1 903	257	2 160	4 002	5 932	1 930	5 905
April	7 983	5 559	2 424	25 692	22 586	3 106	17 709

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Anteile an Investmentfonds s. Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. — 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer

Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. — 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 11 In- und ausländische Aktien. — 12 Bis einschl. 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011 Jan.	145 192	71 843	3 964	7 367	32 011	28 500	16 461	56 888	–
Febr.	111 051	67 755	4 060	2 070	35 484	26 142	9 905	33 391	–
März	101 051	43 257	4 215	1 147	20 434	17 462	8 052	49 742	–
April	125 181	45 989	1 643	2 954	26 792	14 600	8 141	71 051	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011 Jan.	49 634	23 769	2 897	3 300	10 364	7 209	8 323	17 542	–
Febr.	31 706	16 747	1 295	509	6 588	8 355	2 507	12 453	–
März	33 572	13 001	2 021	253	2 960	7 767	4 484	16 087	–
April	38 406	13 320	599	1 109	7 752	3 859	3 970	21 116	–
Netto-Absatz 6)									
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	16 705
2001	84 122	60 905	6 932	–	9 254	28 808	8 739	14 479	30 657
2002	131 976	56 393	7 936	–	26 806	20 707	14 306	61 277	44 546
2003	124 556	40 873	2 700	–	42 521	44 173	18 431	65 253	54 990
2004	167 233	81 860	1 039	–	52 615	50 142	18 768	66 605	22 124
2005	141 715	65 798	–	2 151	–	34 255	10 099	65 819	35 963
2006	129 423	58 336	–	12 811	–	20 150	15 605	55 482	19 208
2007	86 579	58 168	–	10 896	–	46 629	–	32 093	29 750
2008	119 472	8 517	–	15 052	–	65 773	–	28 302	31 607
2009	76 441	–	–	858	–	80 646	–	103 482	21 037
2010	21 566	–	–	3 754	–	63 368	–	85 464	10 904
2011 Jan.	5 379	–	–	1 032	–	3 289	–	10 534	1 250
Febr.	28 590	–	–	2 846	–	5 212	–	4 396	3 110
März	–	–	–	1 158	–	2 744	–	4 134	197
April	21 496	–	–	707	–	6 435	–	28 238	127

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. — 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und

Treuhandanstalt. — 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 374
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2010 Nov.	3 463 036	1 591 196	150 344	237 112	546 973	656 768	252 653	1 619 187	22 598
Dez.	3 348 201	1 570 490	147 529	232 954	544 517	645 491	250 774	1 526 937	22 074
2011 Jan.	3 353 580	1 577 837	148 561	229 665	547 464	652 148	259 340	1 516 402	20 824
Febr.	3 382 171	1 594 496	151 406	224 453	559 179	659 457	266 877	1 520 798	17 714
März	3 359 446	1 573 863	152 564	221 709	549 250	650 340	268 919	1 516 664	17 517
April	3 380 943	1 565 583	151 857	215 274	553 094	645 358	270 457	1 544 902	17 391

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)										Stand Ende April 2011	
bis unter 2	1 302 848	647 182	68 289	108 475	210 178	260 239	55 883	599 782	5 210		
2 bis unter 4	769 263	399 258	44 984	54 834	141 745	157 697	60 905	309 100	5 255		
4 bis unter 6	530 375	276 190	25 664	31 151	75 779	143 595	26 151	228 036	3 104		
6 bis unter 8	207 374	86 200	7 356	10 993	44 452	23 402	13 029	108 145	292		
8 bis unter 10	187 336	53 135	4 567	5 891	29 107	13 570	7 161	127 041	185		
10 bis unter 15	60 902	29 076	941	2 516	20 605	5 013	9 609	22 216	1 648		
15 bis unter 20	86 011	17 157	19	344	7 695	9 099	3 166	65 688	729		
20 und darüber	236 834	57 385	35	1 071	23 532	32 746	94 555	84 896	967		

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldver-

schreibungen. — 3 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von						Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung				
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	2 099	1 560	708	1 603 304	
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	1 986	1 827	1 745	1 353 000	
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	1 018	905	3 152	1 205 613	
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	2 152	2 224	647 492	
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	10 806	1 584	851 001	
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	1 760	2 286	887 217	
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	1 443	3 060	1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	1 868	1 256	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	1 847	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	428	608	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	0	3 741	1 269	974	927 256	
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	486	993	3 569	1 091 220	
2010 Nov.	174 642	12	107	12	9	0	5	16	129	1 104 788	
Dez.	174 596	46	270	0	4	0	37	21	263	1 091 220	
2011 Jan.	175 062	466	592	0	308	0	6	197	231	1 109 831	
Febr.	174 978	84	92	2	1	0	0	156	24	1 129 599	
März	175 124	145	253	19	6	0	73	16	44	1 108 591	
April	175 396	272	303	30	0	0	1	36	25	1 162 665	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Geregelteten Markt aufgehoben) oder zum Neuen Markt

(Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)							
% p.a.						Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000		
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	110,60	92,52	445,95	6 958,14
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	112,48	94,11	396,59	6 433,61
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	113,12	94,16	319,38	5 160,10
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011 Febr.	3,0	2,9	2,9	3,2	3,2	4,4	4,0	122,70	101,08	384,22	7 272,32
März	3,1	3,0	3,0	3,2	3,3	4,0	3,9	121,46	99,73	374,45	7 041,31
April	3,2	3,1	3,1	3,3	3,5	4,1	4,1	121,95	100,28	394,79	7 514,46
Mai	3,0	2,9	2,9	3,1	3,3	3,9	4,2	123,54	101,53	377,73	7 293,69

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewo-

gen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz							Erwerb						
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)						ausländische Fonds 4)	Inländer					Ausländer 5)
		zu-sammen	zu-sammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds		Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen	Nichtbanken 3)				
				Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Offene Immobilien-fonds				zu-sammen	darunter ausländische Anteile			
Mio DM														
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	- 2 775
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	- 637	85 659	14 722	5 761
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	- 14 676	5 221	24 330	22 508	8 258
2007	55 778	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	- 229	4 240	51 538	38 102	4 469
2008	- 313	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	7 598	8 401	- 16 625	- 9 252	25 026	16 850	- 8 714
2009	41 972	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	- 1 776	36 566	- 14 995	- 8 178	51 561	6 402	5 406
2010	106 663	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 525	21 756	104 253	3 873	6 290	100 380	15 466	2 410
2011 Febr.	9 453	6 917	454	- 55	165	194	6 463	8 497	196	262	8 301	2 274	956	
März	- 1 360	805	- 1 478	139	- 1 243	- 492	2 284	- 2 165	- 1 789	- 668	180	- 1 121	- 2 345	429
April	5 636	2 450	- 208	- 296	- 70	- 69	2 658	3 186	5 636	- 129	- 377	5 765	3 563	0

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. — 2 Buchwerte. — 3 Als Rest errechnet. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 Netto-Erwerb

bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neusten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Finanzierungsrechnung
**1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren
(unkonsolidiert)**

Mrd €

Position	2008	2009	2010	2009				2010			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte ¹⁾											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	121,0	49,9	80,2	9,4	15,2	5,5	19,8	16,5	21,3	7,6	34,8
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	1,4	3,6	- 14,0	12,1	0,7	2,1	- 11,3	5,1	1,3	0,6	- 21,0
Aktien	- 45,5	- 1,0	2,2	- 2,0	- 1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	- 0,6	0,8
Sonstige Beteiligungen	3,0	3,0	3,0	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8
Investmentzertifikate	8,2	22,1	8,9	9,3	5,1	6,7	1,1	5,9	- 3,4	7,5	- 1,0
Ansprüche gegenüber Versicherungen ²⁾	31,2	60,6	63,1	20,0	13,1	11,9	15,6	22,1	13,8	11,1	16,1
kurzfristige Ansprüche	0,4	0,5	0,4	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
längerfristige Ansprüche	30,8	60,1	62,7	19,9	13,0	11,8	15,4	22,0	13,7	11,0	16,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	7,3	9,9	10,2	2,4	2,5	2,4	2,5	2,5	2,6	2,5	2,6
Sonstige Forderungen ³⁾	- 2,8	- 1,1	0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,2	0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0
Insgesamt	123,8	147,0	153,6	51,7	35,9	30,1	29,2	54,0	37,2	29,4	33,0
II. Finanzierung											
Kredite	- 14,9	- 5,1	4,5	- 7,7	2,5	4,5	- 4,5	- 7,2	5,7	5,5	0,6
kurzfristige Kredite	1,2	- 4,3	- 2,3	- 0,4	- 0,1	- 1,3	- 2,5	- 0,3	1,0	- 0,8	- 2,1
längerfristige Kredite	- 16,0	- 0,9	6,8	- 7,2	2,6	5,7	- 2,0	- 6,9	4,7	6,3	2,7
Sonstige Verbindlichkeiten	0,4	1,1	0,4	0,5	0,3	- 0,1	0,4	0,4	0,0	- 0,0	- 0,0
Insgesamt	- 14,4	- 4,0	4,9	- 7,2	2,8	4,4	- 4,1	- 6,8	5,7	5,4	0,6
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	11,2	23,6	2,4	- 1,3	10,2	12,6	2,1	5,5	- 21,9	20,1	- 1,3
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	- 11,7	- 17,6	61,1	- 8,3	- 22,6	- 22,0	35,3	13,5	44,9	- 24,5	27,2
Finanzderivate	16,6	- 6,0	26,6	- 9,7	- 0,3	3,7	0,2	2,0	3,3	4,2	17,3
Aktien	86,7	85,1	23,1	20,1	42,0	29,3	- 6,2	8,6	- 9,6	5,2	19,0
Sonstige Beteiligungen	15,7	21,8	39,0	10,4	7,2	6,9	- 2,8	31,7	6,9	3,1	- 2,8
Investmentzertifikate	- 7,8	- 41,7	5,1	- 3,3	- 10,1	- 15,6	- 12,8	- 1,3	4,4	0,3	1,7
Kredite	50,6	87,1	85,5	27,5	15,6	19,2	24,8	26,5	28,7	17,8	12,5
kurzfristige Kredite	34,4	53,8	65,3	17,0	11,3	12,7	12,8	20,2	20,0	16,9	8,2
längerfristige Kredite	16,2	33,3	20,2	10,5	4,3	6,6	12,0	6,3	8,7	0,9	4,3
Ansprüche gegenüber Versicherungen ²⁾	0,4	1,0	0,8	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
kurzfristige Ansprüche	0,4	1,0	0,8	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	- 35,2	- 2,4	- 55,5	- 6,4	- 10,3	- 5,8	20,0	- 31,3	- 20,8	15,8	- 19,1
Insgesamt	126,7	150,7	188,2	29,2	31,9	28,6	61,1	55,4	36,0	42,1	54,7
II. Finanzierung											
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	9,6	- 7,1	9,6	- 9,9	- 1,8	3,5	1,2	8,7	- 0,5	- 3,6	5,1
Finanzderivate
Aktien	3,6	5,5	7,2	1,9	0,3	2,3	1,0	6,1	0,1	0,2	0,8
Sonstige Beteiligungen	19,7	7,2	9,1	1,2	- 0,7	1,6	5,1	1,7	1,6	5,2	0,6
Kredite	80,6	59,9	24,8	33,4	12,3	2,4	11,8	27,1	14,1	16,4	- 32,8
kurzfristige Kredite	47,2	10,7	44,6	12,7	- 1,0	- 0,3	- 0,7	29,8	20,7	8,5	- 14,5
längerfristige Kredite	33,4	49,2	- 19,8	20,8	13,3	2,7	12,4	- 2,7	- 6,6	7,8	- 18,3
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	2,9	4,8	4,8	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Sonstige Verbindlichkeiten	26,3	39,8	39,7	24,6	7,2	7,8	0,2	2,8	6,4	7,2	23,3
Insgesamt	142,7	110,1	95,2	52,4	18,4	18,8	20,4	47,6	22,9	26,6	- 1,8

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische

Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. — 3 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

VIII. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren
(unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2008	2009	2010	2009				2010			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 737,5	1 788,1	1 868,3	1 746,8	1 762,9	1 768,4	1 788,1	1 804,6	1 825,9	1 833,4	1 868,3
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	359,2	412,6	403,4	348,9	353,6	401,8	412,6	426,5	427,3	439,6	403,4
Aktien	181,9	191,7	230,6	154,3	166,2	175,2	191,7	204,1	198,5	204,9	230,6
Sonstige Beteiligungen	171,4	165,1	174,9	159,2	160,9	160,8	165,1	169,1	180,5	168,8	174,9
Investmentzertifikate	503,4	548,7	587,4	502,4	525,6	541,6	548,7	560,9	549,3	564,8	587,4
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 214,8	1 282,7	1 347,7	1 230,1	1 247,8	1 265,7	1 282,7	1 305,2	1 318,5	1 330,2	1 347,7
Kurzfristige Ansprüche	81,3	81,8	82,2	81,4	81,5	81,6	81,8	81,9	82,0	82,1	82,2
Längerfristige Ansprüche	1 133,6	1 200,9	1 265,6	1 148,7	1 166,3	1 184,2	1 200,9	1 223,3	1 236,5	1 248,1	1 265,6
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	262,4	272,3	282,5	264,9	267,4	269,8	272,3	274,8	277,4	279,9	282,5
Sonstige Forderungen 4)	39,8	38,7	38,7	39,5	39,2	38,9	38,7	38,8	38,8	38,7	38,7
Insgesamt	4 470,5	4 699,9	4 933,5	4 446,0	4 523,6	4 622,3	4 699,9	4 784,0	4 816,1	4 860,2	4 933,5
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 521,7	1 520,9	1 525,4	1 514,2	1 519,1	1 523,6	1 520,9	1 514,4	1 520,1	1 525,2	1 525,4
Kurzfristige Kredite	80,0	75,7	75,6	79,6	79,5	78,2	75,7	75,4	78,0	77,6	75,6
Längerfristige Kredite	1 441,7	1 445,1	1 449,8	1 434,6	1 439,6	1 445,4	1 445,1	1 439,0	1 442,1	1 447,7	1 449,8
Sonstige Verbindlichkeiten	10,5	11,1	10,8	11,7	11,8	11,5	11,1	12,6	12,1	12,3	10,8
Insgesamt	1 532,3	1 532,0	1 536,2	1 525,9	1 530,9	1 535,0	1 532,0	1 527,0	1 532,2	1 537,5	1 536,2
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	420,0	455,2	450,5	415,8	425,1	445,2	455,2	454,1	438,8	450,3	450,5
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	114,8	101,4	163,2	103,9	88,6	73,2	101,4	114,9	162,9	135,9	163,2
Finanzderivate
Aktien	660,6	818,8	1 011,5	597,5	689,7	747,2	818,8	868,6	841,6	875,0	1 011,5
Sonstige Beteiligungen	286,3	293,1	344,6	275,2	284,1	289,5	293,1	330,6	358,4	336,7	344,6
Investmentzertifikate	67,9	64,3	63,5	62,9	58,0	85,9	64,3	68,0	70,9	70,8	63,5
Kredite	363,0	450,1	535,6	390,5	406,1	425,3	450,1	476,6	505,3	523,1	535,6
Kurzfristige Kredite	240,5	294,2	359,5	257,4	268,8	281,4	294,2	314,4	334,4	351,3	359,5
Längerfristige Kredite	122,5	155,8	176,1	133,1	137,3	143,9	155,8	162,2	170,9	171,8	176,1
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	44,2	45,2	46,0	44,4	44,6	44,8	45,2	45,4	45,6	45,8	46,0
Kurzfristige Ansprüche	44,2	45,2	46,0	44,4	44,6	44,8	45,2	45,4	45,6	45,8	46,0
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	933,1	916,1	748,1	959,5	896,5	915,2	916,1	910,6	952,5	934,7	748,1
Insgesamt	2 890,0	3 144,2	3 363,0	2 849,8	2 892,8	3 026,4	3 144,2	3 268,8	3 376,0	3 372,2	3 363,0
II. Verbindlichkeiten											
Langfristig festverzinsliche Wertpapiere 2)	137,0	136,9	145,2	129,2	124,5	132,8	136,9	146,9	154,1	153,6	145,2
Finanzderivate
Aktien	963,5	1 081,3	1 301,8	814,4	948,4	1 043,3	1 081,3	1 118,8	1 089,5	1 159,5	1 301,8
Sonstige Beteiligungen	689,9	697,1	706,1	691,1	690,3	691,9	697,1	698,7	700,4	705,6	706,1
Kredite	1 407,7	1 453,5	1 473,9	1 440,5	1 449,4	1 441,8	1 453,5	1 472,5	1 487,1	1 502,0	1 473,9
Kurzfristige Kredite	469,6	478,0	523,0	479,6	477,9	477,2	478,0	502,8	523,6	530,5	523,0
Längerfristige Kredite	938,1	975,4	950,9	961,0	971,4	964,6	975,4	969,8	963,5	971,5	950,9
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	218,4	223,2	228,0	219,6	220,8	222,0	223,2	224,4	225,6	226,8	228,0
Sonstige Verbindlichkeiten	831,9	848,0	831,9	903,7	835,0	855,0	848,0	852,8	873,7	868,9	831,9
Insgesamt	4 248,2	4 439,9	4 686,9	4 198,5	4 268,3	4 386,8	4 439,9	4 514,2	4 530,3	4 616,3	4 686,9

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere. — 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungsein-

richtungen. — 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2005	- 74,0	- 47,4	- 22,5	- 0,2	- 3,9	- 3,3	- 2,1	- 1,0	- 0,0	- 0,2
2006	- 36,8	- 34,2	- 10,5	+ 2,9	+ 5,1	- 1,6	- 1,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2
2007 p)	+ 6,6	- 18,2	+ 4,1	+ 9,8	+ 10,9	+ 0,3	- 0,7	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4
2008 p)	+ 2,8	- 15,6	+ 1,8	+ 7,8	+ 8,8	+ 0,1	- 0,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4
2009 p)	- 72,9	- 39,4	- 16,2	- 4,0	- 13,3	- 3,0	- 1,6	- 0,7	- 0,2	- 0,6
2010 2) ts)	- 81,6	- 59,7	- 20,2	- 6,6	+ 4,8	- 3,3	- 2,4	- 0,8	- 0,3	+ 0,2
2009 1.Hj. p)	- 18,7	- 9,6	- 5,2	+ 0,2	- 4,0	- 1,6	- 0,8	- 0,4	+ 0,0	- 0,3
2.Hj. p)	- 54,0	- 29,5	- 11,0	- 4,1	- 9,4	- 4,4	- 2,4	- 0,9	- 0,3	- 0,8
2010 1.Hj. 2) ts)	- 37,8	- 27,2	- 9,8	- 4,6	+ 3,9	- 3,1	- 2,2	- 0,8	- 0,4	+ 0,3
2.Hj. ts)	- 44,3	- 32,9	- 10,3	- 2,1	+ 1,0	- 3,4	- 2,6	- 0,8	- 0,2	+ 0,1
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2005	1 524,4	935,3	482,3	120,0	2,7	68,0	41,7	21,5	5,4	0,1
2006	1 571,7	970,7	492,1	122,4	1,7	67,6	41,7	21,2	5,3	0,1
2007	1 578,8	978,0	494,1	120,2	1,6	64,9	40,2	20,3	4,9	0,1
2008	1 644,1	1 007,6	531,3	118,8	1,5	66,3	40,6	21,4	4,8	0,1
2009 ts)	1 760,8	1 075,7	573,6	123,8	1,3	73,5	44,9	23,9	5,2	0,1
2010 ts)	2 079,6	1 342,2	621,0	130,1	1,3	83,2	53,7	24,9	5,2	0,1
2009 1.Vj. ts)	1 675,0	1 028,3	539,8	119,4	1,6	68,4	42,0	22,0	4,9	0,1
2.Vj. ts)	1 740,7	1 074,4	559,4	120,4	1,4	72,1	44,5	23,2	5,0	0,1
3.Vj. ts)	1 748,7	1 077,0	562,8	121,2	1,5	73,0	44,9	23,5	5,1	0,1
4.Vj. ts)	1 760,8	1 075,7	573,6	123,8	1,3	73,5	44,9	23,9	5,2	0,1
2010 1.Vj. ts)	1 781,4	1 088,5	580,6	124,6	1,3	73,7	45,0	24,0	5,2	0,1
2.Vj. ts)	1 823,4	1 099,1	609,8	126,7	1,3	74,5	44,9	24,9	5,2	0,1
3.Vj. ts)	1 848,1	1 116,4	616,4	128,4	1,6	74,7	45,1	24,9	5,2	0,1
4.Vj. ts)	2 079,6	1 342,2	621,0	130,1	1,3	83,2	53,7	24,9	5,2	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. — 1 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren ent-

sprechen dem Finanzierungssaldo gemäß VGR. — 2 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. — 3 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{*)}

Zeit	Einnahmen				Ausgaben					Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen			sonstige
Mrd €												
2005	976,1	493,2	396,5	86,4	1 050,3	597,0	168,9	62,6	30,3	191,5	- 74,2	900,5
2006	1 017,1	530,6	400,1	86,3	1 054,2	598,4	168,3	65,6	32,4	189,6	- 37,1	942,0
2007 p)	1 065,8	576,4	400,2	89,2	1 059,4	597,3	168,3	67,3	34,4	192,1	+ 6,3	988,6
2008 p)	1 088,5	590,1	407,8	90,5	1 085,6	606,8	170,7	66,7	36,8	204,7	+ 2,8	1 010,8
2009 p)	1 066,0	564,5	409,9	91,7	1 138,7	640,1	177,6	62,2	39,3	219,5	- 72,7	984,6
2010 ts)	1 082,4	568,9	419,4	94,2	2) 1 164,5	652,5	181,4	61,1	39,2	2) 230,4	2) - 82,0	998,4
in % des BIP												
2005	43,5	22,0	17,7	3,9	46,8	26,6	7,5	2,8	1,4	8,5	- 3,3	40,2
2006	43,7	22,8	17,2	3,7	45,3	25,7	7,2	2,8	1,4	8,1	- 1,6	40,5
2007 p)	43,8	23,7	16,5	3,7	43,6	24,6	6,9	2,8	1,4	7,9	+ 0,3	40,6
2008 p)	43,9	23,8	16,4	3,6	43,8	24,5	6,9	2,7	1,5	8,3	+ 0,1	40,7
2009 p)	44,5	23,5	17,1	3,8	47,5	26,7	7,4	2,6	1,6	9,2	- 3,0	41,1
2010 ts)	43,3	22,8	16,8	3,8	2) 46,6	26,1	7,3	2,4	1,6	2) 9,2	2) - 3,3	40,0
Zuwachsraten in %												
2005	+ 1,9	+ 2,5	+ 0,0	+ 8,1	+ 0,9	+ 0,8	- 0,4	+ 0,4	- 4,4	+ 3,2	.	+ 1,4
2006	+ 4,2	+ 7,6	+ 0,9	- 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,4	+ 4,7	+ 7,0	- 1,0	.	+ 4,6
2007 p)	+ 4,8	+ 8,6	+ 0,0	+ 3,3	+ 0,5	- 0,2	+ 0,0	+ 2,7	+ 6,0	+ 1,3	.	+ 4,9
2008 p)	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,4	- 1,0	+ 7,1	+ 6,6	.	+ 2,2
2009 p)	- 2,1	- 4,3	+ 0,5	+ 1,2	+ 4,9	+ 5,5	+ 4,1	- 6,7	+ 7,0	+ 7,2	.	- 2,6
2010 ts)	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,1	- 1,7	- 0,5	+ 5,0	.	+ 1,4

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen Bundesbank weiterhin zur Verfügung

gestellt. — 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. — 2 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2004 ts)	545,9	442,8	24,1	610,4	173,4	236,9	64,8	34,3	9,6	- 64,5	469,7	468,6	+ 1,1	926,8	990,2	- 63,4
2005 ts)	568,9	452,1	31,3	620,6	172,1	245,3	64,0	33,0	14,3	- 51,7	467,8	471,3	- 3,4	947,4	1 002,5	- 55,1
2006 ts)	590,9	488,4	18,8	626,2	169,7	252,1	64,4	33,7	11,6	- 35,3	486,3	466,6	+ 19,7	988,2	1 003,8	- 15,6
2007 ts)	644,8	538,2	17,7	644,2	182,2	250,0	66,2	34,6	9,5	+ 0,6	475,3	466,4	+ 8,9	1 025,6	1 016,1	+ 9,6
2008 ts)	668,9	561,2	13,4	677,4	187,3	259,9	67,3	36,4	18,6	- 8,5	485,5	478,9	+ 6,6	1 058,5	1 060,4	- 1,9
2009 ts)	630,4	524,0	9,2	721,3	195,2	270,4	64,0	40,5	38,0	- 90,9	492,0	505,9	- 13,9	1 020,5	1 125,3	- 104,8
2010 ts)	650,0	530,6	12,7	732,8	199,9	293,9	60,1	40,1	19,4	- 82,8	515,4	512,3	+ 3,2	1 048,0	1 127,6	- 79,6
2008 1.Vj. p)	160,0	130,8	3,0	164,5	43,7	65,5	24,7	5,3	2,0	- 4,5	114,1	119,4	- 5,3	250,4	260,2	- 9,8
2.Vj. p)	166,1	143,5	2,1	151,5	44,9	61,4	11,1	7,2	1,7	+ 14,6	120,6	120,1	+ 0,5	263,0	247,9	+ 15,1
3.Vj. p)	159,7	137,2	1,3	167,1	45,9	62,6	21,2	9,0	1,5	- 7,4	118,6	118,9	- 0,3	254,5	262,2	- 7,7
4.Vj. p)	180,9	149,4	6,7	192,4	51,2	68,7	10,0	13,6	13,3	- 11,5	130,4	121,7	+ 8,7	287,4	290,2	- 2,8
2009 1.Vj. p)	156,6	128,7	1,7	175,4	45,9	67,2	22,8	5,0	10,0	- 18,9	117,9	122,3	- 4,4	250,8	274,1	- 23,3
2.Vj. p)	154,8	130,6	3,3	169,5	47,1	60,6	10,7	7,5	16,9	- 14,6	120,5	125,5	- 5,0	251,8	271,5	- 19,6
3.Vj. p)	148,8	124,4	2,1	174,9	47,6	65,0	19,8	10,5	4,5	- 26,0	120,1	127,6	- 7,5	245,2	278,7	- 33,5
4.Vj. p)	168,0	140,3	1,9	199,4	52,5	76,6	10,2	16,3	6,4	- 31,4	132,3	130,1	+ 2,2	269,3	298,5	- 29,2
2010 1.Vj. p)	147,9	121,6	2,6	180,4	47,6	74,8	21,2	5,5	4,9	- 32,5	123,6	127,6	- 4,0	242,2	278,7	- 36,6
2.Vj. p)	7) 163,6	134,9	3,7	173,7	48,2	71,2	13,2	8,1	6,2	- 10,1	128,2	127,3	+ 0,9	7) 262,4	271,6	- 9,2
3.Vj. p)	153,2	127,6	3,0	177,3	48,3	69,8	16,1	10,5	3,4	- 24,0	124,7	125,6	- 1,0	251,0	276,0	- 25,0
4.Vj. p)	183,2	147,6	3,2	199,4	54,0	76,1	9,2	14,7	4,8	- 16,2	133,3	131,8	+ 1,5	290,3	305,0	- 14,7

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Einschl. Nebenhaushalte, ab 2007 auch einschl. Postpensionskasse; ohne das 2009 gegründete Sondervermögen „Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere“. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. — 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben

bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungszerweise und Darlehensvergaben. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit. — 7 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2004	233,9	273,6	- 39,7	233,5	257,1	- 23,6	147,0	150,1	- 3,1
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,6	- 22,2	151,3	153,2	- 1,9
2006	254,6	282,8	- 28,2	250,3	260,1	- 9,8	161,1	157,4	+ 3,7
2007 ts)	277,4	292,1	- 14,7	275,9	267,5	+ 8,4	171,3	162,4	+ 8,9
2008 ts)	292,0	303,8	- 11,8	279,3	278,0	+ 1,3	176,9	169,0	+ 7,9
2009 ts)	282,6	317,1	- 34,5	266,2	293,7	- 27,5	172,0	178,9	- 6,9
2010 ts)	288,0	332,4	- 44,4	278,5	302,0	- 23,5	176,5	183,9	- 7,4
2008 1.Vj. p)	64,1	75,6	- 11,5	67,7	67,7	- 0,1	37,3	37,4	- 0,1
2.Vj. p)	73,0	68,3	+ 4,7	70,7	64,2	+ 6,5	42,7	39,7	+ 3,0
3.Vj. p)	71,2	82,7	- 11,4	67,3	66,3	+ 1,0	43,8	41,1	+ 2,7
4.Vj. p)	83,7	77,3	+ 6,4	72,6	78,7	- 6,0	51,0	49,0	+ 2,0
2009 1.Vj. p)	65,8	76,8	- 11,0	65,3	75,9	- 10,6	35,8	39,0	- 3,1
2.Vj. p)	71,3	68,6	+ 2,7	66,1	67,9	- 1,8	41,1	42,2	- 1,1
3.Vj. p)	68,6	84,5	- 15,9	63,1	69,4	- 6,3	42,5	45,1	- 2,6
4.Vj. p)	77,0	87,2	- 10,2	70,7	79,4	- 8,7	50,6	51,0	- 0,4
2010 1.Vj. p)	61,1	82,6	- 21,5	65,0	73,5	- 8,5	34,6	41,2	- 6,6
2.Vj. p)	4) 75,6	80,6	- 5,0	68,3	69,1	- 0,8	42,2	43,5	- 1,3
3.Vj. p)	66,2	82,7	- 16,6	68,5	73,3	- 4,8	43,8	45,2	- 1,4
4.Vj. p)	85,2	86,5	- 1,3	75,8	85,0	- 9,2	53,8	52,3	+ 1,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. — 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. — 3 Die Vierteljahresdaten

enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände. — 4 Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: BEZ, Energiesteueranteil der Länder
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder	Europäische Union 2)				
2004	442 838	386 459	208 920	157 898	19 640	56 237	+	142	21 967
2005	452 078	392 313	211 779	158 823	21 711	59 750	+	16	21 634
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	-	22	21 742
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+	138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	-	190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	-	34	20 275
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	-	28	19 734
2009 1.Vj.	128 787	109 674	55 941	46 212	7 521	13 289	+	5 824	5 154
2.Vj.	130 491	113 442	65 247	46 653	1 541	17 397	-	347	5 140
3.Vj.	124 437	108 572	62 354	42 335	3 883	15 865	-	1	5 048
4.Vj.	140 285	123 928	69 299	47 073	7 556	21 868	-	5 511	4 933
2010 1.Vj.	121 321	104 370	54 316	41 777	8 278	11 299	+	5 652	4 885
2.Vj.	134 843	116 767	66 331	46 516	3 919	18 270	-	194	4 879
3.Vj.	127 311	109 956	61 146	43 102	5 709	17 564	-	209	5 081
4.Vj.	147 112	129 137	72 744	49 932	6 462	23 253	-	5 278	4 889
2011 1.Vj.	...	115 878	60 579	46 582	8 717	4 741
2010 April	.	35 109	19 806	14 079	1 223	.	.	.	1 626
2011 April	.	36 326	20 612	14 450	1 263	.	.	.	1 618

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen und Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund. — 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes ver-

buchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. — 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle IX. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern											Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								
		zu-sammen	Lohnsteuer 3)	Ver-anlagte Ein-kommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapital-ertragsteuer 4)	zu-sammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gerwerbesteuerumlagen 6)					
2004	409 517	159 104	123 896	5 394	13 123	16 691	137 366	104 715	32 651	5 661	84 554	19 774	3 059	23 058	
2005	415 355	161 960	118 919	9 766	16 333	16 943	139 713	108 440	31 273	6 218	83 508	20 579	3 378	23 042	
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988	
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263	
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316	
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265	
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501	
2009 1.Vj.	116 731	50 001	33 975	2 971	4 399	8 657	43 087	34 234	8 853	- 36	17 361	5 351	966	7 057	
2.Vj.	120 543	48 503	30 481	9 141	342	8 539	43 424	35 176	8 248	1 499	21 085	5 186	846	7 102	
3.Vj.	115 567	43 486	32 150	6 732	592	4 011	44 365	35 717	8 649	1 346	22 427	3 023	920	6 994	
4.Vj.	132 040	51 695	38 559	7 586	1 841	3 708	46 114	36 780	9 334	2 099	28 445	2 815	872	8 112	
2010 1.Vj.	111 163	45 127	30 255	6 155	1 951	6 766	42 891	34 054	8 837	215	19 001	2 814	1 115	6 793	
2.Vj.	123 859	51 667	30 447	9 681	3 830	7 710	44 343	33 779	10 564	1 311	22 682	2 914	943	7 092	
3.Vj.	116 691	42 813	30 445	7 320	1 588	3 460	44 997	33 258	11 740	1 574	22 922	3 242	1 143	6 734	
4.Vj.	137 019	53 209	36 757	8 023	4 672	3 756	47 810	35 369	12 441	2 825	28 821	3 177	1 177	7 882	
2011 1.Vj.	123 131	50 328	32 478	6 755	2 485	8 611	47 389	35 528	11 861	366	20 515	3 408	1 124	7 253	
2010 April	37 199	14 195	10 357	1 258	307	2 274	13 748	10 114	3 634	923	6 994	993	348	2 090	
2011 April	38 466	14 030	11 374	509	- 961	3 109	14 225	9 780	4 446	1 443	7 440	948	380	2 140	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle IX. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins-

und Veräußerungserträge 44/44/12. — 3 Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. — 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. — 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2010: 53,2/44,8/2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. — 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2010: 21,7/78,3. — 7 Aufgliederung s. Tabelle IX. 7.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)					Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:		
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern	
2004	41 782	13 630	10 108	8 751	.	6 597	2 195	1 492	7 740	4 646	4 284	3 105	38 982	28 373	9 939	
2005	40 101	14 273	10 315	8 750	.	6 462	2 142	1 465	8 674	4 791	4 097	3 018	42 941	32 129	10 247	
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	.	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399	
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713	
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807	
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936	
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	–	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315	
2009 1.Vj.	4 777	2 365	3 191	4 502	.	1 560	594	372	2 284	1 165	1 144	758	12 021	9 370	2 452	
2.Vj.	10 059	3 560	3 057	1 999	.	1 569	478	363	2 114	1 131	1 334	608	11 447	8 433	2 860	
3.Vj.	9 883	3 499	2 638	2 096	1 907	1 582	488	335	0	1 297	1 123	604	10 216	6 800	3 233	
4.Vj.	15 103	3 942	3 040	1 952	1 897	1 567	542	402	–	1 264	950	601	10 344	7 818	2 391	
2010 1.Vj.	4 446	2 462	2 856	4 496	2 345	1 498	526	372	–	1 229	918	667	10 374	7 641	2 518	
2.Vj.	9 596	3 327	3 100	2 060	2 235	1 570	437	357	–	1 207	1 115	591	12 295	9 201	2 915	
3.Vj.	10 172	3 608	2 615	2 110	2 012	1 563	489	354	–	1 430	1 216	597	12 194	8 618	3 373	
4.Vj.	15 625	4 096	3 142	1 619	1 895	1 540	538	366	–	1 425	1 156	597	12 918	10 252	2 508	
2011 1.Vj.	4 457	2 893	3 072	4 869	2 349	1 785	574	516	–	1 555	1 170	683	
2010 April	2 766	1 134	837	688	803	508	133	124	–	401	397	194	.	.	.	
2011 April	3 098	1 169	792	684	713	652	142	189	–	417	332	198	.	.	.	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Für die Summe siehe Tabelle IX. 6. — 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund

zu. Buchungen bei den Ländern in der Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. — 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2004 8)	231 684	156 535	71 680	233 011	198 587	14 258	– 1 327	5 158	4 980	19	41	118	4 834
2005	229 428	156 264	71 917	233 357	199 873	13 437	– 3 929	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010 9)	249 563	172 763	75 685	247 838	212 133	14 335	+ 1 725	19 274	17 978	1 120	68	108	4 476
2008 1.Vj.	57 611	39 028	18 241	58 952	50 795	3 473	– 1 341	10 730	9 459	1 095	46	130	4 792
2.Vj.	60 574	41 958	18 241	59 346	50 714	3 482	+ 1 228	11 923	10 267	1 466	61	128	4 704
3.Vj.	59 525	40 769	18 215	60 124	51 418	3 539	– 599	11 727	10 421	1 128	50	127	4 690
4.Vj.	64 495	45 851	18 231	60 100	51 301	3 548	+ 4 395	16 912	16 399	336	50	126	4 677
2009 1.Vj.	58 681	39 891	18 500	60 105	51 554	3 633	– 1 424	14 902	14 699	15	56	132	4 618
2.Vj.	60 812	42 140	18 384	60 263	51 410	3 626	+ 549	15 280	15 082	15	59	124	4 593
3.Vj.	59 783	41 142	18 364	61 841	52 869	3 580	– 2 058	13 647	13 428	40	60	119	4 585
4.Vj.	64 864	46 005	18 594	61 993	52 917	3 583	+ 2 871	16 812	16 608	23	61	120	4 582
2010 1.Vj.	59 761	40 601	18 917	61 861	53 059	3 582	– 2 100	14 922	14 717	20	64	120	4 490
2.Vj.	62 249	43 054	18 923	61 999	53 006	3 585	+ 250	15 254	15 053	20	69	112	4 478
3.Vj.	61 237	42 048	18 912	62 091	53 102	3 589	– 854	14 853	14 656	20	68	109	4 474
4.Vj.	66 317	47 060	18 933	61 887	52 966	3 579	+ 4 430	19 274	17 978	1 120	68	108	4 476
2011 1.Vj.	60 804	41 608	18 902	62 188	53 176	3 742	– 1 384	18 063	17 069	819	74	101	4 482

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. — * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrech-

nung. — 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger. — 8 Einnahmen einschl. Erlös aus Beteiligungsverkauf.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben								Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Darlehen des Bundes
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt 3)	Arbeitslosenunterstützungen 4) 5)	davon:		berufliche Förderung 5) 6)	davon:		Umlagenfinanzierte Maßnahmen 7)		
		Beiträge	Umlagen 2)			Westdeutschland	Ostdeutschland		Westdeutschland	Ostdeutschland			
2004	50 314	47 211	1 674	54 490	29 746	21 821	7 925	16 843	9 831	7 011	1 641	- 4 176	4 175
2005	52 692	46 989	1 436	53 089	27 654	20 332	7 322	11 590	7 421	4 169	1 450	- 397	397
2006	55 384	51 176	1 123	44 162	23 249	17 348	5 901	9 259	6 185	3 074	1 089	+ 11 221	0
2007	42 838	32 264	971	36 196	17 356	13 075	4 282	8 370	5 748	2 623	949	+ 6 643	-
2008	38 289	26 452	974	39 407	14 283	10 652	3 631	8 712	6 222	2 490	920	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	1 000	48 057	20 866	16 534	4 332	11 595	8 794	2 801	1 946	- 13 803	-
2010	37 070	22 614	3 222	45 213	19 456	15 629	3 827	10 791	8 287	2 504	740	- 8 143	5 200
2008 1.Vj.	8 714	5 955	83	11 295	4 299	3 183	1 116	2 088	1 473	615	327	- 2 581	-
2.Vj.	9 690	6 931	211	10 367	3 739	2 761	978	2 182	1 556	626	255	- 677	-
3.Vj.	9 330	6 317	272	8 648	3 245	2 442	804	2 053	1 462	592	149	+ 683	-
4.Vj.	10 555	7 248	409	9 098	3 001	2 267	733	2 389	1 731	657	189	+ 1 458	-
2009 1.Vj.	6 283	5 248	192	10 396	4 723	3 556	1 167	2 318	1 688	630	480	- 4 113	-
2.Vj.	6 490	5 421	261	12 391	5 563	4 376	1 187	2 893	2 193	700	491	- 5 901	-
3.Vj.	6 853	5 316	250	12 480	5 465	4 439	1 026	3 026	2 325	701	630	- 5 626	-
4.Vj.	14 627	6 061	296	12 790	5 115	4 163	951	3 358	2 588	770	345	+ 1 837	-
2010 1.Vj.	10 020	5 196	714	11 681	6 475	5 112	1 362	2 957	2 263	694	208	- 1 661	-
2.Vj.	10 649	5 601	784	10 501	5 264	4 148	1 116	2 872	2 204	668	184	+ 148	-
3.Vj.	8 109	5 527	808	8 887	4 082	3 353	729	2 431	1 863	567	193	- 778	-
4.Vj.	8 291	6 290	916	14 144	3 635	3 016	619	2 531	1 957	575	154	- 5 853	5 200
2011 1.Vj.	10 259	5 853	123	9 583	4 602	3 701	901	2 660	2 048	612	186	+ 676	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — * Ohne Versorgungsfonds. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für das Insolvenzgeld. — 3 Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag an den Bund. — 4 Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. — 5 Einschl. Kranken-, Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge. —

6 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltssicherung und Existenzgründungszuschüsse. — 7 Winterbauförderung und Insolvenzgeld.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Krankenhausbehandlung	Arzneimittel	Ärztliche Behandlung	Zahnärztliche Behandlung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Krankengeld	Verwaltungsausgaben 5)	
		Beiträge 2)	Bundesmittel 3)									
2004	144 279	140 120	1 000	140 260	47 594	21 811	22 955	11 263	8 281	6 367	8 196	+ 4 020
2005	145 742	140 250	2 500	144 071	48 959	25 358	23 096	9 928	8 284	5 868	8 303	+ 1 671
2006	149 929	142 183	4 200	148 297	50 327	25 835	23 896	10 364	8 303	5 708	8 319	+ 1 632
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 758	158 594	7 200	170 823	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 947	- 1 065
2010 p)	179 495	160 775	15 700	175 777	58 135	30 349	27 147	11 491	10 546	7 797	9 523	+ 3 717
2008 1.Vj.	37 937	37 136	-	39 010	13 410	7 084	6 409	2 711	2 011	1 643	1 898	- 1 073
2.Vj.	40 361	38 491	1 250	40 232	13 387	7 339	6 434	2 728	2 292	1 644	2 021	+ 129
3.Vj.	39 185	38 338	-	39 733	13 012	7 215	6 415	2 660	2 271	1 602	2 045	- 548
4.Vj.	44 387	41 838	1 250	42 165	12 913	7 588	6 812	2 894	2 461	1 672	2 704	+ 2 222
2009 1.Vj.	42 502	39 324	2 575	41 432	14 154	7 463	6 969	2 797	2 095	1 822	1 977	+ 1 069
2.Vj.	42 540	40 464	1 377	42 400	14 092	7 652	6 810	2 857	2 392	1 779	2 083	+ 140
3.Vj.	42 752	38 827	3 002	42 548	13 967	7 574	6 981	2 684	2 437	1 746	2 324	+ 204
4.Vj.	41 635	39 992	246	44 445	13 892	8 052	7 021	2 904	2 607	1 895	2 604	- 2 809
2010 1.Vj. 6)	43 093	38 542	3 878	43 274	14 769	7 555	6 933	2 871	2 363	1 996	2 130	- 182
2.Vj.	44 440	39 826	3 889	43 999	14 384	7 876	6 815	2 882	2 664	1 955	2 261	+ 441
3.Vj.	44 457	39 808	3 884	43 662	14 499	7 599	6 656	2 786	2 671	1 903	2 255	+ 795
4.Vj.	47 505	42 600	4 049	44 842	14 483	7 319	6 742	2 952	2 848	1 943	2 876	+ 2 663

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. — 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. — 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. —

4 Einschl. Zahnersatz. — 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. — 6 Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2004	16 817	16 654	17 605	2 365	8 349	4 049	925	851	-	788
2005	17 526	17 385	17 891	2 409	8 516	4 050	890	875	-	366
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010 p)	21 784	21 641	21 448	2 907	9 555	4 672	881	1 017	+	336
2008 1.Vj.	4 421	4 381	4 681	641	2 229	1 022	210	255	-	261
2.Vj.	4 597	4 563	4 703	634	2 251	1 025	221	230	-	106
3.Vj.	5 167	5 133	4 872	665	2 280	1 089	218	234	+	295
4.Vj.	5 583	5 535	4 884	662	2 293	1 103	219	220	+	698
2009 1.Vj.	5 110	5 082	4 970	676	2 284	1 104	215	274	+	139
2.Vj.	5 275	5 253	4 977	662	2 308	1 100	217	248	+	298
3.Vj.	5 279	5 239	5 157	706	2 338	1 115	219	246	+	122
4.Vj.	5 650	5 614	5 223	710	2 358	1 148	225	228	+	427
2010 1.Vj.	5 241	5 175	5 298	722	2 362	1 151	217	264	-	56
2.Vj.	5 398	5 369	5 302	707	2 378	1 167	219	258	+	95
3.Vj.	5 385	5 358	5 416	735	2 398	1 160	220	266	-	31
4.Vj.	5 760	5 739	5 432	743	2 417	1 195	225	229	+	328
2011 1.Vj.	5 306	5 269	5 457	750	2 408	1 165	216	277	-	150

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Seit 2005: Einschl. Sonder-

beitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). — 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkt-einlagen	Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)
	brutto 2)	netto			
2004	+ 227 441	+ 44 410	+ 1 844	+ 802	2004
2005	+ 224 922	+ 35 479	+ 4 511	+ 6 041	2005
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308	2006
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900	2007
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036	2008
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106	2009
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607	2010 p)
2008 1.Vj.	+ 69 510	+ 10 443	+ 12 306	- 705	2008 1.Vj.
2.Vj.	+ 52 618	+ 7 478	+ 4 872	+ 10 289	2.Vj.
3.Vj.	+ 53 933	- 2 231	- 10 736	- 12 088	3.Vj.
4.Vj.	+ 57 296	+ 10 519	+ 447	+ 11 541	4.Vj.
2009 1.Vj.	+ 66 560	+ 20 334	- 2 256	- 7 856	2009 1.Vj.
2.Vj.	+ 96 270	+ 46 283	- 2 791	+ 26 434	2.Vj.
3.Vj.	+ 82 451	+ 1 343	+ 1 268	- 15 901	3.Vj.
4.Vj.	+ 67 448	- 1 139	- 4 406	- 2 572	4.Vj.
2010 1.Vj.	+ 74 369	+ 12 637	- 5 322	- 1 520	2010 1.Vj. p)
2.Vj.	+ 83 082	+ 3 666	- 4 143	+ 1 950	2.Vj. p)
3.Vj.	+ 79 589	+ 14 791	+ 250	- 4 625	3.Vj. p)
4.Vj.	+ 65 655	+ 11 304	+ 4 174	+ 5 803	4.Vj. p)

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. — 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ und Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“. — 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2005	1 489 029	4 440	518 400	488	312 201	653 500
2006	1 533 697	4 440	496 800	480	329 177	702 800
2007	1 540 381	4 440	456 900	476	316 665	761 900
2008	1 564 590	4 440	435 600	510	320 740	803 300
2009	1 657 842	4 440	438 700	507	332 795	881 400
2010 p)	1 732 442	4 440	400 600	473	301 129	1 025 800
2008 1.Vj.	1 541 759	4 440	467 200	475	305 244	764 400
2.Vj.	1 554 151	4 440	462 100	506	292 406	794 700
3.Vj.	1 547 336	4 440	431 800	506	295 190	815 400
4.Vj.	1 564 590	4 440	435 600	510	320 740	803 300
2009 1.Vj.	1 594 403	4 440	426 200	514	321 949	841 300
2.Vj.	1 646 307	4 440	430 300	520	324 547	886 500
3.Vj.	1 651 955	4 440	439 500	520	320 395	887 100
4.Vj.	1 657 842	4 440	438 700	507	332 795	881 400
2010 1.Vj. p)	1 678 191	4 440	450 100	508	338 843	884 300
2.Vj. p)	1 687 957	4 440	469 600	468	322 049	891 400
3.Vj. p)	1 712 685	4 440	470 200	473	317 572	920 000
4.Vj. p)	1 732 442	4 440	400 600	473	301 129	1 025 800

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Als Differenz ermittelt.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2005	1 489 029	36 945	310 044	174 423	11 055	521 801	.	366 978	488	62 765	4 443	88
2006	1 533 697	37 834	320 288	179 940	10 199	552 028	.	356 514	480	71 889	4 443	82
2007	1 540 381	39 510	329 108	177 394	10 287	574 512	.	329 588	476	74 988	4 443	76
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	510	82 781	4 443	73
2009 4. Vj.	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	507	103 014	4 442	71
2010 1. Vj. p)	1 678 191	93 830	374 088	191 722	9 441	602 650	2 286	297 819	508	101 331	4 442	73
2. Vj. p)	1 687 957	82 661	378 912	192 682	9 438	617 987	2 123	296 325	468	102 843	4 440	78
3. Vj. p)	1 712 685	84 808	389 502	203 056	8 867	618 150	2 058	297 349	473	103 908	4 440	75
4. Vj. p)	1 732 442	87 767	392 860	195 534	8 704	628 887	1 975	303 082	473	108 719	4 440	2
Bund 7) 8) 9) 10) 11) 12)												
2005	886 254	36 098	108 899	174 371	11 055	510 866	.	29 318	408	10 710	4 443	87
2006	918 911	37 798	103 624	179 889	10 199	541 404	.	30 030	408	11 036	4 443	82
2007	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	.	22 829	408	10 928	4 443	75
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	448	10 674	4 443	72
2009 4. Vj.	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	448	10 700	4 442	70
2010 1. Vj.	1 045 654	93 630	117 695	191 722	9 441	602 345	2 286	13 303	448	10 270	4 442	73
2. Vj.	1 049 321	82 511	120 801	192 682	9 438	617 682	2 123	8 859	408	10 300	4 440	77
3. Vj.	1 064 111	82 908	124 948	203 056	8 867	617 845	2 058	9 084	408	10 425	4 440	74
4. Vj.	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	408	10 335	4 440	2
2011 1. Vj.	1 091 373	82 607	129 208	211 821	8 500	629 541	1 845	13 056	408	9 945	4 440	2
Länder												
2005	471 375	847	201 146	221 163	3	48 216	.	1
2006	481 850	36	216 665	209 270	2	55 876	.	1
2007	484 373	2 125	227 025	194 956	2	60 264	.	1
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009 4. Vj.	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010 1. Vj. p)	511 619	200	256 393	167 878	10	87 137	.	1
2. Vj. p)	515 471	150	258 111	168 581	10	88 618	.	1
3. Vj. p)	523 883	1 900	264 554	167 854	15	89 558	.	1
4. Vj. p)	530 916	1 900	266 640	167 901	15	94 459	.	1
2011 1. Vj. p)	526 308	2 354	264 286	164 167	67	95 433	.	1
Gemeinden 13)												
2005	116 033	466	.	111 889	77	3 601	.	.
2006	118 380	256	.	113 265	70	4 789	.	.
2007	115 920	256	.	111 803	66	3 796	.	.
2008	114 518	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009 4. Vj.	119 466	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010 1. Vj. p)	120 918	305	.	116 638	50	3 925	.	.
2. Vj. p)	123 165	305	.	118 885	50	3 925	.	.
3. Vj. p)	124 691	305	.	120 411	50	3 925	.	.
4. Vj. p)	126 112	305	.	121 832	50	3 925	.	.
Sondervermögen 7) 8) 9) 14)												
2005	15 367	.	.	51	.	10 469	.	4 609	-	238	.	.
2006	14 556	.	.	51	.	10 368	.	3 950	-	188	.	.
2007	100	100	.	.	-	.	.	.
2008	-	.	.	.
2009 4. Vj.	-	.	.	.
2010 1. Vj.	-	.	.	.
2. Vj.	-	.	.	.
3. Vj.	-	.	.	.
4. Vj.	-	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Einschl. Finanzierungsschätze. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – ent-

sprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Januar 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 10 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. — 11 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. — 12 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. — 13 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. — 14 ERP-Sondervermögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2009			2010			2011						
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
	Index 2000=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	112,7	93,9	103,6	- 3,4	- 16,7	10,3	- 15,9	- 6,9	7,6	12,9	9,0	11,7	11,6
Baugewerbe	77,9	76,5	77,7	- 1,0	- 1,8	1,5	0,7	0,5	- 1,7	5,9	2,4	- 1,1	13,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	118,9	111,8	115,5	4,4	- 6,0	3,3	- 5,8	- 3,7	0,9	3,5	4,2	4,3	5,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	118,2	116,8	119,0	2,7	- 1,2	1,9	- 1,3	- 0,5	1,6	1,6	2,4	2,1	1,5
Öffentliche und private Dienstleister 3)	108,5	110,4	112,5	2,4	1,7	1,9	1,9	2,5	3,0	1,6	1,7	1,3	0,7
Bruttowertschöpfung	112,3	106,4	110,6	1,1	- 5,3	4,0	- 4,9	- 1,9	3,0	4,6	4,0	4,3	4,7
Bruttoinlandsprodukt 4)	110,4	105,2	109,0	1,0	- 4,7	3,6	- 4,4	- 1,3	2,5	4,3	3,9	3,8	5,2
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	103,5	103,3	103,8	0,7	- 0,2	0,5	- 0,6	- 0,3	- 0,4	- 0,5	0,9	1,8	1,9
Konsumausgaben des Staates	107,2	110,2	112,3	2,3	2,9	1,9	3,3	2,1	3,1	1,3	1,7	1,3	1,4
Ausrüstungen	127,2	98,4	109,1	3,5	- 22,6	10,9	- 23,4	- 20,5	1,8	9,6	12,9	17,6	18,6
Bauten	87,0	85,7	88,2	1,2	- 1,5	2,8	0,9	2,1	- 1,1	6,7	4,1	0,8	12,6
Sonstige Anlagen 6)	145,0	153,2	163,0	6,5	5,6	6,4	5,8	6,1	6,7	7,3	6,3	5,6	7,2
Vorratsveränderungen 7) 8)	.	.	.	- 0,2	- 0,3	0,6	0,1	- 0,5	0,0	1,8	0,2	0,5	0,0
Inländische Verwendung	102,7	100,8	103,2	1,2	- 1,9	2,4	- 1,4	- 2,0	0,4	3,4	2,4	3,5	3,7
Außenbeitrag 8)	.	.	.	- 0,1	- 2,9	1,3	- 3,1	0,6	2,0	1,2	1,5	0,6	1,6
Exporte	168,6	144,5	165,7	2,5	- 14,3	14,7	- 15,3	- 4,7	9,0	18,7	16,1	14,9	13,5
Importe	146,0	132,3	149,5	3,3	- 9,4	13,0	- 9,9	- 6,7	4,6	18,0	13,6	16,0	11,2
Bruttoinlandsprodukt 4)	110,4	105,2	109,0	1,0	- 4,7	3,6	- 4,4	- 1,3	2,5	4,3	3,9	3,8	5,2
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 413,2	1 411,1	1 445,0	2,5	- 0,2	2,4	- 0,9	0,2	1,5	1,5	2,9	3,7	4,1
Konsumausgaben des Staates	449,6	472,1	484,7	3,4	5,0	2,7	6,1	3,6	4,3	2,5	1,9	2,0	2,4
Ausrüstungen	201,6	154,7	170,0	2,9	- 23,3	9,9	- 24,1	- 21,3	0,6	8,6	12,1	17,1	18,1
Bauten	241,5	240,1	249,8	4,5	- 0,6	4,0	0,8	2,7	- 1,0	8,1	5,7	2,2	15,5
Sonstige Anlagen 6)	28,3	27,9	28,4	2,8	- 1,4	1,5	- 2,0	- 1,4	1,1	1,8	1,7	1,3	2,3
Vorratsveränderungen 7)	- 12,4	- 27,3	- 10,8
Inländische Verwendung	2 321,8	2 278,6	2 367,1	2,8	- 1,9	3,9	- 1,6	- 1,8	1,7	5,0	3,8	4,9	5,6
Außenbeitrag	159,5	118,5	131,7
Exporte	1 177,9	978,8	1 152,3	3,2	- 16,9	17,7	- 18,5	- 6,5	9,5	22,1	20,5	18,8	17,9
Importe	1 018,4	860,3	1 020,6	5,2	- 15,5	18,6	- 17,6	- 11,5	5,8	24,2	20,9	23,7	19,8
Bruttoinlandsprodukt 4)	2 481,2	2 397,1	2 498,8	2,0	- 3,4	4,2	- 2,8	0,0	3,5	5,1	4,3	4,1	5,6
IV. Preise (2000 = 100)													
Privater Konsum	112,4	112,5	114,7	1,7	0,1	1,9	- 0,3	0,6	1,9	2,0	2,0	1,8	2,2
Bruttoinlandsprodukt	109,0	110,5	111,2	1,0	1,4	0,6	1,7	1,3	1,0	0,8	0,4	0,3	0,4
Terms of Trade	99,1	103,1	100,8	- 1,2	4,0	- 2,2	5,3	3,4	- 0,6	- 2,2	- 2,5	- 3,1	- 3,6
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 223,3	1 225,9	1 257,8	3,6	0,2	2,6	- 0,2	- 0,6	1,3	2,6	3,0	3,3	4,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	647,7	566,0	645,7	- 1,4	- 12,6	14,1	- 7,4	1,9	19,7	21,5	9,3	7,6	8,7
Volkseinkommen	1 871,0	1 791,8	1 903,5	1,8	- 4,2	6,2	- 2,8	0,2	7,3	8,2	5,2	4,6	5,9
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 520,9	2 430,9	2 535,3	1,8	- 3,6	4,3	- 3,0	- 0,3	3,8	5,4	4,0	3,9	5,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2011. — 1 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit

Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettuzugang an Wertsachen. — 8 Wachstumsbeitrag zum BIP.

X. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Bauhauptgewerbe	Energie	Industrie					darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
			zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallernissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2005=100												
Gewicht in % 1)	100.00	5.56	8.76	85.69	33.96	35.37	2.78	13.58	12.15	10.82	12.48	12.34
Zeit												
2006	105,4	105,8	101,0	105,8	107,1	106,0	107,3	101,7	107,3	112,9	107,5	102,6
2007	111,6	108,9	98,2	113,1	114,5	114,9	108,4	105,8	114,0	124,4	119,4	109,7
2008	111,5	108,3	95,6	113,4	114,2	116,8	104,0	104,4	114,4	128,8	124,5	104,5
2009	94,3	108,2	90,6	93,7	93,3	92,0	87,6	100,6	87,5	100,8	92,2	82,0
2010	103,9	108,5	93,6	104,6	107,1	103,8	95,7	102,4	101,7	117,5	101,6	102,4
2009 Sept.	103,3	129,1	85,9	103,4	102,0	104,2	99,4	105,8	96,0	109,2	102,5	103,1
Okt.	102,0	126,0	93,5	101,3	103,5	97,5	98,5	106,6	97,1	111,8	89,9	97,8
Nov.	103,7	121,2	95,7	103,4	103,4	101,8	102,7	107,8	99,3	113,9	93,0	99,8
Dez.	91,1	84,0	103,6	90,3	83,2	94,8	82,8	97,9	79,5	99,7	103,4	71,4
2010 Jan.	89,7	49,3	109,6	90,3	95,6	82,5	88,6	97,6	88,3	99,8	77,2	82,6
Febr.	91,5	55,4	98,2	93,1	96,1	89,9	91,4	94,3	91,0	103,3	82,6	92,0
März	106,4	105,3	98,6	107,3	109,5	106,3	99,4	105,8	105,4	115,8	102,8	108,4
April	101,2	123,2	90,6	100,9	106,1	97,5	90,8	98,9	100,3	109,8	93,2	99,6
Mai	103,4	122,8	91,2	103,4	108,9	100,6	92,1	99,5	102,6	112,9	95,8	104,6
Juni	106,5	127,7	81,5	107,6	110,7	108,2	96,4	100,6	105,9	119,9	104,8	108,9
Juli	105,2	132,3	86,5	105,4	111,2	101,7	90,0	103,5	105,1	119,8	100,0	97,8
Aug.	98,7	124,6	82,0	98,8	106,5	91,4	84,4	101,9	99,0	115,6	95,2	78,5
Sept.	111,8	133,6	83,8	113,2	114,4	114,7	107,3	107,5	109,0	127,4	110,8	119,2
Okt.	114,7	135,2	94,4	115,5	117,7	115,6	110,6	112,6	112,6	132,2	110,2	120,9
Nov.	115,4	127,9	98,3	116,4	115,9	119,7	109,2	110,8	111,8	134,2	116,6	119,4
Dez.	101,9	64,1	108,6	103,6	93,0	117,1	88,5	98,0	89,7	118,8	130,1	96,4
2011 Jan. x)	101,1	75,5	105,5	102,3	109,3	97,3	94,1	99,8	104,7	121,3	91,2	100,9
Febr. x)	105,4	86,6	95,2	107,7	111,3	107,9	99,6	99,9	108,0	126,7	100,2	116,9
März x)	118,8	2)	121,4	98,7	120,6	122,9	123,4	110,0	109,9	119,8	137,3	128,5
April x) p)	110,9	2)	128,7	91,6	111,7	116,1	111,3	99,3	104,4	113,2	125,0	116,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2006	+ 5,7	+ 6,3	+ 0,9	+ 6,1	+ 7,4	+ 6,4	+ 7,6	+ 2,1	+ 7,6	+ 13,1	+ 8,0	+ 2,9
2007	+ 5,9	+ 2,9	- 2,8	+ 6,9	+ 6,9	+ 8,4	+ 1,0	+ 4,0	+ 6,2	+ 10,2	+ 11,1	+ 6,9
2008	- 0,1	- 0,6	- 2,6	+ 0,3	- 0,3	+ 1,7	- 4,1	- 1,3	+ 0,4	+ 3,5	+ 4,3	- 4,7
2009	- 15,4	- 0,1	- 5,2	- 17,4	- 18,3	- 21,2	- 15,8	- 3,6	- 23,5	- 21,7	- 25,9	- 21,5
2010	+ 10,2	+ 0,3	+ 3,3	+ 11,6	+ 14,8	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,2	+ 16,6	+ 10,2	+ 24,9
2009 Sept.	- 12,2	+ 3,1	- 4,1	- 13,8	- 14,4	- 17,2	- 14,1	- 1,8	- 19,9	- 19,6	- 20,8	- 9,5
Okt.	- 11,8	+ 2,3	- 4,7	- 13,5	- 11,9	- 18,2	- 13,1	- 4,5	- 17,4	- 15,9	- 28,6	- 6,2
Nov.	- 7,5	+ 3,7	- 1,7	- 8,7	- 4,9	- 15,0	- 8,1	- 0,8	- 9,2	- 14,7	- 26,5	- 1,2
Dez.	- 4,6	- 1,1	+ 3,8	- 5,6	+ 0,7	- 11,9	- 2,1	- 1,7	- 0,6	- 9,1	- 24,1	+ 15,9
2010 Jan.	+ 3,3	- 16,2	+ 4,1	+ 4,2	+ 10,1	+ 0,6	+ 4,5	- 1,2	+ 7,3	+ 4,3	- 10,4	+ 21,5
Febr.	+ 5,9	- 17,9	+ 5,5	+ 7,1	+ 10,8	+ 7,0	+ 7,4	- 1,2	+ 10,6	+ 6,9	- 8,6	+ 40,7
März	+ 9,4	+ 1,0	+ 6,5	+ 10,3	+ 16,7	+ 7,3	+ 6,7	+ 3,4	+ 20,6	+ 11,0	- 2,1	+ 28,4
April	+ 13,7	+ 4,8	+ 10,0	+ 14,9	+ 21,8	+ 15,2	+ 8,6	± 0,0	+ 23,8	+ 20,3	+ 7,2	+ 41,9
Mai	+ 12,6	+ 4,3	+ 12,9	+ 13,3	+ 20,2	+ 11,5	+ 10,7	+ 1,7	+ 22,1	+ 20,5	+ 7,5	+ 25,1
Juni	+ 10,5	+ 3,1	- 3,1	+ 12,2	+ 16,9	+ 11,5	+ 14,9	+ 2,3	+ 19,5	+ 21,6	+ 10,1	+ 19,4
Juli	+ 11,2	+ 4,8	+ 0,5	+ 12,8	+ 16,3	+ 13,1	+ 12,4	+ 3,8	+ 19,7	+ 20,8	+ 16,3	+ 16,8
Aug.	+ 11,0	+ 2,0	- 2,8	+ 13,3	+ 15,4	+ 15,5	+ 14,1	+ 4,0	+ 17,0	+ 20,5	+ 21,3	+ 20,6
Sept.	+ 8,2	+ 3,5	- 2,4	+ 9,5	+ 12,2	+ 10,1	+ 7,9	+ 1,6	+ 13,5	+ 16,7	+ 8,1	+ 15,6
Okt.	+ 12,5	+ 7,3	+ 1,0	+ 14,0	+ 13,7	+ 18,6	+ 11,7	+ 3,8	+ 16,0	+ 18,2	+ 22,6	+ 23,6
Nov.	+ 11,3	+ 5,5	+ 2,7	+ 12,6	+ 12,1	+ 17,6	+ 6,3	+ 2,8	+ 12,6	+ 17,8	+ 25,4	+ 19,6
Dez.	+ 11,9	- 23,7	+ 4,8	+ 14,7	+ 11,8	+ 23,5	+ 6,9	+ 0,1	+ 12,8	+ 19,2	+ 25,8	+ 35,0
2011 Jan. x)	+ 12,7	+ 53,1	- 3,7	+ 13,3	+ 14,3	+ 17,9	+ 6,2	+ 2,3	+ 18,6	+ 21,5	+ 18,1	+ 22,2
Febr. x)	+ 15,2	+ 56,3	- 3,1	+ 15,7	+ 15,8	+ 20,0	+ 9,0	+ 5,9	+ 18,7	+ 22,7	+ 21,3	+ 27,1
März x)	+ 11,7	2)	+ 0,1	+ 12,4	+ 12,2	+ 16,1	+ 10,7	+ 3,9	+ 13,7	+ 18,6	+ 18,1	+ 18,5
April x) p)	+ 9,6	2)	+ 4,5	+ 10,7	+ 9,4	+ 14,2	+ 9,4	+ 5,6	+ 12,9	+ 13,8	+ 14,9	+ 16,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2005. — 2 Vom Statistischen Bundesamt schätzungs-

weise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 4%). — x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung.

X. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt 0)

Zeit	Industrie		davon:									
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:		Verbrauchsgüter- produzenten	
	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2006	110,7	+ 11,0	114,0	+ 14,3	109,4	+ 9,7	105,3	+ 5,5	108,4	+ 8,7	104,3	+ 4,5
2007	123,1	+ 11,2	125,2	+ 9,8	123,2	+ 12,6	111,9	+ 6,3	110,3	+ 1,8	112,5	+ 7,9
2008	115,5	- 6,2	121,2	- 3,2	112,8	- 8,4	108,1	- 3,4	103,5	- 6,2	109,7	- 2,5
2009	87,5	- 24,2	89,3	- 26,3	85,2	- 24,5	94,8	- 12,3	88,5	- 14,5	96,9	- 11,7
2010	109,0	+ 24,6	114,3	+ 28,0	106,8	+ 25,4	99,8	+ 5,3	101,4	+ 14,6	99,3	+ 2,5
2010 April	105,7	+ 32,5	115,7	+ 40,8	101,0	+ 31,0	93,0	+ 6,4	98,6	+ 22,5	91,0	+ 1,3
Mai	106,4	+ 28,2	114,0	+ 35,6	102,9	+ 26,4	96,1	+ 7,7	102,9	+ 24,1	93,8	+ 2,7
Juni	115,5	+ 28,8	119,0	+ 29,9	115,6	+ 31,1	99,5	+ 9,5	106,0	+ 21,0	97,3	+ 5,9
Juli	110,2	+ 22,2	119,1	+ 29,9	105,2	+ 19,5	104,4	+ 7,0	101,3	+ 18,2	105,4	+ 3,6
Aug.	104,4	+ 24,4	108,9	+ 24,2	102,1	+ 27,5	99,8	+ 7,3	89,9	+ 18,3	103,1	+ 4,5
Sept.	112,9	+ 18,6	117,5	+ 20,4	111,3	+ 19,9	103,6	+ 1,9	111,7	+ 1,0	100,8	+ 2,1
Okt.	112,6	+ 22,4	119,3	+ 21,6	109,4	+ 25,9	104,0	+ 4,8	115,9	+ 14,8	100,0	+ 1,5
Nov.	120,9	+ 24,9	121,8	+ 20,6	123,1	+ 31,5	102,1	+ 2,4	110,7	+ 11,4	99,3	- 0,4
Dez.	111,2	+ 24,2	107,9	+ 23,6	116,4	+ 27,5	89,3	+ 2,6	87,6	+ 0,7	89,9	+ 3,3
2011 Jan.	118,1	+ 21,1	128,5	+ 22,3	113,6	+ 23,1	102,4	+ 3,5	105,2	+ 13,6	101,5	+ 0,5
Febr.	122,1	+ 25,0	126,2	+ 21,0	121,0	+ 30,2	110,9	+ 10,7	104,8	+ 12,7	113,0	+ 10,0
März	129,4	+ 14,8	139,8	+ 17,7	125,4	+ 14,5	110,0	+ 3,1	114,3	+ 6,9	108,4	+ 1,6
April 0)	120,1	+ 13,6	127,3	+ 10,0	118,3	+ 17,1	100,2	+ 7,7	107,1	+ 8,6	97,8	+ 7,5
aus dem Inland												
2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,4	+ 3,7	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2
2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	107,0	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2
2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,9	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0
2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8
2010	104,5	+ 18,8	115,9	+ 28,9	97,8	+ 13,1	88,6	+ 1,4	93,9	+ 4,4	86,9	+ 0,3
2010 April	104,1	+ 27,9	119,0	+ 45,1	95,5	+ 17,8	82,1	+ 2,2	87,8	+ 9,6	80,3	- 0,1
Mai	102,9	+ 22,4	115,7	+ 38,9	95,6	+ 12,1	83,8	+ 2,7	94,1	+ 13,0	80,5	- 0,6
Juni	108,0	+ 23,3	121,1	+ 33,4	101,0	+ 17,6	85,3	+ 4,0	90,5	+ 5,6	83,6	+ 3,5
Juli	107,3	+ 13,9	122,4	+ 32,0	97,3	+ 0,7	91,7	+ 4,4	89,7	+ 5,7	92,3	+ 3,9
Aug.	100,0	+ 15,2	112,4	+ 25,4	91,4	+ 8,7	90,1	+ 1,5	87,6	+ 7,0	90,9	- 0,1
Sept.	108,5	+ 16,5	119,1	+ 22,0	102,0	+ 15,5	95,2	- 3,3	109,6	- 10,1	90,5	- 0,2
Okt.	110,2	+ 18,9	123,0	+ 21,5	102,7	+ 19,7	92,5	+ 2,0	112,1	+ 8,1	86,1	- 0,3
Nov.	113,5	+ 19,3	125,1	+ 20,4	107,6	+ 21,4	91,9	+ 2,6	105,3	+ 8,1	87,6	+ 0,7
Dez.	99,5	+ 17,8	104,9	+ 19,9	99,0	+ 19,6	76,8	- 3,3	78,2	- 5,3	76,4	- 2,4
2011 Jan.	112,4	+ 17,3	128,2	+ 22,2	103,4	+ 15,7	88,3	- 0,8	95,7	+ 10,4	85,9	- 4,2
Febr.	115,2	+ 21,4	127,1	+ 22,0	108,6	+ 23,5	96,3	+ 7,4	99,5	+ 16,2	95,3	+ 4,6
März	123,3	+ 12,6	138,8	+ 16,6	115,1	+ 10,7	96,4	+ 1,3	107,0	+ 7,0	92,9	- 0,9
April 0)	114,6	+ 10,1	130,5	+ 9,7	106,2	+ 11,2	87,3	+ 6,3	100,5	+ 14,5	83,0	+ 3,4
aus dem Ausland												
2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,8	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,0	108,1	+ 8,3
2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,5	+ 10,5
2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,6	- 9,3	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,0
2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,7	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,4	- 7,4
2010	112,8	+ 29,7	112,5	+ 27,0	113,2	+ 34,3	111,9	+ 8,9	109,0	+ 25,1	112,9	+ 4,2
2010 April	107,1	+ 36,6	111,9	+ 35,6	104,9	+ 41,2	104,7	+ 10,1	109,6	+ 35,3	102,9	+ 2,7
Mai	109,4	+ 33,3	112,0	+ 31,8	108,1	+ 37,4	109,3	+ 12,3	111,8	+ 35,5	108,4	+ 5,7
Juni	122,1	+ 33,4	116,7	+ 26,0	125,8	+ 39,9	114,9	+ 14,4	121,7	+ 35,8	112,4	+ 7,9
Juli	112,7	+ 30,0	115,4	+ 27,4	110,7	+ 35,0	118,1	+ 9,1	113,1	+ 30,6	119,8	+ 3,4
Aug.	108,3	+ 33,0	105,0	+ 22,8	109,7	+ 41,9	110,3	+ 13,1	92,3	+ 31,9	116,6	+ 8,7
Sept.	116,7	+ 20,2	115,6	+ 18,6	117,8	+ 22,7	112,6	+ 6,9	113,9	+ 14,8	112,2	+ 4,4
Okt.	114,6	+ 25,5	115,0	+ 21,7	114,2	+ 30,4	116,5	+ 7,6	119,7	+ 21,9	115,4	+ 3,1
Nov.	127,4	+ 29,6	118,1	+ 21,0	134,0	+ 37,9	113,2	+ 2,4	116,1	+ 14,5	112,2	- 1,4
Dez.	121,3	+ 29,2	111,3	+ 27,9	128,7	+ 32,3	102,7	+ 7,9	97,1	+ 6,2	104,7	+ 8,4
2011 Jan.	123,1	+ 24,5	128,9	+ 22,4	120,8	+ 28,1	117,6	+ 7,4	114,7	+ 16,3	118,7	+ 4,7
Febr.	128,1	+ 28,0	125,2	+ 19,8	129,7	+ 34,4	126,7	+ 13,6	110,2	+ 9,7	132,6	+ 14,9
März	134,7	+ 16,7	141,0	+ 18,9	132,7	+ 17,1	124,6	+ 4,6	121,6	+ 6,8	125,6	+ 3,8
April 0)	124,9	+ 16,6	123,6	+ 10,5	126,9	+ 21,0	114,1	+ 9,0	113,8	+ 3,8	114,2	+ 11,0

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. — 0) Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

X. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt		Hochbau		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber	
			zusammen	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	
2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	
2007	114,0	+ 8,5	112,5	+ 5,5	98,5	- 5,6	123,2	+ 12,4	108,5	+ 6,7	115,4	+ 11,5	120,7	+ 10,7	113,7	+ 11,9
2008	113,4	- 0,5	114,7	+ 2,0	94,4	- 4,2	127,9	+ 3,8	116,7	+ 7,6	112,0	- 2,9	123,3	+ 2,2	111,4	- 2,0
2009	107,4	- 5,3	100,7	- 12,2	94,2	- 0,2	100,7	- 21,3	115,5	- 1,0	114,4	+ 2,1	104,9	- 14,9	115,6	+ 3,8
2010	109,0	+ 1,5	106,7	+ 6,0	103,3	+ 9,7	105,4	+ 4,7	118,9	+ 2,9	111,3	- 2,7	111,0	+ 5,8	109,4	- 5,4
2010 März	126,9	+ 11,9	121,9	+ 11,7	114,5	+ 19,8	123,2	+ 7,6	134,2	+ 10,3	132,2	+ 12,2	130,3	+ 16,9	128,9	+ 5,0
April	114,1	+ 0,5	111,4	+ 9,5	113,2	+ 7,6	103,8	+ 5,7	132,6	+ 25,7	117,0	- 7,1	107,7	+ 5,8	121,0	- 6,1
Mai	115,9	+ 0,1	108,3	+ 1,7	108,8	+ 12,7	103,1	- 2,5	124,3	- 5,9	123,9	- 1,3	112,0	+ 0,8	122,9	- 4,5
Juni	128,2	- 1,4	125,1	+ 13,3	110,3	+ 1,8	127,3	+ 21,6	151,2	+ 12,4	131,4	- 12,6	134,6	+ 12,9	129,3	- 13,8
Juli	123,3	- 0,4	117,8	+ 7,1	113,8	+ 5,7	116,2	+ 9,0	132,1	+ 4,5	129,0	- 6,7	123,4	+ 10,0	127,2	- 10,6
Aug.	117,7	- 0,6	119,8	+ 8,6	112,7	+ 15,7	124,7	+ 7,6	119,8	- 0,8	115,4	- 8,9	120,3	+ 2,7	117,1	- 8,9
Sept.	123,2	± 0,0	118,8	+ 2,6	130,1	+ 18,5	106,3	- 4,1	134,9	- 7,6	127,8	- 2,3	116,0	± 0,0	127,5	- 6,3
Okt.	113,9	+ 4,3	110,8	+ 6,4	107,0	+ 3,9	111,6	+ 9,6	117,0	+ 2,2	117,2	+ 2,4	125,5	+ 14,6	105,3	- 5,5
Nov.	92,1	+ 1,7	93,8	+ 0,8	96,1	+ 7,3	92,8	± 0,0	92,0	- 10,1	90,3	+ 2,6	97,2	+ 0,5	85,3	+ 0,5
Dez.	90,3	- 8,8	96,0	- 3,2	101,3	+ 13,7	92,3	- 5,1	96,5	- 24,7	84,2	- 14,8	95,1	- 6,6	80,7	- 19,5
2011 Jan.	76,9	+ 8,2	84,4	+ 21,3	77,5	+ 38,1	94,0	+ 25,5	68,1	- 17,5	69,1	- 5,0	94,2	+ 19,5	59,3	- 15,0
Febr.	94,1	+ 3,6	102,3	+ 17,2	97,7	+ 28,2	114,3	+ 29,9	72,5	- 34,2	85,6	- 9,4	114,5	+ 26,5	72,0	- 26,1
März	134,3	+ 5,8	133,8	+ 9,8	142,6	+ 24,5	130,6	+ 6,0	124,3	- 7,4	134,9	+ 2,0	147,3	+ 13,0	117,8	- 8,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte

Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Wohnungsbauaufträge.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen*)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel										Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen					
	insgesamt		in Preisen von 2005		in Preisen		in Preisen		in Preisen		in Preisen		in Preisen			
			Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr			
2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%			
2006 3)	101,0	+ 1,1	100,3	+ 0,4	100,1	+ 0,2	102,5	+ 2,5	102,3	+ 2,2	103,4	+ 3,5	102,1	+ 2,2	106,8	+ 7,3
2007 3)	99,4	- 1,6	99,0	- 1,3	99,5	- 0,6	103,7	+ 1,2	110,2	+ 7,7	98,6	- 4,6	104,2	+ 2,1	100,7	- 5,7
2008	101,5	+ 2,1	98,9	- 0,1	100,8	+ 1,3	104,7	+ 1,0	116,4	+ 5,6	99,7	+ 1,1	107,1	+ 2,8	95,8	- 4,9
2009 4)	98,1	- 3,3	96,2	- 2,7	98,8	- 2,0	101,5	- 3,1	117,0	+ 0,5	97,1	- 2,6	110,0	+ 2,7	96,8	+ 1,0
2010 5)	100,3	+ 2,2	97,2	+ 1,0	99,6	+ 0,8	105,8	+ 4,2	118,9	+ 1,6	99,0	+ 2,0	114,6	+ 4,2	92,1	- 4,9
2010 April 5)	100,2	± 0,0	96,3	- 1,2	99,0	- 3,1	108,3	- 1,5	101,0	+ 3,0	104,6	+ 0,1	112,6	+ 2,9	97,4	- 10,2
Mai	101,3	+ 3,3	97,6	+ 2,2	101,8	- 0,6	102,8	+ 2,5	109,2	+ 13,3	104,9	+ 6,0	113,1	+ 6,6	93,9	- 10,1
Juni	97,1	+ 4,1	93,9	+ 3,4	97,3	+ 1,1	101,0	+ 8,6	108,8	+ 6,7	98,7	+ 5,1	111,4	+ 5,4	99,6	- 6,2
Juli	101,0	+ 4,1	97,9	+ 2,5	101,6	+ 4,0	104,2	+ 4,2	111,5	+ 1,5	99,6	+ 3,3	116,9	+ 4,9	96,5	- 4,1
Aug.	98,2	+ 4,0	95,3	+ 2,9	97,4	- 1,4	100,8	+ 11,0	114,8	+ 7,6	98,3	+ 4,7	113,1	+ 6,7	86,7	- 3,2
Sept.	98,7	+ 3,4	95,6	+ 2,1	94,3	+ 0,5	116,7	+ 7,6	113,3	+ 3,0	98,1	+ 0,9	112,8	+ 4,8	94,8	- 0,5
Okt.	104,8	+ 2,3	101,4	+ 1,2	100,7	+ 2,5	125,9	+ 0,6	119,9	- 1,5	106,3	+ 3,4	118,1	+ 4,4	102,9	+ 3,7
Nov.	104,1	+ 2,0	100,7	+ 0,1	99,8	+ 1,7	111,2	+ 7,6	130,1	- 3,8	106,2	+ 1,1	117,7	- 0,5	100,8	+ 10,5
Dez.	120,6	+ 1,9	117,0	+ 0,4	118,6	+ 1,6	131,1	+ 1,7	179,3	- 1,4	104,2	- 0,7	132,0	+ 2,6	88,3	+ 7,6
2011 Jan.	93,2	+ 4,3	90,5	+ 3,0	92,7	± 0,0	89,1	+ 4,8	132,2	+ 8,6	86,3	+ 8,8	111,2	+ 5,0	83,0	+ 17,1
Febr.	90,4	+ 3,8	86,8	+ 2,0	90,9	+ 1,3	81,6	+ 6,0	105,0	- 0,5	88,3	+ 7,3	106,7	+ 1,5	90,4	+ 21,3
März	102,3	+ 0,9	97,4	- 0,7	102,4	+ 0,1	107,1	+ 1,2	108,6	- 2,4	106,7	+ 0,8	113,4	- 2,7	108,3	+ 9,2
April 5)	102,3	+ 2,1	96,8	+ 0,5	101,5	+ 2,5	114,7	+ 5,9	99,2	- 1,8	108,1	+ 3,3	113,5	+ 0,8	107,2	+ 10,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 In Verkaufsräumen. — 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. — 3 Im Januar 2006 und Januar 2007 Erweiterung des Berichts-

kreises um Neuzugänge; Berichtskreisprünge durch Verkettung ausgeschaltet. — 4 Im Januar 2009 neuer Berichtskreis, einschl. Neuzugänge; Berichtskreisprünge durch Verkettung ausgeschaltet. — 5 Ergebnisse ab Januar 2010 vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

X. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)		Arbeitslosenquote 4) 6) in %	Offene Stellen 4) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt 5)	insgesamt	darunter: Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbe- reich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung							
2006	39 074	+ 0,6	26 366	0,5	.	.	.	4 819	67	54	4 487	1 663	10,8	356
2007	39 724	+ 1,7	26 942	2,2	8 533	.	.	4 861	68	26	3 760	1 245	9,0	423
2008	40 277	+ 1,4	27 510	2,1	8 659	17 958	679	4 866	102	58	3 258	1 006	7,8	389
2009	40 271	± 0,0	27 493	- 0,1	8 521	18 210	549	4 904	1 144	1 078	3 415	1 190	8,1	301
2010	40 490	+ 0,5	27 758	1,0	8 426	18 439	679	4 885	...	429	3 238	1 075	7,7	359
2008 1.Vj.	39 761	+ 1,6	27 143	2,3	8 549	17 748	649	4 866	151	28	3 583	1 180	8,5	373
2.Vj.	40 179	+ 1,5	27 364	2,2	8 615	17 852	677	4 865	53	42	3 276	971	7,8	403
3.Vj.	40 432	+ 1,4	27 617	2,1	8 701	17 974	717	4 849	44	33	3 154	947	7,5	416
4.Vj.	40 733	+ 1,1	27 916	1,8	8 771	18 259	674	4 885	157	128	3 021	926	7,2	362
2009 1.Vj.	39 937	+ 0,4	27 390	0,9	8 563	18 083	550	4 864	999	855	3 533	1 284	8,4	312
2.Vj.	40 186	± 0,0	27 379	0,1	8 515	18 133	512	4 906	1 436	1 411	3 475	1 207	8,3	300
3.Vj.	40 347	- 0,2	27 482	- 0,5	8 500	18 204	557	4 913	1 136	1 103	3 418	1 186	8,1	300
4.Vj.	40 613	- 0,3	27 720	- 0,7	8 504	18 423	579	4 934	1 007	944	3 232	1 083	7,7	290
2010 1.Vj.	39 862	- 0,2	27 307	- 0,3	8 308	18 244	561	4 854	987	804	3 601	1 327	8,6	296
2.Vj.	40 366	+ 0,4	27 592	0,8	8 377	18 346	648	4 885	517	485	3 261	1 053	7,8	353
3.Vj.	40 677	+ 0,8	27 886	1,5	8 469	18 454	740	4 889	265	239	3 132	1 003	7,5	395
4.Vj.	41 053	+ 1,1	28 246	1,9	8 549	18 713	768	4 911	...	188	2 959	920	7,0	392
2011 1.Vj.	40 414	+ 1,4	27 967	2,4	8 431	18 596	741	4 859	...	148	3 290	1 088	7,8	411
2008 Jan.	39 690	+ 1,6	27 084	2,3	8 533	17 715	644	4 859	138	25	3 647	1 229	8,7	351
Febr.	39 726	+ 1,6	27 119	2,4	8 541	17 734	647	4 840	161	30	3 606	1 197	8,6	376
März	39 868	+ 1,6	27 225	2,3	8 570	17 789	658	4 855	156	29	3 496	1 113	8,3	392
April	40 049	+ 1,5	27 332	2,2	8 607	17 839	666	4 857	59	47	3 403	1 043	8,1	395
Mai	40 197	+ 1,4	27 419	2,1	8 628	17 883	681	4 869	51	40	3 273	963	7,8	398
Juni	40 291	+ 1,4	27 458	2,2	8 646	17 877	710	4 882	50	39	3 151	906	7,5	418
Juli	40 292	+ 1,5	27 440	2,2	8 652	17 842	722	4 872	43	31	3 201	963	7,6	422
Aug.	40 348	+ 1,3	27 684	2,1	8 721	18 019	715	4 820	39	29	3 187	961	7,6	417
Sept.	40 657	+ 1,3	27 996	2,1	8 810	18 243	718	4 829	50	39	3 073	917	7,3	409
Okt.	40 843	+ 1,2	28 020	1,8	8 802	18 299	699	4 868	71	61	2 989	883	7,1	393
Nov.	40 799	+ 1,1	27 914	1,6	8 773	18 269	663	4 913	130	120	2 980	902	7,1	367
Dez.	40 558	+ 0,9	27 632	1,5	8 662	18 178	598	4 920	270	201	3 094	994	7,4	327
2009 Jan.	39 920	+ 0,6	27 379	1,1	8 565	18 063	561	4 848	594	452	3 480	1 263	8,3	302
Febr.	39 916	+ 0,5	27 307	0,7	8 529	18 052	533	4 848	1 079	919	3 542	1 293	8,5	318
März	39 976	+ 0,3	27 337	0,4	8 530	18 088	513	4 872	1 325	1 194	3 576	1 296	8,5	317
April	40 114	+ 0,2	27 383	0,2	8 524	18 132	507	4 901	1 446	1 426	3 575	1 270	8,5	305
Mai	40 200	± 0,0	27 395	- 0,1	8 509	18 154	508	4 914	1 469	1 443	3 449	1 192	8,2	299
Juni	40 244	- 0,1	27 380	- 0,3	8 493	18 135	531	4 932	1 394	1 365	3 401	1 159	8,1	297
Juli	40 214	- 0,2	27 314	- 0,5	8 464	18 080	551	4 935	1 248	1 215	3 454	1 210	8,2	298
Aug.	40 272	- 0,2	27 542	- 0,5	8 507	18 249	565	4 891	1 055	1 022	3 463	1 211	8,2	300
Sept.	40 554	- 0,3	27 800	- 0,7	8 564	18 430	578	4 893	1 104	1 072	3 338	1 137	7,9	302
Okt.	40 685	- 0,4	27 786	- 0,8	8 534	18 449	581	4 909	1 109	1 076	3 221	1 071	7,7	298
Nov.	40 663	- 0,3	27 731	- 0,7	8 497	18 434	589	4 961	982	947	3 208	1 069	7,6	291
Dez.	40 490	- 0,2	27 488	- 0,5	8 400	18 341	553	4 971	929	809	3 268	1 108	7,8	281
2010 Jan.	39 827	- 0,2	27 249	- 0,5	8 295	18 214	550	4 840	1 057	874	3 610	1 339	8,6	271
Febr.	39 802	- 0,3	27 230	- 0,3	8 269	18 210	560	4 814	1 031	829	3 635	1 356	8,6	298
März	39 957	± 0,0	27 398	0,2	8 318	18 277	596	4 846	874	709	3 560	1 285	8,5	320
April	40 201	+ 0,2	27 553	0,6	8 371	18 335	627	4 875	632	599	3 399	1 140	8,1	335
Mai	40 391	+ 0,5	27 667	1,0	8 395	18 382	665	4 898	499	467	3 236	1 036	7,7	355
Juni	40 506	+ 0,7	27 710	1,2	8 414	18 365	707	4 916	420	390	3 148	983	7,5	370
Juli	40 509	+ 0,7	27 691	1,4	8 419	18 320	732	4 915	313	286	3 186	1 029	7,6	391
Aug.	40 602	+ 0,8	27 976	1,6	8 493	18 508	752	4 864	244	219	3 183	1 030	7,6	396
Sept.	40 921	+ 0,9	28 269	1,7	8 573	18 700	766	4 859	237	214	3 026	948	7,2	398
Okt.	41 098	+ 1,0	28 296	1,8	8 566	18 738	769	4 886	231	209	2 941	908	7,0	401
Nov.	41 116	+ 1,1	28 277	2,0	8 562	18 723	779	4 932	215	194	2 927	903	6,9	394
Dez.	40 945	+ 1,1	28 060	2,1	8 465	18 655	744	4 967	...	162	3 011	949	7,1	380
2011 Jan.	40 361	+ 1,3	27 898	2,4	8 406	18 566	734	4 852	...	171	3 346	1 146	7,9	375
Febr.	40 370	+ 1,4	27 929	2,6	8 417	18 574	739	4 823	...	151	3 313	1 107	7,9	417
März	40 511	+ 1,4	28 090	2,5	8 477	18 642	758	4 839	...	122	3 210	1 010	7,6	442
April	40 716	+ 1,3	3 078	907	7,3	461
Mai	2 960	839	7,0	470

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. — 2 Monatswerte: Endstände. — 3 Anzahl innerhalb eines Monats. — 4 Stand zur Monatsmitte. — 5 Bis Ende 2006 Kurzarbeit ohne Bau- und Landwirtschaft, ab 2007 gemäß § 170 SGB III. — 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. — 8 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. — 9 Ursprungswerte

von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2008 und 2009 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,2 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnenden Beschäftigten um maximal 2,0 % sowie im Jahr 2009 bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 14 % von den endgültigen Angaben ab. — 10 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. — 11 Ab Mai 2011 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

X. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex							Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im Inlandsabsatz 4)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 5)	
	insgesamt	davon:					Baupreisindex 2)			Ausfuhr	Einfuhr	Energie 6)	sonstige Rohstoffe 7)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1) 2)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 3)	Wohnungsmieten 3)							
	2005 = 100										2010 = 100		
Indexstand													
2006	8) 101,6	101,9	100,3	108,5	101,0	101,1	102,4	8) 105,4	107,3	101,8	104,4	84,4	80,7
2007	9)10) 103,9	105,9	101,7	112,8	103,9	102,2	109,3	106,8	119,9	103,0	105,1	86,0	87,5
2008	106,6	112,7	102,5	123,6	105,8	103,5	113,0	112,7	124,3	104,8	109,9	109,7	92,0
2009	107,0	111,2	103,9	116,9	107,4	104,6	114,4	108,0	100,6	102,5	100,5	72,8	74,5
2010	108,2	113,0	104,4	121,5	108,0	105,8	115,4	109,7	r) 114,0	106,0	108,3	100,0	100,0
2009 Juli	107,1	110,7	103,3	116,0	108,8	104,7		106,5	r) 101,0	102,2	99,4	75,8	74,1
Aug.	107,3	109,5	103,8	118,2	108,7	104,8	114,4	107,0	r) 100,2	102,5	100,7	83,5	78,6
Sept.	106,9	109,2	104,4	116,4	107,3	104,8		106,5	r) 98,2	102,4	99,8	76,1	74,9
Okt.	107,0	109,0	104,7	116,2	107,3	104,9		106,5	r) 98,4	102,4	100,3	80,7	75,8
Nov.	106,9	109,5	104,2	116,9	106,9	105,0	114,4	106,6	r) 101,5	102,5	100,7	84,4	77,9
Dez.	107,8	110,4	104,5	115,9	109,5	105,1		106,5	r) 102,5	102,7	101,2	83,8	82,8
2010 Jan.	107,1	111,7	103,7	118,5	106,9	105,2		107,3	r) 103,2	103,3	102,9	89,0	85,7
Febr.	107,5	112,0	104,1	117,5	107,7	105,3	114,5	107,3	r) 104,7	103,7	103,9	89,6	85,7
März	108,0	113,1	104,5	120,6	107,9	105,5		108,0	r) 105,2	104,5	105,7	96,5	89,5
April	107,9	114,0	104,5	122,2	106,7	105,6		108,9	r) 106,3	105,5	107,8	105,1	97,2
Mai	108,0	113,2	104,4	122,5	107,2	105,7	115,2	109,2	r) 108,2	106,0	108,4	100,6	98,9
Juni	108,1	113,4	104,2	122,4	107,5	105,8		109,9	r) 110,4	106,4	109,4	102,6	100,4
Juli	108,4	113,6	103,6	121,4	109,2	105,9		110,4	r) 111,3	106,4	109,2	98,8	101,2
Aug.	108,4	112,6	104,0	121,2	109,4	106,0	115,8	110,4	r) 117,7	106,8	109,4	99,3	104,8
Sept.	108,3	112,5	104,7	121,7	108,0	106,0		110,7	r) 119,3	107,1	109,7	99,0	106,6
Okt.	108,4	112,2	105,1	122,1	107,9	106,1		111,1	r) 119,9	106,8	109,5	98,9	104,1
Nov.	108,5	113,2	105,3	122,8	107,3	106,3	116,1	111,3	r) 122,6	107,1	110,8	104,3	108,1
Dez.	109,6	114,4	105,1	125,4	110,0	106,4		112,1	r) 127,0	108,0	113,3	115,7	116,1
2011 Jan.	109,2	114,7	104,5	128,7	107,9	106,5		113,4	p)11) 131,0	108,9	115,0	121,1	121,4
Febr.	109,8	115,8	104,8	129,5	108,8	106,7	117,4	114,2	p)11) 132,4	109,3	116,3	126,5	122,8
März	110,3	115,6	105,4	133,3	108,7	106,8		114,7	p)11) 131,1	109,6	117,6	135,5	117,7
April	110,5	115,6	105,6	135,0	108,9	106,9		115,9	p)11) 132,8	109,9	117,9	141,0	117,8
Mai	110,5	116,3	105,7	134,1	108,4	107,0	132,5	115,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2006	8) + 1,6	+ 1,9	+ 0,3	+ 8,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,4	8) + 5,4	+ 7,3	+ 1,8	+ 4,4	+ 16,4	+ 25,5
2007	9)10) + 2,3	+ 3,9	+ 1,4	+ 4,0	+ 2,9	+ 1,1	+ 6,7	+ 1,3	+ 11,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,9	+ 8,4
2008	+ 2,6	+ 6,4	+ 0,8	+ 9,6	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,4	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,7	+ 4,6	+ 27,6	+ 5,1
2009	+ 0,4	- 1,3	+ 1,4	- 5,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,2	- 4,2	r) - 19,1	- 2,2	- 8,6	- 33,6	- 19,0
2010	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,9	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,6	r) + 13,3	+ 3,4	+ 7,8	+ 37,4	+ 34,2
2009 Juli	- 0,5	- 2,4	+ 1,5	- 11,5	+ 1,6	+ 1,1		- 7,8	r) - 22,5	- 3,6	- 13,0	- 46,4	- 26,1
Aug.	± 0,0	- 3,0	+ 1,6	- 7,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,4	- 6,9	r) - 21,5	- 3,2	- 11,4	- 34,4	- 18,2
Sept.	- 0,3	- 3,0	+ 1,5	- 9,0	+ 1,3	+ 1,0		- 7,6	r) - 20,3	- 3,2	- 11,4	- 34,1	- 17,9
Okt.	± 0,0	- 3,4	+ 1,5	- 7,0	+ 1,6	+ 1,0		- 7,6	r) - 16,8	- 2,6	- 8,1	- 10,6	- 3,9
Nov.	+ 0,4	- 2,2	+ 1,1	- 2,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 5,9	r) - 10,4	- 1,7	- 5,0	+ 19,2	+ 3,2
Dez.	+ 0,9	- 2,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1		- 5,2	r) - 6,6	- 0,4	- 1,0	+ 57,8	+ 22,8
2010 Jan.	+ 0,8	- 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1		- 3,4	r) - 3,3	+ 0,4	+ 1,4	+ 56,4	+ 24,0
Febr.	+ 0,6	- 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,1	- 2,9	r) - 2,1	+ 0,8	+ 2,6	+ 55,8	+ 23,1
März	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 4,0	+ 1,1	+ 1,1		- 1,5	r) + 0,4	+ 2,0	+ 5,0	+ 61,9	+ 30,8
April	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,6	+ 5,2	- 0,1	+ 1,1		+ 0,6	r) + 3,3	+ 3,0	+ 7,9	+ 65,0	+ 34,4
Mai	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 4,9	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	r) + 6,1	+ 3,6	+ 8,5	+ 44,3	+ 32,6
Juni	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,6	+ 1,1		+ 1,7	r) + 8,0	+ 3,9	+ 9,1	+ 27,5	+ 31,8
Juli	+ 1,2	+ 2,6	+ 0,3	+ 4,7	+ 0,4	+ 1,1		+ 3,7	r) + 10,2	+ 4,1	+ 9,9	+ 30,3	+ 36,6
Aug.	+ 1,0	+ 2,8	+ 0,2	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 3,2	r) + 17,5	+ 4,2	+ 8,6	+ 18,9	+ 33,3
Sept.	+ 1,3	+ 3,0	+ 0,3	+ 4,6	+ 0,7	+ 1,1		+ 3,9	r) + 21,5	+ 4,6	+ 9,9	+ 30,1	+ 42,3
Okt.	+ 1,3	+ 2,9	+ 0,4	+ 5,1	+ 0,6	+ 1,1		+ 4,3	r) + 21,8	+ 4,3	+ 9,2	+ 22,6	+ 37,3
Nov.	+ 1,5	+ 3,4	+ 1,1	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 4,4	r) + 20,8	+ 4,5	+ 10,0	+ 23,6	+ 38,8
Dez.	+ 1,7	+ 3,6	+ 0,6	+ 8,2	+ 0,5	+ 1,2		+ 5,3	r) + 23,9	+ 5,2	+ 12,0	+ 38,1	+ 40,2
2011 Jan.	+ 2,0	+ 2,7	+ 0,8	+ 8,6	+ 0,9	+ 1,2		+ 5,7	p)11) + 26,9	+ 5,4	+ 11,8	+ 36,1	+ 41,7
Febr.	+ 2,1	+ 3,4	+ 0,7	+ 10,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,5	+ 6,4	p)11) + 26,5	+ 5,4	+ 11,9	+ 41,2	+ 43,3
März	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,9	+ 10,5	+ 0,7	+ 1,2		+ 6,2	p)11) + 24,6	+ 4,9	+ 11,3	+ 40,4	+ 31,5
April	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 10,5	+ 2,1	+ 1,2		+ 6,4	p)11) + 24,9	+ 4,2	+ 9,4	+ 34,2	+ 21,2
Mai	12) + 2,3	+ 2,7	+ 1,2	+ 9,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 31,7	+ 17,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWI. — 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. — 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts. — 3 Nettomieten. — 4 Ohne Mehrwertsteuer. — 5 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. — 6 Kohle und Rohöl. — 7 Nahrungs- und

Genussmittel sowie Industrierohstoffe. — 8 Ab Oktober 2006 Erhöhung der Preise für Tabakwaren. — 9 Ab Januar 2007 Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16% auf 19%. — 10 Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern. — 11 Ab Januar 2011 teilweise geschätzt. — 12 Ab Mai 2011 Erhöhung der Tabaksteuer.

X. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2003	908,3	0,0	589,0	0,5	378,3	2,9	967,2	0,8	1 431,8	2,1	147,2	5,6	10,3
2004	914,6	0,7	603,3	2,4	378,2	0,0	981,5	1,5	1 454,5	1,6	151,4	2,9	10,4
2005	912,1	- 0,3	602,4	- 0,2	378,6	0,1	981,0	- 0,1	1 481,0	1,8	155,6	2,7	10,5
2006	926,6	1,6	605,0	0,4	378,1	- 0,1	983,1	0,2	1 518,7	2,5	160,9	3,4	10,6
2007	957,6	3,3	622,8	2,9	373,3	- 1,3	996,1	1,3	1 545,8	1,8	166,8	3,7	10,8
2008	994,5	3,9	641,3	3,0	374,4	0,3	1 015,7	2,0	1 600,7	3,6	187,5	12,4	11,7
2009	992,4	- 0,2	639,2	- 0,3	403,3	7,7	1 042,5	2,6	1 587,8	- 0,8	176,8	- 5,7	11,1
2010	1 021,2	2,9	666,8	4,3	408,9	1,4	1 075,6	3,2	1 631,2	2,7	186,2	5,3	11,4
2009 4.Vj.	273,3	- 0,7	175,7	- 0,1	100,7	7,9	276,4	2,7	403,3	- 0,6	38,9	- 7,8	9,6
2010 1.Vj.	236,0	1,5	153,8	3,2	104,0	5,2	257,8	4,0	404,4	2,1	62,0	5,9	15,3
2.Vj.	247,6	3,1	158,6	5,0	102,4	0,9	261,0	3,3	403,3	2,0	44,5	6,6	11,0
3.Vj.	254,4	3,2	170,2	4,1	101,8	- 0,4	272,1	2,4	405,3	3,0	39,2	4,3	9,7
4.Vj.	283,2	3,6	184,1	4,8	100,6	- 0,1	284,7	3,0	418,3	3,7	40,5	4,2	9,7
2011 1.Vj.	246,4	4,4	158,6	3,1	102,4	- 1,5	261,1	1,3	417,2	3,2	60,7	- 2,1	14,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2011. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene

monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	
2003	106,7	2,0	106,6	2,0	106,8	2,1	106,9	2,4	104,5	1,3
2004	107,6	0,8	107,6	0,9	107,7	0,9	108,3	1,3	105,1	0,6
2005	108,6	0,9	108,7	1,1	108,7	0,9	109,4	1,0	105,4	0,3
2006	109,6	0,9	110,0	1,2	109,5	0,8	110,3	0,8	106,4	0,9
2007	110,8	1,2	111,4	1,3	111,1	1,4	111,9	1,4	108,0	1,5
2008	113,9	2,8	114,6	2,8	114,4	3,0	115,4	3,2	110,4	2,2
2009	116,3	2,1	116,9	2,0	117,0	2,2	118,2	2,4	110,2	- 0,2
2010	118,1	1,6	118,8	1,6	118,8	1,6	120,2	1,7	112,7	2,3
2009 4.Vj.	129,8	1,2	130,5	1,1	130,7	1,9	119,0	2,3	120,5	- 0,1
2010 1.Vj.	109,6	1,8	110,2	1,8	110,4	2,1	119,6	2,2	105,9	1,9
2.Vj.	111,0	2,1	111,6	2,1	111,3	1,6	120,1	1,7	109,6	2,7
3.Vj.	120,2	1,1	120,8	1,1	121,1	1,3	120,4	1,5	111,9	2,2
4.Vj.	131,7	1,5	132,4	1,5	132,4	1,3	120,6	1,3	123,3	2,3
2011 1.Vj.	111,5	1,7	112,1	1,7	111,8	1,3	120,9	1,1	108,8	2,8
2010 Okt.	110,5	1,4	111,1	1,4	111,3	1,3	120,6	1,4	.	.
Nov.	170,7	1,1	171,7	1,1	172,2	1,2	120,6	1,4	.	.
Dez.	113,8	2,1	114,4	2,2	113,7	1,5	120,6	1,3	.	.
2011 Jan.	112,4	2,7	113,0	2,7	111,6	1,1	120,9	1,1	.	.
Febr.	110,7	0,9	111,3	0,9	111,6	1,1	120,9	1,1	.	.
März	111,4	1,4	112,0	1,4	112,2	1,5	121,0	1,0	.	.
April	112,8	1,7	113,5	1,7	113,1	1,4	121,7	1,5	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. — 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (Verml, Sonderzahlungen z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld,

Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). — 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2011.

XI. Außenwirtschaft
1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2008	2009	2010	2010		2011			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Jan.	Febr.	März
A. Leistungsbilanz	- 142 440	- 25 713	- 36 654	- 6 156	+ 5 993	- 33 455	- 20 789	- 8 872	- 3 794
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 590 237	1 303 553	1 564 299	403 170	422 299	423 948	127 464	137 739	158 745
Einfuhr (fob)	1 612 768	1 266 047	1 543 579	394 956	414 703	436 357	141 592	138 375	156 390
Saldo	- 22 530	+ 37 506	+ 20 723	+ 8 215	+ 7 597	- 12 409	- 14 128	- 636	+ 2 355
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	514 449	473 937	515 051	138 497	134 379	120 517	40 793	37 398	42 326
Ausgaben	473 340	440 170	474 012	123 881	124 052	115 091	39 323	35 062	40 706
Saldo	+ 41 107	+ 33 768	+ 41 040	+ 14 617	+ 10 327	+ 5 425	+ 1 469	+ 2 336	+ 1 620
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 63 280	- 6 404	+ 1 795	+ 1 442	+ 3 978	+ 4 793	+ 111	+ 2 924	+ 1 758
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	91 214	93 905	87 653	15 620	31 439	26 505	8 745	12 425	5 335
eigene Leistungen	188 950	184 484	187 858	46 048	47 344	57 768	16 985	25 921	14 862
Saldo	- 97 739	- 90 581	- 100 209	- 30 429	- 15 907	- 31 263	- 8 240	- 13 496	- 9 527
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 9 243	+ 6 565	+ 7 719	+ 1 015	+ 2 540	+ 2 506	+ 352	+ 2 184	- 30
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 141 476	+ 9 977	+ 34 352	+ 3 882	- 10 934	+ 28 313	+ 18 328	+ 7 403	+ 2 582
1. Direktinvestitionen	- 236 012	- 109 378	- 78 582	- 30 772	+ 27 233	- 22 189	+ 6 485	- 22 028	- 6 646
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 328 779	- 325 268	- 166 507	- 28 148	- 7 110	- 53 555	- 26 270	- 8 661	- 18 624
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 92 767	+ 215 888	+ 87 924	- 2 624	+ 34 342	+ 31 367	+ 32 755	- 13 366	+ 11 978
2. Wertpapieranlagen	+ 283 263	+ 270 688	+ 143 205	- 17 058	+ 41 636	+ 156 236	- 18 077	+ 97 307	+ 77 006
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 7 206	- 84 281	- 140 714	- 53 150	- 42 905	- 29 169	- 39 464	+ 1 884	+ 8 411
Aktien	+ 98 025	- 46 825	- 81 030	- 10 627	- 42 735	+ 766	+ 6 139	- 4 656	- 717
Anleihen	- 80 737	- 30 209	- 103 694	- 59 657	- 66	- 27 660	- 37 457	- 2 745	+ 12 542
Geldmarktpapiere	- 10 082	- 7 247	+ 44 009	+ 17 134	- 104	- 2 274	- 8 146	+ 9 286	- 3 414
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 276 057	+ 354 966	+ 283 920	+ 36 092	+ 84 542	+ 185 405	+ 21 388	+ 95 422	+ 68 595
Aktien	- 84 591	+ 111 842	+ 147 481	+ 39 711	+ 77 018	+ 75 717	+ 9 008	+ 36 859	+ 29 850
Anleihen	+ 177 761	+ 123 263	+ 134 369	- 37 394	+ 33 201	+ 60 331	+ 913	+ 30 860	+ 28 558
Geldmarktpapiere	+ 182 890	+ 119 862	+ 2 072	+ 33 776	- 25 676	+ 49 357	+ 11 467	+ 27 703	+ 10 187
3. Finanzderivate	- 82 869	+ 37 207	+ 7 974	+ 2 352	+ 993	- 3 921	- 2 693	- 2 319	+ 1 091
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	+ 180 452	- 193 096	- 28 066	+ 54 316	- 79 242	- 90 708	+ 38 337	- 66 590	- 62 455
Eurosysteem	+ 290 397	- 233 231	+ 11 819	- 4 056	+ 11 212	+ 7 038	+ 7 541	+ 1 609	- 2 112
Staat	+ 14 929	+ 1 751	+ 24 774	+ 9 241	+ 11 172	+ 35 354	+ 19 502	+ 6 959	+ 8 893
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 132 067	+ 68 489	- 11 362	+ 17 698	- 77 043	- 140 158	+ 4 619	- 58 508	- 86 269
langfristig	- 226 153	- 21 394	+ 39 817	+ 40 536	+ 1 338	+ 38 004	+ 30 652	+ 947	+ 6 405
kurzfristig	+ 94 082	+ 89 887	- 51 173	- 22 836	- 78 379	- 178 162	- 26 032	- 59 456	- 92 674
Unternehmen und Privatpersonen	+ 7 198	- 30 105	- 53 297	+ 31 432	- 24 583	+ 7 057	+ 6 675	- 16 651	+ 17 033
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	- 3 358	+ 4 558	- 10 180	- 4 956	- 1 553	- 11 105	- 5 724	+ 1 033	- 6 414
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 8 281	+ 9 170	- 5 421	+ 1 257	+ 2 400	+ 2 635	+ 2 108	- 715	+ 1 242

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XI. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögenseinkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)		
	Mio DM										
1997	- 17 336	+ 116 467	- 7 875	- 68 692	- 4 740	- 52 496	+ 52	+ 6 671	+ 6 640	+ 10 613	
1998	- 28 696	+ 126 970	- 8 917	- 75 053	- 18 635	- 53 061	+ 1 289	+ 25 683	- 7 128	+ 1 724	
1999	- 25 177	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 11 415	- 24 785	- 154	+ 10 396	+ 12 535	+ 35 726	
2000	- 68 913	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 302	- 54 666	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 11 295	
2001	+ 830	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 21 382	- 52 526	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 22 994	
	Mio €										
1999	- 25 177	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 11 415	- 24 785	- 154	+ 10 396	+ 12 535	+ 35 726	
2000	- 35 235	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 335	- 27 950	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 775	
2001	+ 424	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 10 932	- 26 856	- 387	- 11 794	+ 6 032	+ 11 757	
2002	+ 40 973	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 019	- 27 517	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 313	
2003	+ 42 917	+ 129 921	- 11 148	- 34 506	- 15 067	- 28 283	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 529	
2004	+ 102 833	+ 156 096	- 16 470	- 29 375	+ 20 431	- 27 849	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 19 717	
2005	+ 112 906	+ 158 179	- 14 057	- 27 401	+ 24 896	- 28 712	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 18 098	
2006	+ 144 999	+ 159 048	- 12 888	- 17 346	+ 44 893	- 28 708	- 258	- 175 474	+ 2 934	+ 30 732	
2007	+ 181 150	+ 195 348	- 9 816	- 14 852	+ 43 310	- 32 841	+ 104	- 210 151	- 953	+ 28 897	
2008	+ 154 833	+ 178 297	- 14 058	- 11 585	+ 35 565	- 33 386	- 215	- 160 196	- 2 008	+ 5 577	
2009	+ 133 744	+ 138 697	- 11 604	- 10 437	+ 50 105	- 33 017	+ 74	- 145 427	+ 3 200	+ 11 609	
2010	+ 141 443	+ 154 473	- 11 415	- 8 012	+ 44 483	- 38 086	- 637	- 131 361	- 1 613	- 9 445	
2008 2.Vj.	+ 40 869	+ 53 167	- 3 097	- 3 486	- 275	- 5 440	+ 243	- 47 180	- 889	+ 6 069	
3.Vj.	+ 30 791	+ 40 225	- 3 157	- 8 932	+ 11 710	- 9 054	- 299	- 11 462	+ 1 630	- 19 031	
4.Vj.	+ 37 045	+ 33 972	- 3 977	+ 1 529	+ 12 613	- 7 092	- 661	- 43 830	- 1 584	+ 7 446	
2009 1.Vj.	+ 24 869	+ 27 576	- 3 657	- 1 984	+ 14 543	- 11 609	+ 22	- 3 419	+ 321	- 21 471	
2.Vj.	+ 26 201	+ 34 119	- 2 666	- 2 973	+ 3 742	- 6 021	+ 291	- 49 965	+ 41	+ 23 473	
3.Vj.	+ 32 190	+ 36 092	- 2 679	- 8 269	+ 15 210	- 8 164	+ 37	- 22 056	+ 2 269	- 10 171	
4.Vj.	+ 50 485	+ 40 910	- 2 603	+ 2 789	+ 16 610	- 7 222	- 276	- 69 987	+ 569	+ 19 778	
2010 1.Vj.	+ 34 573	+ 37 830	- 2 535	- 920	+ 14 296	- 14 098	+ 271	- 32 811	- 651	- 2 034	
2.Vj.	+ 28 587	+ 37 408	- 2 835	- 2 543	+ 3 131	- 6 573	- 443	- 31 884	- 801	+ 3 740	
3.Vj.	+ 32 007	+ 39 711	- 2 973	- 6 744	+ 12 900	- 10 886	+ 6	- 24 125	+ 344	- 7 888	
4.Vj.	+ 46 275	+ 39 524	- 3 072	+ 2 196	+ 14 156	- 6 529	- 472	- 42 540	- 506	- 3 263	
2011 1.Vj.	+ 35 399	+ 40 823	- 4 403	- 223	+ 13 348	- 14 146	+ 912	- 53 774	- 1 393	+ 17 464	
2008 Nov.	+ 8 661	+ 9 967	- 1 846	+ 185	+ 4 126	- 3 772	- 85	- 11 880	- 269	+ 3 305	
Dez.	+ 15 210	+ 7 339	- 1 013	+ 3 611	+ 4 471	+ 802	- 375	- 12 486	+ 2 058	- 2 350	
2009 Jan.	+ 4 004	+ 7 404	- 1 390	- 1 910	+ 3 845	- 3 946	- 57	+ 16 328	+ 2 245	- 20 275	
Febr.	+ 8 308	+ 8 770	- 1 046	- 92	+ 4 985	- 4 309	- 85	- 2 693	- 271	- 5 529	
März	+ 12 556	+ 11 401	- 1 221	+ 18	+ 5 712	- 3 354	+ 165	- 17 054	- 1 652	+ 4 333	
April	+ 7 432	+ 10 066	- 774	+ 147	+ 709	- 2 715	+ 313	- 9 810	- 590	+ 2 065	
Mai	+ 6 088	+ 10 327	- 1 031	- 335	- 2 171	- 703	+ 101	- 8 738	+ 342	+ 2 549	
Juni	+ 12 680	+ 13 726	- 860	- 2 785	+ 5 203	- 2 603	- 123	- 31 416	+ 288	+ 18 858	
Juli	+ 12 894	+ 15 592	- 978	- 3 813	+ 4 661	- 2 568	+ 24	- 3 788	- 92	+ 9 130	
Aug.	+ 7 503	+ 8 999	- 959	- 2 985	+ 5 433	- 2 985	- 10	- 8 514	+ 743	+ 1 021	
Sept.	+ 11 792	+ 11 501	- 743	- 1 471	+ 5 116	- 2 611	+ 23	- 9 753	+ 1 618	- 2 062	
Okt.	+ 11 383	+ 12 466	- 591	- 1 195	+ 5 619	- 4 916	- 249	- 23 201	- 651	+ 12 067	
Nov.	+ 16 586	+ 15 962	- 1 485	+ 379	+ 5 525	- 3 794	+ 91	- 22 777	+ 1 522	+ 6 100	
Dez.	+ 22 516	+ 12 482	- 526	+ 3 605	+ 5 466	+ 1 488	- 117	- 24 010	- 302	+ 1 611	
2010 Jan.	+ 5 568	+ 8 094	- 1 038	- 1 485	+ 4 526	- 4 528	+ 64	+ 13 557	- 55	- 19 189	
Febr.	+ 10 209	+ 12 745	- 286	- 4	+ 4 637	- 6 882	+ 430	- 17 923	- 782	+ 7 284	
März	+ 18 796	+ 16 991	- 1 210	+ 569	+ 5 133	- 2 687	- 223	- 28 445	+ 187	+ 9 872	
April	+ 12 001	+ 13 178	- 816	+ 399	+ 1 479	- 2 239	- 200	- 9 518	- 116	- 2 283	
Mai	+ 3 131	+ 9 905	- 1 289	- 1 148	- 2 827	- 1 510	- 53	- 8 898	- 671	+ 5 820	
Juni	+ 13 455	+ 14 325	- 730	- 1 794	+ 4 478	- 2 824	- 190	- 13 468	- 14	+ 204	
Juli	+ 10 366	+ 13 623	- 1 263	- 2 719	+ 4 435	- 3 710	+ 420	+ 19 207	+ 20	- 29 994	
Aug.	+ 5 700	+ 9 175	- 955	- 3 184	+ 4 229	- 3 566	- 112	- 18 532	+ 119	+ 12 944	
Sept.	+ 15 941	+ 16 913	- 756	- 842	+ 4 236	- 3 610	- 302	- 24 801	+ 205	+ 9 161	
Okt.	+ 13 418	+ 14 298	- 644	- 1 392	+ 4 734	- 3 577	- 221	+ 2 909	+ 234	- 16 106	
Nov.	+ 13 579	+ 13 065	- 1 051	+ 919	+ 4 699	- 4 053	- 169	- 19 376	+ 81	+ 5 966	
Dez.	+ 19 278	+ 12 161	- 1 376	+ 2 668	+ 4 723	+ 1 102	- 81	- 26 074	- 820	+ 6 877	
2011 Jan. r)	+ 7 099	+ 10 124	- 1 356	- 1 191	+ 3 587	- 4 065	+ 542	- 4 351	- 182	- 3 289	
Febr. r)	+ 8 717	+ 11 928	- 1 089	+ 342	+ 4 646	- 7 111	+ 528	- 20 602	- 23	+ 11 358	
März	+ 19 583	+ 18 771	- 1 958	+ 625	+ 5 116	- 2 971	- 158	- 28 820	- 1 188	+ 9 395	
April p)	+ 8 790	+ 10 896	- 1 414	- 1 014	+ 2 256	- 1 935	- 192	- 14 239	- 563	+ 5 641	

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische

Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapitalexport: - . — 5 Zunahme: - .

XI. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2008	2009	2010	2010		2011			
					November	Dezember	Januar ^{r)}	Februar ^{r)}	März ^{r)}	April ^{p)}
Alle Länder ¹⁾	Ausfuhr	984 140	803 312	951 899	87 201	81 724	78 555	84 068	98 180	84 325
	Einfuhr	805 842	664 615	797 426	74 136	69 563	68 431	72 140	79 409	73 429
	Saldo	+ 178 297	+ 138 697	+ 154 473	+ 13 065	+ 12 161	+ 10 124	+ 11 928	+ 18 771	+ 10 896
I. Europäische Länder	Ausfuhr	733 092	585 826	682 376	62 436	57 798	56 686	60 010	70 409	...
	Einfuhr	567 062	463 721	552 976	50 058	48 420	45 880	49 918	56 270	...
	Saldo	+ 166 031	+ 122 105	+ 129 400	+ 12 378	+ 9 377	+ 10 806	+ 10 092	+ 14 138	...
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	622 637	500 654	578 225	52 217	48 975	48 330	50 683	58 700	...
	Einfuhr	460 887	380 323	455 896	41 410	39 853	37 211	40 734	46 016	...
	Saldo	+ 161 750	+ 120 331	+ 122 329	+ 10 807	+ 9 123	+ 11 118	+ 9 948	+ 12 684	...
EWU-Länder (17)	Ausfuhr	421 120	343 701	393 227	35 380	33 534	32 673	34 329	39 628	...
	Einfuhr	315 410	258 729	307 730	27 709	26 657	24 740	27 498	31 104	...
	Saldo	+ 105 710	+ 84 972	+ 85 497	+ 7 671	+ 6 877	+ 7 934	+ 6 831	+ 8 524	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	55 230	46 262	52 165	4 276	4 230	4 302	4 555	5 089	...
	Einfuhr	39 959	30 694	36 678	3 229	3 123	3 003	3 194	3 654	...
	Saldo	+ 15 271	+ 15 568	+ 15 487	+ 1 046	+ 1 107	+ 1 299	+ 1 361	+ 1 435	...
Frankreich	Ausfuhr	93 718	81 304	90 694	8 238	7 500	8 020	8 053	9 340	...
	Einfuhr	63 369	53 338	61 751	5 591	5 404	4 588	5 570	5 999	...
	Saldo	+ 30 349	+ 27 966	+ 28 943	+ 2 647	+ 2 096	+ 3 432	+ 2 484	+ 3 341	...
Italien	Ausfuhr	62 015	50 620	58 477	5 489	5 031	4 869	5 114	6 167	...
	Einfuhr	46 842	37 197	43 667	3 931	3 676	3 385	4 012	4 452	...
	Saldo	+ 15 173	+ 13 423	+ 14 810	+ 1 559	+ 1 355	+ 1 484	+ 1 102	+ 1 715	...
Niederlande	Ausfuhr	65 799	53 195	63 235	5 460	5 992	5 090	5 601	6 201	...
	Einfuhr	67 971	55 583	68 767	6 181	6 305	6 025	6 381	7 254	...
	Saldo	- 2 172	- 2 388	- 5 532	- 721	- 314	- 934	- 780	- 1 053	...
Österreich	Ausfuhr	54 689	46 093	53 721	4 902	4 537	4 302	4 652	5 472	...
	Einfuhr	33 180	27 565	34 315	3 103	2 999	2 641	2 979	3 511	...
	Saldo	+ 21 509	+ 18 528	+ 19 406	+ 1 799	+ 1 537	+ 1 661	+ 1 673	+ 1 961	...
Spanien	Ausfuhr	42 676	31 281	34 381	3 081	2 702	2 798	2 927	3 403	...
	Einfuhr	20 701	18 959	22 258	1 956	1 739	1 830	1 939	2 165	...
	Saldo	+ 21 975	+ 12 322	+ 12 122	+ 1 125	+ 963	+ 968	+ 988	+ 1 238	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	201 517	156 953	184 998	16 837	15 442	15 656	16 354	19 072	...
	Einfuhr	145 478	121 594	148 166	13 701	13 196	12 472	13 236	14 912	...
	Saldo	+ 56 039	+ 35 359	+ 36 832	+ 3 136	+ 2 246	+ 3 185	+ 3 118	+ 4 160	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	64 175	53 240	59 487	5 233	4 664	5 108	5 358	6 211	...
	Einfuhr	41 646	32 452	38 594	3 761	3 522	3 284	3 443	4 002	...
	Saldo	+ 22 529	+ 20 787	+ 20 894	+ 1 472	+ 1 143	+ 1 824	+ 1 915	+ 2 210	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	110 455	85 172	104 151	10 219	8 822	8 356	9 327	11 708	...
	Einfuhr	106 174	83 398	97 080	8 648	8 568	8 668	9 184	10 254	...
	Saldo	+ 4 281	+ 1 774	+ 7 071	+ 1 571	+ 254	- 313	+ 143	+ 1 454	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	39 027	35 510	41 712	3 913	3 420	3 557	3 644	4 434	...
	Einfuhr	31 299	28 096	32 485	2 933	2 515	2 504	2 812	3 235	...
	Saldo	+ 7 728	+ 7 414	+ 9 227	+ 980	+ 905	+ 1 053	+ 832	+ 1 199	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	249 199	216 466	276 825	25 491	23 853	21 803	24 018	27 685	...
	Einfuhr	238 050	200 303	253 163	24 959	21 142	22 551	22 203	23 134	...
	Saldo	+ 11 150	+ 16 163	+ 23 662	+ 532	+ 2 711	- 747	+ 1 815	+ 4 550	...
1. Afrika	Ausfuhr	19 636	17 412	20 033	1 652	1 649	1 594	1 639	1 801	...
	Einfuhr	20 661	14 235	16 991	1 860	1 314	1 813	2 283	1 806	...
	Saldo	- 1 024	+ 3 177	+ 3 043	- 208	+ 336	- 219	- 644	- 6	...
2. Amerika	Ausfuhr	101 866	78 727	99 924	9 336	7 993	7 758	8 749	9 780	...
	Einfuhr	73 884	60 498	71 294	6 777	6 234	5 876	5 997	6 843	...
	Saldo	+ 27 982	+ 18 229	+ 28 630	+ 2 560	+ 1 759	+ 1 882	+ 2 752	+ 2 937	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	71 428	54 356	65 570	6 461	5 308	5 209	5 850	6 530	...
	Einfuhr	46 464	39 283	45 063	4 298	3 857	3 533	3 821	4 176	...
	Saldo	+ 24 965	+ 15 074	+ 20 507	+ 2 162	+ 1 451	+ 1 676	+ 2 029	+ 2 354	...
3. Asien	Ausfuhr	120 102	113 179	147 870	13 732	13 469	11 800	12 944	15 254	...
	Einfuhr	140 585	122 823	161 776	16 058	13 305	14 593	13 665	14 142	...
	Saldo	- 20 483	- 9 644	- 13 906	- 2 327	+ 165	- 2 793	- 721	+ 1 111	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	27 498	23 598	28 126	2 721	2 545	1 905	2 171	2 398	...
	Einfuhr	7 943	5 506	6 881	845	591	562	584	536	...
	Saldo	+ 19 555	+ 18 092	+ 21 245	+ 1 876	+ 1 954	+ 1 342	+ 1 587	+ 1 862	...
Japan	Ausfuhr	12 732	10 875	13 114	1 136	1 099	1 171	1 206	1 266	...
	Einfuhr	23 130	18 946	22 065	2 096	1 687	1 966	1 762	2 229	...
	Saldo	- 10 398	- 8 071	- 8 951	- 959	- 588	- 795	- 555	- 964	...
Volksrepublik China ²⁾	Ausfuhr	34 065	37 273	53 636	5 047	4 919	4 618	5 049	6 082	...
	Einfuhr	60 825	56 706	76 528	7 568	6 550	6 664	6 298	6 104	...
	Saldo	- 26 760	- 19 434	- 22 892	- 2 521	- 1 631	- 2 046	- 1 249	- 23	...
Südostasiatische Schwellenländer ³⁾	Ausfuhr	32 572	28 606	38 054	3 546	3 330	3 009	3 202	3 947	...
	Einfuhr	33 152	28 338	39 025	3 982	3 002	3 703	3 382	3 421	...
	Saldo	- 580	+ 268	- 971	- 437	+ 327	- 694	- 180	+ 526	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	7 595	7 147	8 997	771	741	651	685	850	...
	Einfuhr	2 920	2 747	3 102	265	289	269	257	343	...
	Saldo	+ 4 674	+ 4 401	+ 5 895	+ 506	+ 452	+ 382	+ 428	+ 507	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. Die Angaben für das

Jahr 2010 enthalten Korrekturen, die regional aufgedgliedert noch nicht vorliegen. — 2 Ohne Hongkong. — 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

XI. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen							übrige Dienstleistungen			Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	zusammen	darunter:				
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen			
2006	- 17 346	- 32 771	+ 5 723	+ 2 232	- 1 895	+ 3 736	+ 5 629	- 1 790	+ 3 980	- 773	+ 45 666	
2007	- 14 852	- 34 324	+ 6 756	+ 2 801	- 2 016	+ 3 309	+ 8 622	- 1 964	+ 3 197	+ 252	+ 43 058	
2008	- 11 585	- 34 718	+ 8 300	+ 4 106	- 1 337	+ 2 372	+ 9 691	- 1 648	+ 3 145	+ 463	+ 35 103	
2009	- 10 437	- 33 341	+ 6 873	+ 3 848	+ 804	+ 2 369	+ 9 011	- 1 256	+ 2 563	- 126	+ 50 231	
2010	- 8 012	- 32 440	+ 7 056	+ 3 709	+ 992	+ 2 470	+ 10 202	- 1 155	+ 2 887	- 269	+ 44 751	
2009 3.Vj.	- 8 269	- 13 845	+ 1 312	+ 776	+ 231	+ 592	+ 2 664	- 298	+ 729	- 674	+ 15 885	
4.Vj.	+ 2 789	- 5 750	+ 1 478	+ 1 533	+ 1 504	+ 494	+ 3 529	- 313	+ 1 012	- 509	+ 17 119	
2010 1.Vj.	- 920	- 5 126	+ 1 497	+ 920	+ 112	+ 608	+ 1 068	- 246	+ 584	+ 443	+ 13 853	
2.Vj.	- 2 543	- 8 461	+ 2 038	+ 663	+ 438	+ 595	+ 2 184	- 267	+ 716	+ 294	+ 2 837	
3.Vj.	- 6 744	- 12 869	+ 1 910	+ 1 033	- 289	+ 596	+ 2 875	- 329	+ 649	- 584	+ 13 484	
4.Vj.	+ 2 196	- 5 984	+ 1 611	+ 1 093	+ 731	+ 671	+ 4 075	- 313	+ 938	- 423	+ 14 578	
2011 1.Vj.	- 223	- 5 563	+ 1 402	+ 702	- 141	+ 596	+ 2 781	- 248	+ 618	+ 410	+ 12 938	
2010 Juni	- 1 794	- 3 782	+ 702	+ 127	- 109	+ 186	+ 1 080	- 101	+ 410	+ 96	+ 4 382	
Juli	- 2 719	- 4 003	+ 690	+ 290	- 424	+ 172	+ 556	- 154	+ 240	- 194	+ 4 629	
Aug.	- 3 184	- 5 307	+ 702	+ 450	+ 179	+ 201	+ 591	- 72	+ 148	- 197	+ 4 427	
Sept.	- 842	- 3 560	+ 518	+ 294	- 43	+ 223	+ 1 727	- 104	+ 260	- 192	+ 4 428	
Okt.	- 1 392	- 3 742	+ 496	+ 239	- 75	+ 213	+ 1 479	- 88	+ 261	- 164	+ 4 898	
Nov.	+ 919	- 1 612	+ 550	+ 330	+ 197	+ 271	+ 1 184	- 101	+ 375	- 185	+ 4 884	
Dez.	+ 2 668	- 630	+ 565	+ 525	+ 609	+ 187	+ 1 412	- 124	+ 302	- 74	+ 4 796	
2011 Jan.	- 1 191	- 1 994	+ 411	+ 391	- 198	+ 187	+ 13	- 87	+ 150	+ 131	+ 3 456	
Febr.	+ 342	- 1 486	+ 489	+ 57	+ 244	+ 194	+ 845	- 64	+ 264	+ 130	+ 4 516	
März	+ 625	- 2 083	+ 502	+ 254	- 187	+ 215	+ 1 924	- 97	+ 204	+ 150	+ 4 966	
April	- 1 014	- 1 830	+ 623	+ 316	+ 62	+ 224	- 409	- 58	+ 226	+ 94	+ 2 162	

1 Ergebnisse ab Januar 2001 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom
Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2006	- 28 708	- 15 998	- 16 404	- 14 850	+ 406	- 12 710	- 2 927	- 9 783
2007	- 32 841	- 17 393	- 19 331	- 17 548	+ 1 939	- 15 448	- 2 997	- 12 451
2008	- 33 386	- 17 003	- 18 741	- 16 645	+ 1 738	- 16 384	- 3 079	- 13 304
2009	- 33 017	- 18 830	- 19 044	- 16 603	+ 214	- 14 187	- 2 995	- 11 192
2010	- 38 086	- 22 960	- 22 607	- 19 542	- 353	- 15 126	- 3 035	- 12 092
2009 3.Vj.	- 8 164	- 5 011	- 4 289	- 3 766	- 721	- 3 154	- 749	- 2 405
4.Vj.	- 7 222	- 3 744	- 2 785	- 2 216	- 959	- 3 478	- 749	- 2 729
2010 1.Vj.	- 14 098	- 10 921	- 10 086	- 8 986	- 835	- 3 177	- 759	- 2 418
2.Vj.	- 6 573	- 2 298	- 4 393	- 3 771	+ 2 095	- 4 275	- 759	- 3 516
3.Vj.	- 10 886	- 7 168	- 6 457	- 5 662	- 711	- 3 718	- 759	- 2 960
4.Vj.	- 6 529	- 2 573	- 1 670	- 1 123	- 903	- 3 956	- 759	- 3 197
2011 1.Vj.	- 14 146	- 10 553	- 9 872	- 8 949	- 682	- 3 593	- 744	- 2 849
2010 Juni	- 2 824	- 1 258	- 1 183	- 1 007	- 75	- 1 566	- 253	- 1 313
Juli	- 3 710	- 2 402	- 2 115	- 1 928	- 287	- 1 308	- 253	- 1 055
Aug.	- 3 566	- 2 399	- 2 066	- 1 673	- 332	- 1 167	- 253	- 914
Sept.	- 3 610	- 2 368	- 2 277	- 2 061	- 91	- 1 243	- 253	- 990
Okt.	- 3 577	- 2 716	- 2 335	- 2 085	- 381	- 862	- 253	- 609
Nov.	- 4 053	- 2 758	- 2 271	- 2 145	- 487	- 1 296	- 253	- 1 043
Dez.	+ 1 102	+ 2 901	+ 2 935	+ 3 108	- 35	- 1 799	- 253	- 1 546
2011 Jan.	- 4 065	- 2 943	- 2 904	- 2 415	- 39	- 1 122	- 248	- 874
Febr.	- 7 111	- 5 882	- 5 439	- 5 128	- 443	- 1 229	- 248	- 981
März	- 2 971	- 1 729	- 1 529	- 1 406	- 200	- 1 242	- 248	- 994
April	- 1 935	- 753	- 1 637	- 1 272	+ 884	- 1 182	- 248	- 934

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

6. Vermögensübertragungen
(Salden)

Mio €

Zeit	insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2007	+ 104	- 2 034	+ 2 138
2008	- 215	- 1 857	+ 1 642
2009	+ 74	- 1 704	+ 1 778
2010	- 637	- 2 044	+ 1 407
2009 3.Vj.	+ 37	- 361	+ 398
4.Vj.	- 276	- 633	+ 357
2010 1.Vj.	+ 271	- 402	+ 673
2.Vj.	- 443	- 403	- 40
3.Vj.	+ 6	- 425	+ 431
4.Vj.	- 472	- 815	+ 343
2011 1.Vj.	+ 912	- 405	+ 1 317
2010 Juni	- 190	- 160	- 31
Juli	+ 420	- 147	+ 567
Aug.	- 112	- 129	+ 17
Sept.	- 302	- 149	- 153
Okt.	- 221	- 177	- 45
Nov.	- 169	- 202	+ 33
Dez.	- 81	- 436	+ 355
2011 Jan.	+ 542	- 122	+ 664
Febr.	+ 528	- 108	+ 636
März	- 158	- 175	+ 17
April	- 192	- 127	- 65

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

XI. Außenwirtschaft
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2008	2009	2010	2010			2011			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Febr.	März	April
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 200 157	- 10 911	- 390 404	- 125 583	- 78 073	- 94 990	- 49 212	- 57 425	+ 25 532	- 65 525
1. Direktinvestitionen 1)	- 52 663	- 56 292	- 79 172	- 33 710	+ 9 117	- 11 270	- 26 355	- 7 113	- 9 531	- 3 091
Beteiligungskapital	- 52 227	- 51 427	- 41 956	- 11 754	+ 638	- 11 525	- 6 874	- 1 141	- 2 743	- 1 674
reinvestierte Gewinne 2)	+ 17 073	- 22 735	- 23 470	- 3 164	- 7 992	- 5 058	- 9 236	- 3 874	- 1 714	- 3 156
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	- 17 508	+ 17 871	- 13 745	- 18 792	+ 16 471	+ 5 312	- 10 245	- 2 098	- 5 074	+ 1 739
2. Wertpapieranlagen	+ 25 099	- 69 144	- 171 328	- 6 340	- 24 915	- 115 741	- 20 714	- 7 402	- 287	- 9 052
Aktien 3)	+ 39 133	- 2 821	+ 173	- 3 687	+ 2 793	- 2 285	+ 4 793	+ 4 098	+ 1 318	- 1 623
Investmentzertifikate 4)	- 7 600	+ 1 775	- 21 753	- 3 058	- 7 721	- 3 190	- 2 916	- 2 536	+ 2 165	- 3 186
Anleihen 5)	- 24 151	- 81 203	- 156 134	- 2 800	- 17 250	- 115 902	- 19 965	- 10 733	- 2 126	+ 2 961
Geldmarktpapiere	+ 17 717	+ 13 105	+ 6 387	+ 3 204	- 2 738	+ 5 636	+ 2 626	+ 1 769	- 1 643	- 7 203
3. Finanzderivate 6)	- 30 235	+ 12 368	- 17 608	- 6 343	- 7 898	+ 267	- 11 474	- 3 972	- 7 075	+ 2 524
4. übriger Kapitalverkehr	- 140 350	+ 98 957	- 120 683	- 78 389	- 54 720	+ 32 261	+ 10 724	- 38 915	+ 43 613	- 55 344
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 71 888	+ 176 553	+ 138 535	- 23 039	+ 41 677	+ 96 260	+ 34 446	- 11 048	+ 48 505	- 70 570
langfristig	- 142 271	+ 25 779	+ 77 701	+ 10 159	+ 29 327	+ 26 615	+ 5 073	- 2 461	+ 2 765	+ 7
kurzfristig	+ 70 382	+ 150 774	+ 60 833	- 33 198	+ 12 350	+ 69 645	+ 29 373	- 8 587	+ 45 740	- 70 577
Unternehmen und Privatpersonen	- 26 758	- 18 390	- 50 518	- 8 192	- 34 893	+ 4 384	- 26 543	- 9 361	+ 535	- 322
langfristig	- 23 572	- 22 263	- 39 834	- 8 296	- 13 769	- 7 214	- 9 428	- 7 189	+ 2 118	- 2 556
kurzfristig 7)	- 3 187	+ 3 872	- 10 684	+ 104	- 21 124	+ 11 598	- 17 115	- 2 172	- 1 583	+ 2 233
Staat	+ 2 896	+ 2 061	- 61 067	- 5 158	- 942	- 52 494	+ 496	- 441	- 2 892	+ 1 427
langfristig	- 238	- 596	- 52 757	- 10 726	+ 656	- 41 371	+ 2 948	+ 2 474	- 444	+ 466
kurzfristig 7)	+ 3 135	+ 2 657	- 8 309	+ 5 569	- 1 598	- 11 122	- 2 452	- 2 915	- 2 449	+ 961
Bundesbank	- 44 600	- 61 267	- 147 633	- 42 000	- 60 563	- 15 890	+ 2 325	- 18 065	- 2 534	+ 14 122
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	- 2 008	+ 3 200	- 1 613	- 801	+ 344	- 506	- 1 393	- 23	- 1 188	- 563
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 39 962	- 134 516	+ 259 043	+ 93 699	+ 53 947	+ 52 449	- 4 562	+ 36 823	- 54 352	+ 51 286
1. Direktinvestitionen 1)	+ 2 879	+ 27 085	+ 34 833	+ 9 548	+ 7 947	+ 10 267	+ 1 806	- 4 386	+ 4 694	+ 1 623
Beteiligungskapital	+ 22 800	+ 8 528	+ 7 955	+ 4 551	+ 3 862	- 212	- 1 513	- 4 487	+ 1 690	+ 383
reinvestierte Gewinne 2)	- 21 491	+ 1 389	+ 5 303	- 1 875	+ 3 130	+ 343	+ 3 911	+ 1 342	+ 1 101	+ 673
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 1 571	+ 17 168	+ 21 575	+ 6 872	+ 955	+ 10 137	- 592	- 1 242	+ 1 903	+ 567
2. Wertpapieranlagen	+ 26 328	- 13 571	+ 46 408	- 2 784	+ 32 037	+ 8 003	+ 47 794	+ 41 408	- 4 799	+ 1 711
Aktien 3)	- 34 734	+ 2 334	- 4 073	- 3 812	+ 1 989	- 2 089	- 4 920	+ 8 555	- 5 848	- 18 034
Investmentzertifikate	- 8 715	+ 5 406	+ 2 408	+ 64	- 504	+ 1 160	+ 2 399	+ 956	+ 429	+ 0
Anleihen 5)	+ 29 841	- 71 690	+ 48 308	+ 20 913	+ 21 537	- 7 321	+ 32 448	+ 20 944	- 957	+ 13 059
Geldmarktpapiere	+ 39 935	+ 50 379	- 235	- 19 949	+ 9 015	+ 16 253	+ 17 866	+ 10 953	+ 1 578	+ 6 686
3. übriger Kapitalverkehr	+ 10 755	- 148 031	+ 177 802	+ 86 935	+ 13 964	+ 34 179	- 54 162	- 199	- 54 247	+ 47 952
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 57 268	- 114 873	+ 76 198	+ 72 898	+ 745	- 49 228	- 39 262	- 1 542	- 58 601	+ 51 150
langfristig	+ 12 805	- 23 849	- 5 855	- 1 317	- 2 417	- 640	- 3 597	- 2 106	- 1 188	- 3 029
kurzfristig	- 70 073	- 91 024	+ 82 052	+ 74 214	+ 3 162	- 48 588	- 35 666	+ 564	- 57 413	+ 54 179
Unternehmen und Privatpersonen	+ 47 437	- 6 087	+ 2 751	+ 11 153	+ 9 159	- 6 793	- 3 860	- 8 930	+ 233	+ 2 509
langfristig	+ 26 991	+ 1 773	- 5 173	- 1 853	- 2 014	- 2 679	- 5 685	- 1 815	- 2 114	- 4 040
kurzfristig 7)	+ 20 445	- 7 860	+ 7 924	+ 13 006	+ 11 174	- 4 114	+ 1 825	- 7 115	+ 2 347	+ 6 550
Staat	+ 6 235	- 5 290	+ 93 335	+ 1 101	+ 4 230	+ 86 572	- 9 999	+ 11 896	+ 2 643	- 4 165
langfristig	- 1 161	- 2 013	- 232	- 48	+ 101	+ 299	- 1 085	- 30	- 25	- 240
kurzfristig 7)	+ 7 396	- 3 276	+ 93 567	+ 1 149	+ 4 129	+ 86 273	- 8 913	+ 11 926	+ 2 669	- 3 925
Bundesbank	+ 14 351	- 21 782	+ 5 518	+ 1 784	- 170	+ 3 627	- 1 042	- 1 623	+ 1 477	- 1 543
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 160 196	- 145 427	- 131 361	- 31 884	- 24 125	- 42 540	- 53 774	- 20 602	- 28 820	- 14 239

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbrieft Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XI. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	insgesamt	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUW- Ländern		
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2010 Febr.	352 969	134 669	89 796	17 327	27 546	50	209 481	8 770	9 573	343 396
März	364 072	134 826	90 158	17 176	27 491	50	219 417	9 780	9 421	354 651
April	377 729	142 021	96 677	17 290	28 054	50	225 677	9 982	11 833	365 897
Mai	444 480	157 385	108 045	18 854	30 486	50	267 464	19 580	13 024	431 455
Juni	444 756	160 629	110 727	19 039	30 863	50	261 416	22 662	11 220	433 536
Juli	452 125	145 637	98 074	18 507	29 056	50	283 223	23 216	11 557	440 569
Aug.	473 073	155 245	106 417	18 798	30 030	50	294 597	23 181	10 910	462 163
Sept.	496 333	150 758	105 059	18 188	27 511	50	321 979	23 547	10 995	485 338
Okt.	472 762	150 481	105 507	17 972	27 002	50	298 661	23 569	12 729	460 032
Nov.	497 807	162 835	115 698	18 397	28 740	50	311 444	23 479	11 281	486 526
Dez.	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011 Jan.	492 995	152 428	106 493	18 667	27 268	50	314 944	25 574	13 719	479 276
Febr.	515 777	156 964	111 426	18 532	27 005	50	333 010	25 754	12 100	503 677
März	516 360	155 718	110 136	19 253	26 329	50	335 543	25 049	13 569	502 791
April	502 690	157 344	112 655	18 818	25 871	50	321 422	23 875	12 011	490 679
Mai	522 887	162 854	116 831	19 202	26 821	50	335 955	24 028	11 566	511 322

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreiten-

den Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. — 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XI. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2007	509 178	162 654	346 524	196 178	150 346	139 842	10 504	650 966	111 543	539 423	404 904	134 519	82 979	51 540
2008	553 465	173 255	380 210	227 055	153 155	140 520	12 635	707 704	147 242	560 462	424 211	136 251	79 980	56 271
2009	593 591	209 729	383 862	240 727	143 135	130 605	12 530	754 355	159 667	594 688	457 468	137 220	80 759	56 461
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	804 695	159 601	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2010 Nov.	691 745	256 099	435 646	275 907	159 739	146 465	13 274	790 855	157 005	633 850	490 909	142 941	84 471	58 470
Dez.	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	804 695	159 601	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011 Jan. r)	692 921	262 346	430 575	274 046	156 529	140 978	15 551	810 133	161 551	648 582	502 425	146 157	84 387	61 770
Febr. r)	692 112	253 345	438 767	275 156	163 611	148 044	15 567	800 105	156 466	643 639	495 967	147 672	85 043	62 629
März r)	698 653	244 947	453 706	286 702	167 004	151 699	15 305	805 282	151 778	653 504	502 145	151 359	88 337	63 022
April	696 810	245 892	450 918	284 647	166 271	150 763	15 508	811 012	153 508	657 504	506 775	150 729	86 431	64 298
Industrielländer ¹⁾														
2007	452 354	160 666	291 688	180 564	111 124	103 104	8 020	590 245	110 291	479 954	384 024	95 930	69 347	26 583
2008	489 430	171 387	318 043	207 807	110 236	101 002	9 234	643 652	145 045	498 607	402 020	96 587	68 148	28 439
2009	531 796	208 571	323 225	220 778	102 447	93 566	8 881	684 984	157 343	527 641	431 525	96 116	68 912	27 204
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	723 154	157 032	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2010 Nov.	618 770	255 037	363 733	252 972	110 761	101 378	9 383	709 900	154 412	555 488	457 039	98 449	70 807	27 642
Dez.	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	723 154	157 032	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011 Jan. r)	620 797	261 226	359 571	250 880	108 691	97 001	11 690	728 133	158 983	569 150	468 599	100 551	69 707	30 844
Febr. r)	618 218	252 260	365 958	251 747	114 211	102 555	11 656	718 901	153 899	565 002	462 532	102 470	71 262	31 208
März r)	622 528	243 569	379 929	262 884	116 145	104 596	11 639	722 932	149 238	573 694	467 684	106 010	74 105	31 905
April	619 487	244 734	374 753	260 065	114 688	102 907	11 781	728 238	151 125	577 113	472 222	104 891	72 242	32 649
EU-Länder ¹⁾														
2007	364 105	154 644	209 461	127 080	82 381	75 942	6 439	489 234	105 022	384 212	318 769	65 443	46 262	19 181
2008	398 833	164 762	234 071	151 391	82 680	75 192	7 488	536 351	137 208	399 143	331 498	67 645	46 188	21 457
2009	443 431	200 400	243 031	165 986	77 045	70 051	6 994	579 596	141 633	437 963	367 980	69 983	48 977	21 006
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	615 655	148 327	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2010 Nov.	512 954	244 791	268 163	186 970	81 193	73 999	7 194	606 808	146 835	459 973	390 409	69 564	48 192	21 372
Dez.	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	615 655	148 327	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011 Jan. r)	516 960	250 221	266 680	186 587	80 093	70 465	9 628	620 724	151 016	469 708	397 705	72 003	47 397	24 606
Febr. r)	516 231	242 234	273 997	188 797	85 200	75 582	9 618	613 752	146 864	466 888	392 439	74 449	49 531	24 918
März r)	517 530	232 896	284 634	198 253	86 381	76 842	9 539	616 340	141 104	475 236	398 178	77 058	51 576	25 482
April	516 479	234 048	282 431	197 082	85 349	75 711	9 638	621 671	143 439	478 232	402 600	75 632	49 441	26 191
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2007	251 718	118 112	133 606	79 745	53 861	49 537	4 324	367 318	56 632	310 686	269 095	41 591	28 964	12 627
2008	281 518	130 226	151 292	96 968	54 324	49 408	4 916	415 221	81 703	333 518	290 093	43 425	29 768	13 657
2009	321 991	159 740	162 251	114 378	47 873	43 179	4 694	466 064	91 792	374 272	332 280	41 992	28 397	13 595
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	494 943	95 687	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2010 Nov.	372 095	188 272	183 823	129 880	53 943	49 177	4 766	486 352	93 415	392 937	345 919	47 018	32 648	14 370
Dez.	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	494 943	95 687	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011 Jan. r)	382 619	198 108	184 511	130 629	53 882	47 870	6 012	495 203	94 767	400 436	352 951	47 485	31 853	15 632
Febr. r)	378 880	189 390	189 490	132 081	57 409	51 403	6 006	493 557	94 236	399 321	350 174	49 147	33 248	15 899
März r)	384 470	183 763	200 707	142 592	58 115	52 164	5 951	494 474	90 991	403 483	352 111	51 372	35 014	16 358
April	383 318	185 118	198 200	140 424	57 776	51 820	5 956	498 473	93 258	405 215	355 135	50 080	33 472	16 608
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2007	56 824	1 988	54 836	15 614	39 222	36 738	2 484	60 721	1 252	59 469	20 880	38 589	13 632	24 957
2008	64 035	1 868	62 167	19 248	42 919	39 518	3 401	64 052	2 197	61 855	22 191	39 664	11 832	27 832
2009	61 795	1 158	60 637	19 949	40 688	37 039	3 649	69 371	2 324	67 047	25 943	41 104	11 847	29 257
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2010 Nov.	72 975	1 062	71 913	22 935	48 978	45 087	3 891	80 955	2 593	78 362	33 870	44 492	13 664	30 828
Dez.	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011 Jan. r)	72 124	1 120	71 004	23 166	47 838	43 977	3 861	82 000	2 568	79 432	33 826	45 606	14 680	30 926
Febr. r)	73 894	1 085	72 809	23 409	49 400	45 489	3 911	81 204	2 567	78 637	33 435	45 202	13 781	31 421
März r)	76 055	1 378	74 677	23 818	50 859	47 193	3 666	82 350	2 540	79 810	34 461	45 349	14 232	31 117
April	77 323	1 158	76 165	24 582	51 583	47 856	3 727	82 774	2 383	80 391	34 553	45 838	14 189	31 649

* Bis November 2009 einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab

Januar 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien. — 2 Ab Januar 2007 einschl. Slowenien; ab Januar 2008 einschl. Malta und Zypern; ab Januar 2009 einschl. Slowakei; ab Januar 2011 einschl. Estland. — 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl. Teil).

XI. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... WE

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2009 Dez.	1,6185	9,9777	7,4419	131,21	1,5397	8,4066	10,4085	1,5021	1,4614	0,89972
2010 Jan.	1,5624	9,7436	7,4424	130,34	1,4879	8,1817	10,1939	1,4765	1,4272	0,88305
Febr.	1,5434	9,3462	7,4440	123,46	1,4454	8,0971	9,9505	1,4671	1,3686	0,87604
März	1,4882	9,2623	7,4416	123,03	1,3889	8,0369	9,7277	1,4482	1,3569	0,90160
April	1,4463	9,1505	7,4428	125,33	1,3467	7,9323	9,6617	1,4337	1,3406	0,87456
Mai	1,4436	8,5794	7,4413	115,83	1,3060	7,8907	9,6641	1,4181	1,2565	0,85714
Juni	1,4315	8,3245	7,4409	110,99	1,2674	7,9062	9,5723	1,3767	1,2209	0,82771
Juli	1,4586	8,6538	7,4522	111,73	1,3322	8,0201	9,4954	1,3460	1,2770	0,83566
Aug.	1,4337	8,7520	7,4495	110,04	1,3411	7,9325	9,4216	1,3413	1,2894	0,82363
Sept.	1,3943	8,8104	7,4476	110,26	1,3515	7,9156	9,2241	1,3089	1,3067	0,83987
Okt.	1,4164	9,2665	7,4567	113,67	1,4152	8,1110	9,2794	1,3452	1,3898	0,87638
Nov.	1,3813	9,0895	7,4547	112,69	1,3831	8,1463	9,3166	1,3442	1,3661	0,85510
Dez.	1,3304	8,7873	7,4528	110,11	1,3327	7,9020	9,0559	1,2811	1,3220	0,84813
2011 Jan.	1,3417	8,8154	7,4518	110,38	1,3277	7,8199	8,9122	1,2779	1,3360	0,84712
Febr.	1,3543	8,9842	7,4555	112,77	1,3484	7,8206	8,7882	1,2974	1,3649	0,84635
März	1,3854	9,1902	7,4574	114,40	1,3672	7,8295	8,8864	1,2867	1,3999	0,86653
April	1,3662	9,4274	7,4574	120,42	1,3834	7,8065	8,9702	1,2977	1,4442	0,88291
Mai	1,3437	9,3198	7,4566	116,47	1,3885	7,8384	8,9571	1,2537	1,4349	0,87788

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5

Devisenkursstatistik. — 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. — 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen
in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... WE
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
2001 1. Januar	Spanien	Peseta	ESP	166,386
	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466

XI. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft											
	EWK-20 1)		EWK-40 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes						
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	24 ausgewählte Industrieländer 4)			36 Länder 5) 6)	24 ausgewählte Industrieländer 4)	36 Länder 5)	56 Länder 7)			
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU							
1999	96,2	96,0	95,9	96,5	96,5	95,8	97,7	99,4	95,6	97,6	98,2	98,0	97,7			
2000	86,9	86,5	85,9	85,6	87,9	85,8	91,5	97,1	85,1	91,0	92,8	91,9	90,9			
2001	87,6	87,2	86,5	84,8	90,4	87,1	91,1	95,9	85,6	90,2	92,9	91,3	90,8			
2002	90,0	90,3	89,5	87,9	94,8	90,7	91,8	95,0	88,1	90,6	93,5	91,9	91,7			
2003	100,6	101,5	100,3	98,3	106,8	101,6	95,0	94,0	96,9	94,3	97,0	96,5	96,7			
2004	104,4	105,3	103,0	102,1	111,4	105,3	95,3	92,9	99,2	94,4	98,4	98,0	98,2			
2005	102,9	103,8	101,1	99,8	109,4	102,7	94,0	91,3	98,3	92,3	98,4	96,9	96,5			
2006	102,8	103,8	100,4	98,9	109,4	102,0	92,8	89,7	97,7	90,8	98,5	96,4	95,8			
2007	106,4	106,8	102,5	100,9	113,0	104,3	93,8	88,9	101,6	91,3	100,8	97,9	97,1			
2008	110,4	109,9	105,0	104,3	117,9	107,1	94,0	87,3	104,9	91,0	102,4	98,4	97,6			
2009	111,7	110,6	106,0	105,9	120,6	108,0	93,7	87,5	103,8	91,7	102,0	98,5	98,0			
2010	104,6	103,0	98,4	98,2	112,3	99,3	p)	91,0	p)	86,9	97,6	p)	88,6	98,9	94,5	92,9
2007 Okt.	107,9	108,1			114,4	105,2					101,6		98,4		97,5	
2007 Nov.	109,4	109,5			116,1	106,7					102,5		99,4		98,5	
2007 Dez.	109,5	109,4	104,3	103,1	116,0	106,3	94,1	88,1	103,9	91,5	102,3	99,0	98,0			
2008 Jan.	110,1	109,9			116,6	106,8					102,4		99,0		98,0	
2008 Febr.	109,8	109,2	105,7	104,5	116,4	106,2	94,5	87,9	105,5	91,7	102,5	98,7	97,8			
2008 März	112,5	112,2			119,8	109,4					103,4	99,9	99,2			
2008 April	113,6	113,1			121,2	110,3					103,6	99,8	99,2			
2008 Mai	113,1	112,7	107,5	107,1	120,4	109,6	95,2	87,4	108,1	92,0	103,6	99,7	98,9			
2008 Juni	112,8	112,4			120,3	109,4					103,5	99,3	98,5			
2008 Juli	113,0	112,4			120,5	109,4					103,9	99,3	98,6			
2008 Aug.	110,8	110,0	105,2	104,9	117,7	106,6	94,2	87,0	106,1	90,8	102,8	98,2	97,1			
2008 Sept.	109,1	108,3			116,3	105,2					101,9	97,4	96,5			
2008 Okt.	105,6	105,0			113,7	102,8					99,9	95,8	95,1			
2008 Nov.	104,8	104,3	101,6	100,9	112,9	102,0	92,0	87,1	99,9	89,6	99,8	95,6	94,9			
2008 Dez.	110,0	109,5			118,7	107,2					101,7	98,0	97,6			
2009 Jan.	109,8	109,3			118,7	107,1					101,5	97,9	97,6			
2009 Febr.	108,7	108,1	104,4	104,3	117,8	106,2	92,6	87,2	101,2	91,0	100,7	97,7	97,4			
2009 März	111,2	110,3			120,5	108,3					101,7	98,4	98,1			
2009 April	110,3	109,5			119,1	107,1					101,6	98,0	97,5			
2009 Mai	110,9	109,9	105,7	105,3	119,6	107,3	93,5	87,5	103,3	91,6	101,7	98,1	97,5			
2009 Juni	112,0	111,1			120,8	108,4					102,1	98,8	98,2			
2009 Juli	111,6	110,4			120,6	107,8					102,0	98,4	97,8			
2009 Aug.	111,6	110,5	106,2	105,9	120,7	108,0	94,0	87,7	104,5	91,9	102,1	98,5	97,9			
2009 Sept.	112,9	111,4			122,0	108,8					102,4	98,8	98,3			
2009 Okt.	114,2	112,7			123,0	109,6					102,9	99,4	98,7			
2009 Nov.	114,0	112,4	107,4	108,0	122,9	109,4	94,5	87,6	106,0	92,3	102,7	99,2	98,5			
2009 Dez.	113,0	111,2			121,7	108,1					102,5	98,9	98,1			
2010 Jan.	110,8	109,0			119,2	105,6					101,5	97,6	96,5			
2010 Febr.	108,0	106,1	102,2	102,5	116,3	102,8	92,6	87,2	101,3	90,2	100,4	96,3	95,1			
2010 März	107,4	105,8			115,2	102,2					100,4	95,9	94,5			
2010 April	106,1	104,5			113,5	100,6					99,7	95,1	93,4			
2010 Mai	102,8	101,4	97,2	97,0	109,9	97,5	90,7	86,9	96,6	88,2	98,3	93,6	91,9			
2010 Juni	100,6	99,4			107,7	95,6					97,1	92,6	90,8			
2010 Juli	102,5	101,1			109,9	97,5					97,8	93,5	91,8			
2010 Aug.	102,1	100,6	96,4	95,7	109,5	97,0	90,1	86,9	95,2	p)	97,6	93,2	91,6			
2010 Sept.	102,5	100,8			110,0	97,2					97,8	93,3	91,6			
2010 Okt.	106,0	104,1			113,8	100,3					99,3	94,8	93,3			
2010 Nov.	104,7	102,7	97,8	97,6	112,5	99,0	p)	90,7	p)	86,6	97,3	p)	88,2	98,9	94,3	92,7
2010 Dez.	102,6	100,5			110,1	96,8					97,9	93,4	91,6			
2011 Jan.	102,4	100,3			110,1	96,7					97,9	93,1	p)	91,4		
2011 Febr.	103,4	101,1	111,4	97,6	p)	90,3	...	96,5	p)	87,7	98,3	93,5	p)	92,0
2011 März	105,2	p)	103,0	...	113,2	p)	99,4	98,8	94,2	p)	92,7		
2011 April	107,0	p)	104,8	...	115,0	p)	101,0	p)	99,8	p)	95,0	p)	93,5
2011 Mai	106,0	p)	103,8	...	114,1	p)	100,1	p)	99,2	p)	94,5	p)	93,0

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff., Mai 2008, S. 41 und November 2010, S. 44 f). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 2 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitt der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten.

ten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. — 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. — 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. — 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. — 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. — 6 Aufgrund fehlender Daten für den Deflator des Gesamtabsatzes ist China in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. — 7 EWU-Länder sowie EWK-40-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Finanzstabilitätsbericht

Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2010 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2011 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

Juli 2010

- Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum
- Nominale und reale Wechselkursentwicklung während der Finanzkrise
- Frühjahrskonferenz der Deutschen Bundesbank 2010 – Internationale Risikoteilung und globale Ungleichgewichte

August 2010

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2010

September 2010

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2009
- Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz aus Sicht der Bankenaufsicht
- Die aufsichtliche Offenlegung nach Säule 3 im Basell-III-Ansatz

Oktober 2010

- Deutschland in der Finanz- und Wirtschaftskrise

November 2010

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2010

Dezember 2010

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2011 und 2012
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2009
- Entwicklung, Aussagekraft und Regulierung des Marktes für Kreditausfall-Swaps

Januar 2011

- Der Banknotenkreislauf und das Banknoten-Recycling in Deutschland
- Der Auslandsumlauf von in Deutschland emittierten Euro-Banknoten
- Anlegerverhalten in Theorie und Praxis
- Anforderungen an die Konjunkturbereinigung im Rahmen der neuen Schuldenregel

Februar 2011

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2010/2011

März 2011

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2010
- Ansätze zur Messung und makroprudenziellen Behandlung systemischer Risiken
- Konsequenzen für die Geldpolitik aus der Finanzkrise

April 2011

- Effektive Wechselkurse aus Finanzmarktdaten
- Der US-Arbeitsmarkt im aktuellen Zyklus
- Zu den Beschlüssen des Europäischen Rates zur künftigen Vermeidung und Bewältigung von Staatsschuldenkrisen

Mai 2011

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2011

Juni 2011

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2011 und 2012
- Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum
- Die erweiterte MFI-Zinsstatistik: Methodik und erste Ergebnisse
- Grundzüge des Restrukturierungsgesetzes

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik (monatlich)¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, Juni 2011²⁾³⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2008²⁾³⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2009, Juni 2010³⁾

5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2007, November 2009³⁾

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2007 bis 2008, März 2011²⁾³⁾

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, März 2009

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾

9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2011¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2010

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien und Kundensystematik, Januar 2011³⁾

o Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.

Diskussionspapiere^{*)}

Reihe 1:

Volkswirtschaftliche Studien

02/2011

Robust monetary policy in a New Keynesian model with imperfect interest rate pass-through

03/2011

The impact of fiscal policy on economic activity over the business cycle – evidence from a threshold VAR analysis

04/2011

Classical time-varying FAVAR models – estimation, forecasting and structural analysis

05/2011

The changing international transmission of financial shocks: evidence from a classical time-varying FAVAR

06/2011

FiMod – a DSGE model for fiscal policy simulations

07/2011

Portfolio holdings in the euro area – home bias and the role of international, domestic and sector-specific factors

08/2011

Seasonality in house prices

09/2011

The third pillar in Europe: institutional factors and individual decisions

10/2011

In search for yield? Survey-based evidence on bank risk taking

11/2011

Fatigue in payment diaries – empirical evidence from Germany

12/2011

Currency blocs in the 21st century

Reihe 2:

Studien zu Banken und Finanzwirtschaft

04/2011

The price impact of lending relationships

05/2011

Does modeling framework matter? A comparative study of structural and reduced-form models

06/2011

Contagion at the interbank market with stochastic LGD

07/2011

The two-sided effect of financial globalization on output volatility

08/2011

Systemic risk contributions: a credit portfolio approach

09/2011

The importance of qualitative risk assessment in banking supervision before and during the crisis

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008²⁾

^{*)} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.